

Politikwissenschaft

Palästina- und Nordirlandkonflikt in der komparativen Betrachtung

Konfliktstrukturen und Friedensstrategien im Vergleich

Inaugural-Dissertation
zur Erlangung des Doktorgrades
der
Philosophischen Fakultät
der
Westfälischen Wilhelms – Universität
zu
Münster, Westfalen

vorgelegt von

Christian Schmidt M.A.

aus Gladbeck

2007

Tag der mündlichen Prüfung: 22. Januar 2008

Dekan: Prof. Dr. Dr. Wichard Woyke

Referent: Prof. Dr. Rüdiger Robert

Korreferent: Dr. Ulrich Willems

EINLEITUNG.....	1
I. METHODISCHE GRUNDLAGE UND THEORETISCHE BEGRIFFSBESTIMMUNG.....	9
 1. Vorbemerkung zur Methodik.....	9
 2. Begriffe und Definitionen.....	11
II. DER KONFLIKT IN NORDIRLAND.....	14
 1. Historische Genese des Nordirlandkonfliktes.....	14
1.1. Originäre Wurzeln des Anglo-Irischen Konfliktes: Plantation und Cromwellscher Genozid.....	14
1.2. Das irische Streben nach Selbstbestimmung.....	17
1.3. Osteraufstand und Unabhängigkeitskrieg.....	19
1.4. Von der Entstehung Nordirlands bis zum Beginn der „Troubles“.....	22
1.5. Bewaffnete Eskalation und 30 Jahre Gewalt.....	23
 2. Begründung und Prägung des irisch-katholischen sowie des loyalistisch-protestantischen Nationalismus.....	27
2.1. Die Entstehung von Republikanismus und Unionismus.....	27
2.2. Gewaltsamer Widerstand: Die paramilitärischen Organisationen.....	34
2.3. Politik und Parteien in Nordirland.....	43
2.4. Sectarianism: Der Faktor Religion im politisch-sozialen Kontext.....	48
 3. Die Rolle der Sicherheitskräfte und ihre Auswirkung auf die nordirische Gesellschaft.....	54
3.1. Die britische Sicherheitspolitik in Nordirland.....	54

3.2. Nordirische Polizei und Territorialstreitkräfte: „A Protestant Force for a Protestant State?”.....	57
4. Der nordirische Friedensprozess.....	65
4.1. Der Weg zum Friedensprozess.....	65
4.2. Die Entwicklungsphasen des „Good Friday Agreement“ (GFA).....	68
4.3. Die neue Zeit des Friedens: Inhalt und Implementierung des GFA.....	72
III. DER KONFLIKT IN PALÄSTINA.....	76
1. Die Entstehung des Palästinakonfliktes.....	76
1.1. Palästina unter der osmanischen Herrschaft.....	76
1.2. Der erste Weltkrieg und die britische Mandatszeit.....	78
1.3. Die Vereinten Nationen und der Teilungsplan.....	80
1.4. Konstituierung und Konsolidierung des Staates Israel.....	81
1.5. Widerstand und Intifada.....	84
2. Entwicklung und Ausprägung von Zionismus und palästinensischem Nationalismus im Kontext europäischer Nationalismen.....	88
2.1. Der Zionismus als politische Idee und Bewegung.....	88
2.2. Die Formierung der palästinensischen Nationalbewegung.....	94
2.3. Der palästinensische Widerstand.....	98
2.4. Auswirkungen der Religion auf den Palästinakonflikt.....	104
3. Das israelische Militär und seine Bedeutung für den Staat Israel.....	109
3.1. Die „Israel Defence Forces“ (IDF) als militärischer und sozialer Akteur.....	109
3.2. Die Rolle des Militärs für die Konstituierung der Identität Israels.....	113

4. Die Suche nach Frieden.....	115
4.1. Der Weg zu den Verträgen von Oslo.....	115
4.2. Die Osloer Verträge und ihre Folgen.....	117
4.3. Das Scheitern des Friedensprozesses.....	120
IV. KOMPARATIVE ANALYSE DER KONFLIKTE.....	124
1. Der Nationalismus in Israel/Palästina und Nordirland als ethnischer Radikalismus.....	124
1.1. Die historischen Motivationsfaktoren der nationalistischen Bewegungen.....	124
1.2. Entwicklung nationalistischer Konzeptionen im Vergleich.....	128
1.3. Konstruktion ethnischer Identität.....	132
1.4. Sicherheitskräfte und die Konstituierung ethnischer Identität.....	143
1.5. Ideologie und Strategie der radikalen ethnischen Protestbewegungen....	149
1.6. Die Territorialfrage im Palästina- und Nordirlandkonflikt.....	154
1.7. Staatliche Autorität und Legitimität.....	160
2. Religion im Kontext und als Komponente der Konfliktgeschehen.....	164
2.1. Religion und ihre Funktion als Stiftungsmoment sozialer und ethnischer Identität	165
2.2. Das Verhältnis von Religion und Politik in Israel/Palästina und Nordirland.....	170
2.3. Religion und Paramilitärs im Nordirland- und Palästinakonflikt.....	182
2.4. Theologische Konzeptionen und ihre Auswirkungen.....	186
2.5. Religion als Instrumentarium des „Peace-Building“.....	190

3. Konfliktregulierungsversuche im Vergleich.....	193
3.1. Theoretische Perspektiven und Lösungsansätze.....	193
3.2. Friedensverhandlungen und Friedensabkommen in Israel/Palästina und Nordirland im Vergleich.....	198
3.3. Polizei und Militär im Fokus langfristiger Konfliktbefriedigung.....	213
3.4. Der Friedensprozess in Nordirland als Modell für Israel/Palästina?.....	220
3.5. Nordirische und israelisch/palästinensische Zukunftsperspektiven.....	224
V. REFLEXION UND FAZIT.....	234
VI. ANHANG.....	244
1. Verzeichnis der Abkürzungen.....	244
2. Literatur- und Quellenverzeichnis.....	246
3. Quellenverzeichnis Internet.....	265

Einleitung

„Seit Ausbruch der Troubles berichten die Medien von Konflikten zwischen ‚Protestanten‘ und ‚Katholiken‘. Der Beobachter von jenseits der irischen See fragt sich mit ungläubigem Gruseln, ob die Zeit in Nordirland stehen geblieben ist, denn im übrigen Europa sind die verheerenden ‚Religionskriege‘ seit dem 17. Jahrhundert vorbei. [...] Aus anderen Weltgegenden ist man religiös aufgeladene Konflikte gewöhnt und das furchtbare Attentat vom 11. September 2001 hat die Diskussion um die Rolle der Religion als Motiv für Gewalt (der ‚Djihad‘ im Islam) neu angefacht.“¹ Und tatsächlich: Während sich der Konflikt im Nahen Osten stets in Europa einer enormen medialen, politischen und wissenschaftlichen Beachtung erfreuen durfte, fand der über ein Vierteljahrhundert andauernde blutige Konflikt in Nordirland nur selten die gleiche Aufmerksamkeit und beschränkte sich in der Regel auf die simple Erklärung eines Religionskonfliktes als gesellschaftlicher Atavismus im Stile des 30-jährigen Krieges.

Auch scheint sich ein Zusammenhang oder eine strukturelle Gleichartigkeit der Auseinandersetzung in Palästina und in der britischen Unruheprovinz auf den ersten Blick im besten Falle bezüglich der Terrorismusfrage, gruppiert um die Themenkomplexe PLO und IRA, zu erschöpfen. Auf den zweiten Blick jedoch sind bereits diverse Gemeinsamkeiten zu erkennen, die eine akademische Analyse und Gegenüberstellung als lohnenswert erachten lassen: Beide Konflikte lassen grundsätzlich ähnliche historische Wurzeln und Ursachen durch die britische Mandatspolitik im Heiligen Land wie bei der Teilung der irischen Insel erkennen. Die Frage nach religiösen und/oder ethno-nationalistisch begründeten Motivationsfaktoren liegt in der Dichotomie der Auseinandersetzung zwischen irisch-katholischen Republikanern² und britisch-protestantischen Loyalisten³ ebenso auf der Hand wie der Antagonismus zwischen westeuropäisch-jüdischen

¹ Kandel, Johannes: Der Nordirland-Konflikt. Von seinen historischen Wurzeln bis zur Gegenwart, Bonn 2005, S. 22 (künftig zitiert: Kandel: Nordirlandkonflikt).

² Vgl.: Taylor, Peter: Provos. IRA and Sinn Fein, London 1998 (künftig zitiert: Taylor: Provos).

³ Vgl.: Taylor, Peter: Loyalists. War and Peace in Northern Ireland, London 2000 (künftig zitiert: Taylor: Loyalists).

Zionisten⁴ und den arabischen (überwiegend muslimischen) Palästinensern.⁵ Neben diesen cleavages trugen einst und tragen teilweise mit gleicher Intensität noch heute eine ausgewiesene Terra-Irridenta-Problematik verbunden mit auf kognitiven Überzeugungen basierenden historischen Erfahrungen und die massive Diskriminierung der jeweiligen gesellschaftlichen Minderheit in Bezug auf politische, ökonomische und soziale Partizipation zum gewaltsamen Widerstand der Minorität und ihrer bewaffneten Gruppierungen gegenüber der Staatsmacht und ihren Sicherheitsorganen bei. Am Rande bemerkenswert ist die Tatsache, dass ein Teil der Konfliktakteure aus eigenem Antrieb heraus immer wieder Parallelen zum jeweils anderen Konfliktgeschehen gezogen hat, wie John McGarry konstatiert:

„Republicans have also compared Ireland and Israel-Palestine. In the first half of the century Republicans sympathized with Zionists, who, like them, were being blocked from self-determination by British authorities. However, after Israel conquered the West Bank and Gaza Strip in 1967, and particularly after the outbreak in 1987 of the *intifada*, the Palestinian uprising against Israeli control, Nationalists began to draw parallels between themselves and Palestinians.”⁶

Es ist unumgänglich, an dieser Stelle der Arbeit vorab einige Ausführungen zum Sprachgebrauch zu machen, da auch Sprache innerhalb von Konflikten zur Instrumentalisierung und gegebenenfalls zur möglicherweise unerwünschten Identifizierung mit einer Konfliktpartei beitragen kann. Dies betrifft für die Untersuchungsgegenstände Palästina und Nordirland den verbalen Umgang mit den Etikettierungen der paramilitärischen Organisationen. Es ist unnötig darauf hinzuweisen, dass des einen Freiheitskämpfer mutatis mutandis des anderen Terroristen darstellt. Zudem konzedieren verschiedene Autoren⁷ zu Recht die Komplexität paramilitärischer Organisationen unter den Gesichtspunkten ihrer militärischen und/oder politischen Zielsetzung. Auch ist es wenig hilfreich zu diesem frühen Zeitpunkt eine qualitativ-moralische Bewertung der

⁴ Vgl.: Zuckermann, Mosche: Volk, Staat und Religion im zionistischen Selbstverständnis. Historische Hintergründe und aktuelle Aporien, in: Klein, Uta und Dietrich Thränhardt (Hrsg.): Gewaltspirale ohne Ende? Konfliktstrukturen und Friedenschancen im Nahen Osten, Schwalbach/Ts 2002 (künftig zitiert: Zuckermann: Zionistisches Selbstverständnis).

⁵ Vgl.: Flores, Alexander: Die Entwicklung der palästinensischen Nationalbewegung bis 1948, in: Mejcher, Helmut (Hrsg.): Die Palästina-Frage 1917-1948, Paderborn 1993 (künftig zitiert: Flores: Palästinensische Nationalbewegung).

⁶ McGarry, John: Introduction: The Comparable Northern Ireland, in: Ders. (Hrsg.): Northern Ireland and the Divided World, Oxford 2004, S. 6. (zukünftig zitiert: McGarry: Introduction).

⁷ Für den Nordirlandkonflikt siehe dazu bspw.: Guelke, Adrian: Political Violence and the Paramilitaries, in: Mitchell, Paul und Rick Wilford (Hrsg.): Politics in Northern Ireland, Boulder/Oxford 1999, S. 31.

Konfliktakteure vorzunehmen, allein der Verweis auf die weithin akzeptierte Definition von Terror des renommierten Konfliktforschers Peter Waldmann sei gestattet. Waldmann subsumiert unter Terrorismus:

„[...] planmäßig vorbereitete, schockierende Gewaltanschläge gegen eine politische Ordnung aus dem Untergrund. Sie sollen allgemeine Unsicherheit und Schrecken, daneben aber auch Sympathie und Unterstützungsbereitschaft erzeugen.“⁸

Eine sprachliche Verwendung von Vokabeln wie Paramilitärs, Terroristen, Volunteers oder Fedajin ist somit rein stilistischer Natur. Gleiches soll gelten für geographische Bezeichnungen oder Städtenamen und man möge z.B. in den Gebrauch von „Derry“ oder „Londonderry“ zunächst keine politische Werthaltung hineininterpretieren, sondern allein die Angabe des Ortes verstehen, welche in diesem Fall die zweitgrößte Stadt Nordirlands bezeichnet.

Literatur- und Forschungsstand

Grundsätzlich gilt, dass sowohl zum palästinensischen als auch zum nordirischen Konflikt sehr viele Monographien, Sammelbände, Essays und Presseberichte veröffentlicht worden sind, die aber kaum vergleichende Ansätze berücksichtigen und sich selbst in der einschlägigen Literatur zur Terrorismusforschung, wenn überhaupt, mehr in der Form einer einfachen Nebeneinanderstellung als einer komparativen Gegenüberstellung ergehen. Eine bedeutsame Ausnahme bildet die im Jahre 2001 erschienene Arbeit⁹ des österreichischen Politikwissenschaftlers und Konfliktforschers Franz Valandro, der einen Vergleich zwischen dem Konflikt in Nordirland mit den separatistischen Bestrebungen der spanischen Basken angestrengt hat, welcher sich aber (bedauerlicherweise) allein auf die Behandlung von IRA und ETA mit ihren politischen Armen Sinn Fein und Herri Batasuna beschränkt. Ferner ist eine Studie¹⁰ Frank Wrights zu nennen, welche die Frage kolonialer Expansion und der mit ihr verbundenen Probleme thematisiert und Nordirland in einen Vergleich mit Libanon, Zypern und französisch Algerien setzt. Diese Länder sind auch das bevorzugte Forschungsobjekt, wenn es um die Analyse von konfliktreichen Gesellschaften im Stadium des „Post-Agreement“, d.h. nach Beendigung der Feindseligkeiten und dem Abschluss von

⁸ Waldmann, Peter: *Terrorismus. Provokation der Macht*, München 1998, S. 10.

⁹ Valandro, Franz: *Das Baskenland und Nordirland. Eine vergleichende Konfliktanalyse*, Innsbruck 2001 (künftig: Valandro: *Baskenland und Nordirland*).

¹⁰ Wright, Frank: *Northern Ireland. A comparative Analysis*, o.O. 1992.

Friedensverhandlungen geht. Eingewendet werden muss jedoch, dass sich die akademische Auseinandersetzung damit, besonders unter komparativen Gesichtspunkten, auf wenige Essays eingrenzen lässt,¹¹ welche meistens deskriptiv an der Oberfläche bleiben und deren Leistung darin besteht, die wissenschaftliche Neugier zu wecken, Gedanken aufzugreifen und dazu anspornen, die Materie tiefgründiger zu analysieren. Peter Waldmann hält in seinem grundlegenden, theoretischen Werk über die Beschaffenheit ethnischer, gewalttätiger Protestbewegungen¹² nachdrücklich fest, dass die Zahl vergleichender Minderheitenuntersuchungen bemerkenswert gering sei, selten als Paarvergleiche innerhalb eines engeren Kulturbereiches durchgeführt und kaum über politische und kulturelle Regionsgrenzen hinweg angestrengt.¹³ Auch sein Hauptinteresse gilt in erster Linie dem bewaffneten Widerstand. Die Kontribution der Sicherheitskräfte zum Konfliktverlauf in Nordirland wie Israel nahm bisher in den Sozialwissenschaften die Stellung eines Stieffordes ein. So konstatiert die Soziologin Uta Klein für den Themenkomplex des Palästinakonfliktes, dass das wissenschaftliche Interesse an den israelischen Streitkräften sich bisher in seiner Mehrheit auf historische Darstellungen, dem Verhältnis von militärischer, ökonomischer und politischer Elite sowie auf allgemeine psychologische Studien fixiert hätte.¹⁴ Arbeiten zur Frage der Identitätskonstruktion einer Gesellschaft unter ethnischen Gesichtspunkten durch die Sicherheitskräfte sind für Israel/Palästina äußerst rar und auf wenige Aufsätze begrenzt.¹⁵ Robbie McVeigh unterstreicht exempli causa für Nordirland, dass Forschungsunterfangen im Bereich von Polizei und Militär in Konfliktregionen in der Regel mit Schwierigkeiten aufgrund der Abgeschlossenheit der Sicherheitsapparate

¹¹ Siehe bspw.: Smooha, Sammy: The Tenability of Partition as a Mode of Conflict Regulation: Comparing Ireland with Palestine – Land of Israel, in: McGarry, John (Hrsg.): Northern Ireland and the Divided World, Oxford 2004, S. 309 ff. (zukünftig zitiert: Smooha: Tenability of Partition).

¹² Waldmann, Peter: Ethnischer Radikalismus. Ursachen und Folgen gewaltssamer Minderheitenkonflikte am Beispiel des Baskenlandes, Nordirlands und Quebecs, Opladen 1989, (zukünftig zitiert: Waldmann: Ethnischer Radikalismus).

¹³ Ebd.: S. 37.

¹⁴ Vgl.: Klein, Uta: Militär und Geschlecht in Israel, Frankfurt a.M. 2001, S. 25 (künftig zitiert: Klein: Militär in Israel).

¹⁵ Siehe dazu: Frisch, Hillel: The Druze Minority in the Israeli Military. Traditionalizing an Ethnic Policing Role, in: Armed Forces and Society 20/1993, S. 51 ff; Helman, Sara: Militarism and the Construction of Community, in: Journal of Political and Military Sociology 25/1997, S. 305 ff.

verbunden sein, ergo gebe es auch hier überwiegend nur Literatur, die sich oberflächlich mit der Geschichte der Institutionen befasse.¹⁶

Forschungsintention

Die Aufgabe der vorliegenden Arbeit liegt daher erstens und nachdrücklich in der Kombination und strukturierten Vernetzung der bisherigen Forschungsergebnisse zur Nordirland- und Palästinaproblematik, zweitens in dem Unterfangen, nicht nur die Widerstandsorganisationen und ihren Einfluss auf den Konflikt zu untersuchen, sondern gleichermaßen die Beteiligung staatlicher Autorität in Form der Sicherheitskräfte in Nordirland¹⁷ bzw. Israel¹⁸ zu analysieren. Daneben sollen die Auswirkungen von kognitiven und auf geschichtliche Ereignisse rekurrierenden Überzeugungen in ihrer Bedeutung für die soziale Auseinandersetzung und die jeweiligen Friedensprozesse skizziert werden.¹⁹ Auch soll sich der Frage zugewendet werden, ob die Funktion von Religion für das Konfliktgeschehen tatsächlich nur im Sinne eines „ethnic markers“ zu verstehen ist oder in Wirklichkeit eine tiefere Bedeutung hat. In soweit wird durch die grundsätzliche komparative Analyse der Konfliktstrukturen nicht nur eine Forschungslücke geschlossen, vielmehr werden die für das Verständnis des Konfliktverlaufs nicht minder wichtigen Faktoren behandelt, welche abseits der Problematik des paramilitärischen Widerstandes von IRA und PLO eine maßgebliche Rolle spielen. Von Bedeutung ist zudem die Fragestellung, ob die im Nordirland- und Palästinakonflikt angewandten Friedensstrategien Ähnlichkeiten aufweisen und inwieweit sich potenziell differierende Versuche zur Konfliktlösung oder Erkenntnisse aus den Konfliktgeschehen zur Erklärung derselben gewinnbringend übertragen lassen.

¹⁶ Vgl.: McVeigh, Robbie: “It’s Part of Life Here...”. The security Forces and Harassment in Northern Ireland, Belfast 1994, zitierte Passagen des Werkes abgerufen am 13.06.2007 unter <http://cain.ulst.ac.uk/issues/police/docs/mcveigh.htm> (künftig zitiert: McVeigh: Security Forces).

¹⁷ Zur Einführung bspw.: Taylor, Peter: Brits. The War against the IRA, London 2002 (zukünftig zitiert: Taylor: Brits).

¹⁸ Siehe dazu: Halpern, Ben: The Role of the Military in Israel, in: Johnson, John J.: The Role of the Military in underdeveloped Countries, Princeton/New Jersey 1962, S. 317 ff. (zukünftig zitiert: Halpern: Military in Israel).

¹⁹ Vgl.: Vertzberger, Y.Y.I.: The World in Their Minds. Information Processing, Cognition and Perception in Foreign Policy Decisionmaking. Stanford 1990.

Aufbau und Methodik

Als Untersuchungsmethodik wird folglich der wissenschaftliche Vergleich Anwendung finden, da so die Darstellung und Vernetzung der Parallelen und Unterschiede der beiden Konflikte miteinander ermöglicht wird. Die systematisch-paarweise Gegenüberstellung lässt zwar durch die geringen Fallzahlen nur sehr spezifische, gleichwohl durch den Gebrauch eines multidimensionalen Analysekonzepts im Verbund mit Methoden der komparativen Konfliktforschung²⁰ sehr tief reichende Resultate zu.²¹ In Anlehnung an die Verfahrensgrundsätze der vergleichenden Methode nach Arend Lijphart,²² Neil J. Smelser²³ sowie Mattei Dogan und Dominique Pelassy²⁴ eignet sich dieses Vorgehen besonders für wenige, dafür umso komplexere Fälle, welches der Gewinnung und Spezifizierung von Hypothesen dienlich ist.

Die vorliegende Arbeit beabsichtigt, generell die Ursachenentwicklung, den Verlauf und die aktuelle Situationslage darzustellen, sowie das Transformationspotenzial und die Konfliktperspektiven aufzuzeigen. Dazu soll sich die Arbeit in zwei Teile – einen Fallstudienteil und einen komparativen Teil – untergliedern. Der Fallstudienteil spaltet sich wiederum in zwei Abschnitte, welche sich explizit den Konflikten in Nordirland und Palästina widmen sollen, welche dann im Anschluss in der finalen vergleichenden Analyse des komparativen Teils münden werden. Zunächst soll die britische Herrschaft und die Teilung der irischen Insel betrachtet werden, anschließend die Begründung und Prägung des irisch-katholischen sowie loyalistisch-protestantischen Nationalismus und ihrer jeweiligen Akteure sowie die Rolle der Sicherheitskräfte, d.h. der britischen Armee, der territorialen nordirischen Streitkräfte des *Ulster Defence Regiment* (UDR) und des *Police Service of Northern Ireland* (PSNI) bzw. des Vorläufers *Royal Ulster Constabulary* (RUC). Der Fallstudienteil zur

²⁰ Vgl.: Weede, Erik: Konfliktforschung. Einführung und Überblick, Opladen 1986.

²¹ Vgl.: Aaarebrot, Frank H. und Pal H. Bakka: Die vergleichende Methode in der Politikwissenschaft, in: Berg-Schlosser, Dirk und Ferdinand Müller Rommel (Hrsg.): Vergleichende Politikwissenschaft, 2. Aufl., Opladen 1992.

²² Lijphart, Arend: Comparative Politics and the Comparative Method, in: American Political Science Review, Bd. 65, o.O. 1971, S. 682-693 (künftig zitiert: Lijphart: Comparative Politics).

²³ Smelser, Neil J.: The Methodology of Comparative Analysis of Economic Activity, in: Ders.: Essays in Sociological Explanation, Englewood Cliffs 1968, S. 62-75.

²⁴ Dogan, Mattei und Dominique Pelassy: The Choice of Countries in Comparative Research: Five Strategies, Manuskript, Bad Homburg 1981 (künftig zitiert: Dogan/Pelassy: Comparative Research).

britischen Unruheprovinz wird schließlich mit der Analyse des Karfreitagsabkommen und des nordirischen Friedensprozesses enden. Auch bei der Fallstudienuntersuchung zum Konflikt in Palästina wird zunächst die historische Genese anhand der Darstellung der britischen Mandatspolitik im Heiligen Land sowie die Entstehung des Staates Israel am Beginn stehen. In einem weiteren Schritt soll die Begründung und Entstehung von Zionismus und palästinensischem Nationalismus im Kontext europäischer Nationalismen herausgearbeitet werden und die Funktion des israelischen Militärs bei der Konstituierung der jüdischen Identität der israelischen Gesellschaft in den Fokus der Analyse treten. Eine Skizzierung der Osloer Verträge und des Friedensprozesses in Nahost wird diesen zweiten Teil der Arbeit beschließen.

Hypothesen und Fragestellung

Als Grundüberlegung dient die Hypothese, dass sowohl der Nordirlandkonflikt als auch die Auseinandersetzungen in Israel/Palästina nicht primär religiöser Natur im Sinne eines klassischen Glaubenskrieges sind. Religion, so die weitere Annahme, erfüllt lediglich ein starkes Moment zur Mobilisierung der Konfliktparteien und zum Erhalt ethnischer Selbstwahrnehmung. Vielmehr – so die Ausgangsthese – sind die Problemstellungen in Nordirland als auch Palästina Ursache eines originären Ethnonationalismus mit der ideellen Prägung des europäischen Nationalismus des 19. Jahrhunderts, welcher in Folge der britischen Mandats-, Besetzungs- und schließlich Rückzugspolitik verspätet zum Ausbruch kam. In diesen Kontext kommt, so unsere weitere Vermutung, insbesondere der (Eigen)Dynamik der jeweiligen Sicherheitsapparate eine spezifische und zu untersuchende Rolle als eine maßgebliche Instanz der Identitätsstiftung der Mehrheitsgesellschaft zu, welche für die *Royal Ulster Constabulary* und das *Ulster Defence Regiment* bzw. für die *Israel Defence Forces* (IDF) unterstellt wird. Letztgenannter Aspekt gewinnt besonders für Nordirland höchste Aktualität, bedenkt man, dass eine Regierungskoalition der ehemals verfeindeten Parteien erst möglich war, nachdem das republikanische Lager sich zu einer offiziellen Anerkennung der nordirischen Sicherheitskräfte im Frühjahr 2007 durchgerungen hatte, so dass aktuelle Ereignisse und deren Evaluation in die unmittelbare Analyse der vorliegenden Arbeit einfließen können. Wenn man weiter

voraussetzt, dass sich die historische Genese des Konfliktverlaufs und der Konfliktakteure, z.B. der paramilitärischen Akteure von IRA und PLO, in ihren Strukturen gleichen, so ist auch zu unterstellen, dass bei der Konfliktlösung ähnliche bis gleiche Friedenstrategien angewendet wurden und werden, welche zumindest im Falle Nordirlands eine zunehmende Befriedung und Eindämmung des Konfliktes trotz zahlreicher Gegner des Friedensprozesses zur Folge hatte. Sind beide Konflikte tatsächlich Ursache eines europäischen ethnischen Radikalismus im Stile des ausgehenden 19. Jahrhunderts, so mag möglicherweise auch bei beiden das gleiche Instrumentarium zur Konfliktlösung hilfreich sein. Sollte dies nicht der Fall sein, so muss identifiziert werden, welche abweichenden Faktoren dermaßen ausschlaggebend sind. Mit Blick auf das jüngste Erstarken betont religiös-fundamentalistischer Kräfte in der Politik Nordirlands und Palästinas, namentlich den Wahlerfolgen des Reverend Ian Paisley und der Hamas, muss vielleicht dem Faktor Religion letztendlich doch ein höherer Grad an Aufmerksamkeit geschenkt werden, als es das Konzept des Ethnoradikalismus bisher konzediert hat. Letztlich könnte Religion mehr zur Identitätsstiftung und Motivation beitragen als die in der Konfliktforschung weit verbreitete simple Reduktion von religiösen Überzeugungen auf einen „boundary marker“.

I. Methodische Grundlage und theoretische Begriffsbestimmung

Am Anfang unserer Analyse wollen wir uns zunächst einigen methodischen Erläuterungen und Prämissen zuwenden sowie Einlassungen zur theoretischen Dimension und Definition zentraler Begriffe vornehmen.

1. Vorbemerkung zur Methodik

Wie in der Einleitung erwähnt, ist der wissenschaftliche Vergleich der Weg, mit welchem sich der Thematik der vorliegenden Arbeit genähert werden soll. Zunächst muss konzediert werden, dass jeder Art von Wissenschaft ein komparatives Moment innewohnt, unabhängig davon, ob es sich um die Bildung akademischer Termini handelt oder die Evaluation empirischer Daten.²⁵ Rekurriert man nochmals die einleitenden Gedanken,²⁶ so erscheint die komparative Methode besonders der Analyse von wenigen Fällen mit einer inhärenten Komplexität und Vielschichtigkeit und dem Auftreten zahlreicher Variablen zuträglich zu sein. Peter Waldmann betont, dass selbstverständlich die geringe Anzahl von Fällen automatisch den Umfang von gewonnenen Erkenntnissen konträr zu einer rein statistischen Untersuchung eingrenzt und daher „mehr zur Gewinnung und Spezifizierung von Hypothesen als zu deren Überprüfung benutzt“ wird.²⁷ Dennoch erlaubt dieser Vorgehensmodus auch unserer Arbeitsthematik vor dem Hintergrund der komparativen Konfliktforschung eine tiefergehende Analyse, gestattet sie doch:

„[...] Hintergrundvariablen aufzudecken, vielschichtige Beziehungen zwischen mehreren Elementen aufzuschlüsseln und auf funktionale Äquivalente zu stoßen, die dem Auge des Forschers bei oberflächlicher Betrachtung – die sich bei einer Steigerung der Fallzahl bis zu einer statistischen Größe nicht vermeiden lässt – verborgen bleiben würde.“²⁸

Eingewendet werden könnte grundsätzlich, dass man die in der vorliegenden Arbeit zu untersuchenden Konflikte in Nordirland und Palästina nicht vergleichen könne, da – so natürlich nur aus einer oberflächlichen Betrachtungsweise heraus argumentierend – beide Fälle exempli causa aufgrund ihrer geographischen Lage

²⁵ Siehe dazu: Nohlen, Dieter: Vergleichende Methode, in: Ders. (Hrsg.): Pipers Wörterbuch zur Politik, Bd. 1, München 1985, S. 1079 ff.

²⁶ Vgl. S. 9 der vorliegenden Arbeit.

²⁷ Waldmann: Ethnischer Radikalismus, S. 21.

²⁸ Ebd.

I. Methodische Grundlage und theoretische Begriffsbestimmung

oder den politisch-sozialen Rahmenbedingungen fundamental differieren. Vielmehr sei eine komparative Befassung nur bei Gesellschaften mit sich ähnelndem soziokulturellen Background zulässig. Dieser Argumentation muss aber, gestützt durch die Ausführungen von Dogan und Pelassy, entgegengehalten werden, dass eine Auswahl der Fälle unter strukturellen Aspekten und nicht unter äußerem, ergo insuffizientem, Eindrücken zu geschehen habe.²⁹ Ferner ist zu überlegen, welche Definition des Terminus „Fall“ für das Forschungsvorhaben relevant ist, d.h. ob das Wort „Fall“ als rein geographisches Moment aufgefasst werden soll oder aber die ethnische Majorität bzw. Minorität tangiert. Letzterer Gedankengang ist unter dem Aspekt unserer vergleichenden Analyse von Interesse. Es ist zu konstatieren, dass die Kategorien „Mehrheit“ und „Minderheit“ relational und folglich auch relativ sind und einer kurzen Exemplifizierung bedürfen: Die Katholiken mögen zwar demographisch in Nordirland die Minderheit im Angesichte einer protestantischen Mehrheit sein, bezieht man aber die komplette irische Insel ein, so finden sich Protestanten und Katholiken unter umgekehrten demographischen Verhältnissen wieder. Gleiches kann für Israel/Palästina ausgesagt werden. Zwar ist der Anteil von muslimischen Arabern mit israelischer Staatsbürgerschaft an der Gesamtbevölkerung des Staates Israel geringer als jener der jüdischen Israelis, letztere finden sich aber in der Region als solche als Minderheit wieder und sind selbst im israelischen Staat eine Minorität für den Fall, dass man auf alle (palästinensischen) Personen abstellt, die auf israelischem Hoheitsgebiet bzw. in den besetzten und annexierten Territorien leben, ohne die israelische Staatsbürgerschaft zu haben. Folgt man der Präsumtion, dass die zu behandelnden Gruppen auf das Engste mit ihren Nachbargruppen interferieren, ist es kaum möglich eine absolute Trennung vorzunehmen. Daher soll als Kategorie für die Frage von Majorität/Minderheit nicht eine territoriale Bezugseinheit bestimmend sein, sondern der Faktor von Macht und Herrschaft,³⁰ basierend auf der Führungsrolle in Politik, Ökonomie und Militär- und Polizeiapparat, den Ausschlag geben, so dass cum grano salis den nordirischen Katholiken und den palästinensischen Arabern die Position der Minderheiten in unserer Analyse zufällt und wie es im Verlauf der Arbeit immer

²⁹ Vgl.: Dogan/Pelassy: Comparative Research, S. 25.

³⁰ Siehe dazu: Weber, Max: Soziologische Grundbegriffe, Tübingen 1984, S. 89.

wieder sichtbar werden wird. Verschiedene Autoren verweisen sowohl für den Nordirland- als auch für den Palästinakonflikt auf die besondere Bedeutung der historischen Genese der kämpferischen Auseinandersetzung, welcher es mutatis mutandis näher nachzuspüren gilt, da die Historie eines Konfliktes nicht nur Kollektiverfahrungen auf Seiten der Akteure evoziert und somit zum Grad der (gewaltsamen) Konfliktintensität einen Beitrag leistet, sondern darüber hinausgehend aktuelle Entwicklungslinien und Strukturmerkmale prägt. Die Perzeption des geschichtlichen Kontextes „fügt der synchronen eine diachrone Vergleichsebene hinzu, die aus einem Fall jeweils mehrere ‚Fälle‘ macht.“³¹ Die Selektion Nordirlands und Palästinas als Ausgangspunkt der Fallstudien lässt sich unter systematischen Aspekten und klassisch differierend in Oberflächenvariablen und Strukturvariablen begründen. Als Oberflächenvariabel ist die gewaltvolle Note der beiden Konflikte an sich im Sinne eines Explanandums zu identifizieren. Die strukturellen Variablen sind in Konnotation mit den Faktoren Nationalismus und/oder Religion einhergehend mit ihrer Trägerschaft zu realisieren sowie des Sicherheitsapparates und seiner Bedeutung für die soziale Identitätsbildung der Mehrheitsgesellschaft.

2. Begriffe und Definitionen

Bereits zu diesem frühen Zeitpunkt der Arbeit ist deutlich geworden, dass verschiedenen Termini, sei es beispielsweise „Nationalismus“ oder „Ethnizität“ für den weiteren Verlauf ein zentraler Charakter attestiert werden muss. Zunächst wollen wir einige einführende Bemerkungen zu den Begrifflichkeiten vornehmen, welche im Fortschreiten der Arbeit zur konkreten Anwendung und Analyse vertieft werden. Diverse Autoren verweisen darauf, dass eine endgültig abgeschlossene akademische Definition der Begriffe „Nation“ und „Nationalismus“ noch nicht vorliege und es eine große Reihe von Definitionen gebe.³²

³¹ Waldmann: Ethnischer Radikalismus, S. 23.

³² Vgl.: Döhn, Lothar: Nationalismus – Volk und Nation als Konstrukt, in: Neumann, Franz (Hrsg.): Handbuch Politische Theorien und Ideologien Band 2, 2. Auflage Opladen 2000, S. 400 ff. (künftig zitiert: Döhn: Nationalismus); Seton-Watson, Hugh: Nations and States. An Enquiry into the Origins of Nations and the Politics of Nationalism, Boulder 1977, S. 5 (künftig zitiert: Seton-Watson: Nations and States); Altermatt, Urs: Das Fanal von Sarajewo. Ethnonationalismus in Europa, Paderborn 1996, S. 23 ff.

I. Methodische Grundlage und theoretische Begriffsbestimmung

Eine für konflikttheoretisch operierende Untersuchungen³³ gelungene Definition der „Nation“ kann in jener von Hugh Seton-Watson gesehen werden. Seinen Betrachtungen ist sich anzuschließen, wenn er konstatiert, dass eine Nation dann existent sei, sobald „a significant number of people in a community consider themselves to form a nation, or behave as if they formed one.“³⁴

Der Nationalismus kann in Anlehnung daran interpretiert werden als jenes politisch-philosophische Konstrukt, für das die Nation der Mittelpunkt des Handelns ist. Eugen Lemberg konzidiert, dass es jedoch nicht der gemeinsame Kontext kultureller oder sprachlicher Natur sowie die Unterordnung unter eine gemeinsame Staatsgewalt seien, die soziale Gruppen zu aktiv gestaltenden und mit Selbstbewusstsein versehenen Nationen oder einer Nation vergleichbaren Gemeinschaft zusammenschließen, sondern im Gegenteil

„[...] ein System von Vorstellungen, Wertungen und Normen, ein Welt- und Gesellschaftsbild, und das bedeutet: eine Ideologie, die eine durch irgendeines der erwähnten Merkmale gekennzeichnete Großgruppe ihrer Zusammengehörigkeit einen besonderen Wert zuschreibt, mit anderen Worten: diese Großgruppe integriert und gegen ihre Umwelt abgrenzt.“³⁵

Insofern lässt sich diese Abgrenzung einer Gruppe gegenüber ihrer Umwelt, was im Regelfall nach Martina Boden eine Abgrenzung von einer anderen Gruppe bedeutet, nach dem sozialwissenschaftlichen Phänomen der „in-group/out-group“ Funktion, als immanenter Bestandteil des Nationalismus erkennen.³⁶

Weiter zu differenzieren gilt es mit Blick auf die zwei grundsätzlichen Prinzipien des Nationalismus, welche Lothar Döhn mit den Begriffen „Nationalismus des Demos“ und „Nationalismus des Ethnos“ umschreibt.³⁷ Danach umfasst der „Nationalismus des Ethnos“ im Unterschied zum „Nationalismus des Demos“ die Fixierung auf politische Konzeptionen und Einstellungsmuster sowie die Motivation politischer Gruppen, die ein Volk durch mehrere Strukturmerkmale und der auf ihnen beruhenden Konstituierung als Gemeinschaft oder Identität charakterisiert, welche in gemeinsamer Historie, Kultur, Bräuchen, Abstammung

³³ Vgl.: Valandro: Baskenland und Nordirland, S. 15.

³⁴ Seton-Watson: Nations and States, S. 1 u. S. 5.

³⁵ Lemberg, Eugen: Nationalismus, Band 2: Soziologie und politische Pädagogik, Reinbek 1964, S. 52.

³⁶ Vgl.: Boden, Martina: Nationalitäten, Minderheiten und ethnische Konflikte in Europa. Ursprünge, Entwicklungen, Krisenherde – Ein Handbuch, München 1993, S. 25 (künftig zitiert: Boden: Ethnische Konflikte in Europa).

³⁷ Vgl.: Döhn: Nationalismus, S. 433 f.

und zuweilen Religion begründet liegen.³⁸ Zurückgreifend auf die Vorarbeiten Franz Valandros kann auch für die vorliegende komparative Konfliktanalyse der aus Norwegen stammende Sozialanthropologe Thomas Hylland-Eriksen zu Rate gezogen werden, welcher formuliert:

„Nationalism and ethnicity are kindred concepts, and the majority of nationalisms are ethnic in character. The distinction between nationalism and ethnicity as analytical concepts is a simple one, if we stick to the formal level of definitions. A nationalist ideology is an ethnic ideology which demands a state on behalf of the ethnic group.“³⁹

Bedacht werden muss jedoch, dass „Nation“ und „Ethnie“ keine absolute inhaltliche Deckungsgleichheit aufweisen, obwohl sie verschiedentlich durch Wechselseitigkeit im Bedeutungskontext ihre Verwendung finden. Valandro notiert in Anerkennung unterschiedlicher Theorien, dass eine Nation ihrem Charakter nach zuweilen als ein modernes, Ethnie hingegen als prämodernes Phänomen betrachtet wird, je nach persönlicher Observanz des Wissenschaftlers.⁴⁰ Nach Hylland-Eriksen⁴¹ ist Ethnizität Teil eines Geflechtes sozialer Beziehungen zwischen Gruppen, die sich in ihrer Selbstwahrnehmung sowie in der Wahrnehmung ihres Gegenübers als kulturell unterschiedlich antizipieren und die nur wenige reguläre Interaktion mit der jeweils anderen Gruppe pflegen: „It can thus also be defined as a social identity (based on a contrast vis-a-vis others) characterized by metaphoric or fictive kinship. When cultural differences regularly make a difference between members of groups, the social relationship has an ethnic element. Ethnicity refers both to aspects of gain and loss in interaction, and to aspects of meaning in the creation of identity. In this way it has a political, organisational aspect as well as a symbolic one.“⁴²

³⁸ Vgl.: Döhn: Nationalismus, S. 437.

³⁹ Hylland-Eriksen, Thomas: Ethnicity and Nationalism. Anthropological Perspectives, London 1993, S. 118 (künftig zitiert: Hylland-Eriksen: Ethnicity and Nationalism).

⁴⁰ Vgl.: Valandro: Baskenland und Nordirland, S. 21.

⁴¹ Vgl.: Hylland-Eriksen: Ethnicity and Nationalism, S. 12.

⁴² Ebd.

II. Der Konflikt in Nordirland

Zu Beginn des ersten Kapitels soll der Fallstudienteil zum Nordirlandkonflikt in den Fokus der Aufmerksamkeit rücken. Nacheinander werden dabei die geschichtliche Entwicklung des Konfliktes, die Entstehung des Dualismus von irisch-katholischem Nationalismus und protestantisch-britischem Loyalismus, die Rolle der Sicherheitskräfte sowie der nordirische Friedensprozess thematisiert werden.

1. Historische Genese des Nordirlandkonfliktes

Wie viele Konflikte hat auch der Streit in Nordirland eine lange Vorgeschichte, wobei man konzedieren muss, dass sich die Auseinandersetzungen im Norden Irlands in unseren Tagen als Produkt der Jahrhunderte alten Zwistigkeiten des anglo-irischen Konfliktes darstellen. Jedoch ist Historie für die Menschen in Nordirland und ihr persönliches Alltagsleben von größerer Bedeutung. Es geht, wie der Politikwissenschaftler Johannes Kandel treffend formuliert, um mehr als bloße Daten in Schulbüchern;

„Die Geschichte Irlands ist für Betrachter vom Kontinent kompliziert und schwer zu deuten. [...] Die kollektive Erinnerung der Iren ist entlang religiös-politischer Grenzen gespalten, ethnische, religiöse und kulturelle ‚Identitäten‘ schöpfen aus den großen Erzählungen der Vergangenheit, historische Mythenbildung gehört zur Folklore und die Politik bedient sich aus dem reichhaltigen Arsenal der Geschichte je nach Standort und Zielen. Geschichte ist Rüstzeug und Waffe im politischen Parteienkampf.“⁴³

Grund genug, unser Augenmerk auf einige markante und bedeutsame Ereignisse in der irischen Geschichte zu richten, welche uns für das Verständnis gegenwärtiger Probleme nützlich sein können.

1.1. Originäre Wurzeln des Anglo-Irischen Konfliktes: Plantation und Cromwellscher Genozid

Seit der Regentschaft Heinrich II. auf dem englischen Thron (1154-1189) gab es das beständige Streben, auf der Nachbarinsel militärisch Fuß zu fassen. Zu jener Zeit herrschten in Irland noch die angestammten gälischen Clans, welche sich immer wieder untereinander befehdeten und deren Aufstände, welche eher Raubzügen glichen, die marginale englische Herrschaft über einen knappen

⁴³ Kandel: Nordirlandkonflikt, S.19.

II. Der Konflikt in Nordirland

ostirischen Küstenstreifen rund um das Gebiet Dublins gefährdeten.⁴⁴ Erst Heinrich VIII. (1509-1547) gab sich den Titel eines Königs von Irland, richtete auf der Grünen Insel ein stehendes Heer ein mit der Intention, den irischen Adel zu unterwerfen und beabsichtigte eine „Feudalisierung der irischen Autoritätsverhältnisse nach englischem Muster.“⁴⁵ Doch auch Heinrich VIII. und seine Nachfolgerin Elisabeth I. hatten stets massive Aufstände der Iren abzuwehren, welche beispielsweise vom spanischen König Philipp II. unterstützt wurden. Nach der endgültigen Niederlage und Flucht des irischen Adels im Jahre 1601 war endlich für England die Zeit gekommen, die Machtstrukturen auf der Nachbarinsel grundlegend zu verändern. Als Mittel sollte dazu die Ansiedlung (Plantation) protestantischer Siedler vor allem aus Schottland dienen, welche die Konfiskationen in der unruhigen Nordprovinz erhielten. Arthur Chichester, welcher ab 1604 das Amt des Lord Deputy innehatte, forcierte eine radikal anti-katholische Linie. Nach seiner Auffassung hatte die dauerhafte Sicherung der englischen Herrschaft über die irische Insel nur dann eine Perspektive, wenn die Bevölkerung zum Protestantismus konvertiere. Die katholischen Iren konnten in Chichesters Weltbild keine verlässlichen Untertanen der Krone und Roms zur gleichen Zeit sein. Das puritanische Bekenntnis der meisten Siedler, das Kompromisse mit der autochthonen Bevölkerung a priori ausschloss, schaffte so einen extremen politischen wie religiösen Antagonismus.⁴⁶

Der Puritanismus und die innerenglische Politik sollten noch zweimal im 17. Jahrhundert die irische Historie maßgeblich verändern. Zunächst im englischen Bürgerkrieg zwischen den Truppen des Parlamentes unter dem Puritaner Oliver Cromwell und den Royalisten um König Karl I., welcher von den katholischen Iren gestützt wurde, letztendlich aber Cromwell unterlag und 1649 aufs Schafott geschickt wurde. Um den Sieg des Puritanismus auch an der Westflanke zu sichern und den „irischen Papisten“ auf ewig eine Lektion zu erteilen, startete Cromwell einen blutigen Rachefeldzug gegen die Bevölkerung Irlands. Während der Kampagne ließen ca. 600.000 Iren (von knapp 1,5 Millionen) ihr Leben. Weitere 100.000 wurden in die englischen Kolonien verbracht. Per

⁴⁴ Vgl.: Otto, Frank: Der Nordirlandkonflikt. Ursprung, Verlauf, Perspektiven, München 2005, S. 11 (künftig zitiert: Otto: Nordirlandkonflikt).

⁴⁵ Ebd.

⁴⁶ Ebd.: S. 13 u. S 16. .

II. Der Konflikt in Nordirland

Parlamentsbeschluss wurde das Land der drei irischen Provinzen Leinster, Munster und Ulster konfisziert und zum Teil an Cromwells Söldner verschenkt. Den Iren blieb nur die sumpfige und karge Provinz Connaught. Wer sich der Umsiedlung verweigerte, wurde erschlagen.⁴⁷

Von besonderer Bedeutung und nachhaltiger Auswirkung selbst für die heutige Tagespolitik war jedoch der 40 Jahre später sich ereignende „Krieg der zwei Könige“. Der katholische König James II., der von seinen Landsleuten daheim in London vertrieben und durch den holländischen Protestant William von Oranien ersetzt worden war, schickte sich an mit französischer Hilfe und der Unterstützung des katholischen Irlands seine Krone zurück zu erobern. Erneut wurden englische Streitigkeiten auf irischem Boden ausgefochten:

„The Protestants' victory was sealed [...] on 12 July 1690 when their champion, King William III of Orange, defeated King James II's Army at the Battle of the Boyne. The Protestant succession to the English throne was now secure and 'Remember 1690' entered the handbook of Protestant slogans alongside 'No Surrender!' The Orange Order was founded a century later in 1795, following a skirmish with Catholics near the village of Loughgall in County Armagh, to sustain 'the glorious and immortal memory' of King William and the Boyne. The huge parades throughout areas of Northern Ireland on 12 July every year celebrate 'King Billy's' famous victory, traditionally seen by many working-class loyalists as a victory of the 'Prods' over the 'Taigs' (a traditional term of abuse for Catholics), which is why marching is such a politically sensitive issue today.“⁴⁸

Im Zuge der endgültigen Konsolidierung der protestantischen Vorherrschaft wurden ab 1695 sukzessive bestimmte Strafgesetze erlassen, die so genannten „Penal- bzw. Property Laws“⁴⁹ mit der Intention der dauerhaften Unterdrückung des katholischen Irlands. Es war Katholiken bei Strafe untersagt, Waffen oder Pferde in einem Wert von mehr als fünf Pfund zu besitzen, desgleichen lesen und schreiben zu lernen, Grundstücke käuflich zu erwerben, von Protestanten zu erben oder geschenkt zu bekommen. Ebenso war es ihnen nicht gestattet, Land auf Leibrente zu pachten. Man untersagte ihnen die Aufnahme einer Hypothek auf bestehendes Eigentum. Verstarb ein irischer Landbesitzer, so wurde sein Grundbesitz zu gleichen Anteilen an seine Söhne gegeben, außer der älteste Sohn konvertierte zum Protestantismus: in diesem Fall gelangte er an den vollständigen Besitz. Der Historiker Frank Otto konstatiert, dass vor der Rebellion gut die

⁴⁷ Vgl.: Wuhrer, Pit: Die Trommeln von Drumcree. Nordirland am Rande des Friedens, Zürich 2000, S. 18 (künftig zitiert: Wuhrer: Drumcree).

⁴⁸ Taylor: Loyalists, S. 19.

⁴⁹ Siehe dazu: Wall, Maureen: The age of the Penal Laws, in: Moody, Theo W. und Frank X. Martin (Hrsg.): The Course of Irish History, Dublin 2001, S. 176-189.

Hälfte des Landes von Katholiken besessen worden war. Nach 1688 sank die Zahl in der Folge der Restauration auf 22% und 1703 auf 14%, mit der rigiden Umsetzung der „Penal Laws“ 1776 gar auf 5%. Das übrige Land war im Besitz von ca. 5000 anglikanischen Gutsherren.⁵⁰

Mit der ökonomischen Entrechtung ging die politische einher: Katholiken wurden vom passiven wie aktiven Wahlrecht ausgeschlossen, Tätigkeiten als Richter oder in kommunalen Behörden wurden ihnen verweigert.⁵¹ Erst mit der langsamem Rücknahme der Penal Laws im Zuge der Einführung einer irischen Legislative und der „Verfassung von 1782“ sollte sich die Situation leicht verbessern.

1.2. Das irische Streben nach Unabhängigkeit

Das irische Streben nach Unabhängigkeit, welches sich schließlich mit der Teilung der Insel als Folge des Unabhängigkeitskrieges und der Errichtung des „Irish Freestate“ 1920/21 vollzog, ist durch einen dualistischen Aktionismus gekennzeichnet: Zum einen der immer wieder aufkommende Versuch des gewaltsamen Abschüttelns der englischen Okkupation mittels paramilitärischer Geheimorganisationen wie den „United Irishmen“⁵² oder der „Irish Republican Brotherhood“ und zum anderen durch politisch-parlamentarische Anstrengung der „Home-Rule“ Bewegung. Beide Unterfangen riefen natürlich auf der Seite des „Gegners“ vergleichbare Unternehmungen unter anderen Vorzeichen hervor:

„Die modernen Wurzeln des Nordirlandkonfliktes finden wir im 19. Jahrhundert. In diesem Zeitraum beginnt die politische Formierung und Polarisierung von Katholiken und Protestanten in zwei Lager, religiös-ideologisch und praktisch-politisch: Nationalismus und Unionismus. [...] ‚Nationalisten‘ sind überwiegend katholische Nordiren, die Nordirland als Teil der irischen Nation verstehen. Sie sehen sich mit der Republik verbunden [...]. ‚Unionisten‘ sind in ihrer überwältigenden Mehrheit protestantische Nordiren, die sich als ‚British‘ verstehen. Sie wollen an der geltenden verfassungsrechtlichen Situation nichts ändern, weil sie die Union mit Großbritannien einem vereinigten Irland vorziehen. Die Unionisten verweisen auf ihre Traditionen, die auf die englisch-schottische Besiedlung Ulsters im 17. Jahrhundert zurückgehen.“⁵³

„Republikanismus“ und „Loyalismus“ bezeichnen darüber hinaus jeweils die radikale, d.h. gewaltbereite Variante von katholischem Nationalismus⁵⁴ und

⁵⁰ Vgl.: Otto: Nordirlandkonflikt, S. 25.

⁵¹ Ebd.: S. 26.

⁵² Vgl.: Curtin, Nancy: The United Irishmen: Popular Politics in Ulster and Dublin, Oxford 1994.

⁵³ Kandel: Nordirlandkonflikt, S. 19-21.

⁵⁴ Als Standardwerk vgl.: Boyce, D. George: Nationalism in Ireland, London/New York 1995.

II. Der Konflikt in Nordirland

protestantischem Unionismus,⁵⁵ gleichwohl die Verwendung der Begriffe selten trennscharf erfolgt und die Übergänge in der Realität oftmals fließend sind.

Für unsere Fragestellung ist mit Blick auf den irischen Nationalismus jedoch die Feststellung wichtig, dass jener nicht anders als seine Geschwister im übrigen Europa in besonderer Weise ein Kind der französischen Revolution und ihres Ideengutes gewesen ist. Die bereits erwähnte, am 18. Oktober 1791 von einem protestantischen Rechtsanwalt aus Dublin namens Theobald Wolfe Tone⁵⁶ begründete, Gesellschaft der „United Irishmen“ postulierte die Loslösung von England und ein republikanisches Staatswesen für alle Einwohner Irlands ohne Ansehen von Abstammung oder Konfession. Bisweilen machte es den Anschein, als könnten ökonomische und soziale Gräben überwunden werden im gemeinsamen Engagement für eine säkulare irische Nation.⁵⁷ Der gewaltsamen Erhebung der United Irishmen im Jahr 1798 war allerdings ebenfalls das gleiche unglückliche Los zahlreicher Aufstände auf der Grünen Insel beschieden.

Weitaus mehr Erfolg versprach die im Jahre 1870 gegründete „Home Government Association“. Aus ihr, die wie die United Irishmen von einem irisch-protestantischen Anwalt – Isaac Butt – ins Leben gerufen worden war, ging drei Jahre später die „Home Rule League“ hervor. Ziel der „Home Rulers“ war das Hinarbeiten auf eine eigenständige irische Legislative und Exekutive mit legalen politischen Mitteln. Von Beginn schlossen sich zahlreiche Mitglieder der 1858 gegründeten revolutionären Untergrundorganisation „Irish Republican Brotherhood“⁵⁸ an, so dass der Home-Rule-Bewegung ein radikales republikanisches Moment immanent war:

„Die Home-Rule-Liga hatte sofort bemerkenswerte Erfolge an den Wahlurnen und gewann schon 1874 die Hälfte aller irischen Parlamentssitze. Dennoch verlor der honorige Butt 1877 den Vorsitz an den jungen, charismatischen Charles Stuart Parnell, ebenfalls ein irischer Protestant. 1880 wurde Parnell auch Vorsitzender der irischen Parlamentarier (Irish Parliamentary Party, IPP). Im Gegensatz zu Butt war Parnell ein radikaler Streiter für Home-Rule, der die vollständige Loslösung Irlands aus der Union wollte und zur Durchsetzung dieses Ziels auf - allerdings konstitutionellen – Widerstand gegen Großbritannien statt auf Kooperation setzte.“⁵⁹

⁵⁵ Vgl.: Helle, Andreas: Ulster: Die blockierte Nation. Nordirlands Protestanten zwischen britischer Identität und irischem Regionalismus (1868-1922), Frankfurt a.M. 1999.

⁵⁶ Siehe dazu: Bartlett, Thomas: Theobald Wolfe Tone, Dundalk 1997.

⁵⁷ Vgl.: Kandel: Nordirlandkonflikt: S. 47.

⁵⁸ Siehe dazu: Comerford, R.V.: The Fenians in Context: Irish politics and society 1848-82, Dublin 1985.

⁵⁹ Otto: Nordirlandkonflikt, S. 44.

Gleichwohl die Home-Rule-Bewegung 1891 aufgrund interner Querelen um die Person Parnells⁶⁰ zerfiel, blieb die Frage nach einer potenziellen Autonomie für Irland bestimmender Teil der Londoner Tagespolitik. Greifbar wurde Home-Rule schließlich im Jahre 1910 resultierend aus taktischen Überlegungen innerenglischer Politik. Nun begannen sich auch die Protestantten Ulsters politisch und militärisch zu formieren,⁶¹ um „Home-Rule“, was für sie gleichbedeutend war mit „Rome-Rule“,⁶² zu bekämpfen. So gründete sich als wichtigster Dachverband der Unionisten 1904 das „Ulster Unionist Council“ (UUC). Neben der Bündelung politischer Aktivität erfolgte ab 1913 nach einer Entscheidung des UUC die Aufstellung eines paramilitärischen Verbandes mit dem Namen „Ulster Volunteer Force“ (UVF). Anfangs lediglich mit Knüppeln ausgerüstet, mutierte die Truppe nach der Einschleusung großer Ladungen von Waffen und Munition zu einer ernstzunehmenden Bürgerkriegsmiliz. Mit der Annahme der „Home-Rule Vorlage“ am 16. Januar 1913 durch das Unterhaus kam es zu massiven Straßenschlachten, ein realer Bürgerkrieg schien unausweichlich.⁶³ Der Ausbruch des ersten Weltkrieges 1914 sorgte letztlich nicht nur für ein neues Betätigungsfeld der UVF in den Schützengräben Belgiens,⁶⁴ sondern auch für dringendere politische Erfordernisse als die Beschäftigung mit Home-Rule.

1.3. Osteraufstand und Unabhängigkeitskrieg

Das Kriegsengagement des Empires und die Bindung militärischer Kräfte auf dem europäischen Festland nutzte eine Gruppe von ca. 900 „irischen Patrioten“, die sowohl glühende Nationalisten der Irish Republican Brotherhood und Sinn Fein um die Gestalt des fromm-katholischen und charismatischen Patrick Pearse⁶⁵ als auch linke Sozialrevolutionäre in der Person des sozialistischen Arbeiterführers James Connolly vereinte, um zu einem erneuten Fanal zu blasen. Die enge

⁶⁰ Siehe dazu: Kee, Robert: *The Laurel and the Ivy. The Story of Charles Stuart Parnell and Irish Nationalism*, London 1993.

⁶¹ Siehe dazu: Stewart, Anthony T.Q.: *The Ulster Crisis. Resistance to Home-Rule 1912-1914*, Belfast 1992.

⁶² Vgl.: Otto: *Nordirlandkonflikt*, S.47.

⁶³ Ebd.: S. 55-56.

⁶⁴ Siehe dazu: Doherty, Richard: *The Sons of Ulster. Ulstermen at War from the Somme to Korea*, Belfast 1992.

⁶⁵ Siehe dazu: Moran, Sean F.: *Patrick Pearse and the Politics of Redemption: The Mind of the Easter Rising*, Washington 1994.

II. Der Konflikt in Nordirland

Verknüpfung zweier so unterschiedlicher Persönlichkeiten wie Pearse und Connolly, die in ihrem ideologischen Background sehr divergierten, sollte - wie noch an anderer Stelle zu zeigen sein wird – ein Merkmal des irischen Unabhängigkeitsgedankens im 20. Jahrhundert werden:

„Der erklärte Marxist war einer der ersten, die beide Aspekte des irischen Problems miteinander verbanden: Die soziale Befreiung der Arbeiterklasse sei ohne Lösung der nationalen Frage nicht möglich, nationale Unabhängigkeit ohne Sozialismus aber nicht erstrebenswert, schrieb Connolly. Was haben die irischen Armen davon, wenn die Fahne ausgetauscht wird, die Ausbeutung aber bleibt? Er gründete eine proletarische Bürgerarmee, die Irish Citizen Army, die sich später mit den Volunteers, dem militärischen Flügel der fenischen Irish Republican Brotherhood (IRB), zur Irish Republican Army (IRA) zusammenschließen sollte.“⁶⁶

Am 23. April, dem Ostersonntag des Jahres 1916, schlug man schließlich los und besetzte in einer isolierten und militärisch ohne jede Aussicht auf Erfolg dilettantischen Aktion das „General Post Office“ (GPO) in der Dubliner Innenstadt.⁶⁷ Einen Tag später verlas Pearse auf den Stufen des zum Hauptquartier der Rebellen avancierten GPO die Proklamation der Irischen Republik⁶⁸ und gab die Einsetzung einer provisorischen Regierung bekannt. Jedoch erstickte England auch diesen Aufstandsversuch der irischen Nationalisten, die auf eine Ausweitung der Erhebung über die ganze Insel gehofft hatten und sich der Ausweglosigkeit ihrer eigenen Situation von Beginn an im klaren gewesen waren, im Pulverdampf britischer Gewehre und Geschütze. Bei den Gefechten ließen rund 450 Menschen ihr Leben, davon 116 Soldaten der Krone, 65 Aufständische sowie eine größere Anzahl von Zivilpersonen.⁶⁹ Die Anzahl der Verwundeten belief sich auf etwa 2600, die Dubliner Innenstadt wurde beträchtlich in Mitleidenschaft gezogen und zu Teilen zerstört. Die Iren selbst verspürten zunächst keine allzu großen Sympathien für die Rebellen, erst die als drakonisch empfundenen Reaktionen der Briten brachten einen Meinungsumschwung, so dass die Ausrufung und Anwendung des Kriegsrechtes, welches harte Strafen für am Aufstand Beteiligte aber auch Unschuldige sowie die Verhaftung und dauerhafte Festsetzung von mehr als 3000 Personen bewirkte, den republikanischen Kräften eine breite Unterstützungsbasis in der Bevölkerung

⁶⁶ Wuhrer: Drumcree, S. 24 f.

⁶⁷ Vgl.: Caufield, Max: The Easter Rebellion, Dublin 1995.

⁶⁸ Siehe dazu: O'Day, Allan und John Stevenson (Hrsg.): Irish Historical Documents Since 1800, Dublin 1992, S. 160 f.

⁶⁹ Vgl.: Kandel: Nordirlandkonflikt, S. 61.

schaffte. Verstärkt wurde diese Entwicklung durch die Hinrichtung der Anführer des Umsturzversuches:

„Die fünfzehn Hingerichteten, insbesondere Pearse und Connolly, wurden zu ‚Märtyrern‘ für Irlands Unabhängigkeit. Die fenianische Ideologie des ‚Blutopfers‘ für die ‚heilige irische Sache‘ verstärkte sich im irischen Nationalismus und wurde zu einer handlungsorientierenden Kraft politischer Aktivisten.“⁷⁰

Nicht zuletzt wurden die irischen Protestanten einmal mehr in ihrer Perzeption einer irisch-katholischen Illoyalität bestärkt, welche nicht davor zurückschreckte die Tapfer im Felde stehenden Truppen Ihrer Majestät gegen die Armee des Kaisers nur aufgrund eigensüchtiger Interessen „von hinten zu erdolchen“.

Gleichwohl das Fanal des Ostersonntags kläglich scheiterte, bescherte es dennoch den radikalen und kompromisslosen Kräften des irischen Republikanismus um die Partei Sinn Fein und ihrem Präsidenten Eamon De Valera⁷¹ zunehmenden Rückhalt. DeValera gehörte zu den militärischen Köpfen des Easter Rising, entging nur wegen seiner US-amerikanischen Staatsangehörigkeit der Hinrichtung und sollte im weiteren Verlauf der irischen Geschichte noch zu höchsten politischen Würden aufsteigen.

Bei den Unterhauswahlen im Dezember des Jahres 1918 sollte er Sinn Fein zu einem bedeutenden Wahlerfolg führen. Das erstmalig herausragende Abschneiden der republikanischen Bewegung⁷² bestärkte die Protagonisten darin, den eingeschlagenen Kurs beizubehalten und eigene Grundregeln für die politische Agitation zu entwickeln, insbesondere mit Blick auf parlamentarisch-legislative Prozesse, die auch noch in den kommenden Dekaden zum festen Instrumentarium des irischen Nationalismus avancieren sollten. Die gewählten Abgeordneten Sinn Feins, von denen manche noch inhaftiert bzw. untergetaucht waren, verweigerten die Einnahme ihrer Sitze in Westminster. Die Doktrin des „abstentionism“ verhinderte so eine Partizipation an der politischen Beratung der irischen Frage. Da es der republikanischen Bewegung konsequent um die Unabhängigkeit Irlands ging, versammelten sich am 21. Januar 1919 die Sinn Fein Vertreter, um die

⁷⁰ Kandel : Nordirlandkonflikt, S. 61 f.

⁷¹ Zur Person DeValeras siehe u.a.: Coogan, Tim Pat.: De Valera. Long Fellow, Long Shadow, London 1993.

⁷² Vgl.: Walker, Brian: Parliamentary Election Results in Ireland, 1801-1922, Belfast/Dublin 1978.

Eröffnung eines unabhängigen irischen Parlamentes zu planen, das „Dail Eireann“ (Assembly of Ireland).⁷³

„Natürlich“ reagierte London mit repressiven Mitteln und die Arbeit des Dail konnte nur noch im Geheimen stattfinden. DeValera nutze indessen die Zeit um in den USA „Kanonengelder“ für die irische Sache zu akquirieren und machte sich Ende 1920 mit der Spendensumme von ca. fünf Millionen Dollar für den bewaffneten Unabhängigkeitskampf auf den Rückweg. Kurze Zeit später startete der irische Unabhängigkeitskrieg,⁷⁴ welcher zu unerhörten Grausamkeiten auf beiden Seiten führte. Schließlich obsiegte auf Seiten der IRA wie der britischen Regierung die Einsicht, dass der Konflikt für keine der beiden Seiten mit Waffengewalt und militärischen Mitteln erfolgreich beendet werden könnte. Schwierige und mühsame Verhandlungen nach dem Einstellen der bewaffneten Auseinandersetzung im Juli 1921 sollten bis zur Unterzeichnung des Anglo-Irischen Vertrages⁷⁵ am 6. Dezember 1921 folgen.

1.4. Von der Entstehung Nordirlands bis zum Beginn der „Troubles“

Erst im mit äußerster Brutalität geführten irischen Unabhängigkeitskrieg von 1920/21 sollte ein großer Schritt in Richtung Unabhängigkeit der grünen Insel getan werden,⁷⁶ welche aber in gleichem Maße aufgrund der nun folgenden Abspaltung Nordirlands im Jahre 1922 vom entstehenden irischen Freistaat den originären historischen Auslöser für den Nordirlandkonflikt darstellt:

„In der Frage, welches Territorium das teilautonome Nordirland umfassen sollte, setzten sich die Unionisten durch. Sie verzichteten auf die drei Provinzen Donegal, Cavan, Monaghan – zum Entsetzen der dort lebenden Protestanten. Die geplante ‚Nordprovinz‘ sollte nur aus sechs counties der ursprünglichen neun der historischen Provinz Ulster bestehen: Armagh, Antrim, Down, Fermanagh, Londonderry und Tyrone. In den sechs counties dominierten die Protestantten die Katholiken im Verhältnis von 65,5 % zu 34,5 %. Ging man von den neun historischen Provinzen aus, dann war das Verhältnis dagegen nur 56 % zu 44 %. Die Absicht war klar: es ging um die Sicherung und Befestigung der protestantischen Vorherrschaft.“⁷⁷

⁷³ Vgl.: Kandel: Nordirlandkonflikt, S. 63.

⁷⁴ Siehe dazu weiterführend u.a.: Townshend, Charles: The British Campaign in Ireland 1919-1921. The development of Political and Military Policies, Oxford 1978; Smith, M.L.R.: Fighting for Ireland? The Strategy of the Irish Republican Movement, London 1997.

⁷⁵ Siehe dazu: Elvert, Jürgen: Der Bruch. Irlands Weg in die Zweistaatlichkeit (1916-1921), in: Ders. (Hrsg.): Nordirland in Geschichte und Gegenwart – Northern Ireland in Past and Present, Stuttgart 1994, S. 145 ff.

⁷⁶ Siehe dazu: Gunderlach, Thomas: Die irische Unabhängigkeitsbewegung 1916-1922, Frankfurt a.M./Las Vegas 1977.

⁷⁷ Kandel: Nordirlandkonflikt, S. 74.

Diese protestantische Herrschaft wurde nun mit zahlreichen politischen und polizeilichen Mitteln abgesichert. Die Unionisten machten sich daran, ihre Vormachtsstellung gegenüber der katholischen Minderheit auszubauen und zu zementieren, wobei sie speziell auf Änderungen des Wahlrechts setzten. So wurde u.a. das kommunale Zensuswahlrecht, welches sich an dem Besitz oder der Pacht von Land und Gebäuden orientierte und je nach Wert dieses Besitzes dem Bürger bis zu sechs Stimmen verlieh, auch nach seiner Abschaffung in England 1945 in Nordirland beibehalten.⁷⁸ Dies führte dazu, dass ein Viertel der erwachsenen, meistens katholischen, Wähler über keinerlei Stimmrecht verfügte. Damit einher gingen die Abschaffung des Verhältniswahlrechts und die Neuordnung kommunaler Wahlkreise. Die Zusammensetzung der Wahlkreise brachte bevölkerungsstarke katholische Wahlbezirke hervor, die ebenso viele Mandatsträger in die Kommunalparlamente entsandten, wie die mit geringerer Bevölkerung bewohnten, protestantischen Wahlkreise.⁷⁹ Desgleichen wurde das Verhältniswahlrecht auf Landesebene zum nordirischen Parlament abgeschafft, womit den Unionisten die protestantische Dominanz endgültig gesichert schien. Diese Dominanz wurde zudem abgesichert von einer nordirischen Polizeitruppe, welche zu mehr als 90% aus Protestanten bestand und mit Hilfe zahlreicher vom Parlament erlassener Notstandsgesetze Katholiken gänzte und schikanierte. Unverhohlen hatte der erste Premierminister Nordirlands, James Craig, in einer Rede am 22. April 1934 im Parlament auf Schloß Stormont die Linie für die nächsten Jahrzehnte vorgegeben: „I am an Orangeman first and a politician...afterwards. [...] All I boast of is that we are a Protestant Parliament in a Protestant State.“⁸⁰

1.5. Bewaffnete Eskalation und 30 Jahre Gewalt

Wie in der ganzen Welt waren die sechziger/siebziger Jahre des 20. Jahrhunderts auch in Nordirland eine Zeit der Unruhe und des Aufbegehrens einer vermeintlich unterdrückten Minderheit gegen die als ungerecht und benachteiligend empfundene politische und soziale Struktur der dominierenden

⁷⁸ Siehe dazu: Whyte, John: How much discrimination was there under the unionist regime 1921-68? In: Gallagher, Tom und James O'Connel: Contemporary Irish Studies, Manchester 1983.

⁷⁹ Vgl.: Kandel: Nordirlandkonflikt S. 82.

⁸⁰ Zit.n.: Hepburn, A.C.: The Conflict of Nationality in Modern Ireland, London 1980, S. 165.

II. Der Konflikt in Nordirland

unionistischen Mehrheitsgesellschaft. Johannes Kandel dokumentiert entsprechend zutreffend den über alle politischen Lager hinweg heute bestehenden Konsens hinsichtlich der Benachteiligung der nordirischen Katholiken:

„Es ist *keine* offene Frage mehr, ob es in Nordirland Diskriminierungen zu Lasten der katholischen Minorität gegeben hat, umstritten sind allerdings das *Ausmaß* in den sechziger Jahren und die politischen Wirkungen, d.h. in welcher Weise aus vielfältigen Diskriminierungserfahrungen handlungsanleitende politische Ziele formuliert und in politische Praxis umgesetzt wurden.“⁸¹

Umstritten und schwer zu beantworten ist die Frage, zu welchem Zeitpunkt der Konflikt Nordirland in eine offene und zielgerichtet fortdauernde, sich Zug um Zug intensivierende gewaltsame Entwicklung umgeschlagen ist.

Sicher ist, dass die sich neu formierende und an die Traditionen ihres historischen Vorgängers dem Namen nach anknüpfende „Ulster Volunteer Force“ (UVF) bereits Mitte 1966 der IRA „formell“ den Krieg erklärte und für die ersten unschuldigen Toten durch einen paramilitärischen Anschlag im Juni 1966 verantwortlich zeichnet.⁸² Von weiter reichender Bedeutung sollten jedoch die zahlreichen Aktivitäten der katholischen Bürgerrechtsbewegung „NICRA“⁸³ und die Reaktion des nordirischen Establishments sein. In Anlehnung an die Vorgehensweise der US-amerikanischen Bürgerrechtsbewegung um Martin Luther King führte die NICRA zahlreiche Protestmärsche durch, welche meistens nach dem gleichen Schema und mit den gleichen Auswirkungen verliefen, wie sie Frank Otto anhand der Ereignisse des 5. Oktober 1968 in Derry beschreibt und damit zugleich den endgültigen Aufbruch in das Chaos des nordirischen Bürgerkrieges datiert:

„Ohne von Teilnehmern der Kundgebung provoziert worden zu sein, griffen die Polizisten unversehens mit Schlagstöcken an. Die eingekesselten Demonstranten wurden systematisch brutal zusammengeschlagen; [...] Die Bilder der Polizeibrutalität gegen offensichtlich harmlose, unbewaffnete Demonstranten und Unbeteiligte (einschließlich der Parlamentsmitglieder) und die Äußerungen des Innenministers Craig vom folgenden Tag [...] machten der schockierten irischen und britischen Öffentlichkeit deutlich, dass man ein reaktionäres Regime dabei erwischt hatte, wie es im Vereinigten Königreich elementare Freiheitsrechte unterdrückte. Der 5.10. war nicht das erste Mal, dass nordirische Sicherheitsorgane auf diese Weise handelten; zum ersten Mal jedoch nahm die Öffentlichkeit außerhalb Nordirlands

⁸¹ Kandel: Nordirlandkonflikt, S. 103.

⁸² Vgl. bspw.: Cusack, Jim und Henry McDonald: UVF, Dublin 1997; Boulton, David: The UVF 1966-1973. An Anatomy of Loyalist Rebellion, Dublin 1974, S. 40.

⁸³ Vgl.: O'Dochartaigh, Niall: From Civil Rights to Armalites. Derry and the Birth of the Irish Troubles, Cork 1997, S. 59 ff.

wahr, was dort geschah. Das ist auch der Grund dafür, dass dieser Tag gemeinhin als Startpunkt der Troubles bezeichnet wird.“⁸⁴

Ähnliche Szenarien sollten nun für Wochen und Monate das Tagesgeschehen im Norden der grünen Insel bestimmen. Als schließlich die Lage völlig zu eskalieren drohte und in Belfast und Derry in katholischen Vierteln „No Go Areas“ eingerichtet wurden, d.h. Viertel so verbarrikadiert und gewaltsam verteidigt wurden, dass es den nordirischen Sicherheitskräften, welche zunehmend bei Straßenschlachten aufgerieben wurden, nicht mehr gelang die öffentliche Ruhe und Ordnung aufrechtzuerhalten, entschloss sich die britische Regierung in London dazu, militärische Verbände in die Unruheprovinz zu entsenden. Dies geschah am 14. August 1969, zwei Tage nachdem das irisch-nationalistische Herz Derrys, die Bogside, in Folge eines Marsches der loyalistischen „Apprentice Boys“ zur grausamen Kampfzone zwischen Anwohnern und der Polizei wurde und in die Geschichte Nordirlands als „Battle of the Bogside“ einging.⁸⁵ Dabei durften sich die britischen Soldaten zu Beginn einer hohen Popularität bei der katholischen Bevölkerung erfreuen, welche nun hoffte, vor den pogromartigen Überfällen der Loyalisten und dem tatenlosen Zusehen der Polizeikräfte⁸⁶ geschützt zu sein.⁸⁷

Festzuhalten bleibt, dass die Konfliktakteure unmittelbar am Anfang der Troubles in ihrem Verhältnis als „Inner – Nordirisch“ zu klassifizieren sind durch die Fronstellung der pro-britischen Unionisten und der Dominanz der Protestantten in Staat und Gesellschaft gegenüber der katholischen Minorität, welche in ihrem nationalistischen Weltbild sich der Republik Irland zugehörig fühlte, das britische Militär jedoch zunächst als neutraler Teilnehmer, ganz im Gegensatz zur bisher erlebten Historie des Anglo-Irischen Konfliktes, wahrgenommen wurde und sich ihre Anwesenheit in der Perzeption von Katholiken und Protestantten jeweils unter anderen Vorzeichen als willkommen und positiv manifestierte. Dies sollte sich für den katholischen Bevölkerungsteil mit den Ereignissen des 30. Januar 1972 grundlegend ändern. Am so genannten „Bloody Sunday“ erschossen britische Fallschirmjäger während einer Demonstration der Bürgerrechtsbewegung in

⁸⁴ Otto: Nordirlandkonflikt, S. 89.

⁸⁵ Siehe dazu: Otto: Nordirlandkonflikt: S. 93 ff.

⁸⁶ Siehe dazu: Egan, Bowes und Vincent McCormack: Burntollet, Belfast 1969.

⁸⁷ Taylor: Brits, S. 33.

II. Der Konflikt in Nordirland

Derry 13 unbewaffnete Zivilisten, zahlreiche Personen wurden verletzt.⁸⁸ Während die Sympathie von einst für die Soldaten der Krone bei der nationalistischen Bewohnern Nordirlands vollends sanken und die Bürgerrechtsbewegung zunehmend an Rückhalt verlor, füllten sich nun erneut die Reihen der IRA mit zahlreichen Freiwilligen, die bereit waren den bewaffneten Kampf gegen die Institutionen des „Orangisten Staates“, die Soldaten der Krone und die loyalistischen Paramilitärs aufzunehmen. Der nun folgende Strudel der Gewalt sollte sich bis zu den Friedensverhandlungen und dem Karfreitagsabkommen von 1998 nun 30 Jahre vollends entfesseln.

⁸⁸ Siehe dazu u.a.: McCann, Eamonn: Bloody Sunday in Derry. What really happened, London 1992; British-Irish Rights Watch (Hrsg.): Bloody Sunday. Submission to the United Nations' Special Rapporteur on Summary and Arbitrary Executions: The Murder of 13 Civilians by Soldiers of the British Army on 'Bloody' Sunday', 30th January 1972, London 1994; Dewar, Michael: The British Army in Northern Ireland, London 1996 (künftig zitiert: Dewar: British Army).

2. Begründung und Prägung des irisch-katholischen sowie des loyalistisch-protestantischen Nationalismus

Nach den historischen Einlassungen zur Problematik des Nordirlandkonfliktes sollen nun die Motivationsfaktoren und die Entstehung des irisch-katholischen sowie des loyalistisch-protestantischen Nationalismus dargestellt werden sowie die herausragenden Exponenten der beiden ideologischen Richtungen in Form der ihnen zu zurechnenden paramilitärischen Gruppierungen und Parteien. Am Ende des Abschnitts soll die Rolle und Einwirkung der Religion auf das nordirische Konfliktgeschehen erörtert werden.

2.1. Die Entstehung von Republikanismus und Unionismus

In seiner Studie „Conflict in Northern Ireland. The Development of a Polarized Community“ attestierte John Darby, dass sowohl der irisch-katholische als auch der loyalistisch-protestantische Nationalismus auf lange geschichtliche Tradierungen blicken können, welche in ihren Anfängen wie aufgezeigt bis in das 17. Jahrhundert zurückreichen und ihre markantesten Prägungen im 19. und 20. Jahrhundert erfahren haben.⁸⁹

Die republikanischen Bestrebungen der Iren waren entsprechend ihres Entstehungszeitraums den anderen europäischen Nationalismen der Neuzeit in ihrem Kern vergleichbar und begründeten in ihrer „politischen Idee und Ideologie“ gleich ihren Geschwistern auf dem europäischen Kontinent ein duales Nationenverständnis.⁹⁰ Es kann konstatiert werden, dass die Iren als Volk trotz ihrer Unterteilung in Clans und Großfamilienverbänden über eine gemeinsame Historie und Kultur in Folge ihrer keltischen Abstammung verfügten, mit dem Gälischen eine eigene Sprache besaßen und die gleichen religiösen Vorstellungen teilten sowie auf einem gemeinsamen, durch geographische Abgeschlossenheit der irischen Insel gekennzeichnetem Territorium beheimatet waren:

„Hier wird ein *objektivistisches, kulturalistisches* Nationenverständnis sichtbar, d.h. die Nation wird auf den genannten ‚objektiven‘ Faktoren (ethnische Herkunft, Geschichte, Sprache, Kultur, Religion usw.) begründet. Doch politisch wirkungsmächtig und handlungsorientierend konnte ein solches Nationenverständnis erst werden, wenn den Iren die beschriebenen Gemeinsamkeiten bewusst wurden. Sie mussten sich ihrer Zugehörigkeit aufgrund der vorliegenden objektiven

⁸⁹ Vgl.: Darby, John: Conflict in Northern Ireland. The Development of a Polarized Community, Dublin 1976, S. 3 ff.

⁹⁰ Vgl.: Kandel: Nordirlandkonflikt, S. 43.

Bestimmungsmerkmale klar werden (Nationalbewusstsein) und dann ihren Willen zur Zusammengehörigkeit in einem bewussten Willensakt dokumentieren und ihr eine politische Form geben („nation-building“), die sich als handlungsfähige politische Einheit (z.B. als Staat) erwies.“⁹¹

So spiegelt sich in den zitierten Ausführungen Kandels gleichzeitig auch ein subjektivistischer Ansatz zur Definierung der Nation wieder, welcher sich in der politischen Willensentscheidung zur Konstituierung einer Nation vollzieht.

Der Nationalismus der Iren wurde dabei insbesondere von der Frontstellung gegen die Briten als primärem Feindbild angetrieben, die seit dem Sieg in der Schlacht an der Boyne die irische Insel okkupiert hatten. Die „Plantation“ des irischen Nordens sowie die allgemeine Benachteiligung und Unterdrückung der katholischen Iren rief zunehmend den Widerstand verschiedener irisch-nationalistischer Gruppen hervor, welche sich gegen die intendierte Anglisierung durch die Krone auflehnten und dadurch - nun nicht mehr getrennt durch Clan- und Stammeszugehörigkeiten – vereint wurden.⁹² Franz Valandro betont, dass der Katholizismus der irischen Bevölkerung in der Folge dieser Entwicklung vom Ursprung des irisch-nationalistischen Lagers an als ethnisch-religiöses Identitätsmerkmal fungierte und auf diese Weise das Selbstverständnis der Akteure in ihrem Antagonismus zum Protestantismus der britischen Besatzer determinierte und die durch Auflösung der politisch-sozialen Clanstruktur der gälisch geprägten Gesellschaft verlorene Identität Irlands komensierte.⁹³

Der Widerstand der Iren – zumal der gewaltbereiten Kräfte - gruppierte sich von jeher im Verborgenen und in der Bildung von Geheimgesellschaften. Großen Einfluss auf die Wesensart des irisch-republikanischen Lagers und seiner Gedankenwelt hatten die Revolutionen in Amerika und Frankreich. Das „Licht der Aufklärung“ mit seinen zu verwirklichenden Ideen von Freiheit, Gleichheit und Brüderlichkeit strahlte auf die grüne Insel aus und die Vorstellung einer gemeinsamen irischen Nation, welche sich nicht entlang konfessioneller Linien konstituierte, sondern allein den Citoyen einer „irischen Nation“ in den Mittelpunkt des politischen Handelns stellen wollte, wie die United Irishmen um Theobald Wolfe Tone es postulierten, sollte in den Kanon des republikanischen

⁹¹ Kandel: Nordirlandkonflikt, S. 43.

⁹² Vgl.: Gallenmüller, Dagmar: Die „irische Frage“. Eine historische Studie zu einem gegenwärtigem Konflikt, Frankfurt a.M. 1997, S. 23 ff. (künftig zitiert: Gallenmüller: Irische Frage).

⁹³ Vgl.: Valandro: Baskenland und Nordirland, S. 70.

II. Der Konflikt in Nordirland

Geschichtsbewusstseins eingehen.⁹⁴ Besonders die zahlreich während der „Großen Hungersnot“⁹⁵ der Jahre 1846-1849 in die USA emigrierten Iren sollten bis zum heutigen Tag durch ihre besondere Unterstützungsrolle für die republikanischen Kräfte auf der Grünen Insel trotz ihrer Bejahung des bewaffneten Kampfes gegen die britische Prädomination diesen Traditionstrang des irischen Nationalismus lebendig halten. In Irland selbst jedoch kehrte man nach dem Scheitern der United Irishmen schnell zu der klassischen Konzeption mit der Gewichtung von Ethnie und Konfession zurück:

„Der Versuch, eine nationale Identität über ethnische, kulturelle, religiöse, politische, soziale und wirtschaftliche, Differenzen hinweg zu schmieden und die Formierung einer säkularen ‚politischen Nation‘ nach dem Vorbild Frankreichs auf der ganzen Insel Irland einzuleiten, gelang jedoch nicht. Daraus erklärt sich die eigentümliche religiös-kulturelle Prägung der irischen Nationalbewegung und der Charakter der Nationenbildung in Irland als ‚Dominanzprojekt‘ statt eines ‚Integrationsprojektes der Kulturen‘. Nicht ‚Integration‘ protestantischer und katholischer ‚Kulturen‘ stand auf der Tagesordnung. Religion und Kultur wurden dagegen zu entscheidenden Elementen der *Differenz* und *Trennung* der Menschen, die in Irland lebten. Sie waren entweder die Nachfahren gälisch-katholischer ‚Ureinwohner‘ („gael“) oder der protestantischen ‚Siedler‘ („Planter“).“⁹⁶

Im Verlauf des 19. Jahrhunderts bildeten sich verschiedene irisch-nationalistische Bewegungen, die mit verschiedenen Vorgehensweisen nach einer Lösung des irischen Dilemmas trachteten. Zu einer wahren Massenbewegung reifte die 1823 aus der Taufe gehobene „Catholic Association“ des Juristen Daniel O’Connel.⁹⁷ Seine Organisation strebte unterstützt von der katholischen Kirche nach einer Lockerung der Union mit Großbritannien und befürwortete eine Selbstverwaltung innerhalb des Vereinigten Königreiches. Insofern sehen zahlreiche Autoren in O’Connel den gedanklichen Vater des konstitutionellen Nationalismus auf der irischen Insel, welcher für Reformen eintrat, ohne die Verbindung zu England vollends oder gar gewaltsam lösen zu wollen.⁹⁸ Als radikaler und kompromissloser in ihrer Ablehnung der britischen Herrschaft erwiesen sich die so genannten „Fenians“.⁹⁹ Als ideologischer „Reimport“ ihrer ein Jahrzehnt zuvor

⁹⁴ Vgl.: Valandro: Baskenland und Nordirland, S. 70; siehe ferner: Cruise O’Brien und Maire Conor: Ireland. A Concise History, London 1995, S. 89 f.

⁹⁵ Siehe dazu: Poirteir, Cathal: The Great Irish Famine, Dublin 1995.

⁹⁶ Kandel: Nordirlandkonflikt, S. 44.

⁹⁷ Vgl.: Valandro: Baskenland und Nordirland, S. 72.

⁹⁸ Vgl.: Gallenmüller: Irische Frage, S. 37 f.

⁹⁹ „Fenian Army“ bezeichnet eine mythische Streitmacht der Kelten, berühmt für Mut und Selbstaufopferung.

in die Vereinigten Staaten ausgewanderten „Geschwister“¹⁰⁰ gründete James Stephens am 17. März 1858, dem St. Patrick’s Day und irischem Nationalfeiertag, die „Irish Republican Brotherhood“ (IRB).¹⁰¹ Hier verband sich ein radikaler irischer Nationalismus mit seiner Forderung nach einer souveränen irischen Republik mit der Bereitschaft, diese radikal und unter Einsatz militärischer Gewalt zu erstreiten. Allerdings litt Stephens Bewegung unter dem ausbleibenden Zuspruch der breiten Bevölkerungsschichten, nicht zuletzt bedingt durch eine fehlende klare und detaillierte Programmatik. So blieb die politische Intention samt Strategie der klandestin agierenden Organisation mit der Exemption des Postulats einer Republik mit allgemeinem Wahlrecht undurchsichtig. Ideale der Aufklärung und der Revolution in Frankreich von 1789 verschmolzen mit einem schwärmerischen Nationalismus und sozialen Vorstellungen der europäischen Revolutionen des Jahres 1848. Als Konsens unumstößlich fest stand die Absicht, die britischen Machthaber mit Gewalt aus Irland zu vertreiben. Kandel konstatiert, dass die Bedeutung des Fenianismus weniger in der praktisch-politischen Organisation zu finden sei, denn in ihrer ideologischen Ausrichtung, die eine elitär-republikanische Tradition schuf anstelle einer demokratischen, zentriert um die Termini Nation und Nationalismus, die „in geradezu sakralem Glanz erstrahlten.“¹⁰²

Das radikal-nationalistische Erbe der Fenians mündete schließlich am Beginn des 20. Jahrhunderts in die Gründung der Partei „Sinn Fein“ und der „IRA“. Sie sollten bis heute zu den herausragenden Exponenten des irischen Nationalismus werden, diesen in seiner Gestalt prägen und werden noch gesondert in diesem Kapitel behandelt. Um die historische Genese der irischen Nationalbewegung abzuschließen, darf die so bezeichnete „gälische Renaissance“ nicht unerwähnt bleiben, deren Anliegen es war, am Ende des 19. Jahrhunderts eine Rückbesinnung auf die gälischen Wurzeln insbesondere im Bereich der Kultur zu fördern. Die Intention war es, durch die Bewußtseinsschärfung der kulturellen Unterschiede zwischen Iren und Briten bzw. zwischen Iren und den

¹⁰⁰ Vgl.: Coogan, Tim Pat: The IRA, London 1995, S. 13f. (künftig zitiert: Coogan: The IRA).

¹⁰¹ Siehe dazu: Laffan, Michael: Gewalt und Terror im Irland des 20. Jahrhunderts: Die Irish Republican Brotherhood und die IRA, in: Mommsen, Wolfgang und Gerhard Hirschfeld (Hrsg.): Sozialprotest, Gewalt und Terror, Stuttgart 1982, S. 181 ff.

¹⁰² Kandel: Nordirlandkonflikt, S. 51.

protestantischen Siedlern Argumente für eine irische Souveränität beizubringen¹⁰³ und Differenzierungsindikatoren unabhängig von konfessionellen Prämissen zu kreieren.¹⁰⁴ Eifrigste Förderer dieses Unterfangens ließen sich in der 1885 gegründeten „Gaelic Athletic Association“ ausmachen sowie in der „Gaelic League“, die aus dem Jahr 1893 datiert.¹⁰⁵ Neben der Wiederbelebung traditioneller irischer Sportarten wie „Hurling“ kam dabei der Wiedergeburt der gälischen Sprache eine prominente Rolle zu, die faktisch außer in den „Gaeltacht“ der irischen Westküste der Grafschaften Galway und Sligo kaum im Irland der Neuzeit gesprochen wurde und wird. Ihre Verwendung gehörte aber zum guten Ton aller republikanischen Presseerklärung von Sinn Fein und IRA in den letzten einhundert Jahren,¹⁰⁶ und wurde so rasch zum politischen Programm „aus dem letztlich die Idee des ‚Irish Ireland‘ im Sinne einer keltischen Nation erwuchs, die sich ganz klar von den Briten absetzte.“¹⁰⁷

Die insbesondere im Norden der irischen Insel beheimateten protestantischen Siedler sahen sich selbst anders als die katholischen Iren in ihrer subjektiven Wahrnehmung zunächst nicht als Teil einer eigenständigen Nation.¹⁰⁸ Ihre zentralen Identitätsmerkmale konstituierten sich in ihrer Loyalität zur Krone, der Union mit dem Empire und ihrem britischen Mutterland.¹⁰⁹ Die Unionisten betonten ihre „Britishness“, die es den Nachfahren von Engländern, Schotten und Walisern gestattete, als Kolonisten in einer ihnen feindlichen Umgebung mit fremder – gälischer – Kultur einen gewissen Zusammenhalt zu schaffen. An dieser Stelle muss jenen Autoren¹¹⁰ widersprochen werden, welche die These vertreten, dass das Konzept von „Britishness“ heterogen gewesen sei und eine Pluralität von nationalen Identitäten zugelassen hätte. Vielmehr ist sich Kandel anzuschließen, der zutreffend konstatiert:

¹⁰³ Vgl.: Valandro: Baskenland und Nordirland, S. 75.

¹⁰⁴ Vgl.: Murphy, John A.: Ireland. Identity and Relationships, in: Crick, Bernard (Hrsg.): National Identities. The Constitution of the United Kingdom, Oxford 1991, S. 79 ff.

¹⁰⁵ Vgl.: Valandro: Baskenland und Nordirland, S. 75.

¹⁰⁶ Lange bevor „Gälisch“ im Jahre 2006 weitere offizielle Amtssprache der Europäischen Union wurde.

¹⁰⁷ Valandro: Baskenland und Nordirland, S. 76.

¹⁰⁸ Vgl.: Kandel: Nordirlandkonflikt, S. 45; ferner: Loughlin, James: Ulster Unionism and British National Identity since 1885, London 1995, S. 33; Gibon, Peter: The Origins of Ulster Unionism: The Formation of Popular Protestant Politics and Ideology in Nineteenth-Century Ireland, Manchester 1975, S. 136.

¹⁰⁹ Vgl.: Kandel: Nordirlandkonflikt, S. 44.

¹¹⁰ Bspw.: Crick, Bernard: National Identities. The Constitution of the United Kingdom, Oxford 1991; Colley, Linda: Britons. Forging the Nation 1707-1837, London 1996.

„Britishness schloss politische, religiöse und kulturelle Bestimmungsfaktoren ein. Britishness gründete in der *englischen Sprache*, englischen *Lebensweisen* und *Alltagsorientierungen*. [...] Britishness betonte den *Protestantismus* als religiös-kulturelle „Leitkultur“ mit ausgeprägt anti-katholischen Elementen: Gewissensfreiheit als Freiheit von „römischer Tyrannie“!“¹¹¹

Erst mit der Zeit und besonders nach der Teilung der irischen Insel am Anfang des 20. Jahrhunderts entwickelte sich eine spezifische Identität als „Ulsterman“, welche nicht nur eine eigene „Sprachkultur“ des „UlsterScot“ als Dialekt des Englischen proklamierte und zu fördern versuchte, sondern auch eine Ulster zentrierte Geschichtsschreibung forcierte, welche die besonderen Leistungen von „Ulsterschotten“ in den Vereinigten Staaten durch den Slogan „From Pioneers to Presidents“ propagierte. Herausragende Bedeutung für den protestantisch-loyalistischen Nationalismus in Nordirland hatte jedoch zu aller Zeit der am 21. September 1795 gegründete Oranier-Orden.¹¹² Ursprünglich aus lokalen und gewalttätigen Geheimbünden zur Verteidigung der protestantischen Interessen in Irland gegründet,¹¹³ fungierten die Oranier als eigentlicher Träger eines Nationalgefühls im Sinne einer Identität als „Ulstermen and -women“ und besetzten zumal im Nordirland der Jahre 1922-1972 mit drei Ausnahmen stets alle Posten im Kabinett der nordirischen Selbstverwaltung.¹¹⁴ Die Mitglieder des Oranier-Ordens sahen sich als klandestine Hüter der protestantischen Identität Ulsters und Bewahrer der politischen Union mit der protestantischen Krone Großbritanniens, welcher sie in absoluter Loyalität ergeben sein wollten. Ihr Feindbild war sowohl gegen ein auf säkularen und republikanischen Ordnungsvorstellungen beruhendes unabhängiges Irland gerichtet wie gegen die Emanzipation der katholischen Bevölkerungsteile.¹¹⁵ Katholiken konnten und können im Oranier-Orden ebenso wenig Mitglied werden wie Protestant mit katholischem Ehepartner oder Nachkommen aus Mischehen, trotz ihres eigenen protestantischen Bekenntnisses.¹¹⁶ Letzterer Aspekt verdeutlicht die ethnische Dimension des protestantisch-loyalistischen Nationalismus und seine Abgrenzung gegen die gälischen Iren als Ethnie, so dass u.a. Pit Wuhrer nicht völlig

¹¹¹ Kandel: Nordirlandkonflikt, S. 45 f.

¹¹² Siehe allgemein zum Oranierorden: Blacker, William: The Formation of the “Orange Order” 1795-1798, Belfast 1994; Haddick-Flynn, Kevin: Orangism. The Making of a Tradition, London 1999.

¹¹³ Vgl.: Otto: Nordirlandkonflikt, S. 33 ff.

¹¹⁴ Vgl.: Wuhrer: Drumcree, S. 32; Kandel: Nordirlandkonflikt, S. 31.

¹¹⁵ Vgl.: Kandel: Nordirlandkonflikt, S. 54.

¹¹⁶ Vgl.: Wuhrer: Drumcree, S. 146.

unbegründet vom Oranier-Orden als einer „völkischen und rassistischen Gemeinschaft“ spricht.¹¹⁷ Es bleibt zu konstatieren, dass als tragendes und verbindendes Element im Nationalismus der Unionisten der Protestantismus eine zentrale Rolle einnimmt. Nicht nur werden durch die starke protestantische Betonung a priori die katholischen Iren ausgeschlossen, vielmehr hilft sie auch innerhalb der unionistischen Gemeinde gemeinsame Identifikationsmerkmale zu stiften. Zum einen ist der nordirische Protestantismus ein Gemenge unterschiedlicher reformatorischer Denominationen, zum anderen leistet er einen entschiedenen Beitrag dazu, wirtschaftliche und soziale cleaveages innerhalb des loyalistischen Lagers zu überdecken und ermöglichte in der Vergangenheit eine klassen- und schichtenübergreifende Mobilisierung.¹¹⁸

Die in den Augen der nordirischen Protestanten als Gleichgültigkeit wahrgenommene Haltung Londons gegenüber der Lage in der britischen Provinz,¹¹⁹ die sich besonders nach der Abspaltung des Südens zementierte, formierte sich bereits am Beginn des 20. Jahrhunderts im Zuge der Home-Rule-Bewegung des irisch-nationalistischen Lagers. Dies begünstigte die Entstehung eigener protestantischer Institutionen wie politischer Parteien, so dass verschiedentlich die Geburtsstunde des politischen Unionismus mit der Bildung einer Anti-Home-Rule Allianz auf das Jahr 1886 datiert wird.¹²⁰ Mit der Gründung des „Ulster Unionist Council“ am 3. März 1905 bekam der Unionismus einen gewichtigen Akteur auf dem politischen Feld. Mit der 1913 aus der Taufe gehobenen „Ulster Volunteer Force“ standen zudem knapp 90.000 paramilitärisch geschulte Loyalisten zur Verteidigung des protestantischen Ulsters für den Fall eines „Ausverkaufs“ durch die britische Regierung in London an die irischen Nationalisten bereit. Johannes Kandel konzediert, dass die unionistischen Kräfte trotz ihrer mittlerweile ausgeprägten Gewissheit für eine eigene immanente Identität als „Ulstermen“ speziell ihre ökonomische und gesellschaftliche Marginalisierung fürchteten und daher für den Verbleib bei Großbritannien votierten und diesen unter allen Umständen behaupten wollten. Unionistischer Argumentation folgend war der wirtschaftliche Erfolg der nördlichen Regionen

¹¹⁷ Vgl.: Wührer: Drumcree, S. 32.

¹¹⁸ Vgl.: Kandel: Nordirlandkonflikt, S. 57; siehe ferner: Buckland, Patrick: Ulster Unionism and the Origins of Northern Ireland 1885-1922, Dublin 1973.

¹¹⁹ Vgl.: Kandel: Nordirlandkonflikt: S. 79.

¹²⁰ Ebd.: S. 57

nur den Arbeitsleistungen der protestantischen Bevölkerung geschuldet. Ein katholisches und unabhängiges Irland, das in anachronistischen bäuerlichen wirtschafts- und Denkstrukturen kategorisiere, sei eine Gefahr für Industrialisierung und Wohlfahrt. Die Unionisten befürchteten, dass ein irisches Parlament per se ein „papistisches Parlament“ würde und gerade die protestantische Wirtschaftselite, die doch eigentlicher Träger des ökonomischen und sozialen Fortschritts sei, sich der Marginalisierung ausgeliefert sehen würde. Auch sah man eine Gefahr für bürgerliche Freiheit, Kultur und Bildung, wenn die katholische Kirche erheblichen Einfluss nehmen würde.¹²¹

Das zahlreiche in der Industrie tätige Protestanten grundsätzlich keine Katholiken beschäftigten und zudem auch im Süden Irlands wie in den einführenden Bemerkungen zur historischen Genese des Konfliktes dargestellt 95% des Landbesitzes sich in der Hand anglikanischer Grundbesitzer befand, wurde zu Gunsten des Klischees vom „faulen, versoffenen, gegenüber dem König illoyalen, dafür dem Papst hörigem Paddy“ verdrängt. So entließ der spätere nordirische Premierminister und einer der führenden Politiker der Unionisten am Beginn des 20. Jahrhunderts, Basil Brooke, bei seiner Ernennung zum Agrarminister 1933 auf seinen Besitzungen als „gutes Beispiel“ für seine loyalistischen Bundesgenossen demonstrativ alle 125 katholischen Angestellten und Arbeiter.¹²² Dies verdeutlicht nicht zuletzt die ökonomische Dimension der konkurrierenden nationalistischen Ideen in Irland.

2.2. Gewaltsamer Widerstand: Die paramilitärischen Organisationen

Die paramilitärischen Organisationen gehörten zu den radikalsten Akteuren in der Historie des Nordirlandskonfliktes. Sie prägten nicht nur den äußeren Blick auf die „Troubles“, sondern auch zu einem großen Anteil die Wahrnehmung ihrer eigenen „Community“ und trugen maßgeblich zur Ausformung ihrer jeweiligen politisch-ideologischen Konzepte wie auch in der Spätphase des Konfliktes zur Eindämmung der Gewalttätigkeit und zum Friedensprozess bei.

¹²¹ Vgl.: Kandel: Nordirlandkonflikt, S. 58.

¹²² Vgl.: Otto: Nordirlandkonflikt, S. 76.

Die Irisch-Republikanische Armee (IRA)

Die bekannteste paramilitärische Formation stellt auf irisch-nationalistischer Seite sowohl in Vergangenheit als auch Gegenwart die „Irisch Republikanische Armee“ (IRA) dar. Die IRA verkörpert damit jenen Traditionssstrang innerhalb des nationalistischen Lagers, welche sich seit jeher die Abschüttelung der britischen Herrschaft in Irland mit militärischen Mitteln zum Ziel gesetzt hatte und konstruierte durch die historische Anknüpfung an die „United Irishmen“ des 18. oder die „Irish Republican Brotherhood“ des 19. Jahrhunderts ihre geschichtliche Legitimierung.¹²³ Nach dem gescheiterten Fanal des Easter Rising 1916, in der die republikanische Bewegung und ihre Kampfverbände um James Connollys „Irish Citizen Army“ und Patrick Pearse „Irish Volunteers“ von den Streitkräften der Krone aufgerieben wurden, startete Anfang des Jahres 1919 der Aufbau der IRA unter dem Kommando von Michael Collins. Jener hatte als einer der wenigen am Osteraufstand beteiligten Köpfe überlebt und begann nun die in Irland stationierten und noch vom 1. Weltkrieg geschwächten britischen Armeetruppen mit samt ihren aus Söldnern bestehenden Unterstützungseinheiten, den so genannten „Black and Tans“ sowie die Polizeikräfte in einen blutigen Partisanenkrieg um die irische Unabhängigkeit zu verwickeln.¹²⁴ Collins Geschick als Kommandant der IRA sowie als politischer Verhandlungsführer sollte zwar 1922 zur Etablierung des weitestgehend autonomen irischen Freistaates innerhalb des britischen Empire führen, gleichzeitig aber die IRA in Befürworter und Gegner des mit London ausgehandelten Abkommens spalten und ihn selbst im irischen Bürgerkrieg 1922/23 das Leben kosten. Die IRA als Vertragsgegner wollte sich nicht mit einem reinen Autonomiestatus Irlands begnügen, war nicht gewillt, den Verbleib der nördlichen Grafschaften beim United Kingdom zu akzeptieren und sah das Opfer vieler irischer Nationalisten der Vergangenheit, besonders aber die Erinnerung an die Märtyrer des Osteraufstandes von 1916, verraten.¹²⁵ Diese „Terra Iridenta“ Problematik sollte von nun an zu einem Grundpfeiler des Gedankengutes der IRA und ihrer

¹²³ Vgl.: Valandro: Baskenland und Nordirland, S. 77; siehe ferner: Crenshaw, Martha: The Persistence of IRA Terrorism, in: Alexander, Yonah und Alan O’Day (Hrsg.): Terrorism in Ireland, London 1984, S. 249 f.

¹²⁴ Vgl.: Robbins, Keith: The Eclipse of a Great Power. Modern Britain 1870-1992, London/New York 1994, S. 120.

¹²⁵ Vgl.: Taylor: Provos, S. 17 ff.

II. Der Konflikt in Nordirland

Aktivisten werden und dazu beitragen, dass zahlreiche britische oder loyalistische Autoren der republikanischen Bewegung, vereinzelt sogar auch dem jungen irischen Staat, faschistoide Tendenzen unterstellten. Ähnlich kritisch äußert sich beispielsweise Geoffrey Wheatcroft, aus dessen Sicht die gewaltbereiten Republikaner nebst ihrer historischen Vorläufer alles andere als eine nationale irische Befreiungsbewegung gewesen sind:

„In the early decades of the 20th century, there was everywhere a reaction against constitutional liberalism into irrationalism, whether it was Mussolini's successful ‘march on Rome’ in 1922 or Hitler’s unsuccessful Munichputsch of 1923. The Easter Rising was the forerunner, echoed all too often thereafter. Patrick Pearse’s exalted (or insane) words about the tired old earth that needed to be enriched by the spilling of much blood [...] was the very language of Blut und Boden (blood and soil) that the National Socialists would soon use. [...] Although that wasn’t the only cause of the horrible bloodshed in Ulster over the next 30 years, there can be no possible doubt that it helped to validate that ‚armed struggle’. After all, violent republicans continually evoke the Easter rebels, claiming to be the true heirs of Connolly and Pearse.“¹²⁶

Es steht unumstößlich fest, dass die überwiegende Mehrheit der Iren den Vertrag befürwortete und die republikanische Bewegung auf keinerlei Unterstützung hoffen durfte.¹²⁷ Selbst ihre führenden Persönlichkeiten arrangierten sich Jahre später mit dem Status Quo, bildeten 1926 eine neue Partei (Fianna Fail) und gewannen 1932 die Wahlen. Während die IRA eine in Irland verbotene Organisation blieb, konzentrierte sie sich nun hauptsächlich auf den Kampf um die Eingliederung Nordirlands in den südirischen Freistaat. Dazu verübte sie 1939 Bombenanschläge in England, um den Druck auf London zu intensivieren.¹²⁸ Sie musste ihre Operationen allerdings in Ermangelung der notwendigen militärischen Voraussetzungen einstellen und sah sich nach dem gemeinsamen Vorgehen sowohl der englischen als auch irischen Sicherheitsbehörden in der folgenden Zeit bis 1947 vor dem völligen Aus.¹²⁹ Erst die Unabhängigkeit Irlands mit der Transformation des Freistaates in die Republik Irland als Folge des Austritts aus dem Commonwealth 1949 verschaffte der IRA, welche mittlerweile neue Strukturen aufgebaut hatte, einen erneuten Auftrieb.¹³⁰ Dieser wurde

¹²⁶ Wheatcroft, Geoffrey: The evil legacy of the Easter Rising. For Ireland to celebrate the 80th anniversary of the 1916 rebellion is to betray democracy, abgerufen am 10.04.2006 unter www.guardian.co.uk/Northern_Ireland/Story/0,,1750162,00.html.

¹²⁷ Vgl.: Coogan: The IRA, S. 28.

¹²⁸ Ebd.: S. 113 ff.

¹²⁹ Vgl.: Valandro: Baskenland und Nordirland, S. 79.

¹³⁰ Vgl.: O’Brien, Brendan: A Pocket history of the IRA, 2. Aufl. Dublin 2000, S. 47 f. (künftig zitiert: O’Brien: IRA History).

begünstigt durch die Erklärung Londons, dass Nordirland kompromisslos Teil des Vereinigten Königreiches bleiben würde. Nach kurzer Vorbereitungszeit startete die IRA 1956 die „Operation Harvest“, indem ihre Volunteers aus dem Grenzgebiet heraus nordirische Polizeistationen und Kasernen des britischen Militärs angriffen. Die „Boarder-Campaign“ wurde jedoch, bedingt durch hohe Verluste auf Seiten der IRA, aufgrund der personellen Überlegenheit der *Royal Ulster Constabulary* (RUC), der ausbleibenden Unterstützung der irischen Republik und der als unzureichend empfundenen Sympathien durch die irische Bevölkerung, 1962 eingestellt. Militärisch erfolglos und politisch im Norden wie Süden isoliert, begannen die Republikaner nun intern über neue politisch-ideologische Konzeptionen nachzudenken. Verschiedene Autoren weisen darauf hin, dass die republikanische Bewegung in den siebziger Jahren vermehrt links-revolutionäres Ideengut integrierte.¹³¹ Zwar waren sozialistische Vorstellungen seit den Tagen des Osteraufstandes und dem Wirken des charismatischen Gewerkschaftsführers James Connolly dem irischen Nationalismus nicht a priori fremd, dennoch konnten die alten Kämpfer mit diesem „revisionistischen Kurs“ ebenso wenig anfangen wie die Teile des nationalistischen Lagers in Nordirland, die von „ihrem Mutterland“ abgeschnitten waren und sich einer Besatzungsmacht sowie deren unionistischen Handlangern politisch, militärisch und wirtschaftlich ausgeliefert bzw. durch diese diskriminiert sahen.¹³² Letztlich kam es über die Frage des neuen Kurses nach zahlreichen theoretischen Diskursen innerhalb der IRA zum erneuten Bruch:

„Der nationalistisch-traditionalistische Flügel mit seiner Basis in Nordirland bildete die ‚Provisional IRA‘ (PIRA). Der sozialistische Flügel mit seiner Basis in der Republik Irland wurde als ‚Official IRA‘ (OIRA) bezeichnet. [...] Mit dieser Spaltung der IRA und der Sinn Fein in zwei Flügel und der Eskalation des Nordirlandkonflikts ab 1968/1969 begann eine neue Epoche für die IRA, nämlich der über 30 Jahre dauernde Kampf gegen Großbritannien und die protestantische Mehrheit in Nordirland. Der Untergang der ‚historischen‘ IRA brachte mit der PIRA eine Organisation hervor, die ihren Aktions- und Mobilisierungsschwerpunkt von der Republik Irland nach Nordirland verlegte und zu einem zentralen Konfliktakteur wurde.“¹³³

¹³¹ Vgl.: Kandel: Nordirlandkonflikt, S. 130; Valandro: Baskenland und Nordirland, S. 81.

¹³² Vgl.: Taylor: Provos, S. 24; siehe ferner: Harrock, David und Mark Devenport: Man of War – Man of Peace? The Unauthorised Biography of Gerry Adams, Basingstoke 1997, S. 48; Anderson, Brendan: Joe Cahill. A Life in the IRA, Dublin 2002, S. 176.

¹³³ Valandro: Baskenland und Nordirland, S. 81.

II. Der Konflikt in Nordirland

Die „Provos“, so der volkstümliche Name der „neuen“ IRA,¹³⁴ knüpften ihrerseits wieder an die „alten“ republikanischen Traditionen des unbedingten gewaltsamen Widerstandes gegen die Briten und dem überlieferten Gedankengut des irischen Nationalismus an. Sie sahen sich in unmittelbarer historischer Kontinuität der Rebellen von 1916, des ersten irischen Parlamentes von 1919 und als Vorkämpfer einer ungeteilten irischen Nation. Insofern standen sie in einer doppelten Frontstellung: Zum einen war es ihre Intention die unionistische Herrschaft über den irischen Norden zu beenden und damit die Briten zu vertreiben, zum anderen bestritten sie auch der Republik Irland im Süden die Legitimität.¹³⁵ Dies hatte zur Folge, dass sich Republikaner auch nicht an Wahlen beteiligten, sei es zu den Parlamenten in Belfast, London oder eben Dublin.¹³⁶ Vordringlich erschien es der IRA jedoch, ihre Glaubwürdigkeit als Verteidiger der katholischen Minderheit in der britischen Unruheprovinz wiederherzustellen, da nicht zuletzt die massiven Übergriffe loyalistischer Mobs und der RUC auf irisch-nationalistische Wohnviertel sowie das politische Engagement der Bürgerrechtsbewegung den auf die neue Situation kaum vorbereiteten Volunteers einigen Misskredit einbrachten. IRA wurde in weiten Teilen der nationalistischen Bevölkerung als „I-Run-Away“ gedeutet.¹³⁷ Entsprechend war die Taktik der Provos unter ihrem Stabschef Sean MacStiofain auf drei Phasen ausgerichtet: Es galt die verbliebenen Anhänger der Official IRA auszuschalten, sodann die katholischen Wohnbezirke gegen loyalistische Gewaltakte zu sichern und schließlich mit dem Angriff auf die RUC, britisches Militär und Institutionen des Orangisten-Staates zu beginnen.¹³⁸ Das Massaker des Bloody Sunday 1972 verhalf schließlich der IRA zu einem nie da gewesenen Rückhalt in der katholischen Bevölkerung Nordirlands sowie bei den Iren im Süden der Insel. London sah sich gezwungen, die Unruheprovinz unter direkte Verwaltung zu stellen. Der irisch-republikanische Widerstand seinerseits begann nun neben den Sicherheitskräften der Krone in Nordirland auch Attentate auf prominente britische Ziele und Personen auszuführen, wie der Ermordung

¹³⁴ Der Gebrauch von IRA soll sich im weiteren Verlauf der Arbeit stets auf die Provisional IRA beziehen, sofern es nicht ausdrücklich anders erwähnt wird.

¹³⁵ Vgl.: Kandel: Nordirlandkonflikt, S. 131.

¹³⁶ Ebd.

¹³⁷ Vgl.: Waldmann: Ethnischer Radikalismus, S. 101.

¹³⁸ Vgl.: MacStiofain, Sean: Memoirs of a Revolutionary, London 1975.

Lord Mountbattens 1979. Eine konkrete politische Programmatik wurde zu Gunsten des Kampfes nach „nationaler Selbstbestimmung“ hintenangestellt:

„Erst wenn dieser gewonnen sei, könne sich die siegreiche republikanische Bewegung politischen Fragen nach der Veränderung des politischen, wirtschaftlichen und sozialen Systems eines vereinigten Irlands zuwenden. [...] Plakativ formuliert, kann man die politische Ideenwelt der Provos als eine Mischung aus *militantem Nationalismus* („Befreiungskampf“), *Anti-Kapitalismus* („dritter Weg“), *romantisch-gälischem Kulturalismus* und einem dezidiert konservativen *moralisch-ethischem Katholizismus* bezeichnen.“¹³⁹

Erst Anfang bis Mitte der 80er Jahre entwickelte die IRA ein neues strategisches Konzept. In der Folge der Auseinandersetzung um den Status der Inhaftierten der IRA und ihrer Hungerstreikenden im Maze-Gefängnis beschloss die Führung der republikanischen Bewegung, nun auch politisch durch die mit ihr eng verknüpfte Partei Sinn Fein Einfluss zu nehmen und die ehemalige Doktrin des „Abstentionism“ aufzugeben.¹⁴⁰ Der bewaffnete Kampf in Nordirland wurde trotzdem ohne Abstriche fortgeführt. Insbesondere im Grenzgebiet zur Republik, welches als Rückzugsterritorium diente, lieferte man sich Guerillagefechte mit der britischen Armee, teilweise unter Einsatz leichter Artillerie seitens der IRA und zwang die Briten zur Einigeling in ihre Kasernen. Jedoch ging man nun ebenfalls im Zuge der neuen Strategie dazu über, vermehrt auf medienwirksame Bombenanschläge in englischen Metropolen und auf die Repräsentanten Großbritanniens zu setzen.¹⁴¹ Erst im August 1994 kam es zu einem Waffenstillstand der IRA, welcher die Teilnahme der Sinn Fein an den zwei Jahre zuvor begonnen Friedensgesprächen sichern sollte. Mit der Unterzeichnung des Good-Friday-Agreement 1998, der unter unabhängiger Aufsicht durchgeföhrten Auflösung der Waffenarsenale der republikanischen Paramilitärs im Jahr 2005 und der öffentlichen Erklärung der IRA, dass ihr „bewaffneter Widerstand“ nun vorbei und nicht länger notwendig sei, ist das faktische Ende der Organisation eingeläutet worden.

Die loyalistischen Paramilitärs – UVF und UDA

Auf Seiten der protestantisch-loyalistischen Bevölkerungsmehrheit waren in der Vergangenheit bis in die nahe Gegenwart als paramilitärische Konfliktakteure die

¹³⁹ Kandel: Nordirlandkonflikt, S. 132.

¹⁴⁰ Siehe dazu: Morrison, Danny: Troubles. Eine Einführung in die Geschichte Nordirlands, Münster 1997, S. 73 ff.

¹⁴¹ Vgl.: Valandro: Baskenland und Nordirland, S. 88.

„Ulster Volunteer Force“(UVF) und die „Ulster Defence Association“ (UDA) aktiv.¹⁴² Die historische UVF wurde am Vorabend des ersten Weltkrieges von den Unionisten zur Verteidigung gegen die Home-Rule-Bewegung und als Faustpfand gegen eine Abspaltung Ulsters von Großbritannien gegründet.¹⁴³ Zunächst fand die UVF nicht in der Abwehr einer erneuten irischen Rebellion und zur Bewahrung der protestantischen Identität Ulsters ein militärisches Betätigungsgebiet, sondern als loyale Untertanen Seiner Majestät in den Schützengräben Flanderns gegen die Truppen des deutschen Kaiserreiches. Die UVF wurde in einer Stärke von 35.000 Mann von den unionistischen Führern dem Empire als Beweis der unbedingten Loyalität zur Krone entsandt¹⁴⁴ und als „36th Ulster Division“ in die Verbände der britischen Expeditionsstreitkräfte eingegliedert. Eine folgenreiche Entscheidung, die sowohl das Selbstverständnis der loyalistischen Paramilitärs durch alle Phasen des Konfliktes als auch das Empfinden der protestantischen Mehrheit Nordirlands in spezieller Weise prägen sollten, wie Peter Taylor in seinem Standardwerk „Loyalists“ veranschaulicht:

„On 1 July 1916 – the original calendar anniversary of the Battle of the Boyne – the 36th Ulster Division was thrown at the German lines in the Battle of the Somme. Some are recorded to have rushed from the trenches with cries of ‘No Surrender’ and ‘Remember 1690’ into a barrage of enemy shells and deadly machine-gun fire. Many wore Orange ribbons and one sergeant wore an Orange sash. The loss of life was awesome. Two thousand Ulster Volunteers were killed and over 3000 wounded. The West Belfast battalion of the UVF [...] was 700 strong when it left the trenches. When the slaughter was over, only seventy were left. [...] The memory of the Somme remains still fresh today, especially those who became members of the reincarnated but illegal Ulster Volunteer Force in the present conflict, whom successive British and Irish governments branded ‘terrorists’.“¹⁴⁵

Es ist dieser hohe Blutzoll, den die protestantischen Kriegsfreiwilligen zahlen mussten, der die Unionisten darauf bestehen lässt, dass das britische Mutterland sie nicht in Stunden der Gefahr durch die irischen Nationalisten ausliefern dürfe. Gleichzeitig findet sich das klassische Motiv der „King’s Men“, die ihrer britischen Heimat gedient hätten (während die Vorläufer der IRA beim Osteraufstand in Dublin mit deutschen Gewehren auf britische Truppen geschossen hätten) und so in das „kollektive Gedächtnis“ Eingang gefunden und

¹⁴² Siehe dazu als Überblick: Bruce, Steve: The Red Hand. Protestant Paramilitaries in Northern Ireland, Oxford 1992 (künftig zitiert: Bruce: Red Hand).

¹⁴³ Vgl.: Kandel: Nordirlandkonflikt, S. 59 f.

¹⁴⁴ Vgl.: Otto, Nordirlandkonflikt, S. 59.

¹⁴⁵ Taylor: Loyalists, S. 24; siehe ferner zum Themenkomplex: Orr, Philip: The Road to the Somme. Men of the Ulster Division Tell Their Story, Belfast 1987.

zur Konstituierung der „britischen Identität“ Ulsters in der Perzeption der unionistischen Bevölkerung beigesteuert haben.¹⁴⁶ Ein Großteil der historischen UVF wurde schließlich in den zwanziger Jahren in einen Teil der nordirischen Polizei RUC als so genannte B-Specials transformiert, was einer Legalisierung ihres paramilitärischen Status entsprach.

Die 1966 neu durch „Gusty“ Spence ins Leben gerufene UVF, die dem Namen nach geschichtliche Anleihen bei den Ulster Volunteers des frühen 20. Jahrhunderts nahm, war wie das ganze loyalistische Spektrum von den Ur-Ängsten der Protestanten in Nordirland geprägt. Man fürchtete den Ausverkauf durch London an die Republik, die Unterdrückung des konfessionellen Bekenntnisses durch die „römischen Papisten“ und die konkreten Angriffe durch die Katholiken, welche in der IRA als Organisation der gegnerischen „Partei“ ein Gesicht verliehen bekamen. Daraus resultierend erklärt sich, dass die katholische Bevölkerung insgesamt als Ziel von Anschlägen in Frage kam, unabhängig von der individuellen und tatsächlichen Verstrickung des Individuums mit dem irisch-republikanischen Lager, da in der Wahrnehmung der loyalistischen Paramilitärs alle katholischen Nordiren getarnte oder bekennende Sympathisanten der IRA waren und im Gegensatz zur IRA, die ihre „militärischen Ziele“ an den entsprechenden Uniformen erkennen konnte, die irisch-republikanischen Aktivisten für die UVF und die anderen Paramilitärs auf unionistischer Seite weitaus schwieriger zu identifizieren waren.¹⁴⁷

Die zweite, größere und vom Gründungsdatum (1972) her jüngere paramilitärische Organisation der nordirischen Protestanten ist die „Ulster Defence Association“ (UDA). Die UDA bildete sich aus ehemals autonomen Bürgerwehren der vornehmlich protestantischen Arbeiterbezirke der nordirischen Städte heraus, welche führend waren bei den Übergriffen auf katholische Wohnviertel in den großen Unruhen 1969.¹⁴⁸ Trotz ihres unverhohlen militärischen Anspruchs und Aufretens wurde die UDA erst im August 1992 durch die britische Regierung verboten, da die Morde an Katholiken durch die UDA unter dem Tarnmantel der „Ulster Freedom Fighters“ (UFF) begangen

¹⁴⁶ Vgl.: Kandel: Nordirlandkonflikt, S. 60.

¹⁴⁷ Vgl.: Taylor: Loyalists, S. 89 ff.; siehe ferner: Dillon, Martin und Denis Lehane: Political Murder in Northern Ireland, London 1973, S. 38 ff. (künftig zitiert: Dillon/Lehane: Political Murder).

¹⁴⁸ Vgl.: Kandel: Nordirlandkonflikt, S. 146.

II. Der Konflikt in Nordirland

wurden.¹⁴⁹ Peter Waldmann konstatiert bezüglich der ideologischen und strategischen Ausrichtung der paramilitärischen Gruppierungen auf protestantisch-loyalistischer Seite insgesamt, dass kaum offizielle Aussagen oder Verlautbarungen der unionistischen Paramilitärs zu finden sind, die Auskunft über die sie motivierenden Gedanken und politischen Konzeptionen - abgesehen von der Verteidigung gegen den Katholizismus und der Beibehaltung der politischen Union mit dem Vereinigten Königreich – geben würden.¹⁵⁰ Lediglich ein Flugblatt aus den Gründungstagen der UDA sowie die spärlichen Aussagen ehemaliger Führungsköpfe des militanten Loyalismus gestatten einen Einblick in die Gedankenwelt der Paramilitärs, die ganz im Gegensatz zu ihren republikanischen Gegenspielern auf medienwirksame Auftritte und Presseerklärungen verzichteten:

„Being convinced that the enemies of Faith and Freedom are determined to destroy the State of Northern Ireland and thereby enslave the people of God, we call on the members of our loyalist institutions and other responsible citizens, to organize themselves immediatly [...].¹⁵¹ The IRA is killing Prods; we will kill the republicans. If we cannot find republicans, we will kill Catholics. If we are as vicious as the IRA, we will hamper its operations, punish the Catholic community for its support of the IRA, and make sure that British goverment does not have only one source of violence to placate.“¹⁵²

Sowohl Kandel als auch Waldmann betonen vor diesem Hintergrund,¹⁵³ dass gerade der religiös-protestantische Fundamentalismus zu einer Grundkonstante des Loyalismus avanciert sei, um so mangelnde politische Inhalte zu kompensieren und sich einen „moralischen“ Anstrich zu geben, der über die immense Verstrickung in gewöhnliche kriminelle, d.h. in diesem Fall nicht politisch motivierte, Straftaten hinwegtäuschen sollte, da sich sowohl bei der UVF wie bei der UDA oftmals Raub, Erpressung und Drogenhandel insbesondere gegen die eigene „Community“ gerichtet hatten.¹⁵⁴

Beide Organisationen hatten allerdings maßgeblichen Anteil an den Friedensbemühungen in Nordirland, welche sich in ihren Waffenstillstandserklärungen Mitte der 90er Jahre manifestierte und sie – anders

¹⁴⁹ Vgl.: Kandel: Nordirlandkonflikt, S. 147.

¹⁵⁰ Vgl.: Waldmann: Ethnischer Radikalismus, S. 89.

¹⁵¹ Dillon/Lehane: Political Murder, S. 51.

¹⁵² Bruce, Steve: The Edge of the Union. The Ulster Loyalist Political Vision, Oxford 1994, S. 6. (künftig zitiert: Bruce: The Edge of the Union).

¹⁵³ Vgl.: Kandel: Nordirlandkonflikt, S. 147; Waldmann: Ethnischer Radikalismus, S. 90 f.

¹⁵⁴ Vgl.: Waldmann: Ethnischer Radikalismus, S. 93 f.

als ein Teil des extremen politischen Lagers des Unionismus – zu Befürwortern und Unterstützern des nordirischen Friedensprozess gemacht hat.¹⁵⁵

2.3. Politik und Parteien in Nordirland

Wie die paramilitärischen Verbände in Nordirland so sind auch die politischen Parteien Konfliktakteure und Exponenten einer katholisch-nationalistischen oder protestantisch-unionistischen Grundidee. Nicht selten sind sie, was primär für die Verknüpfung von IRA und Sinn Fein gilt, unmittelbares Sprachrohr der Paramilitärs gewesen oder suchten auf unionistischer Seite die Nähe und den Rückhalt der bewaffneten Gruppierungen, sofern es ihnen als nützlich in den Verhandlungen mit London oder dem gegnerischen Lager erschien.

Paul Arthur konstatiert, dass das nordirische Parteiensystem nicht zuletzt durch das Entstehen der Bürgerrechtsbewegung der nordirischen Katholiken in der Mitte der 60er Jahre des 20. Jahrhunderts geprägt wurde.¹⁵⁶ Das alles bestimmende Cleavage des politischen Systems verläuft dabei nach Franz Valandro entlang der katholischen und protestantischen politischen Organisationen, mit denen sich ca. 90% der Bevölkerung Nordirlands gemäß ihrer eigenen konfessionellen Disposition identifizierten:

„Diese Lagerstruktur des nordirischen Parteiensystems formierte sich entlang dreier Bruchlinien, nämlich dem Faktor Konfession (katholische versus protestantische Parteien) und damit verbunden dem Faktor Ethnizität sowie an der mit der ethnisch-konfessionellen Komponente eng verschränkten Frage der staatlichen Zugehörigkeit Nordirlands. Zum Dritten werden die beiden Lager durch den Faktor der ideologischen Ausrichtung getrennt: Während nämlich die protestantischen Parteien eher traditionell-konservative Politikgestaltung wählen, zeichnen sich katholische Parteien eher durch progressives Gedankengut und eine entsprechende Programmatik aus.“¹⁵⁷

Im Folgenden soll deshalb unser Hauptaugenmerk auf der Sinn Fein als Träger des irischen Nationalismus und der „Ulster Unionist Party“ (UUP) sowie der „Democratic Unionist Party“ (DUP) als Vertreter des klassischen wie aktuellen politischen Unionismus liegen.

¹⁵⁵ Vgl.: Taylor: Loyalists, S. 233.

¹⁵⁶ Vgl.: Arthur, Paul: Political Parties. Election and Strategies, in: Aughey, Arthur und Duncan Morrow (Hrsg.): Northern Ireland Politics, London/New York 1996, S. 67 f.

¹⁵⁷ Valandro: Nordirlandkonflikt, S. 94 f.; siehe ferner zum Thema: Breen, Richard und Bernadette C. Hayes: Religious Mobility and Party Support in Northern Ireland, in: European Sociological Review, 3/1997, S. 225 ff.; Collins, Neil und Frank McCann: Irish Politics Today, 2. Aufl. Manchester/New York 1991, S. 111 ff.

Sinn Fein als radikale Partei des irischen Nationalismus

Die „Sinn Fein“¹⁵⁸ wurde im Jahre 1905 vom Dubliner Journalisten Arthur Griffins als radikale Partei des irischen Nationalismus gegründet, welche schon bald eine gewaltsame Abschüttelung der englischen Fremdherrschaft über Irland propagierte und demnach stets die militanten Untergrundorganisationen der irischen Nationalbewegung unterstützte. Wie diese hatte aber auch Sinn Fein bis zum Osteraufstand keine nennenswerte Basis in der Bevölkerung Irlands, was sich erst mit dem Scheitern der Rebellion 1916 und der von vielen Iren nicht akzeptierten brutalen Hinrichtung der Anführer des Easter Rising ändern sollte.¹⁵⁹ Unter der Führung De Valeras sollte Sinn Fein aus ihrer bis dato vorhandenen Bedeutungslosigkeit zur tonangebenden Kraft der irischen Unabhängigkeitsbewegung werden, was deutlich wurde an den erfolgreichen Wahlen zum Unterhaus am 14. Dezember 1918.¹⁶⁰ Dies bedeutete sowohl die Niederlage und das Ende des gemäßigten politischen irischen Konstitutionalismus als auch den Beginn einer politischen Grunddoktrin, welche Sinn Fein in Bezug auf das parlamentarische System Großbritanniens als auch auf eine Partizipation in den Institutionen des 1922 gegründeten Freistaates und der Republik knapp 20 Jahre später anwendete:

„Sinn Fein candidates loyal to De Valera had contested the Irish general election of June 1922 and had won nearly a third of seats (forty-four out of 153) but refused to take them up as they did not recognize the legitimacy of Dail Eireann which they regarded as an illegal and usurpatory government. This policy of ‘abstentionism’ remained at the heart of Sinn Fein’ ideology for over sixty years, until its removal was successfully engineered by Gerry Adams in 1986 on the grounds that the principle was no longer relevant in the latter part of the twentieth century.”¹⁶¹

In der Zwischenzeit sollte die Sinn Fein zum politischen Arm der IRA werden und wie diese das Schicksal der Marginalisierung auf der Grünen Insel erleiden, das sich erst mit dem Beginn der „Troubles“ in den 70er Jahren in Nordirland wendete. Ähnlich wie die IRA geriet auch Sinn Fein in einen grundlegenden politischen Richtungsstreit¹⁶² mit der Spaltung der republikanischen Bewegung in

¹⁵⁸ „Sinn Fein“ ist die gälische Bezeichnung für „Wir selbst allein“; siehe zur Geschichte der Partei ausführlich: Feeney, Brian: Sinn Fein. A Hundred Turbulent Years, Dublin 2002.

¹⁵⁹ Vgl.: Taylor: Provos, S. 9 f.

¹⁶⁰ Vgl.: Kandel: Nordirlandkonflikt, S. 62 f.; siehe ferner: Murphy, John A.: Ireland in the Twentieth Century, Dublin 1975, S. 5.

¹⁶¹ Taylor: Provos, S. 19; siehe ferner: Kee, Robert: The Green Flag. A History of Irish Nationalism, London 1972, S. 744.

¹⁶² Siehe S. 43.

eine klassisch katholisch-nationalistische Richtung (Provisionals) in Nordirland und den Verfechtern eines stark marxistischen Kurses im Süden (Officials) im Januar 1970.¹⁶³ Hinsichtlich der strategischen und politischen Verhaltensmuster nahm die Partei nach Franz Valandros Analysen während dieser Zeit mehr die Gestalt einer Protestpartei denn einer auf Partizipation am politischen Prozess gerichteten Gruppierung an, welche den bewaffneten Kampf der IRA auf ganzer Linie unterstützte. Dietrich Schulze Marmeling konstatiert, dass erst mit der Entwicklung einer Situation der militärischen Defensive durch die verschärften Maßnahmen der britischen Regierung es Sinn Fein gelungen sei, sich als politisches Gewicht innerhalb der katholischen Bevölkerung zu profilieren.¹⁶⁴ Im Zuge der Sympathiewelle des IRA- Hungerstreiks in den H-Blocks des Maze Hochsicherheitsgefängnisses bei den nordirischen Katholiken mit den Inhaftierten verfolgten IRA und Sinn Fein ab 1981 eine kombinierte Strategie aus paramilitärischer Gewalt und politischer Partizipation an Wahlen zu Gemeindevertretungen, dem britischen Unterhaus und dem Europäischen Parlament.¹⁶⁵ Rasche Wahlerfolge brachten das republikanische Lager dabei zunächst in die Konkurrenzsituation mit der SDLP,¹⁶⁶ die einst aus der katholischen Bürgerrechtsbewegung der 60er und 70er Jahre hervorgegangen war und welche während des Friedensprozesses als stärkste Kraft im katholischen Lager durch Sinn Fein abgelöst wurde. Zusammen mit der neuen politischen Strategie von IRA und Sinn Fein setzte bei letzterer auch ein Führungswechsel ein, der sich Mitte der 80er Jahre durch jüngere Aktivisten -welche sich in der IRA verdient gemacht hatten und nun einen zielstrebigeren Kurs im Kampf um die irische Einheit ansteuerten - wie Gerry Adams und Martin McGuiness ablese ließ. Die Führung von Sinn Fein und IRA verschmolz somit in gewisser Weise und die Einsicht, dass der bewaffnete Kampf allein weder das Los der katholischen Minderheit in Nordirland verbessern noch den Anschluss an die Republik erreichen würde, setzte sich in der Führungsspitze der republikanischen Bewegung durch. Der Waffenstillstand der IRA 1996 verhalf der Sinn Fein am

¹⁶³ Vgl.: Valandro: Nordirlandkonflikt, S. 101.

¹⁶⁴ Schulze-Marmeling, Dietrich: Republikanismus und Sozialismus in Nordirland, Frankfurt a.M. 1986, S. 68 f.

¹⁶⁵ Vgl.: Coogan: The IRA, S. 102.

¹⁶⁶ Siehe zur SDLP: McAllister, Ian: The Northern Ireland Social Democratic and Labour Party. Political Opposition in a Divided Society, London/Basingstoke 1977.

Ende schließlich zur Überwindung ihrer politischen Isolation, machte aus ihr einen zentralen Akteur des Friedensprozesses und ermöglichte der Partei und ihrem Führungspersonal rund 10 Jahre später die Einnahme wichtiger Posten in einer konfessionsübergreifenden Autonomieregierung der britischen Provinz.¹⁶⁷

Das unionistische Lager – UUP und DUP

Die beiden relevanten Parteien des protestantischen Lagers sind die „Ulster Unionist Party“ (UUP) und die „Democratic Unionist Party“ (DUP). Beide Gruppierungen interferieren im zentralen Charaktermerkmal des Verteidigens der politischen Union mit Großbritannien und des Verbleibs im Vereinigten Königreich.¹⁶⁸ Birell und Murie unterstreichen, dass sowohl die UUP als auch die DUP an der Aufrechterhaltung des Status Quo, d.h. an der politischen und ökonomischen Suprematie der protestantischen Bevölkerungsmajorität in Nordirland, gelegen ist.¹⁶⁹ Daneben teilen sie die Ablehnung der als kulturell fremdartig und feindlich empfundenen katholischen Gesellschaftsstruktur und politischen Verfasstheit der irischen Republik im Süden der Insel.¹⁷⁰

Die Ulster Unionist Party stand in der historischen Tradition des Ende des 19. Jahrhunderts gegründeten Ulster Unionist Council, das als eine politische Sammlungsbewegung der nordirischen Protestanten gegen die Home-Rule-Bewegung aus der Taufe gehoben wurde. Die UUP sollte schließlich auch nach der Abspaltung der nördlichen Grafschaften bis in die 70er Jahre hinein die unangefochtene politische Kraft in Nordirland bleiben. Die enge personelle und ideologische Verknüpfung mit dem Oranier-Orden garantierte ihr die Mobilisierung über soziale Klassengrenzen innerhalb der protestantischen Ethnie hinweg. Die Veränderungen im Wahlrecht und die faktische Manipulierung der Wahlkreise mittels „Gerrymandering“ war nach Frank Otto die Garantie für eine absolute Hegemonialstellung im politischen System der britischen Unruheprovinz.¹⁷¹ So wurde die Vormachtstellung der Ulster Unionists während

¹⁶⁷ Vgl.: Thornton, Chris: The man who would be Deputy First Minister, abgerufen am 27.03.2007 unter www.belfasttelegraph.co.uk/news/politics/article2396446.ece?service=print.

¹⁶⁸ Siehe allgemein zur Historie des Unionismus: Aughey, Arthur: Unionism, in: Ders. und Duncan Morrow (Hrsg.): Northern Ireland Politics, London/New York 1996, S. 31 f.

¹⁶⁹ Vgl.: Birell, Derek und Alan Murie: Policy and Goverment in Northern Ireland. Lessons of Devolution, Dublin 1980, S. 102 f.

¹⁷⁰ Vgl.: Valandro: Baskenland und Nordirland, S. 96.

¹⁷¹ Vgl.: Otto: Nordirlandkonflikt, S. 72 ff.

der gesamten Dauer des Nordirlandkonfliktes auch weniger von den Terroranschlägen der irisch-nationalistischen IRA oder den politischen Exponenten des irischen Nationalismus ernsthaft gefährdet, sondern erst mit der Entstehung der Democratic Unionist Party im Jahr 1971, die sich nicht nur in ihrer Haltung gegenüber der irisch-katholischen Minderheit als kompromisslos gegenüber etwaigen Zugeständnissen gebar, sondern sich auch als „Oppositions- und Protestpartei gegen die Dominanz und das Monopol der UUP im protestantischen Bevölkerungssegment“ begriff.¹⁷² Während sich die UUP in ihrer Perzeption immer als „klassisch konservativ“ verstand, wurde die vom evangelikalen Prediger Ian Paisley gegründete und bis in die jüngste Zeit geführte DUP zum eigentlichen Träger des radikalen protestantischen Loyalismus, welche in ihrer Popularität als konsequenter „Nein-Sager“ zu Friedensverhandlungen die UUP Mitte der 90er Jahre überflügelte und diese trotz ihrer Verdienste für eine friedliche Zukunft Nordirlands in die politische Bedeutungslosigkeit schickte.

Die Entstehungsgeschichte der DUP ist unmittelbar verknüpft mit der Person und dem politischen Werdegang ihres Gründers Ian Paisley,¹⁷³ der ihre Gedanken- und Ideenwelt maßgeblich in den letzten Jahrzehnten geprägt hat und welcher sie unangefochten trotz seines hohen Alters bis zum heutigen Tage führt. Paisley hatte sich in den 60er Jahren einer loyalistischen Bürgermiliz, der „Ulster Protestant Action“ (UPA) zur Verteidigung gegen die Grenzkampagne der IRA angeschlossen, welche sich besonders eines radikalen rhetorischen Antikatholizismus bediente und ein System der religiösen Apartheid im Wirtschaftsleben Nordirlands forderte.¹⁷⁴ Die langsam aufkeimende Reformpolitik der UUP –Regierung unter Terence O’Neil, welche er aus protestantisch-fundamentalistischer Sicht als Ausverkauf der Identität Ulster betrachtete, veranlasste ihn und seine Anhänger im Frühjahr 1966 zur Gründung des „Ulster Constitution Defence Comitee“ (UCDC). Das Defence Comitee verschrieb sich zwar offiziell der Gewaltlosigkeit, inoffiziell arbeiteten Paisleys engste Vertraute aber am Aufbau einer paramilitärischen Gruppe, der „Ulster Protestant Volunteers“ (UPV), die ihrerseits enge Kontakte zur UVF hatte und

¹⁷² Vgl.: Valandro: Baskenland und Nordirland, S. 97.

¹⁷³ Siehe zur Person Paisleys u.a.: Molony, Ed und Andy Pollak: Paisley, Dublin 1994; Smyth, Clifford: Ian Paisley. Voice of Protestant Ulster, Edinburgh 1994 (künftig zitiert: Smyth: Paisley).

¹⁷⁴ Vgl.: Kandel: Nordirlandkonflikt, S. 126.

zum Teil mit ihr im Laufe der Zeit verschmolz. Paisley selbst sowie seine politischen Organisationen beteuerten stets ihre Ablehnung loyalistischer Gewalt,¹⁷⁵ gleichwohl sie alles dafür taten, die feindlichen Gefühle gegenüber der katholischen Minorität in Nordirland zu schüren unter besonderer Verwendung originärer religiöser Ressentiments.¹⁷⁶ Mit der Gründung der DUP im Oktober 1971 bekam der national-religiöse Flügel des loyalistischen Lagers in Nordirland seinen bestimmenden politischen Protagonisten:

„Paisleys presbyterianisch-fundamentalistische Orientierung gab den sehr weltlichen Zielen des rechten Flügels des Unionismus eine besondere und erfolgreiche religiösmisionarische Weihe. Mit der DUP entstand eine stabile, rechte Massenpartei‘, die zu einem ernstzunehmenden Faktor in der unionistischen Parteikonkurrenz wurde und im Jahr 2003 die UUP in der Wählergunst übertroffen hat. Die Partei zeigte, wie stark ein fundamentalistischer Protestantismus Politik durchsetzen und bestimmen konnte. Nahezu 64% aller Kandidaten der DUP (zwischen 1972 und 1980) gehörten zu Paisleys ‚Free Presbyterian Church‘.“¹⁷⁷

Die dezidiert religiöse Durchdringung des politischen Unionismus mit protestantisch-fundamentalistischem Gedankengut, aber auch die identifizierte Verknüpfung von konfessioneller und ethnischer Zugehörigkeit und ihre Auswirkung für den Nordirlandkonflikt allgemein erfordern in einem nächsten Schritt die genauere Analyse der Etikettierungen „Anti-Katholizismus“ und „Anti-Protestantismus“.

2.4. Sectarianism: Der Faktor Religion im politisch-sozialem Kontext

Spricht man in Nordirland von religiösen Streitigkeiten zwischen pro-britischen Unionisten der protestantischen Denominationen und den pro-irischen Nationalisten katholischer Konfessionszugehörigkeit, so wird gemeinhin von Politik, Bevölkerung und Wissenschaft dieses Phänomen mit dem Ausdruck „Sectarianism“ bezeichnet:

„Sectarianism ist nach den Autoren eines groß angelegten Forschungsprojektes, Joseph Liechty und Cecilia Clegg, ein System von Einstellungen, Handlungen, Überzeugungen und Strukturen auf personaler, gesellschaftlicher und institutioneller Ebene, in dem Religion, bzw. eine verhängnisvolle Mischung aus Religion und Politik eine zentrale Rolle spielt. [...] Die Überlegenheit der eigenen Gruppe wird religiös, kulturell und politisch legitimiert und mit einem breiten Repertoire von Repressionen durchgesetzt, die von Beschimpfungen und Einschüchterungen bis zu extremer physischer Gewalt reichen können. Auf den ersten Blick ist das ein recht abstraktes Konstrukt, aber es ist doch geeignet, ein grundlegendes religiopolitisches Verhaltensmuster im Verhältnis von Protestanten zu Katholiken und

¹⁷⁵ Vgl.: Taylor: Loyalists, S. 62 f.

¹⁷⁶ Vgl.: Waldmann: Ethnischer Radikalismus, S. 90.

¹⁷⁷ Kandel: Nordirlandkonflikt, S. 147.

umgekehrt sichtbar zu machen, das sich über Jahrhunderte langsam entwickelt hat.“¹⁷⁸

Nach Gareth Higgins und John Brewer¹⁷⁹ äußern sich die drei Ebenen des Sectarianism (Gedanken, individuelle Handlung und Sozialstruktur) auf der ersten Ebene in negativ konnotierten Stereotypen, Vorurteilsdenken und abfälligem Sprachgebrauch über Angehörige der anderen Konfession. Des Weiteren sind auf persönlicher Umgangsebene offen artikulierte Ablehnung und Einschüchterung in allen Variationen zu nennen. Bezüglich der Sozialstruktur wird indirekte und institutionalisierte Diskriminierung identifiziert.¹⁸⁰

Hinsichtlich der Ursachen und Auswirkungen des Sectarianism gilt es zwischen den Spielarten des Anti-Katholizismus und des Anti-Protestantismus zu differenzieren. Für den Protestantismus in Nordirland muss jedoch stets bedacht werden, dass er in sich kein geschlossenes System bildet und bisweilen auf der rein theologisch-religiösen Ebene ein äußerst uneinheitliches Bild abgibt.

Die verschiedenen protestantischen Denominationen wie Presbyterianer, Anglikaner, Pfingstler oder Methodisten, die in ihrem Grad an religiösem Fundamentalismus oder Liberalität divergieren, befinden sich in einem dauerhaften Stadium der religiösen Identitätssuche. Vereint sind sie hingegen in ihrer Ablehnung des Katholizismus, die tendenziell die zaghafte ökumenischen Bestrebungen bei weitem überwiegt.¹⁸¹

Nachfolgend gilt es somit zunächst den Anti-Katholizismus des konfessionell divergierenden, aber in seiner politischen Form des Unionismus vereinten, protestantischen Lagers zu untersuchen.

¹⁷⁸ Kandel: Nordirlandkonflikt, S. 87 f.; vgl.: Lichty, Joseph und Cecilia Clegg: Moving Beyond Sectarianism. Religion, Conflict and Reconciliation in Northern Ireland, Dublin 2001, S. 37 u. 103.

¹⁷⁹ Vgl.: Higgins, Gareth I. und John D. Brewer: The roots of Sectarianism in Northern Ireland, in: Hargie, Owen und David Dickson (Hrsg.): Researching The Troubles. Social Science Perspectives on the Northern Ireland Conflict, Edinburgh/London 2004, S.108 (künftig zitiert: Higgins/Brewer: Sectarianism).

¹⁸⁰ Vgl.: Higgins/Brewer: Sectarianism, S. 108.

¹⁸¹ Vgl.: Kandel: Nordirlandkonflikt, S. 31; siehe ferner: Eames, Robin: The religious factor, in: Murray, Dominic (Hrsg.): Protestant Perceptions of the Peace Process in Northern Ireland, Belfast 2000; Brewer, John D. und Gareth I. Higgins: Anti-Catholicism in Northern Ireland, 1600-1998. The Mote and the Beam, Basingstoke 1998.

Anti-Katholizismus

Nach der Studie von Higgins und Brewer bestehen vier Arten des Anti-Katholizismus innerhalb der protestantischen Gemeinschaft Nordirlands.¹⁸² Die erste Variante äußert sich in einem so genannten „passiven Anti-Katholizismus“, welcher sich unsystematisch auf der Ebene von Ideen und Werthaltungen niederschlägt, dabei aber nicht in konkretem Verhalten nach Außen dringt.¹⁸³

Vorurteile sind hier Teil der Sozialisation und des kulturellen Kontextes, die jedoch nicht artikuliert werden. Die beiden Forscher konstatieren drei weitere, nicht passive Verhaltensmuster:

„Active anti-Catholicism is something different and represents a fully formulated structure of ideas, language and behavior. Three types of active anti-Catholicism can be identified, called the Convenantal, Secular and Pharisaic Modes. We plotted these on two axes or continuums – theological content (high to low) and political content (high to low) [...]. This illustrates the paradox of anti-catholicism, in that it may be based on scriptural interpretation (Convenantal and Pharisaic Modes), which may (Convenantal Mode) or may not (Pharisaic Mode) find political articulation, and also make little reference to theology and be highly political (Secular Mode), emphasising an approach to politics which is very similar to tone of the more theological modes (the Convenantal).“¹⁸⁴

Merkmale der drei Typen sind dabei für den „Convenantal Mode“ das Beharren auf einem konventionellen Gedankengut bezüglich der Gottesvorstellung und der Auserwähltheit von Land und Bevölkerung im göttlichen Heilsplan und einem literalistisch-fundamentalistischem Bibelverständnis. Es wird eine prophetische Sprache in Anlehnung an das Alte Testament gepflegt. Römischer Katholizismus wird als unchristlich und satanisch angesehen, mutatis mutandis werden Katholiken als Bedrohung, Gefahr und Verschwörung für Ulster und die Protestanten wahrgenommen. Kontakte mit ihnen sind zu vermeiden. Eine Einheit von Religion und Politik nach protestantisch-christlichen Grundsätzen wird postuliert.¹⁸⁵

Der „Secular Mode“ ist gekennzeichnet von dem Willen, die Union mit Großbritannien zu verteidigen und den irischen Republikanismus zu bekämpfen. Eine politische Rhetorik um die Schlüsselbegriffe Unionismus und Loyalismus steht im Vordergrund, der Katholizismus wird in seiner als negativ wahrgenommen Rolle der römischen Kirche in der irischen Republik und in

¹⁸² Vgl.: Higgins/Brewer: Sectaranism, S. 113 f.

¹⁸³ Ebd.

¹⁸⁴ Ebd.

¹⁸⁵ Ebd.: S. 114 f.

Assoziation mit republikanischer Gewalt in Ulster abgelehnt. Katholizismus wird entsprechend mehr als politische Ideologie denn als Theologie verstanden, welche eine vermeintliche Gefahr für die politische und bürgerliche Freiheit und den ökonomischen Erfolg Nordirlands bedeute. Hauptzielgruppe sind somit vornehmlich „politische Protestant“en, d.h. säkulare Unionisten und militante Loyalisten.¹⁸⁶

Der „Pharisaic Mode“ basiert ebenfalls auf der Annahme biblischer Wahrheit und der Unterstellung einer fehlerhaften römischen Lehre, eng verbunden mit der Ablehnung des Papstamtes und seiner Prägung des katholischen Christentums.¹⁸⁷

So ist den religiösen Spielarten „Convenant“ und „Pharasiac“ besonders der Mythos vom Papst als Anti-Christ (Papal Antichrist Myth) gemeinsam:

„The papal antichrist myth envisages a role for the Catholic papacy in the endtimes and a final battle between God and Satan. [...] this belief is found among certain kinds of fundamentalist Protestants only, who consider a defence of faith to be paramount. That their faith is conflated with ethnicity and national identity reinforces the myth’s saliency as a socio-political phenomenon in Northern Ireland. Of course, separatism and ‘chosen nation’ sentiment have significant purchase in Northern Ireland, and the papal antichrist myth is pervasive amongst certain kinds of Protestants.[...] The key social resonances of this myth are in terms of furthering the cultural interests of believers, which in practice relates to Protestant socio-political hegemony, reaffirming individual and group identity, and encouraging the conversion of Catholics.“¹⁸⁸

Der Duktus entspricht einer neutestamentarischen Endzeitstimmung. Katholiken werden als Christen angesehen, die es auf den rechten Weg zurück zu bringen gilt, um ihre Seelen vor dem Verderben zu retten, welches bei einem Festhalten an römisch-katholischen Glaubensgrundsätzen unausweichlich sei. Politik spielt keine Rolle, die Bemühungen liegen auf der „wahren“ Evangelisierung, die einen Kontakt zu Katholiken schließlich erforderlich macht.¹⁸⁹

Sinnbild des Anti-Katholizismus und umspannende Klammer des fragmentierten protestantischen Lagers ist immer noch die Institution, die zur Erinnerung an den Sieg Wilhelms von Oranien einst gegründet wurde. Für die ungebrochene Relevanz von Religion steht versinnbildlicht der Grad an Akzeptanz und die Stellung des Oranier-Ordens bei den nordirischen Protestant. Die Oranier haben trotz der Veränderung der politischen Landschaft und der aus ihrer Sicht als

¹⁸⁶ Vgl.: Higgins/Brewer, S. 114 f.

¹⁸⁷ Vgl.: Mitchell, Claire: Religion, Identity and Politics in Northern Ireland. Boundaries of Belonging and Belief, Belfast 2006, S. 121 (künftig zitiert: Mitchell: Religion).

¹⁸⁸ Higgins/Brewer: Sectarianism, S. 117.

¹⁸⁹ Ebd.

Rückschläge empfundenen Einschränkungen ihrer Märsche oder des Karfreitagsabkommens ihre exponierte Stellung bei den gesellschaftlichen Eliten in Politik, Wirtschaft und Polizei aufrechterhalten können. Sichtbares Zeichen waren die – nach eigenen Angaben – 35 Mitglieder des Ordens, die nach den Parlamentswahlen 1998 von insgesamt 60 protestantischen Abgeordneten auf Schloss Stormont einzogen.¹⁹⁰

Anti-Protestantismus

Grundsätzlich gelten für den Anti-Protestantismus als Form des von der katholischen Bevölkerung Nordirlands verübten Sectarianism ebenfalls jene theoretischen Grundsätze, welche bereits erläutert wurden, d.h. negative Stereotypen und der Gebrauch verbaler Diffamierung sowie physische Aggression.¹⁹¹ Jedoch ermangelt es aufgrund der Historie an einer strukturellen Diskriminierung der Protestanten in den Bereichen der Ökonomie oder der politischen Partizipation. Selbst in der Republik Irland gehören die wenigen Protestanten zu einer ökonomisch privilegierten Schicht, gleichwohl sie sich – ähnlich den Katholiken in Nordirland – nicht mit dem Staat identifizieren können.¹⁹² Die eigentliche Perceptionswirklichkeit der Unionisten von Anti-Protestantismus hat folglich andere Gründe:

„The problem for Protestants in Northern Ireland is not theologically derived but political in that they experience anti-Britishness – an objection by association with the State rather than direct opposition to their religion. However, this is a distinction difficult to absorb when Ulster Protestant identity is so wrapped up with the cultural and political link to Britain. IRA violence against so-called ‘legitimate’ targets of the State has been experienced by ordinary Protestants as ethnic cleansing and an attempt to remove Protestant witness from this island. So interconnected is Protestant identity with Britishness, that anti-Britishness easily blends into anti-Protestantism as Protestants perceive it. That Republicanism believes it can make this fine distinction is irrelevant to Protestants.“¹⁹³

Auch darf nicht unerwähnt bleiben, dass insbesondere die katholische Kirche explizit und mehrmals in der Geschichte in offiziellen Stellungnahmen 1931 und 1956 die Gewalt der IRA verurteilt hat und Mitgliedern der IRA die faktische Exkommunikation attestierte.¹⁹⁴ Das Engagement der Kirche beschränkte sich mehr auf die Verteidigung und Einforderung ziviler Rechte. Unterstützung erfuhr

¹⁹⁰ Vgl.: Kandel: Nordirlandkonflikt, S. 31.

¹⁹¹ Vgl.: Higgins/Brewer: Sectarianism, S. 108 f.

¹⁹² Ebd.: S. 109.

¹⁹³ Higgins/Brewer: Sectarianism, S. 109.

¹⁹⁴ Vgl.: Kandel: Nordirlandkonflikt, S. 30f.

II. Der Konflikt in Nordirland

dementsprechend die Bürgerrechtsbewegung und später die SDLP.¹⁹⁵ Nur marginal haben einzelne Dorfgeistliche sich aktiv an Unternehmungen der IRA beteiligt,¹⁹⁶ und der Bischof von Derry und Überlebende des Bloody Sunday Massakers, Cahal Kardinal Daly erklärte kategorisch: „No faithful Catholic can claim that there is moral justification for the violence of these organisations.“¹⁹⁷

¹⁹⁵ Siehe dazu: McElroy, Gerald: The Catholic Church and the Northern Irish crisis 1968-86, Dublin 1991.

¹⁹⁶ Siehe dazu u.a.: Dillon, Martin: God and the Gun. The Church and Irish Terrorism, London 1998.

¹⁹⁷ Daly, Cathal B.: The Price of Peace, Belfast 1991, S. 52; siehe dazu ferner: Gallagher Eric und Stanley Worral: Christians in Ulster 1968-1980, Oxford 1982.

3. Die Rolle der Sicherheitskräfte und ihre Auswirkung auf die nordirische Gesellschaft

Im Fokus der nachfolgenden Ausführungen soll die Rolle der nordirischen Sicherheitskräfte stehen. Den Darstellungen vorangehen wird zunächst eine kurze Einführung in die Grundzüge und das Instrumentarium der britischen Sicherheitspolitik während der Troubles. Anschließend wird die Verfasstheit der nordirischen Polizei RUC sowie der nordirischen Territorialstreitkräfte UDR und ihre Auswirkungen auf das Konfliktgeschehen illustriert werden unter der besonderen Berücksichtigung ihres Beitrages zur Exklusion der irisch-katholischen Minorität und der damit einhergehenden Nicht-Akzeptanz staatlicher Autorität bei den Katholiken Nordirlands. In diesem Zusammenhang wird auch die Erörterung der so bezeichneten „Shoot to kill policy“ der Sicherheitskräfte einfließen. Eine gesonderte Betrachtung des Wirkens der britischen Armee (zu denen im Übrigen organisatorisch-formal das *Ulster Defence Regiment* gehörte) soll nicht stattfinden und nur dort Erwähnung finden, wo es für das Verständnis des Gesamtkontextes notwendig ist. Gleiches gilt für den Transformationsprozess der alten *Royal Ulster Constabulary* in den neuen *Police Service of Northern Ireland* im Zuge der Friedensverhandlungen, dessen Bedeutung noch später im Verlauf der Arbeit zu würdigen ist und daher ebenfalls zunächst nur dort behandelt werden soll, wo es für eine zutreffende analytische Darstellung zu diesem Zeitpunkt unerlässlich ist.

3.1. Die britische Sicherheitspolitik in Nordirland

Die britische Sicherheitspolitik in Nordirland während der Zeit der Troubles war geprägt von zwei entscheidenden Instrumentarien: Zum einen ist der Einsatz der britischen Armee zur Stärkung der örtlichen Polizeieinheiten zu nennen, welche dem Zweck der „Unterstützung der zivilen Ordnung („in the aid of the civil power“)“ diente.¹⁹⁸ Zum anderen ist die Einführung verschiedener Maßnahmen auf legislativer Basis zu konstatieren, welche den Behörden der Exekutive und der Judikative zahlreiche Handlungsspielräume beim „Anti-Terrorkampf“ einräumten und so die Vorgehensweise der Sicherheitsbehörden und ihr Auftreten im Verhältnis gegenüber der nordirischen Bevölkerung neu bestimmte.

¹⁹⁸ Vgl.: Kandel: Nordirlandkonflikt, S. 134.

Das Militär Großbritanniens war als klassische Einsatzarmee, die für konventionelles Kriegsgeschehen ausgebildet war, nicht für herkömmliche Polizei- und Ordnungsaufgaben geeignet. Zwar waren die Soldaten Ihrer Majestät bei ihrer Ankunft 1969 mit der Bekämpfung von Guerillaeinheiten aufgrund ihres Einsatzes in den Kolonialkonflikten des einstigen Empires, datierend aus den Jahren nach dem zweiten Weltkrieg, vertraut,¹⁹⁹ jedoch unterschätzten nicht wenige Militärs, dass sie nunmehr auf dem originären Hoheitsgebiet des Vereinigten Königreiches operierten und nicht im Dschungel Kenias oder den Gassen des jemenitischen Aden.²⁰⁰ So konstatiert Michael Dewar, dass die Streitkräfte Großbritanniens zum Zeitpunkt ihrer Entsendung in die britische Unruheprovinz den Charakter einer Kolonialarmee besaßen²⁰¹ und sich bei Kontakt mit der Zivilbevölkerung im Zuge ihrer Aufgaben wie Straßenkontrollen und Hausdurchsuchungen auch so verhielten.²⁰²

Auf der politischen Ebene forcierte London mit der Einsetzung von „Direct Rule“ 1972 ebenfalls eine härtere Gangart. Der aus den 20er Jahren stammende „Special Powers Act“, der bis zu diesem Zeitpunkt die Grundlage für die Einschränkung und Aufhebung von Bürgerrechten in Krisenzeiten durch die unionistische Exekutive in Nordirland bildete, wurde um die „Detention of Terrorists (NI) Order“ am 11. Dezember 1972 durch das Parlament in Westminster erweitert.²⁰³ „Detention“ modifizierte dabei lediglich die auf dem *Special Powers Act* beruhende Praxis der Internierung ohne Gerichtsverhandlung,²⁰⁴ welche massiv im Jahr zuvor zum Einsatz gebracht wurde und in deren Gefolge es vermehrt zu Verhören unter Anwendung der Folter gekommen war.²⁰⁵

Um das unmittelbare Engagement der britischen Armee, die nach dem Bloody Sunday Massaker zunehmend auch öffentlich in Kritik geraten war, zu drosseln und im Sinne einer Regionalisierung des Konflikts der für polizeiliche Ordnungsfunktionen prädestinierten RUC wieder mehr Gewicht zu verleihen,

¹⁹⁹ Vgl.: Taylor: Brits, S. 127 f.

²⁰⁰ Ebd.

²⁰¹ Vgl.: Dewar: British Army, S. 32 ff.

²⁰² Siehe dazu: Devlin, Paddy: Straight Left. An Autobiography, Belfast 1993, S. 129 ff.

²⁰³ Vgl.: Cunningham, Michael: British Goverment Policy in Northern Ireland 1969-2000, Manchester 2001, S. 20 f. (künftig zitiert: Cunningham: British Policy).

²⁰⁴ Siehe dazu: Weitzer, Ronald: Policing and Security, in: Mitchell, Paul und Rick Willford (Hrsg.): Politics in Northern Ireland, Oxford 1999, S. 174 f.

²⁰⁵ Vgl.: Kandel: Nordirlandkonflikt, S. 141 f.; Otto: Nordirlandkonflikt, S. 99f.

empfahl im Dezember eine von London eingesetzte Kommission im „Diplock-Report“ neue Handlungsvorgaben für die Sicherheitskräfte.:

„The powers of the RUC were covered by the Special Powers Act, which was still in force, but the position of the army was less clear cut. Diplock sought to codify the legal basis of army action and recommended that the army should have the power to hold a suspect for a maximum of four hours for the purpose of identification. If necessary, further holding after this period would be the responsibility of the police. Searches for explosives and wanted persons were also to be within the army's powers. It was implicit in Diplock that the army should take a secondary role as the report was geared towards prosecution and the reduction of 'exceptional' forms of law enforcement.“²⁰⁶

Mit der Einführung des „Northern Ireland (Emergency Provision) Act“ (EPA) im Juli 1973 verfolgte die Londoner Regierung weiter das Ziel den Konflikt auf die Unruheprovinz zu begrenzen. Vom sicherheitspolitischen Standpunkt Londons aus sollte der EPA, der die bisherigen Bestimmungen des *Special Powers Act* und der *Detention Order* ersetzte, dazu beitragen die paramilitärischen Konfliktakteure zu kriminalisieren und zu gewöhnlichen Verbrecherorganisationen herabzustufen. Nicht nur war dies dazu geeignet eine politische Befassung mit den Anliegen der radikalen Kräfte für obsolet zu erklären, sondern gestattete es darüber hinaus, die Hauptlast der Sicherheitsaufgaben zurück auf die lokalen Polizeibehörden der RUC sowie der nordirischen Territorialstreitkräfte UDR zu übertragen. Das UDR, welches organisatorisch zwar eine Einheit der britischen Streitkräfte darstellte und wie diese ausgerüstet war, sich aber ausschließlich aus (protestantischen) Einwohnern Nordirlands rekrutierte, sollte wie vormals die regulären Einheiten des britischen Militärs die RUC bei ihren Aufgaben unterstützen. Michael Cunningham gebraucht in diesem Kontext zutreffend das Wort von der „Ulsterisierung“ des Konfliktgeschehens.²⁰⁷ Das britische Militär selbst sollte im besten Falle weiterhin mit nachrichtendienstlichen Aufgaben betraut sein oder aber mit Spezialeinheiten wie dem „Special Air Service“ (SAS) eingreifen.²⁰⁸ Nicht bedacht wurde im Zuge der von London intendierten „Ulsterisation“ offensichtlich, dass gerade aufgrund der von der katholisch-nationalistischen Minderheit erlebten Polizeiwillkür des unionistisch dominierten Sicherheitsapparates Nordirlands ein beachtlicher Teil des Widerstandes

²⁰⁶ Cunningham: British Policy, S. 22.

²⁰⁷ Ebd.: S. 25.

²⁰⁸ Vgl.: Otto: Nordirlandkonflikt, S. 110 f.

gegenüber der Staatsautorität ausging und man sich deshalb einst dazu entschieden hatte, Truppen in die Provinz mit dem Ziel der Herstellung der öffentlichen Ordnung zu entsenden.²⁰⁹

3.2. Nordirische Polizei und Territorialstreitkräfte: „A Protestant Force for a Protestant State?“

Die nordirischen Polizeikräfte der *Royal Ulster Constabulary* sowie die militärischen Einheiten der Territorialstreitkräfte des *Ulster Defence Regiment* sind seit ihrer Aufstellung nicht nur Konfliktakteure gewesen,²¹⁰ sondern waren – so zumindest aus irisch-nationalistischer Sicht – nicht selten Anlass für die gewaltsamen Auseinandersetzungen im Norden der grünen Insel, unterstellte die katholische Minderheit den lokalen Sicherheitskräften doch stets, einseitig und diskriminierend zu agieren. Die RUC sah sich somit dem Vorwurf ausgesetzt, nicht entlang der Grundsätze von Recht und Gesetz zu handeln, sondern als Exekutive des Orangisten-Staates die Prädomination des protestantisch-unionistischen Lagers zu garantieren.

Die Entstehung von RUC und UDR

Aus ihrer historischen Genese heraus ist zu beachten, dass die innere Verfasstheit der Polizei in Irland sich von ihrem Beginn an in einer Frontstellung gegenüber dem irischen Nationalismus wie auch der katholischen Bevölkerung befunden hat. Die *Royal Irish Constabulary* (RIC) als Vorgänger der RUC schloss für lange Zeit die Aufnahme von Katholiken in ihre Reihen grundsätzlich aus.²¹¹ Eine Veränderung der ethnisch-religiösen Struktur, welche in der nachfolgenden Zeit ermöglicht wurde, blieb in praxi Theorie, die Führungsebene der RIC bestand mithin nach wie vor nur aus Protestanten. Nach der irischen Teilung und der in ihrem Gefolge stattfindenden Auflösung der RIC übernahm die im Juni 1922 neu konstituierte RUC mit einer Stärke von 3000 Beamten die sicherheitspolitischen Aufgaben in Nordirland. Hamilton, Moore und Trimble betonen, dass ursprünglich geplant war, neben der Übernahme ehemaliger Angehöriger der *Irish Constabulary* rund ein Drittel der zukünftigen Bediensteten aus der katholischen

²⁰⁹ Vgl.: Otto, Nordirlandkonflikt, S. 94.

²¹⁰ Siehe dazu u.a.: Wright, Joanne und Keith Bryett: Policing in Northern Ireland, o.O. 2000.

²¹¹ Vgl.: McVeigh: Security Forces.

II. Der Konflikt in Nordirland

Bevölkerung zu rekrutieren,²¹² gleichwohl sich diese Überlegungen rasch zerschlugen und die Zahlen in der Realität als Resultat der Ablehnung des neuen nordirischen Staates durch die katholische Bevölkerungsminorität nicht auch nur annähernd erreicht wurden.²¹³

Die RUC hatte neben der Wahrnehmung klassischer Polizeiaufgaben den Auftrag erhalten, Angriffe der IRA auf nordirisches Territorium abzuwehren. Dadurch bedingt verfügten die Polizeieinheiten Nordirlands über ein paramilitärisches Arsenal an Ausrüstung und Waffen. Zudem evolvierte sich zu Beginn ihres Wirkens ein politisch-ideologischer Antagonismus mit den irisch-nationalistischen Einwohnern der Provinz, die in ihrer überwiegenden Mehrheit die Teilung der Insel ablehnten und eine Vereinigung mit dem Freistaat im Süden und später mit der Republik Irland forderten. Unterstützt wurden die regulären Polizeieinheiten in ihrer Funktion von der *Ulster Special Constabulary* (USC), die in Nordirland selbst unter dem Namen „B-Specials“ bekannt war. Bei der USC handelte es sich um eine Hilfsgruppe der RUC, die aus Zeitfreiwilligen bestand. Ursprünglich war sie eine Reservetruppe der Polizei, welche im Falle von gewaltsamen Unruhen mobilisiert werden konnte oder aber die regulären Polizeieinheiten bei Kontrollaufgaben entlasten sollte.²¹⁴ Bemerkenswert war, dass die USC schon vor der irischen Teilung entstanden war und sich in ihrer Gründungszeit ausschließlich aus dem Personal der ursprünglichen UVF zusammensetzte, die einst als paramilitärisches Druckmittel der Unionisten gegenüber der Home-Rule-Bewegung ins Leben gerufen worden war, wie der Historiker Frank Otto ausführt:

„Die aufzustellende Reservepolizei (*Ulster Special Constabulary*, USC) wurde in drei Kategorien unterteilt; Die *A-Specials* (Stärke Ende 1920 3500 Mann), Vollzeit beschäftigt und mobil einsetzbar, waren uniformiert und wurden bezahlt wie die reguläre Polizei. Die späterhin berüchtigten *B-Specials* (mit 16.000 Mann größte Teileinheit) dienten in Teilzeit, sie waren uniformiert aber unbezahlt und sollten nur in ihren eigenen Wohngegenden vor allem Patrouilliendienste ausführen. [...] Die USC unterstand dem Kommandeur der Polizei im Norden. Die Struktur der USC ähnelte der der UVF und entsprach damit weitgehend dem unionistischen Plan. Ganze Einheiten der UVF strömten in die USC, und ihre Kommandeure bekamen

²¹² Vgl.: Hamilton, Andrew, Moore, Linda und Tim Trimble: *Policing a Divided Society. Issues and Perceptions in Northern Ireland*, Colraine 1995, zitierte Passagen des Werkes abgerufen am 13.06.2007 unter <http://cain.ulst.ac.uk/csc/reports/police.htm> (künftig zitiert:

Hamilton/Moore/Trimble: *Policing a Divided Society*), siehe ferner u.a.: Brewer, John D.: *Inside the RUC: routine policing in a divided society*, Oxford 1991.

²¹³ 1961 lag der Anteil katholischer Beamter bei 12%, 1992 bei 7,7%; Vgl.: Hamilton/Moore/Trimble: *Policing a Divided Society*.

²¹⁴ Ebd.

wichtige Posten. Den von den Briten eigentlich vorgesehenen Beitritt auch von Katholiken verhinderten die Unionisten weitgehend.²¹⁵

Die USC war somit eine faktische Polizeitruppe in Nordirland, die zu 100% aus Protestanten bestand, sich bewusst aus einem loyalistischen Milieu rekrutierte sowie an loyalistische Traditionen anknüpfte und sich als Garant des Unionismus sah. Die zunehmende Eskalation der Situation in Nordirland mit dem Aufkommen der katholischen Bürgerrechtsbewegung und dem Erstarken der IRA und der besonderen Rolle der Sicherheitsorgane, die Willkürverhalten und Brutalität gegenüber katholischen Zivilpersonen und Demonstranten an den Tag legten, ließen die britische Regierung nach den Empfehlungen der Hunt-Kommision²¹⁶ im Jahr 1969 die Auflösung der USC forcieren. Es war geplant, an ihre Stelle eine unter dem Kommando des britischen Militärs stehende Territorialstreitkraft, das *Ulster Defence Regiment* (UDR), treten zu lassen. Das UDR bestand aus ca. 6.300 Teilzeit-Soldaten, welche aus der nordirischen Bevölkerung angeworben werden sollten. Intendiert war zum einen eine neue und schlagkräftige Unterstützungseinheit für die RUC zu schaffen und zum anderen im Zuge der „Ulsterisation“ die regulären Truppen der britischen Armee zu entlasten.²¹⁷ Bei der irisch-nationalistischen Bevölkerung manifestierte sich der Eindruck, dass das UDR lediglich eine Fortsetzung der alten B-Specials mit neuen Uniformen und schwereren Waffen war. Johannes Kandel weist darauf hin, dass den ehemaligen Mitgliedern der USC die Chance eingeräumt wurde dem neu gegründeten Regiment beizutreten.²¹⁸ Diese Option wurde von vielen ehemaligen B-Specials genutzt, was wiederum die katholische Minderheit in ihrem Ressentiment gegenüber der neuen Sicherheitstruppe bestätigte.²¹⁹ Bis zur Auflösung des UDR durch Fusion mit den regulären *Royal Irish Rangers* zu einer gewöhnlichen Militäreinheit Großbritanniens unter dem Namen *Royal Irish Regiment* (RIR) betrug ihr Anteil gerade 3%.

²¹⁵ Otto: Nordirlandkonflikt, S. 67.

²¹⁶ Siehe dazu: HMSO: Report of the Advisory Committee on Police in Northern Ireland (Hunt-Report), Cmd 535, Belfast 1969.

²¹⁷ Ende 1971 standen der IRA rund 14.000 britische Soldaten, 6000 Polizeibeamte und 8000 Angehörige der Territorialstreitkräfte gegenüber.

²¹⁸ Vgl.: Kandel: Nordirlandkonflikt, S. 122.

²¹⁹ Vgl.: Ryder, Chris: The Ulster Defence Regiment. An Instrument of Peace? London 1992, S. 28 ff.

„Sectarianism“ als Praxis der Sicherheitsbehörden

In seiner 1994 erschienenen Studie „It's Part of Life Here. The Security Forces and Harassment in Northern Ireland“ konzediert der Konfliktforscher Robbie McVeigh bezüglich der Frage, inwieweit die nordirischen Sicherheitskräfte in ihrer inneren Verfasstheit und in ihrem äußeren Erscheinungsbild als „sectarian“ einzuordnen seien:

„The undoubtedly ‘Protestant’ make-up of the security forces in Northern Ireland has long been accompanied by accusations by different elements in the Catholic community of sectarian practice. [...] There are a number of different ways and levels at which they may or may not be sectarian: 1) proportionality of the perceived religion of the security force members 2) ideas and attitudes of security personal 3) operational policy 4) perceptions of the populations being policed.“²²⁰

Auf den Aspekt der Proportionalität hinsichtlich des Verhältnisses der ethnisch-konfessionellen Zusammensetzung von Polizei und Territorialstreitkräften in Relation zur Gesamtbevölkerung Nordirlands ist bereits hinreichend eingegangen worden. Rein demographisch betrachtet, sind RUC und UDR durch die Konfession ihrer Angehörigen rein protestantische Organisationen. Dieser Umstand ist insbesondere ihrer Entstehungsgeschichte geschuldet. So evident die Disparität auch sein mag, so wenig gibt sie Auskunft über die Gedankenwelt der Angehörigen der Sicherheitsbehörden und ihre persönlichen Einstellungsmuster zum Konfliktgeschehen. Festzuhalten bleibt, dass besonders in ihrer Entstehungszeit sich die Angehörigen aus den ehemaligen paramilitärischen Verbänden des politischen Unionismus, namentlich der ursprünglichen UVF, rekrutierten. Bewusst wurde an diesen Traditionstrang zunächst angeknüpft. Richtig ist auch, dass die nordirische Polizei von sich aus unterstrich, dass sie allein dem Prinzip von Recht und Ordnung verpflichtet sei, so dass sie loyalistische Paramilitärs ebenso engagiert bekämpfen würde wie die Kräfte des militanten irischen Republikanismus. Bezug nehmend auf die tatsächliche Einsatzpolitik insbesondere der Territorialstreitkräfte als Erben der B-Specials analysiert Robbie McVeigh:

„In addition there is evidence that a whole sector of policing apparatus – the UDR/RIR – has been used specifically to police Republicans. In 1990, the commander of the UDR Brigadier Charles Ritchie admitted that the UDR did not brief patrols looking for ‘Protestant terrorists’ (*Irish Times* 20/2/1990). By implication the UDR was solely concerned with policing the Catholic community. This is clearly structurally sectarian, whatever the attitudes of the soldiers involved. [...] Very powerful symbols of differential policing are presented if there is a

²²⁰ McVeigh: Security Forces.

disputed march through a catholic area and the police face local residents and turn their backs on the marchers – this leaves little ambiguity as to who is being protected and who is being controlled. Similarly, it is particularly telling if the ‘ring of steel’ police and army roadblocks around Belfast only stop cars coming out of Catholic areas and not cars going in. This is even more stark in periods when loyalists are killing more people than republicans. Once again the security forces appear to be protecting the wider community *from* people in particular Catholic areas and yet doing nothing to protect people in those same areas even they seem to be under great threat of attack.”²²¹

In diesen Kontext hinein gehört auch der Themenkomplex der so genannten “Shoot-to-kill policy” sowie die Frage der „Collusion“, d.h. der Zusammenarbeit der staatlichen Sicherheitsbehörden mit den loyalistischen Paramilitärs zur Liquidierung führender Persönlichkeiten des irisch-nationalistischen Lagers einschließlich der IRA sowie katholischen Bürgerrechtler. Nach der von der Regierung Großbritanniens betriebenen Politik der Ulsterisierung des Nordirlandkonfliktes, welche eine zunehmende Verlagerung des Gewichtes der Sicherheitsaufgaben weg von den regulären Einheiten der britischen Armee hin zu den lokalen Polizei- und Territorialstreitkräften anstrebte, waren militärische Kommandoeinheiten wie der „Special Air Service“ (SAS) in Verbindung mit den britischen und nordirischen Nachrichtendiensten das bevorzugte Instrument Londons im Anti-Terrorkampf.²²² Diese taktische Entscheidung Londons, die Adrian Weale als „Secret Warfare“ charakterisiert,²²³ sowie das Vorgehen des SAS während seiner Operationen, sahen sich zunehmend als Zielscheibe der Kritik des republikanischen Lagers sowie nationaler und internationaler Bürgerrechtsorganisationen. Sowohl der RUC wie auch dem SAS wurde vorgeworfen, sich nicht an die üblichen „Rules of Engagement“ zu halten bei der Festnahme von Terrorverdächtigen oder der Vereitelung von IRA-Anschlägen.²²⁴ Stattdessen würde ohne den Versuch der gewaltlosen Festnahme im Sinne einer „Shoot-to-kill“ gezielt, oftmals aus dem Hinterhalt, das Feuer eröffnet und selbst kampfunfähige Gegner an Ort und Stelle exekutiert.²²⁵ Die Vermutungen der Kritiker wurden genährt durch den bis dato bestdokumentiertesten Vorfall auf

²²¹ McVeigh: Security Forces.

²²² Siehe dazu: Holland, Jack und Susan Phoenix: Policing the Shadows. The Secret War against Terrorism in Northern Ireland, London 1996.

²²³ Vgl.: Weale, Adrian: Secret Warfare: Special Operations Forces. From the Great Game to the SAS, London 1997; siehe ferner zu dem Themenkomplex: Kemp, Anthony: The SAS. Savage Wars of Peace 1947 to the Present, London 2001.

²²⁴ Vgl.: Kandel: Nordirlandkonflikt, S. 177 f.

²²⁵ Zahlreiche detaillierte Darstellungen verschiedener Vorfälle finden sich bei: Murray, Raymond: State Violence. Northern Ireland 1969-1997, Cork 1998.

II. Der Konflikt in Nordirland

Gibraltar,²²⁶ wo am 6. März 1988 Angehörige des SAS drei Mitglieder der IRA, welche ein Bombenattentat auf dort stationierte Truppen planten, intendiert töteten, obwohl diese zum Zeitpunkt der Operation unbewaffnet waren und sich ergeben hatten. Das Engagement Amnesty Internationals sowie der Hinterbliebenen der getöteten IRA-Mitglieder löste in der Folgezeit eine Untersuchung der Europäischen Menschenrechtskommission aus, die im Sommer 1994 mit 11 zu 6 Stimmen zugunsten Londons entschied.²²⁷ Ein Jahr später verhandelte der Europäische Gerichtshof die Angelegenheit und stellte fest, dass es angesichts der Zeugenaussagen zu einer unnötigen Tötung der IRA-Einheit gekommen sei. Dies bedeutete einen Verstoß gegen Artikel 2 der Europäischen Menschenrechtskonvention, welcher das „Recht auf Leben“ schützt. Die britische Regierung habe die volle Verantwortung für den Vorfall zu tragen.²²⁸

Neben der Diskussion um die „Shoot to kill policy“ bewegte die Frage der „Collusion“, das heißt, ob es eine von staatlichen Autoritäten forcierte und von den Sicherheitsbehörden unterstützte Zusammenarbeit mit loyalistischen Terrorgruppen zur Liquidierung von IRA-Angehörigen oder nationalistischen Politikern gegeben habe, die Gemüter in Nordirland und Großbritannien. Steve Bruce unterscheidet in seiner 1992 veröffentlichten Studie der loyalistischen Gewaltorganisationen „The Red Hand. Protestant Paramilitaries in Northern Ireland“ zwischen „passiver“ und „aktiver“ Kooperation. Unter „passiver“ Kooperation lassen sich eine willentlich schleppende Strafverfolgung durch die RUC sowie das bewusste Wegsehen bei der Verübung loyalistischer Gewalttaten subsumieren. Hinzu gerechnet werden muss nach Kandel die Verweigerung des Schutzes oder der Informierung gefährdeter Personenkreise durch die Polizeibehörden trotz des Wissens um bevorstehende Attentate.²²⁹ In Abgrenzung dazu beinhaltet „aktive“ Kooperation die Versorgung mit Waffen, Ausbildung und Überlassung vertraulicher Erkenntnisse über Personen des irisch-nationalistischen Spektrums sowie die geduldete „Infiltration paramilitärischer Gruppen in RUC und UDR“.²³⁰ Wie eine internationale Studie 2006 gestützt auf

²²⁶ Siehe dazu: Eckert, Nicholas: Fatal Encounter. The Story of the Gibraltar Killings. Dublin 1999.

²²⁷ Vgl.: Kandel: Nordirlandkonflikt, S. 182.

²²⁸ Vgl.: Taylor: Brits, S. 285.

²²⁹ Vgl.: Kandel: Nordirlandkonflikt, S. 190 f.

²³⁰ Ebd.

II. Der Konflikt in Nordirland

Dokumente des „National Archives“ der britischen Regierung enthüllte,²³¹ war die britische Regierung seit 1973 darüber informiert, dass insbesondere das UDR mit Angehörigen der loyalistischen Paramilitärs durchsetzt war (ca. 15 %) und auf diese Weise UDA und UVF mit Waffen versorgte. Offizielle Untersuchungen der Stevens-Kommision im Zeitraum von 1989 bis 2003 erhärteten den gehegten Verdacht, dass nordirische Sicherheitsbehörden und britische Nachrichtendienste für die Ermordung von Anwälten der Bürgerrechtsbewegung oder irisch-nationalistischen Politikern durch die gezielte Lenkung und Unterstützung loyalistischer Todesschwadronen mittels Weitergabe von nachrichtendienstlichen Erkenntnissen die Verantwortung tragen.²³² Eine unmittelbare Beteiligung Londons schließt der Stevens-Report aus. Im Jahr 2007 gelangte eine Untersuchung der Ombudsfrau für Angelegenheiten der nordirischen Polizei zu dem Ergebnis, dass die RUC Informanten aus den paramilitärischen Verbänden der Loyalisten anwarb und als Gegenleistung für Informationen diese finanziell entlohnnte, darüber hinaus gehend aber auch Morde und andere Straftaten ihrer Informanten deckte.²³³ Folglich bedeutete diese Verstrickung der Sicherheitsbehörden und ihre nicht immer an den Grundsätzen von Recht und Ordnung orientierte Politik im Anti-Terrorkampf eine immense Hypothek für den Friedensprozess in Nordirland und für die Aussöhnung von Katholiken und Protestanten.

Interessant ist abschließend die Wahrnehmung durch die theoretisch den gleichen herkömmlichen polizeilichen Maßnahmen unterliegende protestantische Ethnie Nordirlands. Essentiell stehen die nordirischen Protestanten den lokalen Sicherheitsbehörden äußerst positiv gegenüber, wie John Brewer in seiner Studie „The public and the police“ aus dem Jahr 1992 belegt.²³⁴ Dies mag zum einen damit zu tun haben, dass die Majorität der protestantischen Bevölkerung nicht der zuvor beschriebenen „operational policy“ der RUC und des UDR ausgesetzt war

²³¹ Vgl.: Bowcroft, Owen: Ministers aware of UDR links with loyalists, archives show, abgerufen am 6.5.2006 unter www.guardian.co.uk/Northern_Ireland/Story/0,,1768744,00.html.

²³² Vgl.: Stevens, John: Stevens Inquiry. Overviews and Recommendations, Belfast 2003, S. 15 f.

²³³ Vgl.: Police Ombudsman for Northern Ireland: Statement by the Police Ombudsman for Northern Ireland on her investigations into the circumstances surrounding the death of Raymond McCord Junior and related matters, Belfast 2007.

²³⁴ Vgl.: Brewer, John D.: The Public and the Police, in: Stringer, Peter und Gillian Robinson (Hrsg.): Social Attitudes in Northern Ireland: The second Report, Belfast 1992, zitierte Passagen des Werkes abgerufen am 13.06.2007 unter <http://cain.ulst.ac.uk/othelem/research/nias/rep2c4.htm> (künftig zitiert: Brewer: Public and Police).

II. Der Konflikt in Nordirland

und lässt sich weiter mit der historischen Rolle der Sicherheitsbehörden als Garant für den persönlichen Schutz sowie der territorialen Integrität Ulsters vor den Angriffen des irisch-republikanischen Lagers erklären. Entsprechend scharf fiel die Indignation der unionistischen Politik bei der Auflösung der USC und später des UDR aus, welche von den internalisierten Urängsten der nordirischen Protestanten gegenüber einer möglichen „Sell out“ Politik Londons genährt wurde.²³⁵

Eine Veränderung in der Haltung der Loyalisten zu den „eigenen“ Polizeikräften konnte erst mit den Reformen und der Transformation der RUC in den im Zeichen des Karfreitagsabkommens neu konstituierten *Police Service of Northern Ireland* (PSNI) festgestellt werden, gleichwohl es schon Mitte der 80er Jahre im Zuge des Anglo-Irish-Agreement erstmalig auch zu Zusammenstößen und physischen Angriffen auf Polizeibeamte von Seiten radikaler Loyalisten gekommen war.²³⁶

²³⁵ Vgl.: Kandel: Nordirlandkonflikt, S. 122.

²³⁶ Vgl.: Hamilton/Moore/Trimble: Policing a Divided Society.

4. Der nordirische Friedensprozess

Abschließen wird der Fallstudienteil zum Themenkomplex des Nordirlandkonflikts mit einer Betrachtung des Verlaufs und der Umsetzung des Friedensprozesses.

4.1. Der Weg zum Friedensprozess

Erste Bemühungen um eine friedliche Beilegung des Bürgerkriegs in der britischen Unruheprovinz lassen sich kurz nach Beginn der eigentlichen „Troubles“ in den 70er Jahren ausmachen. In einem von Downing Street im Oktober 1972 publizierten „Green Paper“²³⁷ wurde bereits ein erster Lösungsansatz umrissen, welcher in seinen zentralen Bestandteilen immer wieder an Aktualität gewinnen sollte. Sowohl die verfassungsrechtliche als auch die territoriale Frage sollten danach an den Willen der Mehrheit der Bevölkerung gekoppelt sein, welcher in regelmäßigen Abstimmungen zu ermitteln war und eine theoretische Wiedervereinigung des Nordens mit der Republik Irland im Süden im Grundsatz ermöglichen würde und diese auch in einem „Council of Ireland“ in das politische Geschehen einzubinden hätte.²³⁸ Faktisch zementierte dies natürlich aufgrund der demographischen Verhältnisse der Ethnien das Supremat der Unionisten, zumal sich das irisch-nationalistische Lager bei den durchgeführten Referenden prinzipiell enthielt.

Nach mühseligen Verhandlungen nach der Wahl zum Regionalparlament im Sommer 1973, welche den moderaten Kräften in der UUP auf protestantischer und in der SDLP auf katholischer Seite zum Sieg verhalf, arrangierte man sich und fand sich bereit, eine „Koalitionsregierung“ zu bilden, die auf den Grundlagen des Machtteilungskonzepts des Green Paper basierte. Grund zur Hoffnung machte die so genannte Sunningdale-Konferenz Ende 1973.²³⁹ Bei dieser Zusammenkunft zwischen den Vertretern der Koalitionsregierung sowie den Delegationen der britischen und irischen Regierungen wurde nicht nur der bisher gewachsene Gedanke eines „Council of Ireland“ etabliert, gleichzeitig lockerte Großbritannien seine unumstößliche „Garantie-Erklärung für Ulster“, während die Verantwortlichen in Dublin ihrerseits den in der irischen Verfassung

²³⁷ Siehe dazu: HMSO: The Future of Northern Ireland. A Paper for Discussion, London 1972.

²³⁸ Vgl.: Kandel: Nordirlandkonflikt, S. 199 f.

²³⁹ Siehe zum „Sunningdale Agreement“: www.cain.ulst.ac.uk/events/sunningdale/agreement.

verankerten Vertretungsanspruch für das gesamte Gebiet der irischen Insel zugunsten des Mehrheitsvotums der nordirischen Bevölkerung aufweichte.²⁴⁰ Das „Council of Ireland“ hatte dabei speziell für die irischen Nationalisten hohen Symbolgehalt als Vorstufe zu einer Wiedervereinigung. Tatsächlich sollte sich die Kompetenz des Gremiums auf vergleichsweise unbedeutende Politikfelder wie Agrarwirtschaft, ökologische Fragen, Verkehrswesen und Angelegenheiten von Kultur und Fremdenverkehr erstrecken. Themen von sicherheitspolitischer Natur wurden hingegen weitestgehend ausgeklammert:

„Ein besonderes, bis heute akutes Problem war die Rolle der nordirischen Polizei. Die SDLP hatte immer wieder die mangelnde Akzeptanz der RUC in der katholischen community thematisiert und war darin von der Irischen Regierung unterstützt worden. Immerhin waren sich alle Parteien darin einig, dass eine breite Akzeptanz und Unterstützung der Polizei durch Protestanten und Katholiken wünschenswert sei. [...] Die SDLP bestand auf einer starken Rolle des ‚Council of Ireland‘ im Blick auf die Polizei, die Unionisten wiesen das vehement zurück. Für sie war jede Mitsprache eines all-irischen Gremiums in Polizei-Angelegenheiten gleichbedeutend mit der Aufgabe der Selbstbestimmung Nordirlands.“²⁴¹

Die radikaleren Kräfte innerhalb des politischen Unionismus, die aus den Anhängern Paisleys, dem Oranier Orden sowie den loyalistischen Paramilitärs bestanden, formierten nun mit den Vertragsgegnern innerhalb der UUP ein breites Bündnis gegen das Sunningdale-Agreement. Die UUP lehnte in diesem Zuge auf ihrem Parteitag im Januar 1974 die Etablierung eines „Council of Ireland“ ab. Die aufgrund innerbritischer Angelegenheiten hastig anberaumten Neuwahlen zum House of Commons sahen nicht nur einen Machtwechsel in Downing Street und die Ablösung der Tory-Regierung, sie ließen gleichzeitig den loyalistischen Sunningdale Gegnern in Nordirland die Möglichkeit, die Unterhauswahlen als Abstimmung gegen das Abkommen zu missbrauchen. Ein im Frühjahr 1974 von Ultraloyalisten um Paisley und das „Ulster Workers Council“ (UWC) angezettelter Generalstreik legte die Provinz völlig lahm,²⁴² beerdigte sowohl die Koalitionsregierung als auch die Hoffnung auf eine Selbstverwaltung Nordirlands und ließ das „Power-Sharing-Experiment“ katastrophal scheitern. Nachdem London der „politischen Mediation“ des Konflikts den Vorzug gegeben hatte, wurde nun wieder vermehrt auf eine starke Hand gesetzt und die Unruheprovinz

²⁴⁰ Vgl.: Kandel: Nordirlandkonflikt, S. 206.

²⁴¹ Ebd.: S. 207.

²⁴² Siehe dazu u.a.: Anderson, Don: Fourteen May Days. The Inside Story of the Loyalist Strike of 1974, Dublin 1994; Rose, Richard: Northern Ireland. A Time of Choice, London 1976.

II. Der Konflikt in Nordirland

erneut unter „Direct Rule“, d.h. unter die unmittelbare administrative Abhängigkeit und Weisungsgebundenheit der britischen Regierung gezwungen.²⁴³ Allein in den Jahren 73/74 starben durch anhaltende paramilitärische und staatliche Gewalt trotz der laufenden Friedensbemühungen über 500 Menschen in Nordirland.²⁴⁴ Auf Seiten der IRA wie der nordirischen und britischen Sicherheitskräfte wurde nun wieder vermehrt auf eine militärische Lösung des Problems gesetzt. Trotzdem gab man eine friedliche Beilegung des Konflikts nicht völlig auf, richtete aber in London nach dem Scheitern der „zivilgesellschaftlichen Kräfte“ beim Sunningdale Agreement das Hauptaugenmerk auf die IRA als - wenn auch nicht offiziellem - Verhandlungspartner.²⁴⁵ Mittels geheimer Kontakte stand Downing Street seit 1969 mit dem militanten republikanischem Lager in einem „Secret Dialogue“ und bediente sich Ende 1974 prominenter protestantischer Kirchenführer in Nordirland, um in einem Gesprächstreffen mit der IRA zu versichern, dass man ungebrochen an der Aussage festhalte,²⁴⁶ den politischen und territorialen Status Nordirlands an den Mehrheitswillen der Bevölkerung zu koppeln und im Falle eines Waffenstillstands der IRA die britischen Militäreinheiten abzuziehen sowie internierte Aktivisten des republikanischen Lagers wieder auf freien Fuß zu setzen. Die IRA ihrerseits schränkte ihre militärischen Operationen ein und erklärte Anfang 1975 einen Waffenstillstand.²⁴⁷

Ihr politischer Arm Sinn Fein wurde legalisiert und war nunmehr Teil des politischen Prozesses bei der Suche nach einer friedlichen Lösung, während die loyalistischen Paramilitärs aufgrund der Ereignisse und gestärkt von ihrem Erfolg beim Scheitern des Sunningdale-Agreement kurze Zeit zuvor begannen, die Provinz mit Gewalt und Blutvergießen zu überziehen.²⁴⁸ Die IRA antwortete mit

²⁴³ Siehe dazu: Cunningham: British Policy, S. 13 ff.

²⁴⁴ Vgl.: Smyth, Marie und Jennifer Hamilton: The Human Costs of the Troubles, in: Hargie, Owen und David Dickson (Hrsg.): Researching the Troubles. Social Science Perspectives on the Northern Ireland Conflict, Edinburgh/London 2004, S. 19 f. (künftig zitiert: Smyth/Hamilton: Human Costs Troubles).

²⁴⁵ Vgl.: Taylor: Brits, S. 163 f.

²⁴⁶ Siehe dazu: Gallagher, Eric und Stanley Worrall: Christians in Ulster 1968-1980, Oxford/New York 1982, S. 95 ff.

²⁴⁷ Vgl.: Coogan: The IRA, S. 397 f.

²⁴⁸ Vgl.: Kandel: Nordirlandkonflikt, S. 219 f.

einer Aufkündigung ihres Waffenstillstands im August desgleichen Jahres mit der Folge, dass Nordirland für zehn Jahre in einem Meer von Blut und Gewalt versank.

4.2. Die Entwicklungsphasen des „Good-Friday-Agreement“ (GFA)

Zahlreiche Autoren konzedieren,²⁴⁹ dass es keinen allgemeinen Konsens gibt hinsichtlich des tatsächlichen Beginns des nordirischen Friedensprozesses, welcher in letzter Konsequenz dann im so genannten „Karfreitagsabkommen“ vollendet wurde. So wird vielmehr von Phasen denn von einem konkreten Datum gesprochen.

Insgesamt kann jedoch von einem Vorlaufsprozess von etwa einer Dekade gesprochen werden. Diese Zeitrechnung nimmt ihren Ausgangspunkt bei den Gesprächen zwischen den moderaten katholischen Bürgerrechtler um John Hume und der SDLP und dem radikalen Flügel des irischen Nationalismus in der Gestalt Gerry Adams und der Sinn Fein im Jahre 1988. Innerhalb dieser informellen Treffen intendierte die SDLP ihrerseits Sinn Fein davon zu überzeugen,²⁵⁰ dass nicht Großbritannien die Ursache des Nordirlandproblems sei, da dieses in der Frage der „Reunification“ eine offene Position vertrete und das Selbstbestimmungsrecht der irischen Bevölkerung akzeptiere. Es müsste vielmehr darum gehen, die unionistischen Urängste gegenüber einem vereinigten Irland auszuräumen, was sich nur auf politischem Wege unter Abschwörung der Gewalt und des bewaffneten Kampfes durch die IRA bewerkstelligen ließe.²⁵¹ Dies beförderte die Friedensanstrengungen innerhalb des republikanischen Lagers, das Mitte 1987 bereits zum ersten Mal öffentlich ein Dokument mit dem Namen „A Scenario for Peace“ zur politischen Gestaltung einer friedlichen Ordnung publizierte.²⁵² Trotz zahlreicher Übereinstimmungen in der Situationsanalyse zwischen Sinn Fein/IRA und der SDLP beharrten die irischen Republikaner auf der Legitimität und Notwendigkeit des militärischen Widerstands gegen die Briten, denen zu trauen sie nicht gewillt waren.

²⁴⁹ Vgl. u.a.: Otto: Nordirlandkonflikt, S. 125; Kandel: Nordirlandkonflikt, S. 289.

²⁵⁰ Siehe dazu: Hume, John: Personal Views: Politics, Peace and Reconciliation in Ireland, Dublin 1996.

²⁵¹ Vgl.: Kandel: Nordirlandkonflikt, S. 297.

²⁵² Siehe dazu: Adams, Gerry: Free Ireland. Towards a Lasting Peace, Dingle 1995, S. 197 f.

II. Der Konflikt in Nordirland

Flankiert wurde der Diskussionsprozess innerhalb der katholischen Bevölkerung Nordirlands von den Initiativen des britischen Nordirlandministers Peter Brooke. Dieser bemühte sich seit Juli 1989, sowohl die IRA zu einem Verzicht auf terroristische Aktionen zu bewegen²⁵³ als auch die Unionisten für zukünftige Friedensgespräche in den Diskussionsprozess einzubinden.²⁵⁴ Es setzte sich in London allgemein die Auffassung durch, dass ohne die Sinn Fein als politischer Arm der IRA aufgrund des großen Rückhalts in der katholischen Bevölkerungsgruppe eine langfristige Lösung des Konflikts aussichtslos sei.²⁵⁵ MacGinty und Darby halten entsprechend fest, dass die Verantwortlichen in London wie Dublin während der ganzen Zeit des Friedensprozesses als Organisatoren und Stützen desselben fungierten,²⁵⁶ um so den politischen Akteuren der nordirischen Parteienlandschaft ein strukturelles Umfeld zu gewährleisten, zeitliche Rahmenbedingungen zu garantieren und die Akteure bei kontraproduktivem Verhalten zu sanktionieren:

„Progress proved to be slow as the constitutional parties considered and refined their positions in relation to the ‘three strands’ concept. The British government argued that no settlement was likely to be stable and durable unless it addressed three strands. ‘Strand one’ covered relations and related structures within Northern Ireland, ‘strand two’ covered relations and possible structures between Northern Ireland and the Republic of Ireland (or North/South structures) and ‘strand three’ the relations between the Irish Republic and the United Kingdom (or the east/west relationship). This formulation is important for two reasons. First, it was to form the basic framework on which subsequent initiatives of the 1990s would be built and secondly, it further reinforced the marginalisation of ‘internal’ or ‘integrationist’ prescriptions for Northern Ireland and, as such, could be read as an implicit acceptance of a Nationalist agenda.“²⁵⁷

Mit den “Three Strands” waren die formellen Phasen für die Zukunft des Friedensprozesses eindeutig definiert worden. Zunächst machten jedoch spektakuläre Anschläge der IRA in Nordirland und England 1990-1993 offizielle Verhandlungen unmöglich und isolierten Sinn Fein als Gesprächspartner.²⁵⁸ Erst Ende 1993 konnten John Hume und Gerry Adams ein gemeinsames Positionspapier, das als Folge von geheimen Zusammenkünften der Spitzen von

²⁵³ Vgl.: Otto: Nordirlandkonflikt, S. 125.

²⁵⁴ Vgl.: Arthur, Paul: The Brooke Initiative, in: Irish Political Studies, 6/1992, S. 111 ff.

²⁵⁵ Vgl.: Valandro: Baskenland und Nordirland, S. 170.

²⁵⁶ Siehe dazu: MacGinty, Roger und John Darby: Guns and Government. The Management of the Northern Ireland Peace Process, Basingstoke 2002, S. 59. (künftig zitiert: MacGinty/Darby: Guns and Government).

²⁵⁷ Cunningham: British Policy, S. 79.

²⁵⁸ Vgl.: Kandel: Nordirlandkonflikt, S. 319 ff. ; siehe ferner: Schulze, Kirsten E.: Nordirland.

Haupthindernisse einer Friedenslösung, in: Krumwiede, Heinrich-W. und Peter Waldmann (Hrsg.): Bürgerkriege. Folgen und Regulierungsmöglichkeiten, Baden-Baden 1998, S. 170 ff.

II. Der Konflikt in Nordirland

SDLP und Sinn Fein entstanden war, als so bezeichnete „Joint Declaration“ vorlegen. Die „Joint Declaration“ betonte abermals das Postulat des Selbstbestimmungsrechts der Iren und der Territorialfrage Nordirlands nach dem Konsensprinzip, anerkannte die „Three Strands“ von Brooke und konzidierte, dass die Nordirlandproblematik nicht innerhalb Nordirlands allein gelöst werden könnte. Die britische Regierung ihrerseits veröffentlichte am 15. Dezember 1993 die „Downing-Street-Declaration“, die in die gleiche politische Stoßrichtung zielte und auf diese Weise der IRA in Anbetracht der neuen politischen Handlungsoptionen einen Waffenstillstand abtrotzen sollte,²⁵⁹ so dass Sinn Fein als Vertreter des radikalen irisch-nationalistischen Lagers am zukünftigen Verhandlungstisch Platz nehmen konnte:

„Amerikanische Initiative brachte zusätzliche Bewegung in den Friedensprozess: Im Februar 1994 gewährte Präsident Clinton Gerry Adams ein Visum für die USA, gegen den Protest der britischen Regierung. Das war die erste von mehreren Gesten Clintons, der sich sehr für eine Konfliktlösung in Nordirland einsetzte, um den politischen Arm des Republikanismus hoffähig zu machen. Im August 1994 traf sich unter strenger Geheimhaltung Nordirlandminister Mayhew mit Adams und dem Vizepräsidenten von Sinn Fein, McGuiness. Es ist sicher kein Zufall, dass die IRA zwei Wochen nach der Zusammenkunft die vollständige Einstellung des bewaffneten Kampfes bekannt gab. [...] Obwohl die IRA keine dauerhafte Waffenruhe verkündet hatte, was Großbritannien stets als Bedingung für ‚inklusive‘ Verhandlungen (d.h. Verhandlungen unter Einschluss von Sinn Fein) genannt hatte, sagte John Major Ende Oktober 1994, er gehe von der ‚Arbeitshypothese‘ aus, dass der Waffenstillstand der IRA permanent sei.“²⁶⁰

Kurze Zeit später gab auch das „Combined Loyalist Military Command“ (CLMC) eine Waffenruhe der protestantischen Paramilitärs um UDA und UVF bekannt.

Als Ausgangspunkt für weitere Gespräche und zur verstärkten Einbindung der protestantisch-unionistischen Bevölkerung erarbeiteten Dublin und London die im Februar 1995 der Öffentlichkeit vorgestellten „Frameworks for the Future“.²⁶¹ Für die Seite der Unionisten war dabei die Auflösung des Waffenarsenals der IRA das zentrale Thema im Komplex der Konfliktlösung²⁶² und sollte es auch während des gesamten Friedensprozesses bleiben. Zwar war allen Beteiligten offensichtlich, dass die paramilitärischen Organisationen den Waffenstillstand einhielten und die IRA keinerlei Anstalten machte die Sicherheitskräfte Ihrer Majestät anzugreifen oder prominente Loyalisten ins Visier zu nehmen, dennoch beunruhigte der

²⁵⁹ Vgl.: Valandro: Baskenland und Nordirland, S. 173.

²⁶⁰ Otto: Nordirlandkonflikt, S. 129.

²⁶¹ Siehe dazu: Bew, Paul und Gordon Gillespie: The Northern Ireland Peace Process 1993-1996, London 1996, S. 83 ff. (künftig zitiert: Bew/Gillespie: Peace Process).

²⁶² Vgl.: Valandro: Baskenland und Nordirland, S. 174.

Umstand, dass die Paramilitärs innerhalb ihrer „Heartlands“ in Belfast und Derry eine Art Polizei- und Justizfunktion übernahmen und mit so genannten „Punishment-Beatings“ gewaltsam gegen missliebige Personen (Drogendealer, kleinkriminelle Jugendliche etc.) vorgingen, die sich in ihrer Perzeption des „anti-social-behaviour“ schuldig gemacht hatten.²⁶³

Die Phase des allgemeinen Stillstands der Friedensbemühungen 1995 spitzte sich gefährlich zu durch die Frage der Glaubwürdigkeit der britischen Regierung in den Augen der protestantischen wie katholischen Bevölkerung Nordirlands, welche sich an der Thematik der Oranier-Märsche im Städtchen Drumcree nahe Portadown entzündete.²⁶⁴ Während für die Katholiken die Paraden der Oranier durch irisch-nationalistische Wohnviertel eine Provokation und Demütigung darstellten, beharrten die Protestanten darauf, dass es ihrer kulturellen Tradition entspräche und sie als freie Bürger der Königin auf den Straßen Ihrer Majestät marschieren könnten, wann sie wollten und wie sie es seit mehreren Hundert Jahren auch tun würden.²⁶⁵ Diese „kulturelle“ Dimension, die die Hoffnung auf eine für die erfolgreiche Beilegung des Nordirlandkonflikts notwendige Aussöhnung zwischen „green“ und „orange“ in weite Ferne rücken ließ, wurde ergänzt um eine „sicherheitspolitische“, da die Unionisten ihrerseits erwarteten, dass die RUC wie in der Vergangenheit ihnen im Zweifel die Straße „frei knüppeln“ würde, während die Republikaner abwarteten, ob die Polizeiführung sich neutral verhalten und dem Gemeinwohl und Frieden verpflichtet verhalten würde. Die RUC ließ die „Orangemen“ schließlich durch die katholischen Gebiete ziehen, nachdem sich auf die Polizei massiver Druck seitens der Parteiführung von UUP und DUP ausgewirkt hatte. Bis zum Kartfreitagsabkommen 1998 sollten die nordirischen Sicherheitskräfte „wie gewohnt“ mit der Situation verfahren,²⁶⁶ was immer wieder zu landesweiten Ausschreitungen und gewalttätigen Unruhen in der britischen Provinz führte und das Vertrauen in die Objektivität der Exekutive speziell im Lager der irischen Nationalisten unterminierte und die IRA zu einer Aufkündigung ihres

²⁶³ Vgl.: Bew/Gillespie: Peace Process, S. 344.

²⁶⁴ Siehe zur „Portadown-Problematik“ u.a.: Jones, David R.: The Orange Citadel. A History of Orangism in Portadown district, Portadown 1996; Ryder, Chris und Vincent Kearney, Drumcree. The Orange Order's Last Stand, London 2002.

²⁶⁵ Vgl.: Kandel: Nordirlandkonflikt, S. 345.

²⁶⁶ Vgl.: Wuhrer: Drumcree, S. 158 ff.

Waffenstillstands bewegte. Ein neuer Impetus zur Lösung des festgefahrenen Nordirlandproblems ging erst nach dem Wahlsieg der Labour-Party bei den Unterhauswahlen 1997 mit dem Einzug Tony Blairs in die Downing Street vonstatten.²⁶⁷ In London setzte man erneut auf das Instrument von All-Parteien-Gesprächen inklusive Sinn Feins, sofern die IRA ihren Waffenstillstand erneuerte. Man machte explizite Aussagen, die über die bereits erdachten Konzepte des Powersharing hinauswiesen, indem man auch eine Reform der nordirischen Polizeikräfte sowie die Frage der inhaftierten Paramilitärs auf die Agenda setzte. Auch in Dublin brachten Wahlen eine neue Regierung ins Amt, die sich sofort daran machte auf der Grundlage der bereits erarbeiteten Dokumente das Gespräch mit der republikanischen Bewegung zu suchen. Am 20. Juli 1997 erklärte die IRA abermals einen Waffenstillstand und ebnete so den Weg für All-Parteien-Gespräche über eine friedliche Zukunft für die nordirische Bevölkerung, von denen Paisleys DUP allerdings aus prinzipieller Erwägung fern blieb.²⁶⁸

4.3. Die neue Zeit des Friedens: Inhalt und Implementierung des GFA

Mit der Unterzeichnung des „Good-Friday-Agreement“ durch alle an den Friedensverhandlungen beteiligten Parteien am Karfreitag, dem 10. April 1998 in Belfast, brach nach 30 Jahren der Gewalt in Nordirland die Hoffnung auf eine Zeit des Friedens und der Aussöhnung der verfeindeten Volksgruppen an. Neben der Bereitschaft der Konfliktakteure, die sich verpflichteten, in Zukunft auf politisch-konstitutionellem Wege noch vorhandene Streitigkeiten zu lösen,²⁶⁹ trugen die amerikanische Einflussnahme der Clinton-Administration²⁷⁰ sowie die Bereitschaft der Europäischen Union zu wirtschaftlichen Unterstützungsleistungen vereint mit dem Engagement der britischen wie irischen Regierungen zu einer dem Frieden förderlichen Ausgangslage bei.²⁷¹ Inhaltlich sah das GFA eine nun näher definierte Umsetzung des „Three Strands“-Modell vor, wie Frank Otto erläutert:

²⁶⁷ Siehe dazu: Cunningham: British Policy, S. 117 ff.

²⁶⁸ Vgl.: Kandel: Nordirlandkonflikt, S. 373.

²⁶⁹ Vgl.: Ruane, Joseph und Jennifer Todd: The Belfast Agreement: Context, content, consequences, in: Dies. (Hrsg.): After the Good Friday Agreement. Analysing Political Change in Northern Ireland, Dublin 1999, S. 1 ff. (künftig zitiert: Ruane/Todd: Belfast Agreement).

²⁷⁰ Vgl.: MacGinty/Darby: Guns and Goverment, S. 90.

²⁷¹ Vgl.: Kandel: Nordirlandkonflikt, S. 379.

„Zur Regelung der inner-nordirischen Verhältnisse („Strand I“) sah das Abkommen die Errichtung eines Provinzparlaments (*Assembly*) mit 108 Sitzen vor (gewählt nach dem ‚single-transferable-vote‘ System), das eine Exekutive wählen sollte, in der alle relevanten Parteien vertreten sein würden. Beschlüsse der *Assembly* benötigen einen ‚parallelen Konsens‘, d.h.: jede Partei muss vor Beginn der Legislaturperiode ihre Zugehörigkeit zum unionistischen oder nationalistischen Lager (oder, was die Ausnahme bleibt, zum neutralen) erklären. Eine Entschließung kommt zustande, wenn entweder die Mehrheit im unionistischen und nationalistischen Lager zustimmt, oder wenn sie 60% aller Abgeordneten billigen, wobei die Zahl der Gegenstimmen in keinem der Blöcke 40% überschreiten darf. Das Konsensprinzip als elementares Merkmal des Abkommens wird auch daran deutlich, dass eine eventuelle Veränderung im konstitutionellen Status Nordirlands – d.h. eine irische Vereinigung – nur mit Einwilligung der dortigen Mehrheit möglich ist.“²⁷²

Die nordirische Autonomieregierung setzt sich aus dem „First Minister“ und dem „Deputy First Minister“ zusammen. Hinzu kommt ein geschäftsführendes Gremium mit der Bezeichnung „Executive Committee“. Das nordirische Regionalparlament hat zahlreiche legislative und exekutive Befugnisse auf den Themenfeldern Ökonomie und Soziales, Agrarwirtschaft, Kultusangelegenheiten sowie Fragen der Umwelt- oder Gesundheitspolitik. Die bei London verbliebenen Verantwortlichkeiten erstrecken sich ihrerseits auf fiskalische Angelegenheiten, die Vertretung im Bereich der Außenpolitik sowie im Bereich des Sicherheits- und Justizwesens.²⁷³ Besonders auf letzterem Gesichtspunkt lag ein gewichtiger Aspekt des Karfreitagsabkommens, das eine umfassende Reform des Justizwesens in Nordirland sowie eine grundlegende Umgestaltung der fast ausschließlich aus Protestanten bestehenden Polizei vorsah.²⁷⁴ Dazu sollte eine unabhängige Kommission eingerichtet und ein „Policing Board“ geschaffen werden. Das Policing Board sollte zum einen die Rückkopplung und demokratische Kontrolle durch die politischen Parteien und gesellschaftlichen Interessenverbände garantieren sowie in gleichem Zuge die Akzeptanz der „neuen“ Polizei, welche nun bei Rekrutierungen auf die Parität von katholischen und protestantischen Bewerbern zu achten hatte, innerhalb der nordirischen Ethnien gewährleisten.²⁷⁵ Großbritannien versicherte seinerseits einen Abzug militärischer Einheiten und ihre „Reduktion auf Friedensniveau“.²⁷⁶ Ebenso wurde ein Modus erarbeitet für die Freilassung aller Gefangenen der

²⁷² Otto: Nordirlandkonflikt, S. 134; siehe dazu ferner: Wilford, Rick und Wilson A. Robin: *A Democratic Design? The political style of the Northern Ireland Assembly*, in: *Democratic Dialogue*, Belfast 2001.

²⁷³ Vgl.: Kandel: Nordirlandkonflikt, S. 381.

²⁷⁴ Vgl.: Valandro: Baskenland und Nordirland, S. 177.

²⁷⁵ Vgl.: Cunningham: British Policy, S. 136 ff.

²⁷⁶ Vgl.: Kandel: Nordirlandkonflikt, S. 383.

II. Der Konflikt in Nordirland

paramilitärischen Organisationen unabhängig von ihrer Straftat oder dem noch zu verbüßenden Strafmaß. Die „Entmilitarisierung“ des Nordirlandkonflikts beinhaltete natürlich auch die komplette Entwaffnung der Gewaltorganisationen beider Seiten, die von einer internationalen Kontrollkommission mit dem kanadischen General John de Chastelain an ihrer Spitze durchgeführt werden sollte.²⁷⁷

London hatte das Karfreitagsabkommen am 22. April 1998 als Gesetz beschlossen. Einen Monat später fanden die geplanten Referenden in Nord- und Südirland statt, welches eine überwältigende Unterstützung aller auf der Grünen Insel lebenden Wahlberechtigten zum Vorschein brachte, gleichwohl die unionistisch eingestellten Nordiren etwas verhaltener reagierten als ihre nationalistisch-katholischen Mitbürger. Positiv fiel auch die Wahl zu Assembly Ende Juni für die Befürworter des Vertrages auf beiden Seiten der ethnisch-konfessionellen Spaltung aus.²⁷⁸ Mitnichten bedeutete dies aber das abrupte Ende der Gewalt, da nun die gewaltbereiten Extremisten und Dissidentengruppen auf die Bühne traten, die jeder für sich unter anderen Vorzeichen sich verraten bzw. seine Interessen nicht ausreichend berücksichtigt gefühlt hatten.

Nicht weniger kompliziert gestaltete sich die Bildung einer Koalitionsregierung unter Partizipation aller Pro-Agreement-Kräfte. Hier wurde immer wieder von den Unionisten darauf verwiesen, dass Sinn Fein und IRA eng vernetzt seien und man nicht gewillt sei, mit einer Partei unter Waffen eine Regierung zu bilden. Das republikanische Lager wiederum argumentierte, dass die britische Armee gleichfalls noch in Nordirland stationiert sei. Nach Verhandlungen einigten sich die politischen Parteien auf die Bildung eines Kabinetts, das seine Amtstätigkeit am 2. Dezember 1999 aufnahm, allerdings kaum zwei Monate später wieder zu Gunsten von Direct-Rule als Folge der ausbleibenden Abrüstung des IRA Waffenarsenals suspendiert wurde.

Erst mit der Erklärung der IRA 2005, alle Aktivitäten einzustellen, sämtliche Waffen unter der Aufsicht der Kommission des Generals De Chastelain unbrauchbar zu machen und sich von nun an vollends dem friedlichen Transformationsprozess der nordirischen Gesellschaft zu widmen, wurde dieser

²⁷⁷ Vgl.: Valandro: Baskenland und Nordirland, S. 177.

²⁷⁸ Vgl.: Kandel: Nordirlandkonflikt, S. 398.

II. Der Konflikt in Nordirland

Knoten als wichtiges Hindernis zerschlagen. So wurde der Weg für erneute Wahlen freigemacht, welche die DUP Ian Paisleys und die Sinn Fein um Gerry Adams als Gewinner hervorgehen sah und die sich anschicken, die einstige Unruheprovinz in eine auf den Prinzipien des Good-Friday-Agreement basierende stabile politische Zukunft zu führen.

III. Der Konflikt in Palästina

Forschungsgegenstand der zweiten Fallstudie ist der Konflikt in Palästina. Zunächst wird abermals die historische Genese des Konfliktes in ihren entscheidenden Phasen illustriert werden. Daran anschließen werden sich die Analysen der Entwicklung und Bedeutung von Zionismus und Panarabismus im Kontext europäischer Nationalismen auf die Konfliktkonstellation sowie die Darstellung des besonderen Beitrages des israelischen Militärs für die Konstituierung des Staates Israel als jüdischem Kollektiv. Am Ende steht eine Skizzierung des Friedensprozesses bzw. der Bemühungen um eine stabile und langfristige - gleichwohl zum jetzigen Zeitpunkt noch unerreichte – Lösung des Palästinakonfliktes.

1. Die Entstehung des Palästinakonfliktes

Die historische Dimension eines Konfliktes ist stets von besonderer Bedeutung. Ebenso wie für die Auseinandersetzung in Nordirland gilt dies für den Konflikt im Heiligen Land, wie Dietmar Herz festhält:

„Geschichte formt das Selbstverständnis einer Gesellschaft. Nirgends gilt dies so sehr wie im Falle Palästinas und Israels. Im Konflikt zwischen Palästinensern und Israelis werden seit jeher historische Argumente gebraucht, die den Anspruch beider Volksgruppen auf das Land zwischen Mittelmeer und Jordan rechtfertigen sollen.“²⁷⁹

So ist es auch für die zweite Fallstudie unumgänglich, als Einstieg in die Thematik den geschichtlichen Verlauf schemenhaft anhand ausgewählter Akzente zu skizzieren.

1.1. Palästina unter osmanischer Herrschaft

Als Teil Großsyriens war Palästina bis zum Ende des 1. Weltkrieges im Jahre 1918 Bestandteil des Osmanischen Reiches, welches für einen fast ununterbrochenen Zeitraum²⁸⁰ von beinahe 400 Jahren die uneingeschränkte Souveränität ausübte. Gleichwohl der Islam die vorherrschende Religion war – vereinten die osmanischen Autoritäten doch weltliche und religiöse Herrschaft in gleichen Maßen – genossen alle im Land lebenden Minderheiten, d.h. Christen und Juden, gemäß der islamischen Rechtstradition in ihrem Status als

²⁷⁹ Herz, Dietmar: Palästina. Gaza und Westbank. Geschichte, Politik, Kultur, München 2003, S.19 (künftig zitiert: Herz: Palästina).

²⁸⁰ Abgesehen von einem kurzen ägyptischen Intermezzo der Jahre 1831-1840.

III. Der Konflikt in Palästina

„Dhimmi“²⁸¹ gewisse Rechte und religiös-kulturelle Autonomie.²⁸² Von größerer Bedeutung für die später im Laufe des 20. Jahrhunderts zum Tragen kommende Entwicklung ist das europäische Engagement im osmanischen Palästina des 19. Jahrhunderts:

„Das in diesem Zusammenhang wichtigste Ereignis in Palästina war die Etablierung eines britischen Konsuls in Jerusalem im Jahre 1838. Da die Osmanen nach der Vertreibung der Ägypter (1840) die Politik Muhammad Alis fortsetzen mussten, erlebte Jerusalem in den vierziger Jahren den Einzug weiterer europäischer Konsuln und geistlicher Würdenträger.[...] Eine der wichtigsten Formen, in denen man Einfluß auszuüben trachtete, war der „Schutz“ nicht muslimischer Minderheiten im Osmanischen Reich. Dieser Faktor wurde für die weitere Entwicklung Palästinas bis zum ersten Weltkrieg von ausschlaggebender Bedeutung.“²⁸³

Während sich die Großmächte Russland und Frankreich aufgrund ihrer konfessionellen Disposition als klassische Schutzmächte der angestammten orthodoxen bzw. der lateinischen-katholischen Christen und ihrer Institutionen inszenierten,²⁸⁴ erlangte es dem Protestantismus an einer vergleichbaren strukturellen Basis. Dieser Umstand stellte die englische Krone auf ihrer Suche nach potenziellen „Schutzbedürftigen“ im Heiligen Land zur Wahrnehmung eigener politischer Interessen²⁸⁵ vor einige Probleme. Neben der Entsendung und Unterstützung evangelischer Missionare und einer Bistumsgründung unter preußischer Beteiligung²⁸⁶ war jedoch eine weitere religiöse Gruppe, derer sich das Empire anzunehmen gedachte, schnell gefunden, nicht zuletzt, da „[...] das dem britischen Evangelismus am Herzen liegende Bestreben der ‚restoration of the jews‘, der Bekehrung und Rückführung der Juden, [...] von Jerusalem aus entscheidende Impulse erhalten sollte.“²⁸⁷

Auch der zunehmende Kontakt mit dem Westen auf den Feldern von Politik und Ökonomie beförderte in gleichem Atemzug eine Vielzahl von Veränderungen und setzte transformatorische Prozesse im Bereich der Administration, des Militär-,

²⁸¹ Arabisch für „Schutzbefohlene“. Angehörige von Buch- bzw. Offenbarungsreligionen mit einem entsprechenden Rechtsstatus nach islamischer Auffassung, vgl: Guth, Stefan: Schriftbesitzer, in: Elger, Ralf (Hrsg.): Kleines Islam-Lexikon. Geschichte-Alltag-Kultur, Bonn 2003, S. 277 f. (künftig zitiert: Guth: Schriftbesitzer).

²⁸² Vgl.: Herz: Palästina, S.25.

²⁸³ Schölich, Alexander: Europa und Palästina 1838-1917, in: Mejcher, Helmut (Hrsg.): Die Palästina-Frage 1917-1948. Historische Ursprünge und internationale Dimensionen eines Nationenkonflikts, Paderborn 1993, S. 15f. (künftig zitiert: Schölich: Europa und Palästina).

²⁸⁴ Ebd.: S. 16.

²⁸⁵ Siehe dazu: Tibawi, A. L.: British Interests in Palestine 1800-1901, London 1961.

²⁸⁶ Siehe dazu: Greaves, R.W.: The Jerusalem Bishopric 1841, in: English Historical Review, o.O. 1949.

²⁸⁷ Schölich: Europa und Palästina, S. 18.

Bildungs- und Rechtswesen frei und veranlasste die arabische Bevölkerung nicht zuletzt zur vermehrten Rezeption politisch-philosophischer Konzepte europäischen Ursprungs, vor allem des Nationalismus.²⁸⁸ Im Rahmen der mannigfaltigen Neuerungen erwies sich dabei besonders die 1858 durchgeführte Landreform mit Blick auf die zukünftige Entwicklung als folgenschwer, welche die urkundliche Eintragung von Grundbesitz zuvor überwiegend gemeinschaftlich bebauter Ackerflächen als Privateigentum vorsah. Resultierend daraus ging eine stetige Verarmung der Bauern einher mit der gleichzeitigen Konzentration großer Landflächen in den Händen der städtischen Notabeln.

1.2. Erster Weltkrieg und britische Mandatszeit

Zunächst sollten aber die Ereignisse des Jahres 1914 das angestammte Kräfteverhältnis in der Region zwischen Mittelmeer und Jordan nachhaltig verändern. Bei Beginn des Ersten Weltkrieges war der panarabische Nationalismus schon kultiviert und die Araber prätendierten ihr Recht auf Unabhängigkeit. Beides kulminierte in ihrer Parteinahme zugunsten Großbritanniens gegen die Türken. Zuvor hatte der britische Hochkommissar McMahon den arabischen Führern um Sherif Hussein Ibn Ali zugesagt, nach einer Niederlage des Osmanischen Reiches die Etablierung unabhängiger arabischer Staaten wie Syrien zu befürworten.²⁸⁹

Allerdings lag es nicht wirklich in der Intention des Empire, sein gegenüber den arabischen Waffenbrüdern gegebenes Wort auch einzulösen, wie die im gleichen Jahr (1916) des McMahon-Hussein-Abkommens mittels Geheimdiplomatie geschlossene Sykes-Picot-Vereinbarung zwischen der britischen Krone und der Grande Nation beweist, in welchem sich England und Frankreich auf eine Aufteilung des Nahen Ostens zu ihren Gunsten verständigten.²⁹⁰

²⁸⁸ Vgl.: Herz: Palästina, S.26.

²⁸⁹ Ebd.: S. 27; Vgl. ferner: Schölkopf: Palästina und Europa, S. 42; Kedourie, Elie: England and the Middle East: The Destruction of the Ottoman Empire 1914-1921, Hassocks 1978; Kedourie, Elie: In the Anglo-Arab Labyrinth: The McMahon-Husayn Correspondence and its Interpretations 1914-1939, Cambridge 1976.

²⁹⁰ Vgl. Nevakivi, Jukka: Britain, France and the Arab Middle East 1914-1920, London 1969; Khalidi, Rashid Ismail: British Policy towards Syria and Palestine 1906-1914. A Study to the Antecedents of the Hussein-McMahon Correspondence, the Sykes-Picot Agreement, and the Balfour Declaration, London 1980.

III. Der Konflikt in Palästina

Einen herausragenden Stellenwert nimmt unterdessen die dritte im Zeitraum des Ersten Weltkrieges durch Großbritannien eingegangene Verpflichtung ein, die als so genannte „Balfour Erklärung“²⁹¹ Berühmtheit erlangte: Am 2. November 1917 sandte der damalige britische Außenminister Arthur James Balfour²⁹² ein 117 Wörter umfassendes Schreiben an den Vorsitzenden der zionistischen Bewegung in Großbritannien, Lord Lionel Walter Rothschild. Inhaltlich teilte Balfour mit, dass die britische Regierung das Vorhaben der Einrichtung einer jüdischen Heimstätte in Palästina befürworte und nach Kräften unterstütze.

Mit dem Ende des Ersten Weltkrieges waren jedoch zunächst einmal die Großmächte am Zug, die sich anschickten ihren 1916 gefassten Plan umzusetzen:

„Auf der Konferenz des Obersten Rats der Alliierten von San Remo im April 1920 teilten sich die damaligen europäischen Mächte Frankreich und Großbritannien die arabischen Provinzen des besiegten Osmanischen Reich einschließlich Palästina nach dem Muster des Sykes-Picot Abkommens und ohne präzise Mandats-Verpflichtungen auf.[...] Der oberste Völkerbundrat beschloss am 24. April 1920, Palästina als englisches Mandatsgebiet anzuerkennen.“²⁹³

Am Anfang der britischen Mandatszeit in Palästina lag der Bevölkerungsanteil der arabischen Palästinenser bei ca. 91%, während die eingesessene jüdische Gemeinde, hebräisch „Jischuv“, in etwa 24000 Personen umfasste, welche mit der arabisch-muslimischen Majorität in friedlicher Koexistenz lebte.²⁹⁴ Hinzu gezählt werden müssen die jüdisch-zionistischen Immigranten, die insbesondere als Resultat osteuropäischer Pogrome in drei größeren Einwanderungswellen (1882-1903, 1904-1914, 1919-1923), den „Aliyah“,²⁹⁵ ins Land gelangt waren.

Während der britischen Hoheit über Palästina begannen sowohl Araber wie Juden eigene politische Strukturen und Institutionen heranzubilden, wobei aber erstere aufgrund der Zerstrittenheit der arabischen Clans nur von marginaler Bedeutung waren und im Gegensatz zur „Jewish Agency“ auf Seiten des Zionismus kein

²⁹¹ Siehe dazu u.a.: Steiniger, Rolf: Der Nahostkonflikt, Frankfurt a.M. 2006, S. 73 ff. (künftig zitiert: Steininger: Nahostkonflikt); Watzal, Ludwig: Feinde des Friedens, Berlin 2001, S. 9 (künftig zitiert: Watzal: Feinde).

²⁹² Vgl.: Verete, Mayir: The Balfour Declaration and Ist Makers, in: Middle Eastern Studies, o.O. 1970; Gillon, D.Z.: The Antecedents of the Balfour Declaration, in: Middle Eastern Studies, o.O. 1969.

²⁹³ Helassa, Abdelhakeem: Internationale Beziehungen der PLO und die Perspektive einer Lösung des Palästinaproblems, Münster 2004, S. 18f. (künftig zitiert: Helassa: Internationale Beziehungen PLO); siehe ferner: Mejcher, Helmut: Palästina in der Nahostpolitik europäischer Mächte und der USA 1918-1948, in: Ders. (Hrsg.): Die Palästina-Frage 1917-1948. Historische Ursprünge und internationale Dimensionen eines Nationenkonflikts, Paderborn 1993.

²⁹⁴ Vgl.: Herz: Palästina, S. 28.

²⁹⁵ Allijah ist das hebräische Wort für „Aufstieg“ und bezeichnet in der Ursprungsbedeutung die religiöse Pilgerfahrt nach Jerusalem.

III. Der Konflikt in Palästina

ernstzunehmender Akteur wurden.²⁹⁶ Mit der Einwanderung zionistischer Kolonisten – hatte doch das britische Mandat auch die Absicht einer Errichtung einer jüdischen Heimstätte, wie es die zionistische Bewegung und ihre Vordenker²⁹⁷ schon seit dem ausgehenden 19. Jahrhundert forderten – mehrten sich sowohl die Landkäufe der Zionisten begünstigt durch vier erlassene Landgesetze²⁹⁸ der Jahre 1920 und 1921 als auch die gewaltsamen Zusammenstöße zwischen Arabern, Juden und der Mandatsmacht. Mit der so genannten Rutenberg-Konzession erhielt die zionistische Bewegung gleichfalls die Monopolstellung für die Nutzung von Elektrizität und Wasserkraft.²⁹⁹ Auch die Anzahl der jüdischen Einwohner zwischen Mittelmeer und Jordan mehrte sich deutlich, wie Dietmar Herz konstatiert: „Bei Beendigung des Mandats 1948 machten Juden etwa 31% der Bevölkerung Palästinas aus und besaßen 7% des Landes.“³⁰⁰

1.3. Die Vereinten Nationen und der Teilungsplan

Die zunehmende Gewalt im britischen Mandatsgebiet veranlasste schließlich die Administration der Krone dazu, als Folge der Empfehlung verschiedener Kommissionen die Einwanderung jüdischer Personen nach Palästina zu unterbinden. Angesichts des im Zweiten Weltkrieg verübten Genozids an der jüdischen Bevölkerung Europas wurde jedoch die Einrichtung eines Zufluchortes immer dringender.³⁰¹ Speziell die Einwanderungswellen der 30er Jahre lösten unter der arabischen Bevölkerung Palästinas immer wieder Unruhen aus,³⁰² gewaltsame Konfrontationen zwischen paramilitärischen Organisationen der Zionisten, wie Haganah, Irgun und Stern-Bande, mit palästinensischen Kräften und der britischen Mandatsmacht häuften sich. Die Spitzpe war aus der Sicht Londons endgültig erreicht, als zionistische Terroristen am 22. Juni 1946 den Sitz der britischen Administration im Jerusalemer King David Hotel bei einem

²⁹⁶ Vgl.: Herz: Palästina, S. 29.

²⁹⁷ Ausführlich zur Entstehung und zum Wesen des Zionismus siehe Punkt II.2. der vorliegenden Arbeit.

²⁹⁸ Vgl.: Weinstock, Nathan: Das Ende Israels? Berlin 1975; Jakob, Mohammed: Neuer Blick über die Geschichte des Palästinaproblems 1918-1949, Beirut 1973.

²⁹⁹ Vgl.: Hegazi, Awad: Zionismus und palästinensische Araber, Bremen 1983, S. 19 (künftig zitiert: Hegazi: Zionismus und Araber).

³⁰⁰ Herz: Palästina, S. 29.

³⁰¹ Vgl.: Herz: Palästina, S. 30.

³⁰² Vgl.: Helassa: Internationale Beziehungen PLO, S. 20.

III. Der Konflikt in Palästina

Anschlag ins Visier nahmen. Man sah sich mit der Situation, zumal nach den Belastungen des Weltkrieges, überfordert und schaltete die neu gegründeten Vereinten Nationen ein, welche sich des Problems annehmen sollten.³⁰³

Wie eine Studie der britischen Mandatsregierung aus dem Jahre 1947 angab, war der jüdische Bevölkerungsanteil in Palästina mittlerweile auf 600.000 Menschen angewachsen, die Araber zählten ca. 1,2 Millionen Personen.³⁰⁴

Die Generalversammlung der UN beschloss am 29. November 1947 in der so bezeichneten Teilungsresolution 181 (II) die Aufhebung des britischen Mandats, die Teilung des Gebietes³⁰⁵ in einen jüdischen Teil (56%) sowie ein arabisches Territorium (43%) bei gleichzeitiger Übertragung der Verantwortung der internationalen Gemeinschaft für Jerusalem.³⁰⁶ Damit wurde der „Majority“ Plan der UNSCOP, welche die Situation vor Ort zu evaluieren beauftragt war, gegenüber dem „Minority“ Plan angenommen, der ein föderatives Staatswesen bestehend aus Juden und Arabern mit einer gemeinsamen Hauptstadt vorsah.³⁰⁷ Nach der Ablehnung von palästinensischer Seite brachen bürgerkriegsähnliche Unruhen aus, der „Union Jack“ wurde im Mai 1948 eingeholt und die britischen Truppen verließen Palästina. Dadurch ermutigt, proklamierten die Zionisten einseitig am 14. Mai 1948 den Staat Israel.³⁰⁸

1.4. Konstituierung und Konsolidierung des Staates Israel

Nach der Proklamation des Staates Israel begannen am folgenden Tag die Streitkräfte Ägyptens, Jordaniens, Syriens und des Iraks mit dem Angriff auf Israel.³⁰⁹ Die militärische Niederlage hatte zahlreiche Konsequenzen. Neben einem meistens gewaltsamen Führungs austausch durch Militärputsche und Attentate wurden die alten arabischen Eliten in den Nachbarländern des

³⁰³ Vgl.: Herz: Palästina, S. 30;

³⁰⁴ Vgl.: Goverment of Palestine: A Survey of Palestine – Supplement Jerusalem (1947), zitiert in: Hartung, Arnold: Ursprung und Entwicklung des arabisch-israelischen Konflikts und der Teilungspoln derVereinten Nationen, Berlin 1993, S. 100f.

³⁰⁵ Der erste Versuch der Aufteilung des strittigen Territoriums (Peel-Plan) noch zur britischen Mandatszeit scheiterte sowohl am jüdischen wie arabischen Widerstand eine Dekade zuvor. Vgl.: Krautkrämer, Elmar: Der israelisch-palästinensische Konflikt, in: Aus Politik und Zeitgeschichte B 20/2004, S. 4 (künftig zitiert: Krautkrämer: Konflikt).

³⁰⁶ Vgl.: Herz: Palästina, S. 30 f.

³⁰⁷ Vgl.: Holstein, Walter: Kein Frieden um Israel, Wien 1984, S. 122.

³⁰⁸ Siehe dazu Originaltext in englischer Sprache: Declaration of the Establishment of Israel, May 14, 1948, in: Mejcher, Helmut (Hrsg.): Die Palästina-Frage 1917-1948. Historische Ursprünge und internationale Dimensionen eines Nationenkonflikts, Paderborn 1993.

³⁰⁹ Vgl.: Steininger: Nahostkonflikt, S. 40.

III. Der Konflikt in Palästina

israelischen Staates beseitigt.³¹⁰ An deren Stelle traten nun vermehrt glühende Panarabisten vom Schlage des Ägypters Gamal Abd el Nasser auf den Plan. In Israel selbst verließen als Folge der „Al-Nakbah“³¹¹ rund 700.000 Palästinenser ihre Wohnorte, teils freiwillig, teils durch Vertreibung oder in der Furcht vor Massakern wie dem durch die zionistische Terrorgruppe Irgun begangenen Gemetzel im Dorf Deir Yassin westlich von Jerusalem.³¹² Die meisten Flüchtlinge fanden dabei in Transjordanien eine Zufluchtsstätte. Im neu gegründeten jüdischen Staat blieb eine ca. 150.000 Personen umfassende arabische Minderheit zurück, die zu einem großen Teil später auch die israelische Staatsbürgerschaft annahm.³¹³

Zur Konsolidierung des jüdischen Staates bediente man sich auf israelischer Seite zweier Instrumente: des Einsatzes des Militärs und der Enteignung von ehemals palästinensischem Grundbesitz. Für letzteres war das im Jahre 1950 erlassene „Gesetz über die Besitztümer von Abwesenden“ die maßgebliche Grundlage:³¹⁴

„Nach diesem Gesetz konnte jeder palästinensische Araber, der während dieser Zeit sich kurz im Ausland aufgehalten hat, oder der sein Dorf, um den Kämpfen zu entgehen für kurze Zeit verlassen hatte, und sich in einem anderen Dorf aufhielt, als Abwesender bezeichnet werden. [...] Die palästinensischen Araber in Israel haben dadurch Zehntausende Dunum Land und andere Güter im Wert von Millionen Pfund verloren. [...] Das Eigentum der in Israel gebliebenen palästinensischen Araber, das dem Verwalter des Eigentums der abwesenden Besitzer unterstellt wurde, wurde ebenso wie das Eigentum der vertriebenen palästinensischen Araber an zionistische Institutionen übergeben und enteignet.“³¹⁵

Die Militärherrschaft über die verbliebenen Palästinenser stützte sich hingegen auf die noch aus der britischen Mandatszeit stammenden „Defence Regulations“. Ursprünglich wurden die 1945 erlassenen Verteidigungs- und Notstandsgesetze zur Abwehr zionistischer Paramilitärs geschaffen und beruhten ihrerseits auf den Ausnahmegesetzen des Jahres 1936 mit ihrer Stoßrichtung gegen die arabischen Aufständischen.³¹⁶ Die 170 Artikel der Defence Regulations ermöglichten umfassende Eingriffe in die Rede-, Presse und Bewegungsfreiheit, Fragen der

³¹⁰ Vgl.: Steiniger: Nahostkonflikt, S. 40.

³¹¹ „Al-Nakbah“ ist das arabische Wort für „Katastrophe“ und wird von den palästinensischen Arabern für den Tag der Entstehung Israels verwendet.

³¹² Vgl.: Sykes, Christopher: Kreuzwege nach Israel, München 1967, S. 385 ff.; Helassa: Internationale Beziehungen PLO, S. 30; Hegazi: Zionismus und Araber, S. 26.

³¹³ Vgl.: Herz: Palästina, S. 34.

³¹⁴ Siehe dazu: Geries, Sabri: The Legal Structure of the Expropriation and Absorption of Arab Lands in Israel, o.O. 1973, S. 118; Schiff, Ze'ev: The Pros and Cons of Military Government, o.O. 1962.

³¹⁵ Hegazi: Zionismus und Araber, S. 47 f.

³¹⁶ Ebd.

III. Der Konflikt in Palästina

Waffenbenutzung und Möglichkeiten der Konfiszierung von Privateigentum.³¹⁷ Ebenso war es möglich, auf Dauer die Bewohner spezieller „Sicherheitszonen“ zu deportieren.³¹⁸ Auch nach der Aufhebung der Militärverwaltung am 1.12.1966 blieben die Defence Regulations grundsätzlich weiter in Kraft und wurden von neu eingerichteten Zivilbehörden ausgeübt.

Im Juni 1967 brach der Sechstagekrieg aus, welcher neben einer erneuten militärischen Niederlage der arabischen Anrainerstaaten nun auch das Westjordanland und den Gazastreifen unter israelische Kontrolle brachte und damit auch jene Territorien umfasste, die der UN Resolution 181 und somit dem originären UN Teilungsplan des Jahres 1947 zu Grunde lagen.³¹⁹ Es erfolgte die Verabschiedung der Resolution 242 durch den Sicherheitsrat der Vereinten Nationen.³²⁰ In ihr wird die Einstellung aller gewaltsamen Feindseligkeiten bei gleichzeitiger Respektierung der staatlichen Souveränität aller Konfliktparteien verbunden mit dem Rückzug Israels aus den im Sechstagekrieg besetzten Gebieten postuliert und eine gerechte Lösung des Flüchtlingsproblems angemahnt:³²¹

„Dieses Prinzip ‚Land für Frieden‘ bildet bis heute die Grundlage für die Friedensverhandlungen im Nahen Osten. Der UN-Text ist allerdings als Verhandlungsbasis problematisch, da sich die Resolution in den verschiedenen Amtssprachen der UN unterschiedlich interpretieren lässt (der französische Text spricht von ‚les territoires occupés‘, was einen Abzug aus allen Gebieten impliziert, der englische Text dagegen nur von ‚occupied territories‘, wobei das Fehlen eines bestimmten Artikels andeutet, dass auch ein teilweiser Rückzug die Resolution erfüllen könnte).“³²²

Freilich barg die Resolution für die Palästinenser als solche nur wenig Anreiz zur Hoffnung, da sie beinahe ausschließlich in Verbindung mit dem Flüchtlingsproblem Erwähnung fanden. Die Ereignisse des Jahres 1967 beförderten in ihrer Konsequenz zwei neue Entwicklungen, welche den Konflikt im weiteren Verlauf nicht unerheblich bestimmen sollten: Zum einen begann Israel kurze Zeit nach der Stabilisierung der Okkupation des Westjordanlandes und des Gaza-Streifens mit der Siedlungs politik auf der Grundlage des 1968

³¹⁷ Vgl.: Hegazi: Zionismus und Araber, S. 47 f.

³¹⁸ Vgl.: Geries, Sabri: Die Araber in Israel, Beirut 1973.

³¹⁹ Vgl.: Helassa: Internationale Beziehungen PLO, S. 49.

³²⁰ UN Sicherheitsresolutionen sind grundsätzlich abrufbar auf den Webseiten der Vereinten Nationen: <http://www.un.org/documents/sc/res/1967/scres1967.htm>.

³²¹ Vgl.: Helassa: Internationale Beziehungen PLO, S. 49; Krautkrämer: Konflikt, S.6.

³²² Herz: Palästina, S. 47.

durch das israelische Parlament, der Knesset, verabschiedeten Allon-Planes und erklärte Jerusalem samt des besetzten arabischen Ostteils zur Hauptstadt.³²³ Zum anderen gelangten die Palästinenser immer mehr zu der Einsicht, dass die arabischen Nachbarn nicht in der Lage oder nicht gewillt waren, ihre Interessen militärisch und politisch erfolgreich gegen Israel zu unterstützen und gingen nun vermehrt dazu über, bereits vorhandene Strukturen auf beiden Feldern auszubauen und neue Strategien zu planen.

1.5. Widerstand und Intifada

Erste Ansätze eines organisierten Widerstandes der Palästinenser, welcher besonders durch den im Nahen Osten um sich greifenden Panarabismus der 50er Jahre inspiriert wurde, sind schon in der Entstehungsphase und der Zeitspanne nach der Gründung Israels zu konstatieren.³²⁴ So wurde 1959 in Kuwait von einer Gruppe palästinensischer Studenten um Yassir Arafat die Al-Fatah³²⁵ ins Leben gerufen. Sie umfasste in ihrer Anfangszeit sowohl arabische Nationalisten, Sozialisten als auch Anhänger der Muslimbrüder.³²⁶ Sieben Jahre zuvor war an der Amerikanischen Universität Beiruts die marxistisch orientierte ANM (Arab Nationalists Movement) durch George Habash und Hani al-Hindi gegründet worden,³²⁷ welche sich später zur PFLP (Popular Front for the Liberation of Palestine) formierte. Die prominenteste Organisation auf Seiten der Palästinenser sollte jedoch erst im Jahre 1964 auf Anregung der Arabischen Liga - welche die zunehmende Unzufriedenheit der Palästinenser³²⁸ mit und in den arabischen Staaten fürchtete und zu kanalisieren suchte - unter Federführung des palästinensischen Diplomaten Ahmed Shukeiry aus der Taufe gehoben werden: die PLO (Palestinian Liberation Organization). Die Charta der PLO erhob die Abschüttelung der israelischen Herrschaft von ganz Palästina in den Grenzen des einstigen Mandatsterritoriums zur obersten Priorität. Als Mittel dazu war der

³²³ Vgl.: Helassa: Internationale Beziehungen PLO, S. 47.

³²⁴ Zur konkreten Formierung und Gestalt der palästinensischen National- und Befreiungsbewegung siehe ausführlich II.2. der vorliegenden Arbeit.

³²⁵ Arabisch für „Bewegung zur Befreiung Palästinas“. Im Original geschrieben „Harakat al-Tahrir al-Watani al-Filastin“, ergeben die Anfangsbuchstaben rückwärts gelesen das Wort „Fatah“.

³²⁶ Vgl.: Helassa: Internationale Beziehungen PLO, S. 30 f.

³²⁷ Vgl.: Herz: Palästina, S. 36.

³²⁸ Vgl. dazu die unter seinem Decknamen erschienenen Memoiren des Fatah Mitbegründers Salah Khalaf: Abu Ijad: Heimat oder Tod. Der Freiheitskampf der Palästinenser, Düsseldorf 1979, S. 67 f.

III. Der Konflikt in Palästina

militärische Kampf ausersehen. Anders als die Gruppierungen der Panarabisten, die zuerst die arabische Einheit verwirklichen wollten oder der Kräfte, die je nach weltanschaulicher Position eine Veränderung der Gesellschaftsstrukturen unter marxistischen oder radikal-islamischen Vorzeichen postulierten, setzte man auf den direkten Einsatz von Gewalt.³²⁹

Kurze Zeit darauf wurde die Aufstellung und Ausrüstung einer Armee, der PLA (Palestinian Liberation Army) durch die PLO forciert, die aber in Ermangelung der zuvor zugesagten arabischen Unterstützung bei Ausbruch des Krieges 1967 nur knapp 9000 schlecht ausgebildete und unzureichend bewaffnete Kämpfer aufbieten konnte.³³⁰ Grundsätzlich kann festgehalten werden, dass der gewaltsame Widerstand der Palästinenser sich für die nächsten Jahre in Israel auf einzelne kleinere Operationen vor allem im Grenzgebiet der Nachbarstaaten beschränkte³³¹ oder aber durch spektakuläre Anschläge auf israelische oder jüdische Ziele im Ausland sichtbar wurde. Die vorübergehende Verlagerung der Widerstandsorganisationen auf palästinensischer Seite ins Ausland dauerte dabei bis zum Ausbruch der ersten „Intifada“³³² im Jahr 1987 an. Der Unterschied zu allen vorangegangenen Aufständen lag besonders in der verhältnismäßig guten logistischen und organisatorischen Vorbereitung, welche sich in einer zunächst unerwarteten Effektivität³³³ speziell in der Anfangsphase des Aufruhrs manifestierte. Insbesondere kann neben den bereits erwähnten Repressionen die zunehmende Errichtung jüdischer Siedlungen³³⁴ in der Westbank und dem Gaza-Streifen und ihre Auswirkungen auf die Wasserversorgung als Grund des arabischen Zorns identifiziert werden, denn die Siedlungen waren wasserstrategisch so geplant, dass Israel über 80% der Wasserversorgung verfügte, was wiederum für die palästinensische Landwirtschaft katastrophale

³²⁹ Vgl.: Herz: Palästina, S.38.

³³⁰ Ebd.: S. 39.

³³¹ Ebd.: S. 50 f.

³³² Arabisch für „Abschüttelung“, häufig synonym für „Aufstand“ oder „Aufruhr“.

³³³ Vgl.: Heacock, Roger: Intifada. Das Erwachen der Palästinenser in Palästina, in: Edlinger, Fritz (Hrsg.): Befreiungskampf in Palästina. Von der Madrid-Konferenz zur Al-Aqsa-Intifada, Wien 2001, S. 16; siehe ferner: Finkelstein, Norman: Palästina. Bericht über die erste Intifada, München 2003; Schreiber, Friedrich: Aufstand der Palästinenser. Intifada, Opladen 1990.

³³⁴ Vgl.: Krautkrämer: Konflikt, S.8 .

III. Der Konflikt in Palästina

Auswirkungen hatte³³⁵ und sich beispielsweise in dem israelischen Verbot der Errichtung von Brunnen durch Palästinenser niederschlug.³³⁶ Dabei verlief die Intifada in verschiedenen intensiven Phasen:

„Eine Komponente war zuerst ziviler Ungehorsam wie z.B. Steuerverweigerung, doch dann warfen palästinensische Jugendliche Steine und Molotowcocktails gegen israelische Soldaten und Institutionen, und im weiteren Verlauf kam es häufiger zu bewaffneten Aktionen. [...] Nachdem der Aufstand im Herbst 1990 seinen Höhepunkt erreicht hatte, konnte er im Frühjahr 1991 als beendet gelten. Die PLO und ihre Führer spielten in der Intifada keine besondere Rolle, wohl aber Kämpfer der Fatah. Arafat sprang erst spät auf den fahrenden Zug. Seiner Bewegung war mit ‚Hamas‘ ein starker politischer Konkurrent erwachsen.“³³⁷

Mit der Hamas³³⁸, welche ideologisch der palästinensische Ableger der ägyptischen Muslimbruderschaft ist, betrat nun ein weiterer bedeutsamer Teilnehmer die Bühne des Konfliktes.³³⁹ Die Gründung der Hamas bzw. ihres Vorgängers „Mujama“³⁴⁰ wurde gezielt von den israelischen Autoritäten gefördert und begünstigt,³⁴¹ beabsichtigte man doch das palästinensische Lager auf diese Weise zu spalten und einen Kampf zwischen religiös-fundamentalistischen und säkular-nationalistischen Palästinensern zu entfachen. Zwei Dekaden später sollten die israelischen Autoritäten nach zahlreichen Selbstmordattentaten der Hamas in Israel sowie der politischen Überflügelung der PLO ihr Engagement von einst bitter bereuen.³⁴²

Zunächst jedoch suchte man 1991 auf der Friedenskonferenz in Madrid eine für alle beteiligten Konfliktparteien akzeptable Lösung, welche nach langen Verhandlungen zwischen Israel und der PLO in die Prinzipienerklärung von Oslo³⁴³ im Jahre 1993 münden und den Weg zu einem dauerhaften Frieden in der

³³⁵ Zur Wasserproblematik siehe: Neifeind, Harald: Der Nahostkonflikt. Historisch, politisch, literarisch, Schwalbach 2002, S. 244 ff.; Hass, Amira: Gaza. Tage und Nächte in einem besetzten Land, München 2003, S. 150 ff.

³³⁶ Vgl.: Helassa: Internationale Beziehungen PLO, S. 92.

³³⁷ Krautkrämer: Konflikt, S. 8.

³³⁸ Hamas ist das Akronym für „Harakat al-Muqawama al-Islamiyya“ (Islamische Widerstandsbewegung) und bedeutet im arabischen „Eifer“. Siehe dazu: Beaupin, Andre: Befreiung oder Islamisierung? Hamas und PLO – Die zwei Gesichter des palästinensischen Widerstandes, Marburg 2005, S. 73 ff. (künftig zitiert: Beaupin: Hamas und PLO).

³³⁹ Vgl.: Milton-Edwards, Beverly: Islamic Politics in Palestine, London 1996, S. 38 ff (künftig zitiert: Milton-Edwards: Islamic Politics).

³⁴⁰ Arabisch für „Islamischer Kongress“.

³⁴¹ Vgl.: Beaupin: Hamas und PLO, S. 89; siehe dazu ferner: Schiff, Ze’ev und Ehud Ya’ari: Intifada: The Palestinian Uprising – Israel’s Third Front, New York 1989, S. 233 ff. (künftig zitiert: Schiff/Ya’ri: Palestinian Uprisng).

³⁴² Siehe dazu: Botschaft des Staates Israel: Die Hamas. Profil einer Terrororganisation mit Regierungsauftrag, Berlin 2006 (künftig zitiert: Israelische Botschaft: Profil Hamas).

³⁴³ Vgl.: Herz: Palästina, S. 90 ff.

III. Der Konflikt in Palästina

Region ebenen sollte.³⁴⁴ Mit dem Beginn der Al-Aqsa-Intifada am 29. September 2000 als Folge des von den muslimischen Palästinensern als Provokation empfundenen Besuchs des damaligen israelischen Oppositionsführers Ariel Sharon auf dem Jerusalemer Tempelberg endete der Osloer Friedensprozess.³⁴⁵ Der bewaffnete Konflikt eskalierte nun vollends und wurde von beiden Seiten mit erbitterter Härte und ohne Rücksicht auf Verluste der Zivilbevölkerung geführt.³⁴⁶ Auch die nach dem Ende der Auseinandersetzungen durch die UN, die Vereinigten Staaten, der EU und Russland im Mai 2003 veröffentlichte „Roadmap for Peace“ vermochte bisher die in ihrer Intensität stets variierende, aber kontinuierlich anhaltende gewaltsame Feindseligkeit zwischen Juden und Arabern im Nahen Osten nicht zu stoppen oder die Verhältnisse vor Ort grundlegend zu stabilisieren.

³⁴⁴ Zur ausführlichen Betrachtung des Friedensprozesses siehe II.4. der vorliegenden Arbeit.

³⁴⁵ Vgl.: Herz, Palästina, S. 120 ff.

³⁴⁶ Vgl.: Ahmed, Hisham H.: Die Al-Aqsa-Intifada und das Genfer Abkommen, in: Aus Politik und Zeitgeschichte B20/2004, S. 38 ff. (künftig zitiert: Ahmed: Al-Aqsa-Intifada).

2. Entwicklung und Ausprägung von Zionismus und palästinensischer Nationalismus im Kontext europäischer Nationalismen

Nach dem kurzen Abriss des Konfliktverlaufes in Palästina werden nun die Akteure und die sie maßgeblich beeinflussenden politischen Konzepte vertiefend vorgestellt sowie die Träger der zu untersuchenden Ideologien. Gleichfalls soll die angesichts der Problematik nahe liegende Frage beantwortet werden, inwieweit der Faktor Religion den Palästinakonflikt prägt.

2.1. Der Zionismus als politische Idee und Bewegung

Bei einer genaueren Betrachtung des modernen Zionismus wird man konstatieren müssen, dass es sich um ein Projekt bzw. eine Idee handelt, welche erst mit dem Aufkeimen des europäischen Nationalismus im 19. Jahrhundert innere und letztendlich auch äußere und damit institutionalisierte Form annimmt.³⁴⁷ So weist der Historiker Michael Brenner darauf hin, dass die ersten Überlegungen – wenn auch von religiösen Aspekten noch tief durchdrungen - für eine Bewegung zur Rückkehr der Juden nach „Eretz Israel“ in den Regionen Europas zu lokalisieren sind, die im 19. Jahrhundert besonders von nationalen Konflikten ihre Prägung erfuhrten wie dem Balkan und den preußischen Ostgebieten.³⁴⁸

Selbstverständlich muss aber an dieser Stelle erwähnt werden, dass eine Vielzahl von Stellungnahmen, Meinungen und Interessen von jüdischer wie nichtjüdischer Seite sich in den letzten 200 Jahren mit dem Themenkomplex einer jüdischen Nation oder eines jüdischen Staates befasst haben, wie Peter Freimark angesichts der Komplexität der Problematik zutreffend formuliert.³⁴⁹ Besonders die religiöse Orthodoxie, aber auch das Reformjudentum, stellten sich dabei im 19. Jahrhundert nationalistischen Interpretationsmodi entgegen, indem man beispielsweise aus Gründen der Emanzipations- und Assimilationsbestrebungen in den westeuropäischen Ländern die jüdische Identität seit den Tagen der

³⁴⁷ Vgl.: Zuckermann: Zionistisches Selbstverständnis, S. 34; Brenner, Michael: Geschichte des Zionismus, 2. Auflage München 2005, S. 10 (künftig zitiert: Brenner: Geschichte Zionismus).

³⁴⁸ Ebd.

³⁴⁹ Vgl.: Freimark: Peter: Zum Selbstverständnis jüdischer Nationalität und Staatlichkeit in Palästina, in: Mejcher, Helmut (Hrsg.): Die Palästina-Frage 1917-1948. Historische Ursprünge und internationale Dimensionen eines Nationenkonflikts, Paderborn 1993, S. 49 f. (künftig zitiert: Freimark: Jüdische Nationalität).

III. Der Konflikt in Palästina

französischen Revolution als eine reine Konfessionsfrage zu behandeln dachte³⁵⁰ oder aber gemäß der klassischen Tradition nur das direkte Eingreifen Gottes in die Geschicke seines Volkes als zulässig ansah. So haben fromme Juden seit den Tagen der Vertreibung aus Palästina im Jahre 70 durch die Römer dreimal am Tag im so genannten „Achtzehngebet“ oder im Tischsegen für die baldige Rückkehr in das Heilige Land gebetet³⁵¹ und auch die jüdische Lyrik des Mittelalters gibt Zeugnis von der Zionssehnsucht der Diasporagemeinden. Der israelische Soziologe Moshe Zimmermann unterstreicht dennoch:

„[...], dass das Diktum *nächstes Jahr in Jerusalem* nichts Territoriales meinte. [...] *Nächstes Jahr in Jerusalem* fungierte als messianisch-utopischer Gedanke, eine regulative Idee für eine von Gott gewollte Zusammenführung des jüdischen Volkes.[...] Die Religion schrieb die Erwartung der Ankunft des jüdischen Messias vor, mithin die Verlegung der Staatsgründung auf eine unbestimmt entfernte, in der Zukunft liegende Zeit.“³⁵²

Erst 1862 veröffentlichte der Rabbiner Hirsch Kalischer seine Schrift *Drischat Zion* (Die Suche nach Zion), ein Jahr später folgte Moses Hess mit „Rom und Jerusalem, die letzte Nationalitätenfrage“ sowie 1882 Leon Pinsker mit seinem Postulat³⁵³ zur Errichtung einer jüdischen Nation als Volk auf eigenem Boden in seinem Buch „Autoemanzipation“, welche mit Theodor Herzels 1896 erschienenem „Judenstaat“ den politisch-philosophischen Grundkanon der jüdischen Nationalbewegung bildete, für den das Wort „Zionismus“ nun zum Synonym wurde.³⁵⁴ Verschiedene Autoren³⁵⁵ verweisen darauf, dass im Gegensatz zu seinen europäischen Geschwistern der jüdische Nationalismus hinsichtlich mehrerer Merkmale divergierte. Die Juden verfügten über keinerlei eigenes Territorium und keine eigene Sprache.³⁵⁶ Im Gegensatz zu den westlichen Nationalstaatsbildungen – unabhängig ob auf „revolutionärem“ Wege und losgelöst vom Faktor Zeit als „verspätet“ oder „verfrüh“ – lebten die sich als Nation betrachtenden und mit dem Willen zur Etablierung als Staatsnation ausgerüsteten Bevölkerungen schon seit Jahrhunderten auf dem Gebiet des

³⁵⁰ Siehe dazu: Lazarus, M.: Treu und Frei. Gesammelte Reden und Vorträge über Juden und Judentum, Leipzig 1887, S. 70.

³⁵¹ Vgl.: Brenner: Geschichte Zionismus, S. 8.

³⁵² Zuckermann: Zionistisches Selbstverständnis, S. 37 f.

³⁵³ Vgl.: Pinsker, Leon: Autoemazipation, Brünn 1903, S. 31.

³⁵⁴ Vgl.: Freimark: Jüdische Nationalität, S. 50.

³⁵⁵ Vgl. u.a.: Katz, J.: The Jewish National Movement: A Sociological Analysis, in: Emancipation and Assimilation. Studies in Modern Jewish History, Westmead 1972, S. 129; Zuckermann: Zionistisches Selbstverständnis, S. 36 f.

³⁵⁶ Vgl.: Freimark: Jüdische Nationalität, S. 51.

III. Der Konflikt in Palästina

künftigen Nationalstaates.³⁵⁷ So gab es die Idee eines Judenstaates aber, noch bevor es überhaupt ein vorhandenes Gebiet für die Gründung eines jüdischen Nationalstaates gegeben hatte, welches folglich erst noch „gefunden“ werden musste. Es gab die Idee eines Nationalstaates noch bevor die entsprechende Bevölkerung, welche das Staatsgebiet bevölkern sollte, sich objektiv als solche konstituierte oder bewusst existierte.³⁵⁸ Zwar fühlten sich die Juden der verschiedenen Diasporagemeinden in ihrer Mehrzahl als gemeinsame ethnische Gruppe mit spezieller Religion, doch kaum als Angehörige einer gemeinsamen Nation.³⁵⁹

Als Hauptantrieb der zionistischen Akteure für ihr Wirken ist auf der einen Seite der in differierenden Gestalten auftretende und erlebte Antisemitismus sowohl in West- als auch Osteuropa zu nennen,³⁶⁰ welcher den Gründervätern des Zionismus im 19. Jahrhundert begegnete sowie in der wachsenden Kritik Herzls und anderer am assimilierten Judentum, das seine jüdische Identität abgelegt hätte unter Beibehaltung einiger weniger folkloristischer Riten,³⁶¹ ohne beispielsweise vollständig Deutsche oder Österreicher geworden zu sein und dies aufgrund der Umstände auch nie würden. So musste also etwas Neues in den Augen der Zionisten geschaffen werden. Das Komplementärpostulat der Verneinung der unbefriedigenden Diasporasituation fand seine Manifestation in der Forderung der Kreierung eines „neuen Juden“. Im Gegensatz zum „alten Juden“, der in zionistischen Augen ein seinen Nachbarn ausgelieferter Fremder war, wehrlos und entrichtet und aus historischen Gegebenheiten Berufstätigkeiten der kaufmännischen und finanziellen Zirkulationssphäre nachgehend, sollte der „Neue Jude“ ein kampfbereiter Pionier sein:

„Pioniersein in Israel hieß, endlich die objektive historische Regression des Bauerseins durchleben zu können. Das hing natürlich mit der Frage des Territoriums zusammen.“³⁶²

Die Frage des Territoriums für den künftigen Judenstaat trieb die zionistische Bewegung seit dem in Basel abgehaltenen Kongress 1897 um. Wo die Heimstätte

³⁵⁷ Vgl.: Zuckermann: Zionistisches Selbstverständnis, S. 37.

³⁵⁸ Ebd.

³⁵⁹ Vgl.: Brenner: Geschichte Zionismus, S. 21; Freimark: Jüdische Nationalität, S. 21.

³⁶⁰ Vgl.: Ettinger, S.: Ideological and Political Zionism, in: Historical Society of Jerusalem (Hrsg.): Collected Historical Studies, Jerusalem 1978, S.16.

³⁶¹ Vgl.: Brenner: Geschichte Zionismus, S. 25 f.

³⁶² Zuckermann: Zionistisches Selbstverständnis, S. 39.

III. Der Konflikt in Palästina

der jüdischen Nation jedoch errichtet werden sollte, blieb zunächst noch ungewiss, wurde aber rasch durch das zionistische Kernpostulat „Ein Land ohne Volk für ein Volk ohne Land“ mit Blick auf Palästina näher definiert.³⁶³ Das Palästina selbstverständlich nicht unbevölkert war, braucht an dieser Stelle keine weitere Erwähnung finden. Die Wahl Palästinas zur künftigen Heimstätte gibt die Möglichkeit auf ein zentrales Wesensmerkmal des Zionismus hinzuweisen unter gleichzeitiger Identifizierung einer ihm immanenten Aporie. Ist der Zionismus sehr wohl ein Produkt einer vom europäischen Nationalismus geprägten Erscheinung, welche eine auf säkularen Normen gegründete Nationalstaatsbildung intendiert, so wohnt ihm doch trotzdem ein spezifisch religiöses Moment inne. Nur die jüdische Religion vermochte eine Verbindung zwischen den verschiedenen und kulturell oftmals weit divergierenden Diasporagemeinschaften zu stiften, welche in der ganzen Welt zerstreut waren und nun im zukünftig zu konstituierenden Staat Israel versammelt werden mussten (hebräisch: *kibbutz galujot*), um dann durch Durchmischung im Sinne eines Schmelzegels eine Vermengung zu erfahren (hebräisch: *misug galujot*).³⁶⁴ Insbesondere die radikaleren nationalistischen Kräfte innerhalb der jüdischen Nationalbewegung wie Jakob Klatzkin betonten dabei den speziellen Charakter des religiösen Judentums als Gesetzeslehre für die Staatsnation³⁶⁵ und Ignaz Zollschan unterstreicht ganz im Sinne der durch das 19. Jahrhundert geformten Nationalismuskonzepte den Zusammenhang von Territorialität und Sprache und formuliert damit bereits 1919 die ethnischen Prämissen der jüdischen Nationalität, welche gut 30 Jahre später mit der Begründung Israels in die Tat umgesetzt werden sollten:

„Das Vorhandensein dieses Rassekörpers ist die Voraussetzung, über die wir nicht hinweggehen können. Denn würde heute irgendein türkischer oder mongolischer oder irgend ein Negerstamm in Palästina angesiedelt werden und in seiner Verehrung des heiligen Bodens oder sonst aus irgend einem Grund die hebräische Sprache zu seiner Umgangssprache und zu seinem Eigentum machen, man würde sich trotz des Vorhandenseins von Land und Sprache sträuben, ihn als jüdische Nationalität anzuerkennen.“³⁶⁶

So wird eindrucksvoll unterstrichen, dass bereits der frühe Zionismus in seinen Wurzeln eine Synthese aus einem klassisch ethnisch definierten Nationalismus

³⁶³ Vgl.: Brenner: Geschichte Zionismus, S. 35.

³⁶⁴ Vgl.: Zuckermann: Zionistisches Selbstverständnis, S. 38 f.

³⁶⁵ Vgl.: Klatzkin, Jakob: Krisis und Entscheidung des Judentums, 2. Auflage, Berlin 1921.

³⁶⁶ Zollschan, Ignaz: Revision des jüdischen Nationalismus, Wien-Berlin 1919, S. 153.

III. Der Konflikt in Palästina

und einer religiösen Komponente als einigendem Band bildete. Letzteres war natürlich insofern notwendig, als tatsächlich zwischen dem deutschen Universitätsprofessor, dem polnischen Kaufmann, dem ungarischen Arzt und dem algerischen Schuster außer dem jüdisch-konfessionellen Hintergrund auf den ersten Blick keine Gemeinsamkeit bestand, nicht einmal - wie schon erwähnt – das Band der gemeinsamen Sprache. Natürlich muss an dieser Stelle konzediert werden, dass zahlreiche Intellektuelle der zionistischen Bewegung wie Martin Buber sehr wohl die Gefahr erkannten, dass der Zionismus auf dem Weg war, wie die restlichen existierenden Nationalismen einen stark chauvinistischen, mit einem imperialistischen Moment versehenen, Gruppenegoismus auszubilden³⁶⁷ und dieses Phänomen auch Thematisierung auf den zionistischen Kongressen, konkret 1929 in Basel, fand.

Die revisionistische Bewegung innerhalb des Zionismus, verkörpert durch ihre Leitfigur Wladimir Jabotinsky, begann nun, angetrieben von einem nationalistischen Impetus und aus Furcht vor den politischen Entwicklungen in Europa, auf die Errichtung eines jüdischen Gemeinwesens mit jüdischer Majorität und Souveränität zu drängen.³⁶⁸ Der Tatsache durchaus bewusst, dass Palästina keine leere Fläche darstellte und die Gründung eines betont jüdischen Gemeinwesens nicht auf Gegenliebe der ansässigen arabischen Bevölkerung stoßen könnte, veranlasste die revisionistische Strömung zu jenen ersten gedanklich schemenhaften Überlegungen, die im Endeffekt bei der Etablierung des Staates Israel³⁶⁹ umgesetzt werden sollten:

„Der, der findet, dass die Araber in ihrer Gegnerschaft zum Zionismus Recht haben, kann die Kolonisation Erez Israels ganz aufgeben. Der aber, der glaubt, dass das jüdische Volk ein heiliges Recht auf seine historische Heimat hat und das der Widerstand der Araber [...] unberechtigt ist, der muss aus seiner eigenen Überzeugung die logische Konsequenz ziehen und jene eiserne Wand aufrichten helfen, die die Zerstörung unmöglich machen wird.“³⁷⁰

Die Kolonisation von Erez Israel, dem „Land der Väter“, nahm während der verschiedenen Einwanderungsperioden am Ende des 19. und am Beginn des 20.

³⁶⁷ Vgl.: Buber, Martin: Israel und Palästina. Zur Geschichte einer Idee, Zürich 1950, S. 7.

³⁶⁸ Vgl.: Freimark: Jüdische Nationalität, S. 60 f.

³⁶⁹ Siehe dazu II.1.4.

³⁷⁰ Jabotinsky, Wladimir: Die Idee des Betar. Ein Umriß betarischer Weltanschauung, Lyck 1935, S. 14.

III. Der Konflikt in Palästina

Jahrhunderts³⁷¹ nun zusehends Gestalt an und ein neuer „Jischuw“³⁷² erwachte langsam zum Leben.

Innerhalb des Jischuw trat eine vermehrt sozialistische Sichtweise auf, welche in der Gestalt des späteren Gründers des Staates Israel, David Ben Gurion, die Ausprägung der jüdischen Nationalbewegung beeinflusste und von Peter Freimark und anderen als „Arbeiterzionismus“ charakterisiert wird.³⁷³ In seinen theoretischen Einlassungen begreift Ben Gurion gemäß seiner sozialistischen Ideenwelt die Probleme der Juden in der Diaspora als Resultat der ökonomischen Situation des Judentums,³⁷⁴ die im zukünftigen Staat zu vermeiden sei und eine Fokussierung auf „produktive Arbeit“ in der zu erschließenden Landwirtschaft und Industrie notwendig mache:

„Die Forderung des jüdischen Volkes gründet sich auf reale wirtschaftliche, nicht ausgenützte Möglichkeiten und auf unbebaute Bodenflächen, die der Urbarmachung durch die Fähigkeiten eines aufbauenden Kulturvolkes bedürfen. Die Forderung des jüdischen Volkes ist ihrem Wesen nach eigentlich nichts anderes als der Anspruch eines ganzen Volkes auf Arbeit.“³⁷⁵

Konstatiert werden muss einmal mehr, dass offenbar die Existenz eines schon vorhandenen Volkes in Palästina, das sich dem Ackerbau und der Viehzucht widmete, von Ben Gurion zumindest konsequent ausgeblendet wird, möglicherweise sogar die kulturelle Leistungsfähigkeit abgesprochen bekommt und somit schließlich eine Degradierung erfährt.

Neben der besonderen Wertschätzung der produktiven Arbeit im Zionismus in der Gestalt von agrarwirtschaftlichen Pioniertaten nimmt das Postulat der Wehrhaftigkeit einen herausragenden Stellenwert ein.³⁷⁶ Die Kibuzze sind bis heute nicht nur ökonomisch-kollektivierte Gemeinschaften, sondern in ihrem Kern auch Wehrsiedlungen. Allerdings waren vorbildliche Kämpfer in der jüdischen Geschichte zunächst schwer aufzuspüren, waren doch die Jahrhunderte der Diaspora gekennzeichnet von Unterdrückung und immer wieder aufkeimender blutiger Verfolgung. So knüpfte man an die Antike an und erkor zweitausend

³⁷¹ Siehe dazu II.1.2.

³⁷² Jischuw steht für die jüdische Gemeinde in Palästina. Man unterscheidet demgemäß zwischen altem Jischuw, d.h. den Juden die auch nach der Vertreibung durch die Römer im Land blieben und dem neuen Jischuw, welcher sich aus den zionistischen Einwanderern zusammensetzte.

³⁷³ Vgl.: Freimark: Jüdische Nationalität, S. 64 f.

³⁷⁴ Siehe dazu S. 40.

³⁷⁵ Ben Gurion, David: Wir und die Nachbarn. Gespräche mit arabischen Führern, Tübingen 1968, S. 20 f.

³⁷⁶ Vgl.: Brenner: Geschichte Zionismus, S. 69.

Jahre alte historische Vorbilder wie die Makkabäer oder den Anführer der jüdischen Aufständischen gegen die Römer Shimon Bar Kochba zu den Helden der jüdischen Nation.³⁷⁷ Das zionistische Geschichtsverständnis ist folglich, wie die Soziologin Uta Klein konzediert, von hochgradiger Selektivität geprägt, die allein die Zeit jüdischer Staatlichkeit fokussiere unter Nichtbeachtung der Jahrhunderte umfassenden Zeitspanne des Exils.³⁷⁸ Gleichsam stelle der Zionismus dadurch das Unterfangen der „Revolution gegen die eigene Geschichte“ dar.³⁷⁹ Das Schicksal des seinen Feinden ausgelieferten „Stetl-Juden“ sollte – zumal nach den Erfahrungen der Shoah – ein für alle Mal der Vergangenheit angehören, lieber wollte man wie die antiken Heroen einst auf der Festung Massada im Kampf gegen die römischen Aggressoren den Heldentod sterben.³⁸⁰ Es verwundert somit nicht, dass der Mythos noch heute für den Staat Israel und für das israelische Militär von größter Aktualität und Wichtigkeit ist.³⁸¹ Als Garant für die Existenz des Staates Israel und die Umsetzung der zionistischen Idee bei der Etablierung und Konsolidierung der jüdischen Nation nach innen wie außen kam den israelischen Streitkräften daher von Beginn an ein entscheidendes Gewicht zu, welches sich bis heute in der Stellung als Elitenreservoir des jüdischen Staates, im Sektor der Jugenderziehung und bei der Integration jüdischer Migranten manifestiert.³⁸²

2.2. Die Formierung der palästinensischen Nationalbewegung

Betrachtet man die Entstehung einer nationalen Bewegung der Palästinenser, so ist vorwegzuschicken, dass es sich dabei um eine Reaktion auf die jüdische Einwanderung in Palästina unter zionistischen Vorzeichen handelte. Sinngemäß identifiziert Stefan Wild die zwei Grundmomente der palästinensischen Nationalbewegung bei der Entwicklung eines Nationalbewusstseins in enger

³⁷⁷ Vgl.: Brenner: Geschichte Zionismus, S. 70 f.

³⁷⁸ Vgl.: Klein, Uta: Militär und Gesellschaft in Israel, in: Dies. und Dietrich Thränhardt (Hrsg.): Gewaltspirale ohne Ende? Konfliktstrukturen und Friedenschancen im Nahen Osten, Schwalbach/Ts. 2002, S. 138 (künftig zitiert: Klein: Militär und Gesellschaft in Israel).

³⁷⁹ Vgl.: Brenner: Geschichte Zionismus, S. 71.

³⁸⁰ Zur Bedeutung des Mythos „Massada“ für den Zionismus siehe u.a.: Hadas-Lebel, M.: Massada. Der Untergang des jüdischen Königreiches oder die andere Geschichte von Herodes, Berlin 1997; Bar-Tal, Daniel: The Massada Syndrome: A Case of Central Belief, in: Milgrim, N.A. (Hrsg.): Stress and Coping in Time after War. Generalizations from the Israeli Experience, New York 1986, S. 32-51.

³⁸¹ Vgl.: Klein: Militär und Gesellschaft in Israel, S. 140; Brenner: Geschichte Zionismus, S. 73.

³⁸² Vgl.: Freimark: Jüdische Identität, S. 71.

III. Der Konflikt in Palästina

Verbindung mit dem aufkeimenden panarabischen Nationalismus und dem Wunsch nach Beendigung der europäischen Hegemonie in der Region des Nahen Ostens sowie einen islamischen Impetus als breite Basis des Widerstandes gegen das zionistische Anliegen, bedingt durch die Sozialstruktur der palästinensischen Gesellschaft und der religiösen Historie des geographischen Raumes.³⁸³ So lässt sich auch hier die Allianz von modernem Ideengut europäischen Ursprungs, das sich in der Gestalt des Nationalismus zeigte, und eines religiösen Elementes erkennen.

Es ist jedoch zu konzedieren, dass an der Wiege des palästinensischen Nationalismus arabische Christen übermäßig vertreten waren und sich besonders im Abwehrkampf gegen den Zionismus engagierten, standen sie doch durch ihre urbanen Berufe gemäß ihrer eigenen Perzeption eher in einem Konkurrenzverhältnis zu den ins Land kommenden jüdischen Siedlern.³⁸⁴ Dass allerdings diese eine neue Existenz als Bauer beginnen wollten und gerade nicht ihren angestammten Tätigkeiten als Händler und Geldverleiher nachgehen wollten, machte die Sache nicht besser, da sich nun die Frontstellung zu den arabisch-muslimischen Landbesitzern und Landarbeitern eröffnete.³⁸⁵ Der Umstand des intendierten Versuchs des völligen Ausschlusses der arabischen Bevölkerung auf allen Gebieten der durch die Zionisten zu gründenden jüdischen Heimstätte, speziell im Bereich der Wirtschaft, verschärfe diesen Antagonismus zusehends.³⁸⁶

Im Kern jedoch war die palästinensische Bevölkerung in sich entlang verschiedener Linien gespalten. Neben der bereits erwähnten unterschiedlichen Interessenlage von Land und Stadtbevölkerung und der Spaltung der arabischen Palästinenser in eine große muslimische Mehrheit und eine kleine christliche Minderheit stellte sich vor allem die traditionelle Clanstruktur gruppiert, um die einflussreichen Großfamilien der städtischen Notabeln, namentlich den „Husseinis“ und „Naschaschibis“, welche auch über ländlichen Großgrundbesitz

³⁸³ Vgl.: Wild, Stefan: Zum Selbstverständnis palästinensisch-arabischer Nationalität, in: Mejcher, Helmut (Hrsg.): Die Palästina-Frage 1917-1948. Historische Ursprünge und internationale Dimensionen eines Nationenkonflikts, Paderborn 1993, S 76 (künftig zitiert: Wild: Palästinensisch-arabische Nationalität).

³⁸⁴ Ebd.: S. 80 f.

³⁸⁵ Vgl.: Flores: Palästinensische Nationalbewegung, S. 90.

³⁸⁶ Ebd.: S. 92

III. Der Konflikt in Palästina

verfügten, als anfängliches Hindernis einer gemeinsamen und schlagfertigen palästinensischen Nationalbewegung dar.³⁸⁷

Als verbindendes Element fungierte somit zwischen den einzelnen palästinensischen Gruppen mit ihren jeweiligen Partikularinteressen die ablehnende Haltung gegenüber den zionistischen Einwanderern. Bemerkenswert ist, dass dieser Anti-Zionismus in der frühen Periode nicht gleichbedeutend war mit Antisemitismus. So lassen sich auch Stellungnahmen³⁸⁸ von palästinensischer Seite anführen, welche dem alten Jischuw gleiche Bürgerrechte und das Existenzrecht in Palästina einräumten, diese aber den neu eingewanderten europäischen Juden hartnäckig verweigern wollten:

„Es handelte sich aber dabei um Ausnahmen. Im Allgemeinen wurden schon sehr früh die Begriffe ‚Jude‘ und ‚Zionist‘ synonym verwandt. Als es den Zionisten gelang, auch die ursprünglich in Palästina ansässigen Juden weitgehend in ihr Projekt einzuspannen, gab die Nationalbewegung die prinzipielle Unterscheidung ganz auf. [...] Der palästinensische Antisemitismus konnte zwar an gewisse antijüdische Traditionen der christlichen und islamischen Religion anknüpfen, war aber in erster Linie ein Resultat der jüdischen Einwanderung und der zionistischen Pläne, die bei den Arabern berechtigte Besorgnis vorriefen.“³⁸⁹

Nach den blutigen Auseinandersetzungen im Anschluß der Balfour Deklaration gründete sich 1919 schließlich als Pendant zur zionistischen Bewegung die „Muslim-Christian-Association“ (MCA), deren Mitglieder mehrheitlich für eine politische Union mit Damaskus votierten und somit ein Teil des neu entstandenen syrischen Staates werden wollten.³⁹⁰ Anlässlich des dritten Kongresses der MCA Ende 1920 rückte man von dieser Vorstellung ab und machte ein - wie auch immer - eigenständiges Palästina zum Gegenstand von Aufmerksamkeit und Engagement. Zum höchsten Gremium innerhalb der MCA wurde die „Arabische Exekutive“ gewählt, die bis 1934 als offizielle Vertretung der palästinensischen Araber fungierte, gleichwohl sie von der britischen Mandatsmacht nicht anerkannt wurde, da sie ihren Ursprung nicht in allgemeinen Wahlen hatte³⁹¹ und auch innerhalb der Palästinenser unter der Zersplitterung in die traditionellen Clans litt. Nach dem Zerfall der einheitlichen Nationalführung formierten sich die neuen Parteien als Träger eines palästinensischen Nationalgedankens entlang der

³⁸⁷ Vgl.: Lesch, Ann Mosley: The Palestine Arab Nationalist Movement Under the Mandate, in: Quandt, W.B. (Hrsg.): The Politics of Palestinian Nationalism, Berkley 1973, S. 17f.

³⁸⁸ Vgl.: Flores: Palästinensische Nationalbewegung, S. 101.

³⁸⁹ Ebd.

³⁹⁰ Vgl.: Wild: Palästinensisch-arabisches Nationalität, S. 81.

³⁹¹ Vgl.: Flores: Palästinensische Nationalbewegung, S. 102 f.

III. Der Konflikt in Palästina

Notabelnfamilien Huseini (Arabisch-Palästinensische-Partei) und Naschaschibi (Nationale Verteidigungspartei).³⁹²

Die zunehmende Resignation und Unzufriedenheit breiter Bevölkerungskreise mit der traditionellen Führungsschicht bereitete jedoch den Boden für eine dritte Partei, welche sich nicht einem der Clans zuordnen ließ und die zunehmende intellektuelle Radikalisierung speziell der palästinensischen Jugend und der Mittelschicht aufsog und artikulierte. Die 1932 ins Leben gerufene „Istiqlal“-Partei (Unabhängigkeitspartei) postulierte einen dezidierten Panarabismus und Antikolonialismus und schlug einen strengen Kurs gegen den Zionismus vor.³⁹³

Im gleichen Zeitraum sind auch die ersten Versuche zur Etablierung von Organisationen zu beobachten, die ihre nationale Zielsetzung unter Anwendung von systematischer Gewalt zum Erfolg verhelfen wollten, wie es der aus Syrien stammende Geistliche Izzadin Al-Quassam forcierte.³⁹⁴

In den Unruhen des arabischen Generalstreiks und Aufstandes in der Zeitspanne von 1936-1939 unternahmen die führenden palästinensischen Kräfte unter der Federführung des höchsten religiösen Oberhauptes der muslimischen Palästinenser, des Mufti von Jerusalem, die Bildung eines „Obersten arabischen Komitees“, welches aber von der Mandatsmacht schnell beseitigt wurde. Der militärische Kampf der Araber ging unterdessen weiter, scheiterte jedoch letztlich vollends an unzureichender Erfahrung und mangelhafter Ausrüstung.³⁹⁵

Mit dem Ausbruch des zweiten Weltkrieges sowie in den Kriegsjahren selbst³⁹⁶ war die Nationalbewegung faktisch paralysiert und diskreditierte sich nicht zuletzt aufgrund des Schulterschlusses des Mufti von Jerusalem mit den Achsenmächten. Mit der Beendigung des britischen Mandats über Palästina und der Etablierung des Staates Israel veränderte sich nunmehr das Umfeld und die Gestalt der palästinensischen Nationalbewegung bedingt durch den Zusammenbruch der palästinensischen Gesellschaftsstruktur in Folge von Flucht und Vertreibung³⁹⁷

³⁹² Vgl.: Flores: Palästinensische Nationalbewegung, S. 102 f.

³⁹³ Ebd.: S. 110.

³⁹⁴ Vgl.: Farsoun, Samih K. und Christina E. Zacharia: Palestine and the Palestinians, Boulder 1997, S. 104 ff. (künftig zitiert: Farsoun/Zacharia: Palestine).

³⁹⁵ Siehe dazu: Bowden, Tom: The Breakdown of Public Security: The Case of Ireland 1916-1921, and Palestine, 1936-1939, London 1977, S. 201.

³⁹⁶ Siehe dazu: Khalaf, Issa: Politics in Palestine. Arab Factionalism and Social Desintegration 1939-1948, Abany 1991.

³⁹⁷ Siehe dazu: Morris, Benny: The Birth of the Palestinian Refugee Problem 1947-1949, New York 1987.

sowie der ökonomischen und sozialen Marginalisierung der ehemaligen arabischen Eliten.³⁹⁸ Für die Zeit nach 1948 waren speziell die Akteure des neu zu gründenden palästinensischen Widerstands Träger des palästinensischen Nationalgedankens und seiner verschiedenen Facetten, welche somit unausweichlich einer näheren Vorstellung und Analyse bedürfen.

2.3. Der palästinensische Widerstand

Nach der völligen Niederlage der Palästinenser organisierte sich der Widerstand der palästinensischen Araber nur äußerst schleppend. Nennenswerte Aktivitäten gingen zunächst nur von islamisch religiösen Gruppen wie der Muslimbruderschaft oder der Islamischen Befreiungspartei aus.³⁹⁹ Diese erfreuten sich jedoch lediglich eingeschränkter Unterstützung in der Bevölkerung aufgrund ihrer dezidiert religiös orientierten Marschrichtung, welche sich gegen das Postulat eines palästinensischen Nationalstaates stark machte und den Panarabismus als westlich-säkulare Ideologie strikt ablehnte.⁴⁰⁰

Der säkulare Widerstand – PLO und Fatah

Andre Beaupin weist darauf hin, dass der politische und paramilitärische Widerstand der Palästinenser gegen die israelische Okkupation in Folge des Krieges von 1967 ganz überwiegend auf den Schultern von säkular eingestellten Aktivisten, speziell der Mitglieder der 1964 gegründeten PLO, gelegen hätte, was zudem die Verwendung des Namens „Fedayeen“ (Befreiungskämpfer) anstelle von „Mujahidin“ (Heilige Krieger) als Bezeichnung für die arabischen Paramilitärs unterstreiche.⁴⁰¹ Strukturell gesehen ist die PLO in ihrer Gründungszeit eine Dachorganisation diverser Gruppen des palästinischen Widerstandes,⁴⁰² die zunächst als Instrument des ägyptischen Regimes unter Nasser im Kampf gegen Israel und als Vehikel des Panarabismus eingesetzt wurde. Über den meisten Einfluss innerhalb der PLO verfügt bis heute die 1959 in Kuwait von Yassir Arafat gegründete Fatah, welche unter seiner charismatischen

³⁹⁸ Vgl.: Flores: Palästinensische Nationalbewegung, S. 122.

³⁹⁹ Siehe dazu: Barghouti, Iyad: Islamist Movements in Historical Palestine, in: Sidahmed, Abdel Salam und Anoushiravan Ehteshami (Hrsg.): Islamic Fundamentalism, Boulder 1996.

⁴⁰⁰ Vgl.: Milton-Edward: Islamic Politics, S. 64 ff.

⁴⁰¹ Vgl.: Beaupin: Hamas und PLO, S. 17.

⁴⁰² Vgl.: Livingstone, Neil C. und David Harley: Inside the PLO. Covert Units, Secret Funds and the War against Israel and the United States, New York 1990 (künftig zitiert: Inside PLO).

III. Der Konflikt in Palästina

Führung ab 1968 die Geschicke der Befreiungsbewegung lenkte. Daneben spielten zu Beginn auch verschiedene marxistische Gruppen wie die PFLP um den palästinensischen Christen George Habash eine Rolle.

Nach David Aaron Miller liegen drei Motivationsfaktoren der Errichtung der PLO im Jahre 1964 zu Grunde:⁴⁰³ Als erstes der erkannte Unwillen der arabischen Staaten, sich der palästinensischen Sache auch unter der Gefährdung eigener Sicherheitsinteressen nachhaltig anzunehmen, ferner das Beispiel des erfolgreichen Befreiungskampfes der Algerier gegen die französische Kolonialmacht auf die Fatah, welche nunmehr ebenfalls allein auf die bewaffnete Option setzen wollte, und zum Schluss die von Ägypten favorisierte Institutionalisierung der palästinensischen Militanz mit dem Ziel, jene zu kontrollieren.⁴⁰⁴ Hinzugerechnet werden muss gleichfalls die Intention der palästinensischen Aktivisten, alle antizionistischen Kräfte der arabischen Bevölkerung unabhängig von Clanzugehörigkeit oder Konfession unter einem Dach zu versammeln, um so den historischen Fehler der internen Zerstrittenheit in der Vergangenheit der palästinensischen Nationalbewegung zu vermeiden.⁴⁰⁵

Die (para)militärischen Operationen gegen Israel wurden gegen Ende 1967 aus den Aufmarschgebieten der arabischen Nachbarländer Syrien, Libanon und Jordanien geführt.⁴⁰⁶ Die auf jordanischem Hoheitsgebiet ausgetragene „Schlacht“ um das Dorf Karameh im März 1968, bei der die israelische Armee ungewohnt schwere Verluste gegen Guerillakämpfer der Fatah hinnehmen musste und welche zu einem wohlgepflegten Mythos des militärischen Widerstandes der Palästinenser wurde,⁴⁰⁷ unterstrich den Führungsanspruch von Arafats Bewegung innerhalb der PLO. Dietmar Herz konstatiert als Folge von Karameh eine ambivalente Entwicklung der Geschehnisse:

„Diese Legende begründete zugleich den Widerstandsmythos des palästinensischen Volkes neu, der die Tradition und die Kontinuität der Aufstände betonte. So wurde der bewaffnete Kampf zum identitätsstiftenden Element der Palästinenser. [...] Die Zahl der Mitglieder und Sympathisanten der Widerstandsgruppen stieg sprunghaft an, und die kleinen Gruppierungen entwickelten sich zu Massenbewegungen. [...] Doch der Triumph der palästinensischen Widerstandsbewegung war nicht von langer

⁴⁰³ Vgl.: Miller, David Aaron: The PLO and the Politics of Survival, in: The Washington Papers Bd. 99, Washington D.C. 1983 (künftig zitiert: Miller: PLO).

⁴⁰⁴ Ebd.: S. 20 f.

⁴⁰⁵ Vgl.: Beaupin: Hamas und PLO, S. 62.

⁴⁰⁶ Vgl.: Herz: Palästina, S. 50.

⁴⁰⁷ Siehe dazu: Frangi, Abdallah: PLO und Palästina. Vergangenheit und Gegenwart, Frankfurt a.M. 1982, S. 152 ff. (künftig zitiert: Frangi: PLO und Palästina).

III. Der Konflikt in Palästina

Dauer: Schon bald zeichnete sich ein Konflikt mit dem jordanischen Gastgeberland ab.⁴⁰⁸

Zum einen führte Israel zunehmend Vergeltungsschläge auf jordanisches Territorium aus, zum anderen gebar sich die PLO in Teilen Jordaniens als Autorität sui generis, mutierte zum „Staat im Staate“, und die radikal-marxistischen Gruppen unter dem Dach der PLO agiterten gegen das haschemitische Königshaus.⁴⁰⁹ Als Folge der diplomatischen Kontakte zwischen Jordanien und Ägypten auf der einen Seite und den USA auf der anderen kam es im September 1970 zu drei Flugzeugentführungen durch Mitglieder der PFLP. Obwohl die PLO Führung unter Arafat die Aktion nicht billigte und es zum Bruch zwischen PFLP und PLO gekommen war, nutzte die jordanische Regierung die Gelegenheit, die palästinensischen Guerillaeinheiten gewaltsam zu vertreiben, die darauf bis 1982 im Libanon Zuflucht fanden.

Ideologisch gesehen wird der palästinensische Widerstand bis in die frühen Siebziger Jahre von der bedingungslosen Bejahung des bewaffneten Kampfes des auf sich allein gestellten palästinensischen Volkes geprägt.⁴¹⁰ Neben den Anleihen an der algerischen Revolution griff beispielsweise die Fatah in theoretischer Hinsicht auf die Werke Franz Fanons zurück, für den das Gelingen einer Revolution nur mit Gewalt möglich war und auch bei einer militärischen Unterlegenheit glücken könne.⁴¹¹ Speziell in der Frühphase ist das Gedankengut der PLO durch den ägyptischen Einfluss von dem Konstrukt der arabischen Einheit durchdrungen, welches erst mit der Enttäuschung der neuen palästinensischen Führungsschicht abgelöst wird von rein auf die palästinensische Nation bezogenen Vorstellungen und Handlungsdirektiven.⁴¹² Die Existenz des israelischen Staates wurde radikal abgelehnt und dessen Vernichtung postuliert,⁴¹³ internationalen Friedensinitiativen der UN begegnete man folglich mit Skepsis und Ablehnung.

⁴⁰⁸ Herz: Palästina, S. 52.

⁴⁰⁹ Ebd.

⁴¹⁰ Vgl.: Frangi: PLO und Palästina, S. 132 f.

⁴¹¹ Vgl.: Beaupin: Hamas und PLO, S. 69 f.

⁴¹² Siehe dazu: Starke, Wafa: Zur Strategie der PLO 1964-1994. Zwischen bewaffnetem Kampf und Diplomatie, zwischen Gesamtstaat und Teilstaat, Erlangen-Nürnberg 2000, S. 40 ff. (künftig zitiert: Starke: Strategie PLO).

⁴¹³ Vgl.: Beaupin: Hamas und PLO, S. 70.

III. Der Konflikt in Palästina

Mitte der 80er Jahre ist eine zunehmende Kursänderung der palästinensischen Befreiungsbewegung zu identifizieren. Obwohl die PLO als Drahtzieher medienwirksamer und brutaler Anschläge auch außerhalb Israels auf zivile Ziele wie der israelischen Olympiamannschaft in München 1972 galt,⁴¹⁴ hatte sie zunehmend an internationaler Reputation gewonnen. Dieses manifestierte sich in der 1974 erfolgten Anerkennung als alleiniges und rechtmäßiges Sprachrohr des palästinensischen Volkes durch die Arabische Liga sowie Yassir Arafats Rede vor der Generalversammlung der Vereinten Nationen und der Gewährung eines Beobachterstatus bei der UN als Folge der Resolution 3236.⁴¹⁵ Damit einhergehend verschoben sich auch zusehends die Handlungsdirektiven der palästinensischen Nationalbewegung in ihrer Betrachtungsweise des jüdischen Staates und der zionistischen Politik:

„Hatten die PLO und andere Widerstandsorganisation in ihrer Frühphase Juden und Zionisten gleichgesetzt und beide Gruppen als Feind definiert, war man nun zur Differenzierung bereit. Juden als Religionsgruppe könnten durchaus auf palästinensischem Territorium geduldet werden, lediglich die Zionisten mit ihrem Anspruch auf einen jüdischen Staat, dessen Errichtung mit palästinensischen Ansprüchen auf das Territorium kollidierte, wurden nun als Gegner gesehen. [...]; die PLO-Charta wurde geändert, um den Grundsatz eines einheitlichen, säkularen Staats für alle Religionsgruppen in ganz Palästina aufzunehmen.“⁴¹⁶

Militärische Strategien rückten zu Gunsten diplomatischer Anstrengungen weiter in den Hintergrund des säkular-nationalistisch geprägten Widerstands. Als Resultat der absoluten Unannehmbarkeit der Einheitsstaatslösung auf israelischer Seite entwickelte die PLO ab 1977 vermehrt Zwei-Staatenkonzeptionen, die einen unabhängigen Palästinenserstaat in der Westbank und dem Gazastreifen neben einem israelischen Staat vorsahen, welche zudem von den USA favorisiert wurde und bis heute Grundlage eines Friedenskonzeptes für die Region des Nahen Ostes sind und mit der Anerkennung des Existenzrechts Israels durch die PLO und der Rede ihres Führers Arafats vor der Vollversammlung der Vereinten Nationen im Dezember 1988⁴¹⁷ als reale Chance auf Frieden propagiert werden.

⁴¹⁴ Vgl.: Beaupin: Hamas und PLO, S. 64.

⁴¹⁵ Vgl.: Herz: Palästina, S. 56.

⁴¹⁶ Ebd.: S. 50.

⁴¹⁷ Vgl.: Starke: Strategie PLO, S. 73 f.

Der religiös motivierte Widerstand – Die Hamas

Unnachgiebig gebiert sich im Gegensatz zum durch die PLO verkörperten säkularen Widerstand des palästinensischen Volkes die Hamas, deren Motivationsgründe vor einem islamisch-fundamentalistischen Hintergrund aufleuchten. Sie betrat als ernst zunehmender Konfliktakteur zu Beginn des Jahres 1988 die Bühne der Auseinandersetzung im Nahen Osten während der ersten Intifada und der eben skizzierten Kursänderung der PLO. Aus ihrem ideologischem Selbstverständnis heraus betrachtet sich die Hamas als Ableger der Muslimbruderschaft,⁴¹⁸ die 1928 von Hassan Al-Banna in Ägypten aus der Taufe gehoben wurde als Bewegung für eine Rückkehr zu den Prinzipien des „wahren Islam“, welche der Garant sei für eine gerechte Gesellschaft und daher den Kampf gegen den europäischen Kolonialismus und die von „westlich-dekadentem“ Gedankengut infizierten arabischen Regime erforderlich mache.⁴¹⁹ Zu westlichen Ideen gehören für die islamistischen Protagonisten in der arabischen Welt nicht zuletzt nationalistische Gedankenkonstrukte, so dass die Hamas sich nicht nur in der grundsätzlichen Feindschaft gegenüber dem jüdischen Zionismus verortet hat, sondern auch säkular-nationalistischen Befreiungskonzepten eine unmissverständliche Absage erteilt, wie Beverly Milton Edwards charakterisierend unterstreicht:

„Nationalists were regarded as traitors to the Muslim faith, as heretics, who were worse than infidels. The nationalists were blamed for the failure of Palestinians to liberate themselves, because they had encouraged the young to abandon Islam.“⁴²⁰

Die Reislamisierung der palästinensischen Gesellschaft ist daher ebenso von der Hamas intendiert wie der bewaffnete Widerstand gegen den israelischen Staat. Organisatorischer Vorläufer war anfangs der von Scheich Ahmad Yassin 1973 begründete Islamische Kongress (Al-Mujama Al-Islami). Die Mujama bekleidete sich unterstützt von den israelischen Autoritäten mit dem Gewand einer rein karitativen Organisation, welche besonders im universitären Bereich des Gaza-

⁴¹⁸ Siehe dazu: Mitchell, Richard P.: *The Society of the Muslim Brothers*, London 1969 (künftig: Mitchell: Muslim Brothers).

⁴¹⁹ Vgl.: Beaupin: *Hamas und PLO*, S. 83.

⁴²⁰ Milton-Edwards: *Islamic Politics*, S. 105.

III. Der Konflikt in Palästina

Streifens sowie in den Flüchtlingslagern ihre Anhängerschaft rekrutierte.⁴²¹ Der Kampf für die palästinensische Sache wurde von Seiten der Hamas am Beginn lediglich durch die Verteilung von Propagandamaterialien geführt. Im August 1988 entwickelte sie ihre Charta,⁴²² in der sie die Vernichtung des Staates Israel postuliert, eine Gesellschaftsstruktur nach islamischen Rechtsvorstellungen anstrebt sowie den Djihad und die Vernichtung der Juden in Palästina propagiert. Im Gegensatz zur PLO und den Exponenten säkularer Befreiungsgruppen zieht die Hamas somit keine Trennlinie zwischen Juden als religiöser Gruppe und der politischen Idee des Zionismus, ein Umstand, welcher sie im Umkehrschluss wiederholt einem massiven Antisemitismus anheim fallen ließ. Der paramilitärische Arm der Hamas, der erstmals im Frühjahr 1989 mit der Entführung und Ermordung zweier israelischer Militärangehöriger in Erscheinung trat, wählte in Anlehnung an die historische Figur des Widersandsführers der 30er Jahre den Namen „Al-Quassam“ Brigaden. Nachdem die Israelis zu Beginn das Erstarken der Hamas bewusst in Kauf genommen hatten, um den palästinensischen Widerstand insgesamt zu schwächen und finanzielle Zuweisungen aus gegnerischen islamischen Staaten wie dem Iran duldeten, begann man nun die Aktivisten der Hamas zu verfolgen und sprach ein Verbot der Organisation aus. Freilich blieb dies ohne größeren Erfolg, gelang es doch nun der Gruppe um Scheich Yassin zahlreiche Palästinenser zu mobilisieren und die Zahl und Frequenz der Anschläge, darunter insbesondere die seit 1996 in ständiger Regelmäßigkeit verübten Selbstmordattentate, auf israelische Sicherheitsorgane und Zivilbevölkerung, zu verstärken.⁴²³ Den Oslo Frieden lehnte die Hamas radikal ab und intensivierte stattdessen ihre Terroranschläge, worauf der israelische Staat seinerseits mit der gezielten Tötung potenzieller Führungsköpfe der Hamas antwortete. Auch an Wahlen partizipierte sie zunächst nicht, behielt

⁴²¹ Vgl.: Mishal, Shaul und Avraham Sela: *The Palestinian Hamas. Visison, Violence and Coexistence*, New York 2000, S. 23 ff. (künftig: Mishal/Sela: *The Palestinian Hamas*); ferner: Legrain, Jean-Francois: *Hamas. Legitimate Heir of Palestinian Nationalism?* In: Esposito, John L. (Hrsg.): *Political Islam: Revolution, Radicalism or Reform?* London 1997, S. 159-178.

⁴²² Die ungekürzte englische Version findet sich u.a. in: Mishal/Sela: *The Palestinian Hamas*, S. 175-199.

⁴²³ Siehe dazu u.a.: Esposito, John L.: *Unholy War. Terror in the Name of Islam*, Oxford 2002 (künftig zitiert: Esposito: *Unholy War*); Heine, Peter: *Terror in Allahs Namen. Extremistische Kräfte im Islam*, Bonn 2004 (künftig zitiert: Heine: *Terror in Allahs Namen*); Wolffsohn, Michael: *Frieden jetzt? Nahost im Umbruch*, München 1994, S. 70 (künftig zitiert: Wolffsohn: *Frieden jetzt*).

sich aber eine grundsätzliche Teilnahme vor, welche die Hamas als streng islamisch geprägte Gruppe innerhalb des palästinensischen Widerstandes sogar bei den innerpalästinensischen Wahlen 2006 die Fatah letztlich überflügeln ließ und in die Regierungsverantwortung gebracht hat.

2.4. Auswirkungen der Religion auf den Palästinakonflikt

Die bisher gemachten Einlassungen zur Motivation der Konfliktparteien und der sie antreibenden ideologischen Konstrukte identifizieren immer wieder ein religiöses Moment, welches entweder Bestandteil der Gedankengebäude ist oder gar als Hauptantriebsfeder des Konfliktes gelten kann. So konstatiert Alexander Flores, dass die Perzeption der Geschehnisse und Antezedentien in weiten Bevölkerungsteilen „von religiösen Traditionen und Vorstellungen geprägt bzw. modifiziert“⁴²⁴ worden seien. Es ist nunmehr notwendig, dem Aspekt der Religion und ihren Auswirkungen auf den Palästinakonflikt gesondert und in Anlehnung an die vorher illustrierten Ergebnisse zum besseren Verständnis nachzuspüren. So ist das Verhältnis der Konfliktakteure zueinander unter religiösen Gesichtspunkten zu klären, sowie das Selbstverständnis der Konfliktakteure als betont geschlossene Religionsgemeinschaft und die Einstellung zur Frage der territorialen Ansprüche zu analysieren.

Prinzipiell teilen die Muslime die Religionen neben dem Islam in zwei Kategorien ein: Zum einen in die Anhänger von Naturreligionen oder polytheistischen Kulten, welche unbedingt bekehrt oder aber bekämpft werden müssten, und zum anderen in jene, die nach dem islamischen Recht als „Schutzbefohlene“ (Dhimmi) gelten. Der Terminus umschreibt den Status des Nicht-Muslim in der islamischen Gesellschaft, wobei nach überwiegender Meinung nur die so genannten „Schriftbesitzer“ (Ahl Al-Kitab), d.h. Juden und Christen durch ihre Zugehörigkeit zu monotheistischen Religionen basierend auf Offenbarungsschriften zu subsumieren sind.⁴²⁵ Als solche stehen ihnen zwar gewisse Rechte zu hinsichtlich des Schutzes ihres Eigentums und Lebens sowie der Kultusfreiheit, gleichzeitig sind sie aber zur Zahlung von Sonderabgaben

⁴²⁴ Flores, Alexander: Islam, Islamismus und Nationalismus im Palästinakonflikt, in: Klein, Uta und Dietrich Thränhardt (Hrsg.): Gewaltspirale ohne Ende? Konfliktstrukturen und Friedenschancen im Nahen Osten, Schwalbach/Ts 2002, S. 50 (künftig zitiert: Flores: Islamismus und Nationalismus).

⁴²⁵ Vgl.: Guth: Schriftbesitzer, S. 277 f.

III. Der Konflikt in Palästina

verpflichtet und genießen im Rechtsverkehr gegenüber Muslimen einen untergeordneten Status. Die Muslime sind ihrerseits Teil der ganzheitlichen islamischen Gesellschaft (Umma), welche innerhalb dieser Gemeinschaft abstrakt theoretisch keine Stammeszugehörigkeiten oder Nationalitäten anerkennt, da die muslimische Gemeinschaft in der klassisch-theologischen Sichtweise sich nicht nur als religiöse, sondern auch als soziale und politische Einheit begreift.⁴²⁶

Das konkrete Verhältnis des Islam zum Judentum ist durch Ambivalenz gekennzeichnet. Die Passagen des Koran aus der „mekkanischen“ Zeit des Propheten Muhammad nehmen heilsgeschichtlich starke Anleihen an den alttestamentlichen, ergo jüdischen Überlieferungen. Auch für die frühe „medinesische“ Phase der jungen muslimischen Religionsgemeinschaft kann eine positive Grundstimmung gegenüber den Juden konzediert werden, die sogar zunächst als Bündnispartner Muhammads historisch belegt sind und sich entsprechend auch im Koran wiederfinden lassen.⁴²⁷ Negative Asoziationen traten erst auf, nachdem sich die Juden Medinas weigerten, Muhammad neben der zugestandenen politischen Führungsrolle auch den Status eines religiösen Führers zu zubilligen:

„Sie unterminierte die ideologische Stoßkraft der medinesischen Gemeinde, auf die Muhammad im Sinne der Ausbreitung des Islam so großen Wert legte, und überdies entzog sie diesem Unternehmen bedeutende Ressourcen. Konsequenterweise bekämpfte Muhammad die jüdischen Stämme und entfernte sie einen nach dem anderen aus Medina, und zwar mit von Mal zu Mal gesteigerter Härte [...]. Dem lag allerdings kein theologischer, sondern ein realpolitischer Gegensatz zugrunde. Inhaltlich wird den Juden allenfalls vorgeworfen, die ihnen gegebene Offenbarung aus Eigensucht verfälscht zu haben.“⁴²⁸

Ferner einzubeziehen in den religiösen Kontext des Palästinakonfliktes ist der Status Jerusalems im Islam. Zu Beginn des Wirkens Muhammads war die erste Gebetsrichtung der Muslime auf Jerusalem ausgerichtet. Sie wurde erst später im Verlauf der bewussten Differenzierung von den Juden zu Gunsten Mekkas und in Anknüpfung an die Rolle des „Stammvaters“ Abraham aufgegeben. Neben dem Ort zahlreicher heilsgeschichtlicher Ereignisse wird Jerusalem explizit im Koran als Ziel der „nächtlichen Entrückung“ des Propheten genannt und wurde später in den Hadithen, welche Episoden aus dem Leben Muhammads erzählen, auch zu

⁴²⁶ Vgl.: Elger, Ralf: Umma, in: Ders. (Hrsg.): Kleines Islam Lexikon. Geschichte – Alltag – Kultur, Bonn 2003, S. 314 f.; ferner: Tibi, Bassam: Der wahre Imam. Der Islam von Mohammed bis zur Gegenwart, München 1997, S. 281.

⁴²⁷ Vgl.: Flores: Islamismus und Nationalismus, S. 53.

⁴²⁸ Ebd.

der Lokalität erhoben, von der aus Muhammad seine „Himmelsreise“ angetreten habe.⁴²⁹ Neben dieser religiösen Überhöhung galt „Al-Quds“, so der arabische Name Jerusalems, seit der erfolgreichen Rückeroberung der heiligen Stätten durch den muslimischen Feldherrn Saladin von den Kreuzfahrern zusätzlich als Sinnbild des muslimischen Widerstandsgeistes.

Die territoriale Frage ist aus islamisch-religiöser Sicht eine geradezu fundamentale. Der theologischen Doktrin gemäß ist es nicht zulässig, dass ein zuvor unter islamischer Regierung stehendes Gebiet, in dem die Gott gegebene Rechtsordnung der Scharia das öffentliche und private Leben determiniert und in dem mehrheitlich Muslime wohnen, zurück in den Herrschaftsbereich von Ungläubigen bzw. Nicht-Muslimen fällt. So teilt sich die Welt nach islamischer Auffassung in das „Haus des Islam“ (Dar Al-Islam) bzw. in das „Haus des Friedens“ (Dar Al-Salam) sowie das „Haus des Krieges“ (Dar Al-Arb).⁴³⁰ Zwar gibt es noch das Institut des „Haus des Vertrages“ (Dar Al-Ard), wo Muslime ungehindert ihren religiösen Pflichten nachkommen können, jedoch ist dies gekoppelt an den Minderheitenstatus der Muslime in einer nicht muslimischen Gesellschaft auf einem noch nie unter islamischer Herrschaft gestandenem Gebiet. Andernfalls sind die Muslime zum Djihad verpflichtet. Zwar heißt Djihad nicht wortwörtlich „heiliger Krieg“ sondern „Anstrengung“. Der Koran kennt daneben noch originär den „bewaffneten Kampf“ (Quital) sowie den „Aggressionskrieg“ (Idwan). Die „Anstrengung“ soll aber im Falle eines Angriffes oder gar der Okkupation eines muslimischen Territoriums mit den Mitteln des „Quital“ durchgeführt werden.⁴³¹

Auch die jüdische Religion misst Jerusalem und *dem* „Heiligen Land“ einen absoluten Stellenwert bei, da hier auf dem Berg Zion der erste von Salomon um 1000 vor Christus gebaute Tempel gestanden hat. Nach der mehrmaligen Zerstörung des Tempels, zuletzt durch die Römer im Jahre 70, blieb lediglich die Westmauer, auch als Klagemauer bekannt, erhalten, welche den zentralen Ort des

⁴²⁹ Vgl.: Flores. Islamismus und Nationalismus, S. 55 f.

⁴³⁰ Vgl.: Gothe, Karin: Leben mit der göttlichen Verfassung, in: SZ vom 09.10.2001; ferner: Tibi. Bassam: Krieg der Zivilisationen. Politik und Religion zwischen Vernunft und Fundamentalismus, 2. Aufl. München 1998, S. 194 f.

⁴³¹ Vgl.: Beaupin: Hamas und PLO, S. 77; siehe ferner zur Thematik: Hashimi, Sahail H.: Interpreting the Islamic Ethics of War and Peace, in: Nardin, Terry (Hrsg.): The Ethics of War and Peace. Religious and Secular Perspectives, Princeton 1996, S. 146 ff.

III. Der Konflikt in Palästina

religiösen Judentums darstellt.⁴³² Hier wird, so die Überzeugung frommer Juden, auch der von Gott gesandte Messias erscheinen, der den Tempel wieder aufbauen und die im Exil lebenden Juden im Land ihrer Väter versammeln wird. Zudem wird dem außerhalb der historischen Altstadt liegenden Ölberg nach jüdischer Vorstellung das Privileg zuteil, als der Ort ausgewählt zu sein, an dem am jüngsten Tag die Auferstehung der Toten ihren Anfang nehmen soll. Ebenso manifestiert sich die Historie des jüdischen Volkes rund um das Heilige Land als Dreh- und Angelpunkt, ist es ihm doch von Gott selbst als Besitz versprochen und unverbrüchlich zugesagt worden.⁴³³

Sowohl Moshe Zuckermann wie Sture Ahlberg machen darauf aufmerksam, dass innerhalb des Judentums differenzierende Betrachtungsweisen und Einstellungsmuster gegenüber dem Zionismus und der israelischen Staatsgründung anzutreffen sind, die in ihrer unterschiedlichen religiös-theologischen Positionsbestimmungen begründet liegen. Für die dem orthodoxen Spektrum zu zurechnenden Gläubigen stellt der Zionismus eine Abkehr von jüdischen Glaubenswahrheiten dar. Nicht der Mensch solle durch Politik oder militärischer Intervention den Staat Israel neu errichten, allein das Gebet und die strikte Befolgung der in Torah und Talmud niedergelegten religiösen Normen vermögen das Erscheinen des Messias, dem es allein obliege autogen das antike Königreich Israel wiederherzustellen, zu beschleunigen.⁴³⁴ Das national-religiöse Lager hingegen scheint mit den Ideen der doch überwiegend säkularen zionistischen Ideologie innerhalb der religiösen Kräfte des Judentums par distance am kompatibelsten,⁴³⁵ denn letzten Endes begreifen sie gemäß ihrer praeminillaristischen Auffassung die Konstituierung des Staates Israel 1948 sowie die zahlreichen gewonnenen Kriege mit den arabischen Nachbarstaaten in der Nachfolgezeit als Anfang der baldigen Ankunft des Messias:

„Dabei unterstellt ihre Interpretation der eschatologischen Ereignisse häufig, dass der Wiederaufbau des Tempels und die Besiedlung des Landes Israel (inklusive der

⁴³² Siehe auch: Ahlberg, Sture: Jerusalem/Al-Quds. The Holy City of War and Peace. A Comparative Study of Jewish, Christian and Muslim Ties to the Holy Mount and a Contribution to the Problem of Fundamentalism, Uppsala 1998 (künftig zitiert: Ahlberg: The Holy City); Wolffsohn, Michael: Wem gehört das Heilige Land? Die Wurzeln des Streites zwischen Juden und Arabern, 2. Aufl. München 1992.

⁴³³ Vgl.: Nieswandt, Reiner: Abrahams umkämpftes Erbe: Eine kontextuelle Studie zum modernen Konflikt von Juden, Christen und Muslimen um Israel/Palästina, Stuttgart 1998, S. 346 f.

⁴³⁴ Vgl.: Zuckermann: Zionistisches Selbstverständnis, S. 42 f.

⁴³⁵ Ebd.: S. 43.

III. Der Konflikt in Palästina

Westbank-Gebiete ‚Samaria und Judäa‘ dem Kommen des Messias *vorausgehen* soll; die Menschen hätten es damit selbst in der Hand, das Kommen des Erlösers herbeizuführen. Dies war die Ansicht des ersten jüdischen Rabbiners der britischen Mandatszeit, *Isaac Kook*, und die seines Sohnes *Zvi Yehuda*. Auch heute noch teilen sie große Teile der religiös-nationalistischen Siedlungsbewegung *Gush Emunim*, die nach dem Grundsatz ‚*The land of Israel to the people of Israel according to the Torah of Israel*‘ auch solche Gebiete im Westjordanland besiedeln wollen, die nach dem UN-Teilungsplan von 1947 eigentlich dem arabischen Staat zugefallen wären.“⁴³⁶

Es ist somit zu konstatieren, dass sowohl im Islam wie im Judentum theologische Begründungen und historische Strömungen zu finden sind, welche das Konfliktgeschehen religiös zu interpretieren suchen oder sich aber dazu eignen, theologische Dogmen zur sozialen Mobilisierung innerhalb der säkularen Kräfte einzusetzen und dies in besonderem Maße an den Stellen vollführen, wo religiöse und säkulare Intentionen in der praktischen Realpolitik interferieren und eine Parallelität der religiösen und politischen Postulate sowie Handlungsrahmen aufweisen.

⁴³⁶ Beaupin: Hamas und PLO, S. 55.

3. Das israelische Militär und seine Bedeutung für den Staat Israel

Die Rolle des israelischen Militärs innerhalb von Staat und Gesellschaft und sein Beitrag zu dem Konfliktgeschehen wird im nächsten Abschnitt skizziert. Zwei Aspekte stehen dabei im Mittelpunkt: Die Entwicklung der Streitkräfte Israels mit ihren Leitsätzen, ihrem Status und Stellenwert bei der Übernahme wichtiger Funktionen für das Gemeinwesen sowie ihre Aufgabe bei der Konstituierung einer betont jüdischen Identität des Staates bei gleichzeitigem Ausschluss der arabischen Bevölkerung.

3.1. Die „Israel Defence Forces“ (IDF) als militärischer und sozialer Akteur

Die *Israel Defence Forces* (IDF), die im Hebräischen kurz als *Zahal* abgekürzt werden,⁴³⁷ sind ein Produkt der israelischen Staatsgründung 1948.⁴³⁸ Ihre Aufstellung resultierte aus der erkannten Notwendigkeit zur Verteidigung der von den umliegenden arabischen Staaten bedrohten Souveränität Israels und seiner jüdischen Bevölkerung. Ihre unmittelbaren Vorläufer sind in den paramilitärischen Freiwilligeneinheiten der britischen Mandatszeit zu sehen, welche ihre Legitimation aus der Abwehr arabischer Übergriffe auf die zionistischen Siedlungsprojekte ableiteten bzw. mit zum Teil terroristischen Mitteln für eine Auflösung des britischen Mandats und damit für die Errichtung eines unabhängigen Staates kämpften.⁴³⁹ Nicht nur begründeten die paramilitärischen Vorläufer der IDF den Strang militärischer Tradition, sondern reflektierten ebenso die unterschiedlichen Strömungen der zionistischen Bewegung.

Die paramilitärischen Verbände als Vorläufer der Streitkräfte

Die größte und einflussreichste Gruppe unter den zionistischen Milizen stellte die 1920 gegründete Haganah dar.⁴⁴⁰ Ihre Gründung erfolgte heimlich, da die Autoritäten der Mandatsmacht anfänglich ein Verbot der Bewaffnung für die

⁴³⁷ Zahal ist das Akronym für „Zava Haganah le Israel“. Die deutsche Übersetzung lautet: Armee zur Verteidigung Israels.

⁴³⁸ Für eine geschichtliche Darstellung der IDF siehe bspw.: Van Crefeld, Martin: *The Sword and the Olive. A Critical History of the Israeli Defence Forces*, New York 1998.

⁴³⁹ Vgl.: Halpern: *Military in Israel*, S. 330.

⁴⁴⁰ Vgl.: Klein: *Militär in Israel*, S. 96; „Haganah“ ist das hebräische Wort für „Schutz“.

jüdische Bevölkerung erlassen hatte. Diese Politik wurde von britischer Seite erst während des arabischen Aufstandes im Palästina der Jahre 1936 – 1939 offiziell beendet. Nun stellten die Briten eine „Jüdische Siedlungspolizei“ auf, deren Bewaffnung und Besoldung von der Mandatsmacht ausging. Die „Jüdische Siedlungspolizei“ partizipierte an offensiven Militäroperationen gegen die arabische Bevölkerung und rekrutierte sich aus Mitgliedern der Haganah.⁴⁴¹ Damit veränderte sich auch die Taktik der jüdischen Untergrundorganisation weg von einer rein passiven Schutztruppe hin zu einer offensiv ausgerichteten Organisation zur Lösung des „arabischen Problems“. ⁴⁴² Uta Klein führt aus, dass diese Organisation sich seit ihrer Gründung nicht nur als Sicherheitsapparat verstand, sondern sich gleichzeitig als Reservoir einer politisch-zivilen Führung des zu konstituierenden Staates betrachtete.⁴⁴³ Ferner konzentrierte sich die Haganah darauf, illegale jüdische Einwanderer nach Palästina einzuschleusen. Auf diesem Feld betätigten sich auch die anderen mit der Haganah, die dem politischen Spektrum des Arbeiterzionismus nahe stand, konkurrierenden zionistischen Untergrundorganisationen. Während die „Irgun Zvai Leumi“, ⁴⁴⁴ die sich als eine Abspaltung der Haganah aufgrund der politischen Verbundenheit ihrer Anhänger mit den Ideen des revisionistischen Zionismus gerierte, mit der Taktik der Haganah während der Zeit des 2. Weltkrieges konform ging und sich lediglich auf den Schutz der jüdischen Bevölkerung und die Bekämpfung arabischer Milizen beschränkte, ging die dritte Gruppe der „Fighters for Freedom of Israel“ (FFI), die allgemein als „Stern-Bande“ bekannt war, zum aktiven Kampf gegen die britische Mandatsmacht über.⁴⁴⁵ Mit dem Ende des Krieges in Europa schlossen sich Haganah und Irgun diesem Kampf an. Mit der Bedrohung durch die Armeen der arabischen Nachbarn im Angesichte der Staatsgründung war jedoch eine Verschmelzung der Gruppen unter der Führung der Haganah unausweichlich. Nur sie war nach den Worten Ben Halperns durch Ausbildung, Anzahl und Equipment in der Lage, ein militärisches Gegengewicht zu bilden.⁴⁴⁶ Die Entstehung der IDF wie Israels in genere ist somit auf das engste verknüpft

⁴⁴¹ Vgl.: Klein: Militär in Israel, S. 97.

⁴⁴² Siehe dazu: Ben-Eliezer, Uri: In Uniform – Without a Uniform: Militarism as an Ideology in the Decade Preceding Statehood, in: Studies in Zionism 2/1988, S. 176.

⁴⁴³ Ebd.

⁴⁴⁴ Hebräisch für „Nationale Militärorganisation“.

⁴⁴⁵ Vgl.: Halpern: Military in Israel, S. 331f.

⁴⁴⁶ Ebd.: S. 338; siehe ferner: Ramati, Shaul: The Israel Defence Forces, Jerusalem 1958.

durch den Kampf um die Unabhängigkeit des jüdischen Staates. Die Geburtsstunde Zahals im Krieg ist für die Perzeption der Streitkräfte und ihre Rolle in der Gesellschaft von überragender Bedeutung⁴⁴⁷ und ist nach Moshe Zimmermann der historische Fixpunkt für das Selbstverständnis der Bevölkerung des modernen Israels bis zum heutigen Tag.⁴⁴⁸

Sicherheitspolitische Grundsätze des israelischen Militärs

Uta Klein analysiert drei Konditionen, die für die Ausbildung einer militärischen Doktrin bei der Etablierung Israels verantwortlich gewesen seien: Zunächst habe eine ständige Gefahr für das jüdische Gemeinwesen bestanden, da die arabischen Anrainerstaaten Israels in ihrer großen Mehrheit nicht bereit waren einen dauerhaften Frieden mit den Israelis zu schließen. Es erlangte vielmehr selbst an einem formellen Waffenstillstand. Ferner war der politischen wie militärischen Führung evident, dass durch die geographischen Prämissen eine strategische Tiefe nicht vorhanden war und man über keinerlei Rückzugsräumlichkeiten für den Fall einer Niederlage verfügte. Drittens und letztlich konnte der junge Staat nicht auf ausreichende finanzielle, materielle und personelle Ressourcen zurückgreifen.⁴⁴⁹ So erklärt sich der hohe Stellenwert der IDF, die in der Perzeptionswirklichkeit der israelischen Bürger der Garant für ihr eigenes Überleben in einer feindlichen Umgebung darstellen.⁴⁵⁰ In gleicher Weise macht es die sicherheitspolitische Schlussfolgerung deutlich, dass die „Allgemeine Wehrpflicht“ für Israel eine absolute Notwendigkeit ist wie der bis ins hohe Erwachsenenalter obligatorische Reservedienst.

Die sicherheitspolitischen Grundsätze der *Israel Defence Forces* leiten sich ab aus den zentralen Leitsätzen der jüdischen Nationalbewegung, welche diese im neuen Staat als *conditio sine qua non* implementierte und das Militär durch seinen originären Aufgabenbereich internalisierte: „Nie wieder wehrlos sein“ und „Es

⁴⁴⁷ Vgl.: Van Crefeld, Martin: Conscription Warfare: The Israeli Experience, in: Foerster, Roland G. (Hrsg.): Die Wehrpflicht. Entstehung, Erscheinungsformen und politisch-militärische Wirkung, München 1994, S. 228 f. (künftig zitiert: Van Crefeld: Conscription Warfare).

⁴⁴⁸ Vgl.: Zimmermann, Moshe: Militär, Militarismus und Zivilgesellschaft in Israel – eine europäische Erbschaft? In: Frevert, Ute (Hrsg.): Militär und Gesellschaft im 19. und 20. Jahrhundert, Stuttgart 1997, S. 345 f.

⁴⁴⁹ Vgl.: Klein: S. 123.

⁴⁵⁰ Vgl.: Van Crefeld: Conscription Warfare, S. 231.

gibt keine Wahl“.⁴⁵¹ Diese Grundsätze kulminieren in zahlreichen Operationen des israelischen Militärs und seiner „Sicherheitspolitik der Prävention“, die in ihrer Konsequenz in jüngster Zeit die politisch gewollte und gezielt durchgeführte Liquidierung von Führern der palästinensischen Paramilitärs, zumal der radikal-islamischen Hamas, ermöglicht hatte, die zwar international auf Proteste stieß, vom obersten israelischen Gericht aber als legitim sanktioniert wurde.⁴⁵²

Die zivile Komponente der IDF

Neben dem klassischen Aufgabenspektrum einer herkömmlichen Armee übernahm Zahal seit ihrer Entstehung zahlreiche direkte oder indirekte Aufgaben. Von Beginn an gehörte die Integration der jüdischen Immigranten zu einer Hauptfunktion. Durch den für jüdische Israelis verpflichtenden Dienst in den Streitkräften sollten die Einwanderer ohne Ansehen ihrer Herkunft, politischen Observanz oder Klassenzugehörigkeit zu israelischen Patrioten erzogen werden und sich ihrer Identität als Israelis bewusst werden.⁴⁵³ Es war die Intention der Regierung, gleichsam die Neuankömmlinge mit den Fundamentalprinzipien des Zionismus vertraut zu machen und diese in ihrem Sinne zu sozialisieren. Entsprechend hervorgehoben ist die Stellung der IDF im Bildungssektor des Staates:

„Zum einen wegen der pädagogischen Aspekte des Militär- und Reservedienstes selber, zum anderen führen die Streitkräfte Bildungsprogramme durch, die sich auch an die Zivilbevölkerung richten. Den Streitkräften wird seit ihrer Gründung eine entscheidende Funktion für die Ausprägung eines Nationalbewusstseins und für die Identifikation der Bevölkerung mit nationalen Zielen und Werten zugeschrieben. Sie sollen die verschiedenen gesellschaftlichen Gruppen zusammenbringen (Schmelztiegelaktion) und stellen auch heute noch [...] eine ‚Schule der Nation‘ dar. Staatsbürgerliche Erziehung wird in Israel als Beitrag für die gesamte Gesellschaft verstanden, das Militär wird als Hauptagent der Vermittlung angesehen.“⁴⁵⁴

So verwundern auch nicht die praemilitärischen Ausbildungsinhalte der offiziellen Curricula an israelischen Schulen oder die zahlreichen staatlichen Programme (Gadna), welche die Schülerinnen und Schüler auf ihren Wehrdienst

⁴⁵¹ Vgl.: Klein: Militär in Israel, S. 112 ff.

⁴⁵² Vgl.: Timm, Angelika: Gesellschaftsstrukturen und Entwicklungstrends, in: Informationen zur politischen Bildung: Israel, 278/2003, S. 31 (künftig zitiert: Timm: Gesellschaftsstrukturen Israel); siehe ferner: Focus-online: Gezielte Tötungen für rechtens erklärt, abgerufen am 17.06.2007 unter www.focus.de/politik/ausland/nahost/israel_nid_41065.html?drucken=1.

⁴⁵³ Vgl.: Klein: Militär in Israel, S. 124.

⁴⁵⁴ Ebd.: S. 190; siehe ferner: Eisenstadt, Shmuel N.: Die Transformation der israelischen Gesellschaft, Frankfurt a.M. 1992, S. 385.

vorbereiten.⁴⁵⁵ Der Umstand der Reservebereitschaft von 42 Tagen im Jahr für jüdische Israelis maximal bis zur Vollendung des 51. Lebensjahres manifestiert darüber hinaus eine „lebenslange Sozialisation“ durch Zahal.⁴⁵⁶

Nicht vergessen werden darf die enge Verknüpfung von Militär und Politik in der israelischen Gesellschaft. Die politische Klasse Israels, d.h. die Funktionsträger der Exekutive und Legislative sowie die kommunalen Spitzen der größeren Metropolen – unabhängig ihrer Zugehörigkeit zur Regierung oder Opposition – rekrutieren sich laut Eva Etzioni-Halevy in ihrer überwiegenden Zahl aus ranghohen Offizieren der IDF.⁴⁵⁷ Gleichermaßen gilt im Übrigen nicht weniger für den Teil der industriellen Elite, welcher den Rüstungsunternehmen vorsteht.⁴⁵⁸ Von den bisherigen 15 Stabschefs Zahals fanden zehn nach dem Ende ihrer militärischen Karriere ein neues Betätigungsfeld in der Politik, allein seit der Gründung Israels gab es in den wechselnden Kabinetten 121 Generale und für mehr als zwei Dekaden bekleideten die Staatspräsidenten den Dienstgrad eines Generals der Reserve.⁴⁵⁹

3.2. Die Rolle des Militärs für die Konstituierung der Identität Israels

Die Ausführungen zu den militärischen und zivilen Aufgaben exemplifizieren den enormen Stellenwert der IDF für Staat und Gesellschaft in Israel. Das Militär ist die maßgebliche Institution, welche die Idee des Zionismus als Hüter gegen ihre Feinde verteidigt und gleichzeitig als *der* Sozialisationsagent schlechthin die Bevölkerung sowie die Neuankömmlinge im Sinne der zionistischen Idee prägt. Dies ist nicht als historischer Zufall zu kategorisieren, sondern war vielmehr bei der Etablierung des Staates Israel der artikulierte politische Wille.⁴⁶⁰

Von einzigartigem Rang ist somit die Rolle des Militärs für die Konstituierung der Identität Israels. Die Wehrpflicht, welche ohne Alternative ist in Ermangelung

⁴⁵⁵ Siehe dazu u.a.: Azarya, Victor: Civil Education in the Israeli Armed Forces, in: Krausz, Ernest: Education in a comparative Context, New Brunswick 1989, S. 119 ff.

⁴⁵⁶ Vgl.: Klein: Militär in Israel, S. 234.

⁴⁵⁷ Siehe dazu: Etzioni-Halevy, Eva: Civil-Military Relations and Democracy. The Case of the Military Political Elites' Connection in Israel, in: Armed Forces and Society 3/1996, S. 401 ff.

⁴⁵⁸ Vgl.: Klein: Militär in Israel, S. 142 ff.; siehe ferner zum Themenkomplex: Peretz, Don und Doron Gideon: The Goverment and Politics of Israel, Colorado 1997, S. 160 f. sowie: Peri, Yoram: The First and Second Career of Israel Army Officers, in: Public Administration in Israel and Abroad 14/1973, S. 106 ff.

⁴⁵⁹ Vgl.: Klein: Militär in Israel, S. 146.

⁴⁶⁰ Vgl.: Ben Gurion, David: Israel. Geschichte eines Staates, Frankfurt a.M. 1973, S. 381 f.

III. Der Konflikt in Palästina

einer tatsächlichen Option der legalen Verweigerung, determiniert in Verbindung mit der Pflicht zum Reservedienst die Perceptionswirklichkeit der Bevölkerung von frühester Jugend bis ins hohe Erwachsenenalter hinein. Von absolut entscheidender Bedeutung mit Blick auf die Konstituierung einer israelischen Identität ist jedoch der Umstand, dass lediglich alle *jüdischen* Männer und Frauen der Wehrpflicht unterliegen. Von der arabischen Bevölkerung mit israelischer Staatsbürgerschaft sind lediglich drusische Männer wehrpflichtig, christliche Araber können fakultativ Wehrdienst leisten, machen von dieser Option aber gemeinhin keinerlei Gebrauch. Die muslimischen Palästinenser, die den Löwenanteil der arabischen Israelis ausmachen, unterliegen weder der Wehrpflicht noch ist es ihnen erlaubt auf freiwilliger Basis in den Streitkräften zu dienen.⁴⁶¹ Uta Klein konstatiert folgerichtig:

„Das Militär und der militärische Diskurs prägen die politische Kultur, die Sozialstruktur, die ökonomische Sphäre, die Symbole und Konzeption der Gesellschaft. [...] Das Militär gehört zum Alltag. Es sorgt für die Einigung des jüdischen Kollektivs, es symbolisiert und perpetuiert zur gleichen Zeit den Ausschluss der arabischen, der palästinensischen Israelis.“⁴⁶²

Daneben darf nicht vergessen werden, dass die IDF auch von vielen Arabern mit israelischer Staatsangehörigkeit aufgrund der historischen Kausalitäten und der geschichtlichen Frontstellung der Palästinenser gegenüber dem Zionismus, dessen augenscheinlichster Exponent Zahal ist, als Instrument der Okkupation aufgefasst wird. Moshe Zuckermann verweist darauf, dass neben der institutionalisierten Diskriminierung der arabischen Israelis innerhalb der IDF auch eine operationelle Ungleichbehandlung durch die Streitkräfte erfolgt. Während die Sicherheitsbehörden niemals auf zum Teil äußerst gewalttätige Versammlungen von orthodoxen Juden das Feuer eröffnet hätten, sei dies durchaus in der Vergangenheit bei Demonstrationen arabischer Israelis in israelischen Städten der Fall gewesen.⁴⁶³ Dies zeigt deutlich, dass sowohl vom Selbstverständnis als auch in der Praxis das israelische Militär sich als jüdisches Militär definiert und seinen Auftrag im Sinne der zionistischen Weltanschauung und Doktrinen wahrnimmt.

⁴⁶¹ Vgl.: Klein: Militär und Gesellschaft in Israel, S. 142.

⁴⁶² Klein: Militär in Israel, S. 19.

⁴⁶³ Vgl.: Zuckermann: Zionistisches Selbstverständnis, S. 35.

4. Die Suche nach Frieden

Final sollen nun noch der Friedensprozess bzw. die Anstrengungen zu einer friedlichen Lösung des Konflikts zwischen Israelis und Palästinensern skizziert werden. Im Umkehrschluss bedeutet dies, dass die Friedensbemühungen für die Gesamtregion des Nahen Osten nicht en détail dargestellt werden sollen und nur insoweit in die Ausführungen einbezogen werden, wie sie für die israelisch-palästinensischen Streitigkeiten unmittelbare Bedeutung haben. Frank Thomas gibt nicht unbegründet zu bedenken, dass angesichts der zahlreichen Rückschläge und der über weite Zeiträume vorhandenen Stagnation der Friedensbemühungen eher von einem bloßen „Verhandlungsprozess“ gesprochen werden könne denn von einem „Friedensprozess“, da letzterer Begriff lediglich die finalistische Ausrichtung der Anstrengungen umschreibe.⁴⁶⁴

4.1. Der Weg zu den Verträgen von Oslo

Mit dem Ende des Kalten Krieges und den grundlegenden Veränderung der einstigen Bipolarität der internationalen Beziehungen, die eine Aufteilung der Interessensphären und Stellvertreterkonflikte in der Region des Nahen Ostens durch die Großmächte USA und UdSSR gesehen hatte,⁴⁶⁵ war die Chance gekommen zu einer Neustrukturierung der Beziehungen der Konfliktakteure in der Region unter der massiven Einflussnahme der als einzige globalen Supermacht verbliebenen Vereinigten Staaten. War dies der ausschlaggebende externe Faktor, der die Verhandlungen zwischen Israelis und Palästinensern ermöglichen konnte, so ist als interner Faktor des israelischen-palästinensischen Konflikts die erste Intifada zu identifizieren, die Israel zum einen demonstrierte, dass die militärische Präsenz in den besetzten Gebieten mit hohen wirtschaftlichen und politischen Kosten verbunden war, und zum anderen deutlich machte, dass ein Setzen auf militärische Optionen allein nicht zu einer dauerhaften friedlichen Perspektive für den israelischen Staat und seine Gesellschaft führen würde.⁴⁶⁶

⁴⁶⁴ Vgl.: Thomas, Frank: Von Madrid bis Oslo II: Abkommen, Hemmnisse und Perspektiven des israelisch-palästinensischen Verhandlungsprozesses, in: Ibrahim, Ferhad und Abraham Ashkenasi (Hrsg.): Der Friedensprozess im Nahen Osten - Eine Revision, Münster 1997, S. 1 (künftig zitiert: Thomas: Von Madrid bis Oslo II).

⁴⁶⁵ Vgl.: Tibi, Bassam: Konfliktregion Naher Osten. Regionale Eigendynamik und Großmachtinteressen, München 1991, S. 203 f.

⁴⁶⁶ Vgl.: Thomas: Von Madrid bis Oslo II, S. 7.

III. Der Konflikt in Palästina

Nach den Erfahrungen des Krieges der USA und ihrer arabischen Verbündeten gegen den Irak sollte die Friedenskonferenz von Madrid, die vom 30. Oktober bis zum 2. November 1991 nach regem Einsatz der amerikanischen Diplomatie stattfand, zu einem umfassenden Engagement für eine friedliche Zukunft auch zwischen Israelis und Palästinensern sowie in der gesamten Region führen. Allerdings hatten die Palästinenser keine eigene Delegation nach Spanien entsenden können und waren Teil der jordanischen Gesandtschaft. Zunächst hatte Israel darauf bestanden, dass kein Angehöriger dieser jordanisch-palästinensischen Abordnung aus den besetzten Gebieten stammen durfte oder gar Mitglied der PLO war.⁴⁶⁷ Tatsächlich saß Arafat und die sich mit ihm im libyschen Exil befindliche Führung des palästinensischen Widerstands via moderner Kommunikationsmittel am Verhandlungstisch. Intention der Konferenz war es, einen dauerhaften Frieden auf der Grundlage der UN Resolutionen 242 und 338 zu schaffen, auf die sich alle Gesprächsteilnehmer einigten gemäß der darin enthaltenen Formel „Land für Frieden“.⁴⁶⁸ Die Palästinenser sollten in einer speziellen Phase des „interim self-government“ für einen begrenzten Zeitraum die Selbstverwaltung innerhalb der durch Israel besetzten Gebiete des Westjordanlandes und des Gazastreifens übernehmen. Diese Selbstverwaltung würde wiederum 36 Monate nach einer Übereinkunft von parallelen Gesprächen über einen permanenten Status flankiert werden.⁴⁶⁹

Dennoch blieb als besonderes Manko der Konferenz von Madrid die Frage, was genau unter „self-government“ zu verstehen sei, unbeantwortet, d.h. ob es sich um eine Selbstverwaltung auf kommunaler Ebene oder vielmehr um einen Schritt in die Richtung eines palästinensischen Staates handelte.⁴⁷⁰ Letztendlich war die Annäherung von Israelis und Palästinensern schnell tagespolitischer Ernüchterung gewichen, und die Phasen der Folgeverhandlungen des Zusammentreffens in Madrid brachten keine bedeutende Neuerung in den festgefahrenen Friedensprozess.

⁴⁶⁷ Vgl.: Herz: Palästina, S. 88.

⁴⁶⁸ Vgl.: Steiniger: Nahostkonflikt, S. 55.

⁴⁶⁹ Vgl.: Thomas: Von Madrid bis Oslo II, S. 8.

⁴⁷⁰ Vgl.: Schreiber, Friedrich und Michael Wolffsohn: Nahost. Geschichte und Struktur des Konflikts, 2. Auflage, Opladen 1989, S. 264 ff. (künftig zitiert: Schreiber/Wolffsohn: Nahost).

4.2. Die Osloer Verträge und ihre Folgen

Mit dem Wahlsieg der Arbeitspartei und der Übernahme der Amtsgeschäfte in Israel durch Jitzhak Rabin und Shimon Peres sowie der Stimmung innerhalb der israelischen Gesellschaft, die in ihrer Mehrheit deutlich für einen „Verhandlungsfrieden“ optierte,⁴⁷¹ wurden die Friedensbemühungen revitalisiert. Die neue israelische Regierung erkannte, dass nur die unmittelbare Verhandlung mit der palästinensischen Führung zu konstruktiven Ergebnissen führen konnte.⁴⁷² Auf Vermittlung der norwegischen Regierung fanden seit Ende 1992 schließlich in Oslo unter strengster Geheimhaltung Treffen zwischen hohen Funktionären des israelischen Staats wie der PLO statt.⁴⁷³ Die absolute Unkenntnis über die Verhandlungsvorgänge durch die politische und mediale Öffentlichkeit ermöglichte es den Delegationen, vertrauensbildende Maßnahmen zu schaffen und ohne einen Gesichtsverlust gegenüber dem jeweils eigenen Lager die anstehenden Problemfelder zu diskutieren. Mit der gemeinsamen Unterzeichnung der „Declaration of Principles on Interim Self-Goverment Arrangements“, kurz „DOP“ bzw. „Oslo I“ genannt, war letztlich am 13. September 1993 nicht nur ein ersehnter Wendepunkt und somit eine „historische Zäsur“⁴⁷⁴ im Verhältnis von Israelis und Palästinensern gelungen, sondern es manifestierten sich auch die Prämissen aller zukünftigen Verhandlungen zwischen den Konfliktparteien.⁴⁷⁵ Zudem ging eine offizielle Anerkennung beider Seiten als Verhandlungspartner einher mit der Absicht, sich politischer und nicht militärischer Mittel zur Konfliktlösung zu bedienen.

Sowohl die DOP als auch das später im Mai 1994 in Kairo als Schritt zur Implementierung der Prinzipienerklärung verabschiedete Dokument „Israel-PLO Agreement on the Gaza Strip and Jericho“ (Gaza-Jericho-Abkommen) beschreiten dabei inhaltlich den durch die Konferenz von Madrid vorgezeichneten Weg.

⁴⁷¹ Siehe dazu: Aggestam, Karin: Reframing and Resolving Conflict. Israeli-Palestinian Negotiations 1988-1998, Lund 1999, S. 165 (künftig zitiert: Aggestam: Reframing Conflict).

⁴⁷² Vgl.: Herz: Palästina, S. 88.

⁴⁷³ Siehe dazu: Halter, Marck und Eric Lauren: Unterhändler ohne Auftrag. Die geheime Vorgeschichte des Friedensabkommens zwischen Israel und der PLO, Frankfurt a.M. 1994; Corbin, Jane: Riskante Annäherung. Die Geheimverhandlungen zwischen den Israelis und der PLO in Norwegen, München 1994.

⁴⁷⁴ Vgl.: Balke, Fritz, Kulow, Karin und Heinz-Dieter Winter: Nahost – zwischen Oslo und heutiger Realität. Ein Beitrag zur Diskussion über das Für und Wider zwischen Israelis und Palästinensern, Berlin 1999, S. 12 (künftig zitiert: Balke/Kulow/Winter: Oslo und heutige Realität).

⁴⁷⁵ Vgl.: Thomas: Von Madrid bis Oslo II, S. 11.

III. Der Konflikt in Palästina

Frank Thomas charakterisiert entsprechend den Grundgehalt von Oslo I als das Fundament eines vielschichtigen und verwobenen Prozesses aus zahlreichen Verhandlungsphasen, das „weder formaljuristisch noch inhaltlich einen ‚Friedensvertrag‘“ darstellte.⁴⁷⁶ Die Prinzipienerklärung legt im Grunde nur den modus operandi einer zukünftigen palästinensischen Selbstverwaltung fest:

„Zunächst sollen in einem Zeitrahmen von maximal fünf Jahren exekutive und legislative Befugnisse im Gaza-Streifen und in Jericho, später dann in der gesamten Westbank, auf eine palästinensische Autonomieregierung (Palestinian Authority) und schließlich folgend auf ein frei zu wählendes palästinensisches Vertretungsorgan (Palestinian Council) übertragen werden. Gleichzeitig sollen die israelischen Besatzungstruppen umgruppiert werden. [...] Hier wird deutlich, dass die Territorien in Hinsicht auf strategische Interessen (Siedlungen, Militäreinrichtungen) weiterhin von israelischen Truppen kontrolliert bleiben. [...] Diese Ausklammerungen verdeutlichen den beschränkten Handlungsspielraum der angestrebten palästinensischen Selbstverwaltung: Israelische Bürger – also z.B. auch Bewohner von Siedlungen in den besetzten Gebieten – sollen nicht einer palästinensischen Jurisdiktion unterliegen.“⁴⁷⁷

Die Prinzipienerklärung schließt zudem verschiedene Streitpunkte von einer unmittelbaren Behandlung aus mit der Absicht, diese erst nach Ablauf der Interimperiode näher zu bestimmen. Dazu zählen u.a. die Problematik des finalen Status von Jerusalem sowie der jüdischen Siedlungen in den besetzten Territorien und der palästinensischen Flüchtlinge, aber auch allgemeine Sicherheitsbestimmungen und Grenzfragen. Speziell die Flüchtlings- und Sicherheitsproblematik in ihrer Manifestation im Gaza-Jericho Abkommen deutete die palästinensische Seite als Rückschlag im Vergleich zur Prinzipienerklärung von 1993 verbunden mit der Preisgabe vormals unverrückbarer historisch-ideologischer Standpunkte.⁴⁷⁸ So zementiert das Gaza-Jericho Abkommen in gewisser Weise die israelische Militärpräsenz in den okkupierten Palästinensergebieten samt des israelischen Besitzungsrechts, da sich Israel den Schutz der Siedlungen sowie der militärischen Installationen vertraglich – und somit von der palästinensischen Führung offiziell approbiert – selbst „auferlegt“ hat.⁴⁷⁹ Balke, Kulow und Winter unterstreichen, dass auf diese Weise die Siedlungsproblematik durch ihre enge Verknüpfung mit der

⁴⁷⁶ Thomas: Von Madrid bis Oslo II, S. 14.

⁴⁷⁷ Ebd.: S. 13.

⁴⁷⁸ Vgl.: Baumgarten, Helga: Das „Gaza-Jericho-Abkommen“. Eine Zwischenbilanz des Friedensprozesses im Nahen Osten, in: Aus Politik und Zeitgeschichte, B 11/95, S. 5 (künftig zitiert: Baumgarten: Gaza-Jericho-Abkommen); siehe ferner: Shehadeh, Raja: Questions of Jurisdiction. A legal Analysis of the Gaza-Jericho Agreement, in: Journal of Palestine Studies 92/1994.

⁴⁷⁹ Vgl.: Thomas: Von Madrid bis Oslo II, S. 16.

III. Der Konflikt in Palästina

israelischen Sicherheitspolitik zu einem „Kardinalproblem“ in den israelisch-palästinensischen Friedensbemühungen geworden ist.⁴⁸⁰

Der konzidierte „Mangel an territorialer Integrität“⁴⁸¹ wird nicht zuletzt offenkundig an dem am 28. September geschlossenem „Israeli-Palestinian Interim Agreement on the West Bank and the Gaza Strip“, kurz als „Oslo II“ bezeichnet, welches alle bis dato verabschiedeten Abkommen ersetzte und so das vorläufige Ende des mit der DOP gestarteten Verhandlungsprozesses zwischen Israelis und Palästinensern markierte. Kern von Oslo II ist die Präzisierung der palästinensischen Autonomie in Konnotation mit der Konstituierung einer demokratisch legitimierten palästinensischen Volksvertretung, der „Palestinian Authority“, mit Kompetenzen im Bereich von Legislative und Exekutive.⁴⁸²

Als folgenreich erwiesen sich jedoch die Ausführungen hinsichtlich der gebietsrechtlichen Bestimmungen:

„Das Westjordanland wurde in drei Zonen eingeteilt. Zur Zone A gehörten die künftig sechs autonomen Städte Nablus, Tulkarem, Kalkilia, Bethlehem, Ramallah und Jenin. Für Hebron als siebte Stadt sollte eine besondere Regelung getroffen werden. Die Zone B mit den Städten und Dörfern, in denen knapp 70 Prozent der palästinensischen Bevölkerung leben, wurde in eine Vielzahl von ‚Inseln‘ unterschiedlicher Größe aufgeteilt, die durch israelische Straßen voneinander getrennt und deren Grenzen nur an Kontrollstellen (Checkpoints) zu überqueren sind. Für das Gebiet waren eine palästinensische Zivil- und israelische Militärverwaltung vorgesehen. Die Zone C, die 70 Prozent der Westbank umfasst, ist kaum palästinensisch bevölkert, aber dafür mit jüdischen Siedlungen durchsetzt; hier behielt Israel allein die Zuständigkeit für Sicherheit und öffentliche Ordnung.“⁴⁸³

Diese Regelungen ließen bei den radikaleren Kräften des palästinensischen Widerstands wie der islamisch-fundamentalistischen Hamas den Eindruck entstehen, dass Arafats Politik sowie die von ihm geführte Autonomieregierung zu einem „verlängerten Arm“ der israelischen Besatzung geworden sei.⁴⁸⁴ Bemerkenswert erscheint, dass eine solche Sichtweise nicht nur innerhalb des religiösen Lagers der Palästinenser geteilt wird, welches traditionell der säkular geprägten palästinensischen National- und Befreiungsbewegung durch einen

⁴⁸⁰ Vgl.: Balke/Kulow/Winter: Oslo und heutige Realität, S. 19 ff.

⁴⁸¹ Vgl.: Thomas: Von Madrid bis Oslo II, S. 16.

⁴⁸² Siehe dazu: Gilhoff, Nikola und Christina Koch: Die *Palestinian Authority* (PA) im Spannungsfeld zwischen Autonomie und Staatswerdung, in: Ibrahim, Ferhad und Abraham Ashkenasi (Hrsg.): Der Friedensprozess im Nahen Osten - Eine Revision, Münster 1997, S. 122 ff. (künftig zitiert: Gilhoff/Koch: Palestinian Authority).

⁴⁸³ Krautkrämer: Konflikt, S. 9.

⁴⁸⁴ Vgl.: Thomas: Von Madrid bis Oslo II, S. 19.

ideologischen Antagonismus skeptisch und ablehnend gegenüberstand,⁴⁸⁵ sondern unter anderen Gesichtspunkten auch von westlichen Wissenschaftlern wie dem amerikanischen Soziologen Noam Chomsky artikuliert wird, für den diese Entwicklungen auf eine neue „israelische Kolonialpolitik“ in den besetzten Gebieten hinweist.⁴⁸⁶ Zahlreiche Korruptionsvorwürfe gegenüber Arafat und den Granden der PLO gemischt mit den defizitären demokratischen Strukturen der palästinensischen Autonomiebehörde, die Helga Baumgarten konstatiert,⁴⁸⁷ trugen gleichermaßen zu einer Hypothek für den Friedensprozess bei wie auch das Verhalten der 1996 ins Amt gewählten konservativen israelischen Regierung Netanjahu.

4.3. Das Scheitern des Friedensprozesses

Für die israelische Administration unter der Regie Benjamin Netanjahus rückten die Sicherheitsinteressen in den zentralen Fokus der Politik, welche zunehmend als Vorwand zur Konterkarierung des Friedensprozesses dienten. Die bisweilen unklar und schwammig definierten Bestimmungen des Interimabkommens, das zahlreiche weitere Verhandlungsetappen für verschiedene strittige Punkte im israelisch-palästinensischen Dialog vorsah, erlaubte diese Art von Obstruktionspolitik innerhalb formal-juristischer Grenzen. Gestützt wurde die israelische Position durch die brutalen Anschläge radikaler palästinensischer Gruppen, die danach trachteten mit blander Gewalt und Terror den Verhandlungsprozess zum Erliegen zu bringen.⁴⁸⁸

Auch das im Herbst 1998 unterzeichnete „Wye-River-Abkommen“, das hauptsächlich dazu bestimmt war das Vertrauen der Verhandlungsparteien ineinander wiederherzustellen und durch politisch forcierte Gesten zu stärken,⁴⁸⁹ brachte keinen neuen Schwung. Während die Palästinenserführung den

⁴⁸⁵ Siehe dazu Punkt III. 2.4. der vorliegenden Arbeit.

⁴⁸⁶ Vgl.: Chomsky, Noam: The standard colonial pattern, in: Race and Class, 2/1995, S. 96; die Gegenposition, welche im Verlauf der Arbeit noch thematisiert wird, ist u.a. zu finden bei: Gelber, Yoav: Ist Frieden zwischen Israelis und Palästinensern möglich? In: Aus Politik und Zeitgeschichte, B20/2004, S. 15 f. (künftig zitiert: Gelber: Ist Frieden möglich?).

⁴⁸⁷ Vgl.: Baumgarten, Helga: Das Projekt eines palästinensischen Staates zwischen Demokratie und autoritärer Herrschaft, in: Klein, Uta und Dietrich Thränhardt (Hrsg.): Gewaltspirale ohne Ende? Konfliktstrukturen und Friedenschancen im Nahen Osten, Schwalbach/Ts. 2002, S. 104 ff. (Baumgarten: Projekt eines palästinensischen Staates).

⁴⁸⁸ Vgl.: Aggestam: Reframing Conflict, S. 199.

⁴⁸⁹ Vgl.: Herz: Palästina, S. 95.

III. Der Konflikt in Palästina

israelischen Autoritäten vorwarf, sich nicht an die geschlossenen Verträge - mehr an die von ihr antizipierten Inhalte der Abmachungen – zu halten, beschuldigte die Regierung Netanjahu Arafat und die palästinensische Autonomiebehörde nicht nur einer fehlenden Bereitschaft sich den terroristischen Aktivitäten der Hamas oder des Islamischen Jihad entschieden genug entgegenzustellen, sondern darüber hinaus den Terror gewähren zu lassen als Druckmittel während der Verhandlungen, um so der israelischen Gesellschaft das Szenario im Falle eines Scheiterns des Friedensprozesses ständig zu vergegenwärtigen und der israelischen Seite weit reichende Konzessionen abzuringen.⁴⁹⁰ Auch das in Ägypten unterzeichnete „Sharm el-Sheik Protokoll“ zwischen Arafat und Netanjahus Nachfolger als israelischem Ministerpräsidenten, Ehud Barak, vermochte keine effiziente Wiederbelebung des Friedensprozesses zu vollführen, aller Anstrengungen der US-amerikanischen Regierung unter Präsident Clinton zum Trotz,⁴⁹¹ so dass auch die „finalen“ Verhandlungen in Camp David im Juli 2000, die angedacht waren, endgültig alle noch ausgesparten Problemstellungen zu lösen, letztlich scheiterten.⁴⁹²

In dieser Phase der Frustration begann im September des gleichen Jahres die zweite Intifada, die abermals heftigste gewaltsame Auseinandersetzungen zwischen Israelis und Palästinensern sah. Ausgerechnet Ariel Scharon, der aus palästinensischer Sicht mit seinem provokantem Besuch auf dem Tempelberg zum Ausbruch der Unruhen beigetragen hatte, sollte kurze Zeit später im Amt des israelischen Ministerpräsidenten mit seinem Kontrahenten Arafat die militärische Eskalation suchen, indem er 2001 den Amtsitz der Palästinenserführung in Ramallah von Panzern angreifen ließ und die Dienstgebäude der Autonomiebehörde von der israelischen Luftwaffe zerstören ließ.

Arafat wurde jedoch nicht nur von israelischer Seite als Haupthindernis für eine friedliche Lösung gesehen, sondern auch zunehmend von den Vereinigten Staaten, die Arafat nicht länger als Gesprächspartner akzeptieren wollten.

So begannen erneute Verhandlungen zwischen den Konfliktparteien im Frühjahr 2003 erst mit der Ernennung Mahmud Abbas zum Ministerpräsidenten, welcher auf israelischer wie amerikanischer Seite als Gesprächspartner auf Akzeptanz

⁴⁹⁰ Vgl.: Aggestam: Reframing Conflict, S. 199 f.

⁴⁹¹ Vgl.: Krautkrämer: Konflikt, S. 10.

⁴⁹² Ebd.

III. Der Konflikt in Palästina

traf.⁴⁹³ Als Verhandlungsgrundlage fungierte die so genannte „Roadmap“, welche von den Vereinigten Staaten, der Europäischen Union, Russland und den UN Ende 2002 erarbeitet wurde und die Etablierung eines palästinensischen Staates in drei Schritten bis 2005 vorsah.

Heftig gestört wurden die Friedensanstrengungen durch interne Auseinandersetzungen innerhalb der Führung der PLO, welche erst mit dem Tod Arafats im Jahr 2004 endeten sowie durch den massiven internationalen Protest gegen die Errichtung einer betonierten Sperr- und Sicherheitsanlage durch Israel rund um die palästinensischen Territorien, die teilweise mitten durch Palästinensergebiet verläuft und nicht selten arabische Einwohner von ihrem Besitz oder der Außenwelt isoliert.⁴⁹⁴ Eine weitere Verhandlungs runde in Genf Ende des Jahres 2003 zur vertraglichen Konkretisierung der „Zwei-Staatenlösung“ scheiterte an Querelen innerhalb der Regierung Sharon.⁴⁹⁵ Vollends zum Erliegen kam der Friedensprozess im Nahen Osten jedoch mit dem überraschenden Wahlsieg der islamistischen Hamas bei den Wahlen zum palästinensischen Parlament im Januar 2006.⁴⁹⁶ Der Erfolg der Hamas, welche die Existenz Israels ablehnt und bekämpft, ging insbesondere zu Lasten der vergleichsweise moderaten Kräfte der säkular-nationalistischen Fatah. Mit ihrer radikalen Haltung provozierte die Hamas gleichermaßen einen Gesprächsabbruch mit Israel wie auch ein Zurückfahren des – insbesondere finanziellen – Engagements der Europäer im Palästinakonflikt. Die zaghafte Hoffnung, dass die durch demokratische Wahlen hervorgegangene neue Palästinenserführung um Hamas Ministerpräsident Hanija sich nach ihrer Amtsübernahme durch den Zwang der realpolitischen Verhältnisse mäßigen würde, wurde schnell enttäuscht.⁴⁹⁷ Nach der Verschleppung von Angehörigen der israelischen Streitkräfte durch bewaffnete Kämpfer der Hamas im Gaza-Streifen nur wenige Monate später, reagierte Israel mit groß angelegten Militäroperationen und

⁴⁹³ Vgl.: Krautkrämer: Konflikt, S. 11.

⁴⁹⁴ Siehe dazu: Zuckermann, Moshe: Eine Mauer wird errichtet, in: Aus Politik und Zeitgeschichte, B 35/2002, S. 25 ff.

⁴⁹⁵ Vgl.: Krautkrämer: Konflikt, S. 12.

⁴⁹⁶ Siehe dazu: Schmitz, Thorsten: Hamas-Sieg schürt Ängste im Nahen Osten, in: Süddeutsche Zeitung vom 27. Januar 2006, S. 1 (künftig zitiert: Schmitz: Hamas Sieg).

⁴⁹⁷ Siehe dazu.: Joffe, Josef: Terroristen im Parlament. Stell dir vor, es ist Demokratie, und in Palästina kommen die Falschen an die Macht, in: Die Zeit vom 2. Februar 2006, S.1 (künftig zitiert: Joffe: Terroristen im Parlament).

III. Der Konflikt in Palästina

marschierte erneut in Gaza ein.⁴⁹⁸ Nach dem Abflauen der gewaltsamen Auseinandersetzungen vermochten auch die Bemühungen innerhalb des palästinensischen Lagers durch die Konstituierung einer Regierung der „nationalen Einheit“, bestehend aus der Hamas um den palästinensischen Ministerpräsidenten Hanija und dem der Fatah angehörenden Palästinenserpräsidenten Abbas, keinen neuen Impuls für Friedensverhandlungen einzuleiten. Aufgrund der innerpalästinensischen Streitigkeiten, welche im Juni 2007 zu bürgerkriegsähnlichen Bildern auf den Straßen Gazas und der Westbank zwischen bewaffneten Einheiten der Hamas auf der einen Seite und den Milizen der Fatah auf der anderen führten, sind die Auswirkungen auf die Gesamtsituation noch nicht völlig abzusehen.

⁴⁹⁸ Siehe dazu: Avenarius, Thomas: Kurzer Weg ins Verderben, in: Süddeutsche Zeitung vom 30. Juni 2006, S. 5.

IV. Komparative Analyse der Konflikte

Nach dem Abschluss der Fallstudienteile erfolgt in den folgenden Kapiteln die vergleichende Studie zu den Konflikten in Palästina und Nordirland. Die komparative Analyse wird analog zum Aufbau der beiden Fallstudien ausgewählte Problem- und Themenfelder diskutieren. Zu Beginn stehen der Nationalismus, seine Exponenten und Ausformungen, als Antriebsfeder im Sinne eines ethnischen Radikalismus der Auseinandersetzung im Heiligen Land wie auf der Grünen Insel im Mittelpunkt. Unmittelbar daran anknüpfen wird sich die Fragestellung, welche Auswirkungen und Funktionen der Religion bzw. den konkretisierten religiösen Ideologien innerhalb der Konflikte beikommen. Abschließend sollen die Konfliktregulierungsversuche zur Lösung des Israel/Palästinakonfliktes und der nordirischen „Troubles“ erörtert werden. Von Interesse ist hier die Thematisierung des Umstandes, dass für Nordirland ein erfolgreicher Friedensprozess verbucht werden kann, wohingegen der Verhandlungsprozess im Palästinakonflikt im besten Falle als stagnierend, nicht weniger berechtigt und als gescheitert klassifiziert werden darf.

1. Der Nationalismus in Israel/Palästina und Nordirland als ethnischer Radikalismus

Die Fallstudien haben evident werden lassen, dass nationalistische Konzeptionen und Ideologien der miteinander in gewaltsamen Konflikten verstrickten Ethnien ein zentrales Merkmal der Auseinandersetzungen in Palästina und Nordirland in Vergangenheit und Gegenwart darstellen. Die historische Genese der nationalistischen Bewegungen muss somit am Anfang der vergleichenden Analyse stehen. Untersucht werden sollen ebenso die Ideologien und politischen Strategien der Akteure, ihre Einstellungs- und Verhaltenmuster zu den Themenkomplexen von Territorialität sowie staatlicher Autorität und Legitimität.

1.1. Die historischen Motivationsfaktoren der nationalistischen Bewegungen

Die Genese der nationalistischen Strömungen und ihrer Exponenten lässt einige Parallelen erkennen. Zugleich werden aber trotz zum Teil chronologischer Parallelität der Konfliktverläufe auch Unterschiede an der Oberfläche deutlich,

welche sich u.a. im Grad der Organisationsform der nationalistischen Bewegungen ausdrücken.

Angesichts der historischen Situationen wird evident, dass zwei zentrale Motivationsfaktoren den nationalistischen Protagonisten in beiden Konflikten gemein sind und eine kausale Verknüpfung im Laufe des Konfliktgeschehens erfahren haben: Der Aspekt der „*existenziellen Gefahr*“ und damit das Postulat der „*Verteidigung*“. Dem Gedanken der Verteidigung ist nach Franz Valandro stets die Perzeption eines äußeren Drucks auf die eigene Ethnie immanent, welcher in der politisch-kulturellen wie sozioökonomischen Sphäre als grundsätzliche Bedrohung oder als reale Diskriminierung erlebt wird.⁴⁹⁹

Politisch-kultureller Aspekt und soziale wie wirtschaftliche Stellung der betreffenden ethnischen Gemeinschaften haben entsprechend zur ideologischen Formierung einer Reaktion auf den wahrgenommenen Außendruck geführt. So stand an der Wiege des irisch-katholischen Nationalismus die tatsächliche Unterdrückung der Ethnie durch die britischen Besatzer seit der Mitte des 17. Jahrhunderts, die mittels der Enteignung katholischen Grundbesitzes und der Ansiedlungspolitik protestantischer Kolonisten intendierten, ihre Machtansprüche auszubauen und gegenüber möglichen Rebellionen zu schützen.⁵⁰⁰ Der Landkonflikt, der den Streit um sozioökonomische Ressourcen versinnbildlicht, interferierte von da an mit der um einen religiösen Einschlag ergänzten politisch-kulturellen Ebene in der irischen Geschichte, da sich im Zuge der wirtschaftlichen Umverteilung nun eine britisch-protestantische Oberschicht und eine irisch-katholische Unterschicht konstituierte. Dieser Prozess gipfelte historisch gesehen in der völligen sozialen und politischen Entrechtung der Katholiken durch die Penal- und Propertylaws⁵⁰¹ und zog sich aus Sicht der katholischen Nordiren bis in die zweite Hälfte des 20. Jahrhunderts angesichts der Ungleichbehandlungen beim Wahlrecht fort.⁵⁰² Nach ähnlichem Muster verlief auch der Beginn des arabisch-palästinensischen und israelisch-jüdischen Antagonismus. Wie im Casus Irland veränderte sich exempli causa die ökonomische Situation der Araber bezüglich der Frage des Grundbesitzes negativ zu Gunsten der ansteigenden

⁴⁹⁹ Vgl.: Valandro: Baskenland und Nordirland, S. 108.

⁵⁰⁰ Vgl.: Elvert, Jürgen: Geschichte Irlands, München 1999, S. 163 ff. (künftig zitiert: Elvert: Geschichte Irlands).

⁵⁰¹ Vgl.: Kandel: Nordirlandkonflikt, S. 42.

⁵⁰² Vgl.: Valandro: Baskenland und Nordirland, S. 108.

Landkäufe der zionistischen Kolonisten während der britischen Mandatszeit in Palästina, welche durch den erklärten Willen der britischen Regierung zur Schaffung einer nationalen Heimstätte der Juden und die Verabschiedung der Landgesetze 1920 begünstigt wurden. Als Gegenbewegung formierte sich eine arabisch-palästinensische Nationalbewegung, die beabsichtigte, sich gegen die zunehmende Verdrängung aus Wirtschaft und Politik durch das zionistische Projekt zur Wehr zu setzen und die Interessen der autochthonen Bevölkerung zu verteidigen.

Es ist jedoch zu unterstreichen, dass die von den Akteuren perzipierte politisch-kulturelle und sozioökonomische Diskriminierung nicht allein für die ethnischen Minderheiten der katholischen Nordiren sowie der (mehrheitlich) muslimischen Palästinenser gilt, sondern auch als Paten des Zionismus als jüdischem Nationalismus sowie der unionistischen Bewegung der nordirischen Protestanten fungierten. Gleichwohl einem anderen modus operandi folgend, internalisierten Zionismus und Unionismus nicht weniger das „Konzept der Verteidigung“. So analysiert Peter Waldmann treffend die paradoxe Situation, dass sich in Nordirland danach „zwei Verteidiger“ in den Lagern des katholischen und protestantischen Nationalismus trotz der geschichtlich erwiesenen Prädomination des Unionismus gegenüberstehen.⁵⁰³ Die bei der historischen Genese des Nordirlandkonfliktes zu Tage getretenen psychologischen Urängste des unionistischen Lagers, die in der Furcht vor wirtschaftlicher, rechtlicher und religiöser Benachteiligung im Falle einer irischen Einheit unter demographischer katholischer Dominanz kulminieren,⁵⁰⁴ haben so auch den Unionismus im Sinne einer Doktrin des „We must defend ourselves“ nachhaltig determiniert und sich im kollektiven Bewusstsein der Protestanten niedergeschlagen. Der Zionismus ist nicht weniger von der Vorstellung der Verteidigung der jüdischen Interessen und der jüdischer Identität geprägt. Wesensmerkmal des Zionismus ist von Beginn an die Verneinung der Diaspora. Aus Sicht der jüdischen Nationalbewegung war die Situation der über zahlreiche Länder und Kontinente verteilten Juden gekennzeichnet von Abhängigkeit und einem Zustand des Ausgeliefertseins.⁵⁰⁵ Bestärkt wurden die ersten zionistischen Denker in ihrer Auffassung durch das

⁵⁰³ Vgl.: Waldmann: Ethnischer Radikalismus, S. 153.

⁵⁰⁴ Vgl.: Kandel: Nordirlandkonflikt, S. 55 ff.

⁵⁰⁵ Vgl.: Brenner: Geschichte Zionismus, S. 72.

Faktum von Jahrhunderten der politischen Diskriminierung bis zur Bedrohung der physischen Existenz der jüdischen Gemeinschaften, die zuletzt ihren verabscheuungswürdigen Höhepunkt im nationalsozialistischen Völkermord gefunden hatte.⁵⁰⁶ Die Doktrin der Verteidigung konkretisierte sich für den Zionismus im Palästina der britischen Mandatszeit durch die häufigen gewaltsamen Zusammenstöße mit den arabischen Einwohnern wie der Mandatsmacht selbst und des Überlebenskampfes des israelischen Staates nach seiner Proklamation.

Festzuhalten bleibt, dass die Perzeption einer existenziellen Gefahr der eigenen Ethnie für die kulturelle Identität, die politische Partizipation und die ökonomische Situation allen vier Nationalismen immanent ist. Unterstützt wird diese Aussage durch Thomas Hylland-Eriksen. Er führt aus, dass die soziale Identität einer Ethnie im Moment ihrer wahrgenommenen höchsten Bedrohung ihre herausragende Bedeutung erfährt. Als Faktoren jener perzipierten Gefahr identifiziert Hylland-Eriksen *cum grano salis* Veränderungen bedingt durch Migration, Prozesse des wirtschaftlichen Wandels in genere sowie die Integration oder Exklusion in größere politische Systeme.⁵⁰⁷ Der Aspekt der „existenziellen Gefahr“ trägt dabei für die Fälle des Palästina- und Nordirlandkonfliktes zur maßgeblichen Akzeptanz hinsichtlich des Gebrauchs gewaltsamer Mittel „zur Verteidigung der ethnischen Interessen und der ethnischen Identitäten“⁵⁰⁸ bei. Die Formierung gewaltsamer Widerstandsorganisationen lässt sich in beiden Konflikten, wenn auch zu verschiedenen Zeitpunkten, entlang dieser Muster ablesen. Die IRA als Vertreter des irisch-katholischen Nationalismus gewann innerhalb ihrer eigenen ethnischen Bezugsgruppe erst wieder an Reputation im modernen Nordirlandkonflikt im Angesicht der gewaltsamen Überfälle radikaler Loyalisten um 1969. Die erstmalige groß angelegte Formierung loyalistischer Freiwilligenmilizen in Form der UVF ist im Zuge der Home-Rule-Bewegung am Vorabend des ersten Weltkrieges im Kontext des tradierten anglo-irischen Konfliktes zu beobachten. Die spätere Gründung der UDA 1972 kann danach als Antwort des loyalistischen Lagers auf das Erstarken der IRA in Nordirland gewertet werden. Die Entstehung der Haganah in Palästina 1920 resultierte aus

⁵⁰⁶ Vgl.: Klein: Militär in Israel, S. 115.

⁵⁰⁷ Vgl.: Hylland-Eriksen: Ethnicity and Nationalism, S. 68.

⁵⁰⁸ Valandro: Baskenland und Nordirland, S. 109 f..

der Angst der Wehrlosigkeit vor arabischen Übergriffen auf jüdische Siedlungen, zumal die Briten den Zionisten offiziell eine Bewaffnung verboten hatten. Ihre eigentliche operationelle Tätigkeit und ihren militärischen Ausbau nahm die Haganah letztlich während des arabischen Aufstandes von 1936 vor.⁵⁰⁹ Auf palästinensischer Seite ist 1930 die clandestine Aufstellung bewaffneter Verbände als Reaktion der zunehmenden jüdischen Immigration belegt.⁵¹⁰ Herausstechend ist auch die Selbstwahrnehmung der paramilitärischen Akteure (nicht weniger der staatlichen Sicherheitsbehörden) mit Blick auf die nominelle Selbstbezeichnung eines Großteils der „Defensiv-Organisationen“, bedenkt man, dass Haganah das hebräische für Wort „Schutz“ ist und die UDA das englische Wort „Defence“ im Namen trägt. Die radikal-islamische Hamas ihrerseits bezeichnet sich ihrem Akronym nach als „Widerstandsbewegung“. Widerstand heißt im Grunde nichts anderes als Verteidigung gegen etwas oder jemanden.

Der Aspekt der Verteidigung illustriert so augenscheinlich ein klassisches Diktum des Nationalismus, das ethnische Identität an dem „in-group/out-group“ Phänomen mit der klassischen Dichotomie des „wir“ und „die anderen“ konstruiert.⁵¹¹

1.2. Entwicklung nationalistischer Konzeptionen im Vergleich

Anhand der Erkenntnisse der Fallstudien drängt sich die Frage auf, inwieweit die politisch-ideellen Vorstellungen der sich zueinander in diametraler Frontstellung befindenden Nationalismen in den Konfliktregionen Palästina und Nordirland in ihrer Struktur und Ausgestaltung ähneln.

Zentrales Anliegen der an den Konflikten partizipierenden Nationalbewegungen ist durchweg das Postulat nach politischer Unabhängigkeit und staatlicher Souveränität für die eigene ethnische Gemeinschaft.⁵¹² Diese Forderung bildet als conditio sine qua non zugleich den politischen Handlungskompass der Exponenten, welche aber diese unweigerlich mit den konkurrierenden Akteuren

⁵⁰⁹ Vgl.: Klein: Militär in Israel, S. 97.

⁵¹⁰ Vgl.: Flores: Palästinensische Nationalbewegung, S. 111; siehe ferner dazu: Sayigh, Yezid: Armed Struggle and the Search for State: The Palestinian Movement 1949-1993, Oxford 1993.

⁵¹¹ Vgl.: Lindholm Schulz, Helena: The reconstruction of Palestinian nationalism. Between revolution and statehood, Manchester 1999, S. 14 (künftig zitiert: Lindholm Schulz: Palestinian nationalism).

⁵¹² Vgl.: Waldmann: Ethnischer Radikalismus, S .154.

auf differenzierenden Ebenen in Konflikt gebracht hat.⁵¹³ Peter Waldmann konzidiert, dass es sich im Falle Nordirlands als staatlichem Gebilde - bedenkt man seine vergleichsweise autonome Stellung seit seiner Gründung im Jahr 1922 bis zur Einführung des „Direct-Rule“ durch London nach Ausbruch der Troubles – per se im klassischen Sinne nicht um eine Nation handelte, da auf seinem Territorium zwei Ethnien beheimatet sind, die bezüglich der Kriterien von Abstammung, Historie, politischer Werthaltung und Religionszugehörigkeit sowie in ihrem Selbstverständnis divergieren.⁵¹⁴ Gleichermaßen kann auch über Israel ausgesagt werden, leben doch hier ebenfalls innerhalb eines staatlichen Territoriums zwei Bevölkerungsgruppen, die sich im Blick auf die genannten Kriterien Waldmanns voneinander unterscheiden. Ferner kann konstatiert werden, dass beide Konflikte historische Folgen eines „geglückten“ Kolonialisierungsprojektes sind, welches schließlich mit Waffengewalt behauptet worden ist.

Geschichtliche Entwicklungsstränge der vier Nationalismen

Der im 19. Jahrhundert aufkeimende Nationalismus der irischen Katholiken kann als Reaktion auf das Spannungsverhältnis mit der britisch-protestantischen Oberschicht, das in der Folge der „Plantation“ an Kontur gewann, verstanden werden.⁵¹⁵ Ideologisch betrachtet war die irische Nationalbewegung wie alle modernen Formen des Nationalismus, deren Ursprung am Ende des 18. Jahrhunderts liegen, beeinflusst von der Idee, dass eine Nation auf einem kulturalistischen und einem subjektivistischen Verständnis beruhe.⁵¹⁶ Sichtbarstes Zeichen der gemeinsamen ethnischen Identität war neben gälischer Abstammung, Tradition und Sprache die Zugehörigkeit zur katholischen Kirche. Prämissen für die Ausbildung eines Nationenverständnisses war das Gefühl der irischen Katholiken, eine eigene Ethnie zu sein. Dieses wurde begünstigt durch die Dynamik des Abgrenzungsprozesses gegenüber der englischen Besatzungsmacht und der als politische Hilfstruppe der Krone verstandenen protestantischen

⁵¹³ Vgl.: Cristal, Moty: Das Unvorhersehbare vorhersagen: Der künftige Weg des israelisch-palästinensischen Systems, in: Aus Politik und Zeitgeschichte B 20/2004, S. 22 (künftig zitiert: Cristal: Der künftige Weg).

⁵¹⁴ Vgl.: Waldmann: Ethnischer Radikalismus, S. 38.

⁵¹⁵ Vgl.: Kandel: Nordirlandkonflikt, S. 42 f.

⁵¹⁶ Ebd.

Oberschicht. Zu erinnern ist, dass historisch gesehen die Iren vor dem britischen Okkupations-Engagement in zahlreiche gälische Clans zersplittet waren. Das Bewusstsein der katholischen Bevölkerung Angehörige einer irischen Nation zu sein, entwickelte sich aus diesem Antagonismus heraus und hatte so als sicherstes Identifikationsmerkmal der ethnischen Zugehörigkeit die konfessionelle Komponente.⁵¹⁷

Der Nationalismus der Palästinenser ist - wie schon dargestellt - in seinen Anfängen als Reaktion auf die Bestrebungen der zionistischen Siedler im Heiligen Land zu verstehen. Wie beim irischen Nationalismus bedurfte es jedoch auch hier eines von Außen einwirkenden Momentes zur Formierung eines palästinensischen Nationalbewusstseins. Die Fallstudie hat gezeigt, dass als größtes Manko zur Formierung einer palästinensischen Nationalbewegung die Zersplitterung der arabischen Bevölkerung in traditionelle Großfamilienverbände genannt werden muss.⁵¹⁸ Erst die Auflösung aller tradierten Gesellschaftsstrukturen durch die gewaltsame Etablierung Israels und die Erfahrung des gemeinsam erlittenen Schicksals der Entreibung und Vertreibung machten dies möglich. Dennoch formierte sich zu Beginn keine originäre palästinensische Nationalbewegung, sondern die arabische Bevölkerung Palästinas suchte zunächst ihr „Heil“ im Panarabismus. Dies ermöglichte den palästinensischen Arabern, auch die arabisch-christlichen Minderheiten innerhalb der säkular-nationalistischen Bewegung, die eine säkulare arabische Nation der Zukunft als ideologischen Bezugspunkt hatte, zu mobilisieren.⁵¹⁹ Anders als die katholischen Republikaner in Nordirland, die für eine Vereinigung mit der real bestehenden Republik Irland kämpften, hoffte man auf einen großarabischen Staatsverband, der sich aus den arabischen Staaten Syrien, Jordanien und Ägypten zusammensetzen würde. Erst nach dem politischen wie militärischen Scheitern der panarabischen Bewegung fokussierte sich der palästinensische Widerstand auf den Gedanken einer palästinensischen Nation in einem souveränen palästinensischen Staat.

Aufgrund der historischen Ausgangssituation der Diaspora fiel es der jüdischen Nationalbewegung am schwersten, das Bewusstsein für eine jüdische Nation zu

⁵¹⁷ Vgl.: Valandro: Baskenland und Nordirland, S. 70.

⁵¹⁸ Vgl.: Flores: Palästinensische Nationalbewegung, S. 104.

⁵¹⁹ Vgl.: Herz: Palästina, S. 35 ff.

wecken.⁵²⁰ Als einzige Nationalbewegung verfügten die Zionisten über kein originäres Territorium für den zu schaffenden Nationalstaat und über keine, gemessen an den Kriterien der gemeinsam geteilten Kultur, Sprache oder konkreten Geschichte, homogene Bevölkerung. Moshe Zuckermann führt aus, dass allein der religiöse Bezug es vermochte, die Frage nach dem Land für den zukünftigen jüdischen Nationalstaat sowie das Kriterium der Mitgliedschaft im jüdischen Gemeinwesen zu beantworten.⁵²¹

Die religiöse Klammer als ausschlaggebender Faktor zur Überwindung interner Gruppendifferenzen sowie die Suche nach ethnischer Identität manifestiert sich auch in den Reihen der protestantischen Unionisten. Die nordirischen Protestanten waren zwar in ihrer Mehrheit Nachfahren der britischen Kolonisten aus der Zeit der Plantation, sie waren aber auch Mitglieder vieler verschiedener protestantischer Denominationen, welche theologisch keinen einheitlichen Block bildeten. Einig waren sie nur in der von allen geteilten ablehnenden Haltung gegenüber dem Katholizismus.⁵²² Man verstand sich anfangs mehr als Brite denn als „Ulsterman“. Erst mit der Befürchtung eines „Sell-Outs“ durch London in der Diskussionsphase um „Home-Rule“ sowie der Bedrohung durch die Anschläge der IRA begann man sich zunehmend auf die eigene Geschichte zu besinnen und diese bisweilen zu konstruieren.

Alle vier Nationalismen haben dementsprechend gemeinsam, dass sie den Nationalgedanken anhand einer vereinenden kulturellen Identität und dem Merkmal der ethnischen Zugehörigkeit propagieren, welche die nordirischen Republikaner und Unionisten sowie die Zionisten mittels des Faktors Religion definieren. Die vorherrschende Ideologie für die zu analysierenden Konflikte lässt sich nach Anthony Smith als Nationalismus des Ethnos charakterisieren.⁵²³ So sehr die unionistischen Machthaber in Nordirland einen protestantischen Staat für eine protestantische Bevölkerung geschaffen hatten, so sehr haben auch die Zionisten einen jüdischen Staat für das jüdische Volk verwirklicht. Letztlich ist

⁵²⁰ Vgl.: Brenner: Geschichte Zionismus, S. 21.

⁵²¹ Vgl.: Zuckermann: Zionistisches Selbstverständnis, S. 37.

⁵²² Vgl.: Kandel: Nordirlandkonflikt, S. 55.

⁵²³ Vgl.: Smith, Anthony: National Identity, London 1991, S. 11 (künftig zitiert: Smith: National Identity).

es, wie Helena Lindholm Schulz formuliert, der Nationalismus, der die Nation begründet und nicht die Nation, welche den Nationalismus kreiert.⁵²⁴

„Offizieller“ und „inoffizieller“ Nationalismus

Der Nationalismus als politische Ideologie nimmt in Konflikten grundsätzlich nach den Ausführungen Benedict Andersons eine ambivalente Rolle ein: Als „offizieller“ Nationalismus trägt er zur Legitimierung des bestehenden Staates und seiner Eliten bei, wohingegen der „inoffizielle“ Nationalismus sich konträr dazu gegen die bestehende Staats- und Herrschaftsstruktur wendet.⁵²⁵ Sowohl die Anstrengungen der nordirischen Republikaner mit ihrem politischen Exponenten Sinn Fein und der IRA als bewaffnetem Arm des irischen Nationalismus haben sich wie auch die PLO als Vertreter des säkularen palästinensischen Nationalismus explizit bis zum Eintritt in Friedensverhandlungen radikal dem bewaffneten Kampf gegen den „Orangisten-Staat“ bzw. dem „Staat der Zionisten“ verschrieben. Da der „offizielle“ Nationalismus aufgrund der Prädomination einer ethnischen Majorität einen Mangel an Legitimität aufweist, begünstigt er sowohl das Entstehen radikaler ethnischer Protestbewegungen als auch von Konflikten

„[...] over the content of nationhood, which in turn may threaten the nation-state project. Nationalisms frequently contain mechanisms of exclusion, that *vis-a-vis* their own citizens, depending on which ideology of homogenisation is used. Frequently, elites define the ‘nation’ in hierachial ways, placing themselves at the centre as those who are ‘better’ nationals, that is, those who have the privilege of defining the nation.“⁵²⁶

Für die Konstruktion der ethnischen Identität sowie die Leitmotive der nationalistischen Bewegungen sind verschiedene Faktoren von Interesse, die es in den nächsten Schritten anhand der Erkenntnisse der Fallstudien zu Nordirland und Palästina zu thematisieren gilt.

1.3. Konstruktion ethnischer Identität

Die Konstruktion ethnischer Identität ist an verschiedene Faktoren geknüpft wie der gemeinsamen Geschichte bzw. ihrer Vermittlung. Die Vermittlung erfolgt

⁵²⁴ Vgl.: Lindholm Schulz: Palestinian nationalism, S. 8; siehe dazu ferner: Hobsbawm, Eric: Nations and Nationalism Since 1780: Programme, Myth, Reality, Cambridge 1990 (künftig zitiert: Hobsbawm: Nation and Nationalism).

⁵²⁵ Vgl.: Anderson, Benedict: Imagined Communities, London 1991, S. 83 ff. (künftig zitiert: Anderson: Imagined Communities).

⁵²⁶ Lindholm Schulz: Palestinian nationalism, S. 11.

durch verschiedene Sozialisationsagenten. Die Forcierung eines gemeinsamen ethnisch-kulturellen Hintergrundes sowie der Beitrag der Sicherheitskräfte muss daher genauer untersucht und im Kontext der Konflikte analysiert werden.

Die Bedeutung von Historie für das Konfliktgeschehen

Allgemein kann formuliert werden, dass Geschichte innerhalb eines Konfliktes zur Legitimierung territorialer Ansprüche und damit in Konsequenz zum Postulat der Nationalstaatsbildung führt, wobei die Überlieferung von mythologischen Ereignissen und volkstümlichen Legenden einen speziellen Stellenwert in der Ideologie des Nationalismus besitzt.⁵²⁷ Die Soziologin Uta Klein betont, dass ideologische Selektion das zentrale Charakteristikum bei der Auswahl historischer Ereignisse und Figuren darstellt.⁵²⁸ Die Notwendigkeit der historischen Interpretation für die Bewältigung gegenwärtiger Herausforderungen rekonstruiert mutatis mutandis die Vergangenheit und determiniert ihre Perzeption innerhalb der ethnischen Gemeinschaft.⁵²⁹ Wichtigstes Mittel zur Kreation eines kollektiven Gedächtnisses ist so der innergesellschaftliche Konsens bezüglich der eigenen Historie. Es liegt in der Natur der Sache, dass verschiedene Nationen und verschiedene ethnische Gemeinschaften in der Evaluation geschichtlicher Begebenheiten divergieren. Dies ist umso mehr der Fall, wenn Geschichte in Konflikten zur Legitimierung von Territorialansprüchen und dem Einsatz militärischer Mittel zur Aufrechterhaltung des Status Quo oder aber zur Beseitigung desselben herangezogen wird. Dort wo es zu keiner einfachen Instrumentalisierung einer als für die eigene Nationalbewegung gemeinverbindlich perzipierte Geschichte kommen kann, da die Geschichte einer Gesellschaft in der Vergangenheit möglicherweise starken Fragmentierungen ausgesetzt war, wird eine Geschichte „künstlich“ erfunden.

So vereint die protestantischen Unionisten in Nordirland wie die Zionisten in Israel eine „künstliche Geschichte“ zur Konstruktion ihrer jeweiligen ethnischen Identitäten. Die jüdische Nationalbewegung am Beginn des 20. Jahrhunderts war

⁵²⁷ Vgl.: Hobsbawm: Nation and Nationalism, S. 12.

⁵²⁸ Vgl.: Klein: Militär in Israel, S. 62.

⁵²⁹ Ebd.; siehe dazu ferner: Mead, George Herbert: Nationale und internationalistische Gesinnung, in: Ders.: Gesammelte Aufsätze Bd. 2, Frankfurt a.M. 1987, S. 344.

geprägt von der „Dialektik der Machtlosigkeit und Wehrhaftigkeit“.⁵³⁰ Die Situation der Diaspora, die von Verfolgung und Diskriminierung für beinahe 2000 Jahre geprägt war, bot kaum Gelegenheit für historische Bezugspunkte, auf welche der Zionismus mit seinem Ideal des zur Verteidigung seiner Ehre und Heimat unbedingt bereiten „neuen Juden“ anknüpfen konnte. Die jüdische Nationalbewegung – welche eine Bewegung von Kolonisten war - im Palästina der Mandatszeit sowie am Vorabend der israelischen Staatsgründung bedurfte also „historischer Heroen“, welche geeignet waren die „neuen Tugenden“ zu verkörpern, welche in Zukunft zum prägenden Motiv der jüdischen Identität avancieren sollten. Die protestantischen Siedler in Nordirland begriffen sich zu Beginn ihrer Existenz auf der irischen Insel als loyale Untertanen Londons, die sich in ihnen feindlicher Umgebung wöhnten und deren signifikantestes Merkmal zur Abgrenzung gegenüber der autochthonen Bevölkerung ihr Protestantismus war. Erst die zunehmende Gefahr einer Loslösung Irlands von Großbritannien bzw. einer Eingliederung Nordirlands in die irische Republik durch den gewaltsamen Druck der IRA, machte die Ausprägung einer eigenen ethnischen Identität zur Mobilisierung aller Ressourcen für die Abwehr der angenommenen Bedrohung notwendig.

Die Schaffung eines Kollektivgedächtnisses zur Festigung der eigenen ethnischen Identität ist entsprechend für Loyalisten und Zionisten unverzichtbar, da die Erinnerung des Individuums, welches es zu mobilisieren gilt, durch seine soziale Referenzgruppe beeinflusst wird.⁵³¹ Diese Verfestigung produziert sich wiederum nach Jan Assman durch das Rekurrieren auf geschichtliche Begebenheiten, deren Erinnerung „durch kulturelle Formung (Texte, Riten, Denkmäler) und institutionalisierte Kommunikation (Rezitation, Begehung, Betrachtung) wach gehalten werden.“⁵³² In der Erinnerungskultur der protestantischen Unionisten sind insbesondere drei historische Ereignisse von Bedeutung, die jedes Jahr zelebriert werden: die (erfolglose) Belagerung Derrys durch katholische Söldner im Jahr 1688,⁵³³ der Sieg des Protestanten William of Orange über den

⁵³⁰ Vgl.: Klein, Militär und Gesellschaft in Israel, S 138 f.

⁵³¹ Siehe dazu: Halbwachs, Maurice: On Collective Memory, Chicago 1992.

⁵³² Assmann, Jan: Kollektives Gedächtnis und kulturelle Identität, in: Ders. und Tonio Hölscher: Kultur und Gedächtnis, Frankfurt a.M. 1988, S. 12.

⁵³³ Siehe dazu u.a.: Macroy, Patrick; The Siege of Derry, London 1980; Kelly, William (Hrsg.): The Siege of Derry, Dublin 2001.

katholischen König James II. im Jahre 1690 in der Schlacht am Fluss Boyne und das Blutopfer der Freiwilligen Ulsters im Dienst der Krone in der Schlacht an der Somme während des Ersten Weltkrieges. Die Belagerung Derrys im Krieg der zwei Könige und das tapfere Aushalten der unter widrigen Umständen in der Stadt für fast zwei Jahre eingeschlossenen Protestantten begründete zwei Schlussfolgerungen, die durch die Jahrhunderte zum Selbstverständnis der unionistischen Community wurden: „No Surrender“ – der Schlachtruf, der King James II. und seiner Aufforderung zur Kapitulation von den Belagerten gemäß der Legende entgegengeholt ist, verdeutlicht den unbedingten Willen der nordirischen Protestantten, aller Gefahr zu trotzen und dem irisch-nationalistischen Lager niemals nachzugeben, mögen die Verluste und Risiken auch noch so groß sein. Gleichzeitig wurde der Mythos des „couragierten Ungehorsams“ gegenüber staatlichen Autoritäten internalisiert,⁵³⁴ da ursprünglich der Magistrat der Stadt sowie der Befehlshaber der Garnison, mit Namen Robert Lundy, Londonderry kampflos übergeben wollten, diese aber von 13 Lehrlingen (Apprentice Boys) daran gehindert wurden. Johannes Kandel unterstreicht deutlich, dass die ständige Erinnerung und Gegenwärtigkeit dieses Ereignisses zu einer Verankerung im politischen Alltag Nordirlands geführt hat und bei den Protestantten bis heute eine Wagenburgmentalität evoziert.⁵³⁵ Noch heute werden vermeintliche Verräter an der unionistischen Sache als „Lundy“ bezeichnet. Wie der Sieg von King Billy an der Boyne, welche die politische und ökonomische Prädomination der Protestantten über die Katholiken zur Folge hatte und versinnbildlicht, werden auch die geschichtlichen Ereignisse von Londonderry durch einen Ableger der loyalistischen Bruderschaften gepflegt, dem „Loyal Order of the Apprentice Boys of Derry“, der wie der Orange-Order ein strikt anti-katholisches nationalistisches Gedankengut konserviert hat und dieses mit zahlreichen Paraden und Gedenkveranstaltungen in Nordirland das Jahr hindurch dokumentiert. Die Schlacht an der Somme, in der zahlreiche protestantische Freiwillige, die sich zuvor gegen die Home-Rule-Bestrebungen in der paramilitärischen UVF formiert hatten und von denen nicht wenige Angehörige des Oranier-Ordens waren, fielen, steht hingegen in der loyalistischen Kommemoration für das Blutopfer, welches

⁵³⁴ Vgl.: McGovern, M.D.: *The Siege Myth. Rebellion and Loyalty: A Contradiction in Terms? Protestant Culture and the Siege of Derry*, Liverpool 1994.

⁵³⁵ Vgl.: Kandel: *Nordirlandkonflikt*, S. 40 f.

das unionistische Lager für die britische Krone gebracht habe als Zeichen des Dankes für den Schutz vor dem katholischen Nationalismus. Ihr Beitrag wird entsprechend am offiziell „Remembrance Day“ explizit herausgestellt. Zugleich ist damit aus Sicht der Loyalisten ein unauflöslicher Pakt mit London geschlossen worden und es wird von der britischen Regierung für alle Zeit erwartet, dass diese ebenso so treu die nordirischen Protestanten unterstützt.⁵³⁶

Die zionistische Bewegung knüpft wie der Unionismus an historische Mythen an, die zur Konstruktion einer gemeinsamen ethnischen Identität aller jüdischen Israelis dienen soll. Einhergehend wird durch die Auswahl der Ereignisse und ihrer offiziellen Deutung die Idee der jüdischen Nationalbewegung transportiert. Die konstitutiven Mythen des Zionismus sind nach Uta Klein insbesondere mit der Person des Führers des Aufstandes gegen die römische Besatzung in der Antike, Simon Bar Kochba, den Erzählungen über die Belagerung von Massada, dem Vorfall in der jüdischen Siedlung Tel-Hai während der britischen Mandatszeit sowie der biblischen Erzählung von „David gegen Goliath“ auszumachen.⁵³⁷ Bar Kochba wurde zum Symbol des mutigen jüdischen Märtyrers stilisiert, der - anders als die jüdische Gemeinschaft in der späteren Diaspora – sich im zweiten Jahrhundert nach Christus seinen Widersachern, hier den römischen Besatzern, mit der Waffe in der Hand entgegengestellt hatte. Die Tel-Hai Legende dreht sich in ähnlicher Weise um die Person des ehemaligen zaristischen Offiziers Joseph Trumpeldor, der im Kampf mit arabischen Angreifern bei der Verteidigung der jüdischen Siedlung Tel Hai im Frühjahr 1920 das Leben verloren hatte und dem der Ausspruch im Augenblick des Todes zugeschrieben wird, dass es gut sei sein Leben für das eigene Land zu opfern.⁵³⁸ Die Legenden rund um die Belagerung der Festung Massada durch die Römer im Jahre 73 und der Rückgriff auf die Erzählungen von David und Goliath begründen - ähnlich wie im Unionismus - eine Wagenburgmentalität, welche durch das Trauma der Shoah noch in ihrer Wahrnehmung verstärkt wurde. Das „kleine“ jüdische Volk sei demnach in historischer Kontinuität zu allen Zeiten von einer „großen“ Anzahl von Gegnern bedroht gewesen, die seine Existenz in der

⁵³⁶ Vgl.: Kandel: Nordirlandkonflikt, S. 60.

⁵³⁷ Vgl.: Klein: Militär in Israel, S. 112; Brenner: Geschichte Zionismus, S. 70.

⁵³⁸ Vgl.: Klein: Militär in Israel, S. 114.

Vergangenheit vernichten wollten.⁵³⁹ Ähnlich den nordirischen Unionisten zelebriert auch der Staat Israel auf vielfältige Weise seine historischen Daten und Gründermythen. So ist die Festungsruine Massada der traditionelle Ort der feierlichen Vereidigung der neuen Rekruten der israelischen Armee.

Konstatiert werden kann folglich, dass Zionismus und Unionismus sich in der Art der Instrumentalisierung von Geschichte zur Konstruktion eines kollektiven Gedächtnisses stark ähneln. In der Ausbildung einer Wagenburgmentalität interferieren protestantisch-unionistischer und jüdisch-zionistischer Nationalismus am stärksten. Dies scheint das offensichtliche Charakteristikum zu sein, welches ursprünglichen Siedlungsbewegungen, die im Laufe der Zeit zur dominierenden ethnischen Kraft über das Territorium ihrer einstigen Besiedlungen aufgestiegen sind, inhärent ist.

Zu untersuchen ist nunmehr, wie der Nationalismus der ethnischen Minderheiten der autochthonen Bevölkerung in Nordirland und Palästina Geschichte begriffen und verarbeitet hat. Der irische Nationalismus ist als geschichtliches Produkt in seiner Abwehrhaltung gegen die britische Herrschaft zu begreifen. Für die irisch-katholischen Republikaner ist aufgrund ihrer speziellen Situation der Kampf gegen die protestantisch-unionistische Suprematie in Nordirland und das politische wie paramilitärische Engagement für eine Vereinigung mit der Republik Irland im Süden der zentrale Kern. Von irisch-nationalistischer Seite werden drei Ereignisse als signifikante Punkte der Konfliktgeschichte besonders betont: Die Niederlage des katholischen König James II in der „Battle of the Boyne“, der Osteraufstand 1916 und das Bloody-Sunday Massaker 1972. Das Unterliegen in der Schlacht am Boyne markiert für die irische Nationalbewegung den Anfang der britischen Unrechts- und Willkürherrschaft in Irland, welche sich in besonderer Weise in der wirtschaftlichen und rechtlichen Privilegierung einer zahlenmäßig kleinen protestantischen Oberschicht und in der Diskriminierung der irischen Urbevölkerung manifestierte. Die Iren sahen sich einer Besatzungsmacht ausgeliefert. Der Aspekt der Besatzung und versuchten Kolonialisierung verankerte sich vor dem Hintergrund der langen Zeitperiode von mehr als 200 Jahren tief im kollektiven Gedächtnis der irischen Bevölkerung, war doch die Okkupation eine

⁵³⁹ Vgl.: Bar-Tal, Daniel und Dikla Antebi: Siege Mentality in Israel, in: International Journal of Intercultural Relations 16/1992, S. 253 f.

von mehreren Generationen erlebte und die mannigfaltigen Unabhängigkeitsbemühungen gegen diese ein vereinendes Faktum. Die zahlreichen Erinnerungsmärsche des Oranier-Ordens bis in die nordirische Gegenwart, denen sich die katholische Minderheit in Nordirland in der jüngsten Vergangenheit ausgeliefert sah und bisweilen sieht, haben zu diesem Geschichtsverständnis beigetragen.⁵⁴⁰ Bemerkenswert ist in diesem Zusammenhang, dass ganz offensichtlich in Anlehnung an die Theorie Jan Assmans ein kollektives Gedächtnis einer Gemeinschaft nicht nur durch die aktive Erinnerungskultur befördert wird, sondern auch indem sich eine Gruppe passiv – und gegen ihren erklärten Willen, bedenkt man die Oranier-Märsche durch katholische Stadtviertel – dieser Erinnerungskultur ausgesetzt sieht. Neben der politischen Entrechtung der Iren als Ethnie durch die Penal Laws, die von den Zeitgenossen als gewollte Entrechtung der Katholiken perzipiert wurde, sahen auch spätere Generationen irischer Nationalisten nicht unbegründet einen intendierten Impetus auf die katholische Kirche an sich, der sein Fundament in dem sieben Jahre nach dem Sieg des Protestantenten William von Oranien erlassenen „Banishment Act“ hatte. Der Banishment Act gestattete pro Gemeinde lediglich einen katholischen Geistlichen, Verbot den Zuzug von Priestern, Vertrieb die Ordengemeinschaft der Jesuiten und schränkte die pastorale Tätigkeit der Bischöfe mittels Strafandrohung der Hinrichtung und Deportation ein.⁵⁴¹

Zum wichtigsten Datum des militärischen Aufbegehrens gegen die Besetzung avancierte im irisch-republikanischen Geschichtsbewusstsein der Osteraufstand 1916. Entscheidend für die Antizipation dieses Ereignisses ist das Moment der Gewalttätigkeit sowie die „Proklamation“ der irischen Republik und das blutige Ende der Rädelsführer der Rebellion. Den Geist des „Easter Rising“ zu beschwören gehört bei den Vertretern von Sinn Fein und IRA zum obligatorischen Fundus ihres politischen Vokabulars, die sich als einzige legitime Erben der Rebellen von 1916 sehen. Der Effekt ist ein doppelter: Zum einen wurde bis zum Friedensprozess der Einsatz gewaltsamer Mittel in Nordirland durch republikanische Paramilitärs gerechtfertigt, um das Ziel der irischen Einheit zu verwirklichen. Zum anderen schaffte man so eine historische Kontinuität des

⁵⁴⁰ Siehe dazu bspw.: McDonald, Henry: Marching to a different drum abgerufen am 14.07.2006 unter http://guardian.co.uk/Northern_Ireland/Story/0,,1818571,00.html.

⁵⁴¹ Vgl.: Elliott, Marianne: Catholics of Ulster, London 2000, S. 165 ff.

bewaffneten Kampfes, die das Märtyreropfer der irischen Nationalisten speziell heraushob und zum Vorbild und als Pflicht für künftige Generationen deklarierte.⁵⁴² Neben Erinnerungsveranstaltungen und einer analog ausgerichteten politischen Rhetorik des irisch-katholischen Nationalismus, schlägt sich die historische Dimension nicht zuletzt in zahlreichen modernen politischen Liedern nieder, die im Gewand klassischer Folk-Musik historische mit aktuellen Ereignissen verknüpfen, Solidarisierungs- und Assoziierungseffekte innerhalb der irisch-katholischen Minorität Nordirlands auslösen und den gewaltsamen Kampf gegen die Besetzung kombiniert mit individueller Opferbereitschaft propagieren. Die Geschehnisse des Bloody-Sunday in Derry 1972, an dem britische Soldaten ohne ersichtlichen Grund auf unbewaffnete katholische Bürgerrechtler das Feuer eröffneten, legitimierte in besonderer Weise im Nordirlandkonflikt aus Sicht der republikanischen Bewegung dieses Geschichtsbild. Verstärkt wurde die Bewertung des Ereignisses durch die aus irisch-nationalistischer Sicht offensichtlich evidente Parallelität zu dem Vorfall des „ersten“ Bloody Sunday 1920 zur Zeit des Unabhängigkeitskrieges, bei dem nach einem nicht provozierten Angriff britische Militäreinheiten auf Besucher eines „Gaelic Football“ Spiels wahllos schossen und 12 Menschen ermordeten.⁵⁴³

Der palästinensische Nationalismus formierte sich als Antwort auf die zionistische Einwanderung in das britische Mandatsgebiet und als Reaktion auf die Niederlage im Krieg anlässlich der israelischen Staatsgründung. In der Erinnerungskultur der palästinensischen Nationalbewegung zur Konstituierung eines kollektiven Bewusstseins und damit zur Konstruktion ethnischer Identität stechen drei geschichtliche Vorgänge heraus: die arabische Revolte der Jahre 1936-1939, die „Katastrophe“ der Etablierung des Staates Israel 1948 einhergehend mit der Vertreibung eines großen Teils der autochthonen Bevölkerung sowie die „Schlacht von Karameh“.

Mit Blick auf den Beitrag der arabischen Revolte zur Zeit der britischen Mandatsherrschaft für die Konstituierung einer palästinensischen Identität führen Kimmerling und Migdal aus:

„Paradoxically, the Revolt was a distinct watershed, crystallising the Palestinian national identity as nothing before. It offered new heroes and martyrs – most

⁵⁴² Vgl.: Taylor: Provos, S. 46.

⁵⁴³ Siehe dazu: Kandel: Nordirlandkonflikt, S. 65.

IV. Komparative Analyse der Konflikte

prominently Sheikh Quassam – and a popular culture to elogise them [...] the revolt helped to create a nation.”⁵⁴⁴

Der gewaltsame Widerstand breiter Massen gegen das zionistische Engagement und das britische Mandat begründete folglich die historische Legitimierung des bewaffneten Kampfes der palästinensischen Nationalbewegung. Sowohl die säkular-nationalistische PLO als auch die radikal-islamische Hamas rekurrieren politisch, freilich unter verschiedenen ideologischen Vorzeichen, auf die historische Figur Scheich Quassams, der eine palästinensische Widerstandsorganisation geschaffen habe, die tradierte Clanstrukturen und soziale Unterschiede im Angesicht kolonialer Fremdbestimmung überwunden hatte.⁵⁴⁵ Der Kampf gegen die Besetzung sollte zum bestimmenden Merkmal der palästinensischen Identität und des palästinensischen Nationalismus werden. Die Erinnerung an die Vertreibung und an die aus arabischer Sicht mit ihr einhergehend durch Zionisten verübten Gräueltaten wie im Fall des Dorfes Dar Yassin wurden zu einem Eckpfeiler des kollektiven Gedächtnisses der Palästinenser, die sich von da an als entrechtetes und besetztes Volk aufgefasst haben.⁵⁴⁶ Als Symbol von Entrechtung und Besetzung wie des Postulates auf Rückkehr verwahren viele geflüchtete palästinensische Familien die Schlüssel ihrer einstigen Behausungen, selbst wenn sich diese heute auf dem Territorium Israels befinden und in nicht wenigen Fällen gar nicht mehr existieren. Die Legende der Schlacht von Karameh dient hingegen dazu, den Geist des bewaffneten Widerstandes zu beschwören, welcher trotz der vermeintlichen militärischen Überlegenheit der israelischen Streitkräfte nicht aussichtslos sei. Sowohl für den irisch-katholischen wie für den palästinensischen Nationalismus ist zu konstatieren, dass jene Ereignisse in der eigenen Geschichte gepflegt werden zur Kultivierung eines kollektiven Gedächtnisses und einer gemeinsam wahrgenommenen Identität, die dem Aspekt der über Generationen erfahrenen Okkupation und dem daraus legitimierten Widerstand verbunden mit der persönlichen Opferbereitschaft des Individuums für das ethnische Kollektiv den höchsten Stellenwert einräumen.

⁵⁴⁴ Kimmerling, Baruch und Joel S. Migdal: *Palestinians: The Making of a People*, New York 1993, S. 123 (künftig zitiert: Kimmerling/Migdal: *Palestinians*).

⁵⁴⁵ Vgl.: Lindholm Schulz: *Palestinian nationalism*, S. 29.

⁵⁴⁶ Ebd.: S. 30

Wiederbelebung kultureller Wurzeln zur Formierung ethnischer Identität

Der Blick auf die Antizipation der durch die nationalistischen Bewegungen interpretierten Geschichte der eigenen Ethnie hat verdeutlicht, dass sich Unionismus und Zionismus aufgrund ihrer historischen Fragmentierung und ihrem Ursprung als Siedlerbewegung ebenso ähneln wie auf der anderen Seite der irische und der palästinensische Nationalismus als Reaktion auf jene. Alle vier Nationalismen der ethnischen Gruppen bilden unter den entsprechenden Vorzeichen ein kollektives Gedächtnis aus, welches zur Konstruktion ethnischer Identität beiträgt und so die Konditionen politischer Handlungsoptionen für das moderne Konfliktgeschehen in Nordirland und Palästina prägen und einen Antagonismus zwischen den Konfliktakteuren kreieren. Darüber hinaus ist aber in den Fallstudien auffällig geworden, dass dem irischen Republikanismus und dem jüdischen Nationalismus, in weniger intensiver Weise dem protestantischen Unionismus, in besonderer Weise die Wiederbelebung eines „kulturellen Erbes“ am Herzen liegt, dass zu einer Abgrenzung der eigenen Ethnie gegenüber den anderen Gemeinschaften beiträgt. Die Analyse und Skizzierung der Parallelen bei der Wiederbelebung der kulturellen Wurzeln zur Formierung ethnischer Identität stehen daher nachfolgend im Fokus der Analyse.

Der Sprache als spezieller Ausdruck der kulturellen Identität wurde von der jüdischen als auch von der irischen Nationalbewegung hohe Bedeutung beigemessen. Helena Lindholm Schulz formuliert zutreffend, dass Sprache an sich *a priori* über keine kausale Verknüpfung mit der Idee von Nation oder Ethnizität verfügt. Die Hauptfunktion von Sprache sei vielmehr in dem Wert zu sehen, der es einer Gesellschaft ermögliche ein System für sinnstiftende Kommunikation einzurichten, mit dessen Hilfe kulturelle Inklusion, damit aber auch Exklusion, geleistet wird.⁵⁴⁷ Für den Zionismus war die Frage der zukünftigen Sprache eines zu gründenden Staates ein zentraler Baustein seiner Ideologie.⁵⁴⁸ Die jüdischen Einwanderer zur Mandatszeit sprachen in ihrer großen Mehrheit Jiddisch, das der jüdischen Nationalbewegung aber als die Artikulationsform des alten „Stetl-Juden“ und des mit diesem Bild assoziierten

⁵⁴⁷ Vgl.: Lindholm Schulz: Palestinian nationalism, S. 11.

⁵⁴⁸ Siehe dazu: Harshav, Benjamin: Language in Time of Revolution, Berkley 1993.

Herrschtskontext verhasst war.⁵⁴⁹ Wollte man den „neuen Juden“ schaffen gemäß den zionistischen Idealen, so musste dieser neue Jude auch eine „neue Sprache“ haben. Da der Zionismus - wie zuvor analysiert - zur Konstruktion einer eigenen ethnischen Identität sich allerdings eines Rückgriffs auf historisch-antike Zeiten und eines religiösen Momentes bediente, lag es aus Sicht der Zionisten nahe, Hebräisch als der Sprache des alten Testaments nach Kräften zu implementieren. Das Bemühen um die Zusammenstellung eines modernen hebräischen Wörterbuches, die Übersetzungsanstrengungen von Werken der Weltliteratur oder die Einrichtung von jüdischen Schulen im britischen Mandatsgebiet, die ausschließlich auf Hebräisch Unterricht erteilen sollten, geben von der zionistischen Intention der „Wiederfindung der Tradition“ Zeugnis.⁵⁵⁰ Arabisch als Sprache der im Mandatsgebiet lebenden autochthonen Bevölkerung oder Englisch als Sprache der Mandatsmacht anzunehmen, war für die jüdische Nationalbewegung keine Option.

Die irische Nationalbewegung des ausgehenden 19. Jahrhunderts versuchte ebenfalls eine kulturelle Revitalisierung durchzuführen, die auf das Erbe der keltischen Vorfahren aufbauen sollte. Die „Gaelic Renaissance“ intendierte eine eindeutige kulturelle Unterscheidung zwischen der originären irischen Bevölkerung auf der einen Seite und den protestantischen Siedlern sowie den britischen Besatzungskräften auf der anderen zu schaffen.⁵⁵¹ Das Engagement der irisch-republikanischen Bewegung zu Gunsten der gälischen Sprache unterstrich aus der Sicht der Protagonisten in der Ablehnung der Sprache der Unterdrücker auch die Ablehnung der bestehenden Machtverhältnisse auf der irischen Insel vor ihrer Teilung und wurde später auch zu einem Vehikel des politischen Kampfes von Sinn Fein im modernen Nordirlandkonflikt.⁵⁵² Bemerkenswert sind im Kontext der Sprachkonstruktion die Bestrebungen der protestantisch-unionistischen Mehrheit, die seit den 80er Jahren vermehrt den Versuch unternimmt, ein besonderes kulturelles Erbe abseits des historisch-religiösen Bezugs, wie es traditionell vom Engagement des Oranier-Ordens symbolisiert

⁵⁴⁹ Vgl.: Klein: Militär in Israel, S. 73.

⁵⁵⁰ Vgl.: Brenner: Geschichte Zionismus, S. 71.

⁵⁵¹ Vgl.: Valandro: Baskenland und Nordirland, S. 75.

⁵⁵² Vgl.: Pritchard, Roselind M.O.: Protestants and the Irish Language: Historical Heritage and Current Attitudes in Northern Ireland, in: Journal of Multilingual and Multicultural Development 25/2004, zitierte Passagen des Aufsatzes abgerufen am 19.07.2007 unter <http://cain.ulst.ac.uk/issues/pritchard04.htm> (künftig zitiert: Pritchard: Protestants and Language).

wird, zu schaffen. Zunehmend ist von der Sprache des „Ulster-Scot“ die Rede, welche ein eigenständiger englischer Dialekt der (protestantischen) Bevölkerung sei. Die Fokussierung dieses kulturellen Faktors soll dabei aus unionistischer Sicht eine Sensibilisierung der eigenständigen ethnischen Identität der „Ulstermen“, d.h. der Abgrenzung zu der irisch-katholischen Minderheit wie zu den britischen „Brudervölkern“, leisten, um auf diesem Wege eine weitere Klammer unabhängig vom protestantischen Glaubensbekenntnis zu schaffen.⁵⁵³ Das zunehmende Interesse der nordirischen Protestanten ist vor dem Kontext des Friedensprozesses zu sehen, der die Unionisten einen endgültigen Ausverkauf durch London befürchten ließ und die sich in ihrer Angst vor der drohenden Marginalisierung in einem zukünftig vereinigten irischen Staat niederschlug. So verwundert nicht, dass 1992 die „Ulster Scots Language Society“ (USLS) aus der Taufe gehoben wurde, die eine neuzeitliche Grammatik und ein modernes Lexikon in Ulster Scot erarbeitete.⁵⁵⁴ Mit der offiziellen Anerkennung des Ulster Scot als eigenständiger Sprache im Karfreitagsabkommen ist somit auch cum grano salis die Anerkennung einer eigenständigen kulturellen und ethnischen Identität der Protestanten in Nordirland zu sehen, die über das Band der Konfession oder der bloßen Abstammung von britischen Kolonisten hinausgehen will.

1.4. Sicherheitskräfte und die Konstituierung ethnischer Identität

In den Fallstudien zu den Konflikten in Palästina und Nordirland ist evident geworden, dass der Beitrag von Polizei und Militär im Konfliktverlauf eine besondere Rolle einnimmt. Den Sicherheitskräften werden allgemein vier Funktionen innerhalb des Prozesses beigegeben.⁵⁵⁵ Die Streitkräfte sind das Symbol von Staatlichkeit schlechthin, da sie offiziell von Seiten der Staatsführung autorisiert sind, Gewalt zur Durchsetzung des Herrschaftsanspruches des Staates auszuüben (1). Dies verleiht den Angehörigen des Sicherheitsapparates einen speziellen Status bei der Ausübung ihres Auftrages als Verteidiger des Herrschaftsanspruches (2), gleichzeitig vereinen die Sicherheitskräfte

⁵⁵³ Siehe dazu u.a.: Montgomery, M.B.: The position of Ulster Scots, in: Ulster Folklife 45/1999, S. 89 f.

⁵⁵⁴ Vgl.: Pritchard: Protestants and Language.

⁵⁵⁵ Vgl.: Lindholm Schulz: Palestinian nationalism, S. 11.

verschiedene Teile der Bevölkerung in der gemeinsamen Intention der Verteidigung der Nation (3) „and in the use of coercive methods in order to suppress unrest or politics of difference“ (4).⁵⁵⁶

Die *Israel Defence Forces* sowie die nordirische *Royal Ulster Constabulary* und das *Ulster Defence Regiment* erfüllen grundsätzlich die genannten Charakteristika. RUC und UDR galten den irischen Nationalisten als das Symbol der Unterdrückung durch den Orangisten-Staat, der aus ihrer Sicht nicht nur der Wiedervereinigung mit der Republik Irland im Süden entgegenstand, sondern sie darüber hinaus von der politischen, sozialen und wirtschaftlichen Partizipation ausschloss. Die nordirische Polizei und die nordirischen Territorialstreitkräfte setzten gleichsam die zahlreichen vom unionistischen Parlament auf Schloss Stormont erlassenen Gesetze durch, welche die irisch-katholische Minderheit in Nordirland zu einem großen Teil in ihrer Indignation bestätigte. RUC und UDR wurden von Sinn Fein und IRA als Instrumente der britischen Besatzung verstanden, die es in der Kontinuität des Jahrhunderte währenden Unabhängigkeitsstrebens mit gewaltsamen Mitteln zu vertreiben galt. Die Politik Westminsters, die eine militärische „Ulsterisation“ des Konfliktes in den 80er Jahren nach der Einführung von Direct Rule forcierte, leistete dieser Einschätzung weiteren Vorschub.

Analog zur Situation der nordirischen Sicherheitsbehörden gestaltet sich auch die Aufgabe der israelischen Streitkräfte, zumal aus palästinensischer Sicht. Die IDF sind nicht nur der Garant für die Existenz des Staates Israel, sondern auch das offensichtlichste Symbol für die israelische Besetzung palästinensischer Gebiete. Durch die Vermischung von ureigensten militärischen Aufgaben Zahals mit klassischen Polizeiaufgaben oder dem Schutz der jüdischen Siedlungen auf palästinensischem Territorium erklärt sich die Wahrnehmung der IDF als Besatzungsmacht in der Betrachtungsweise der palästinensischen Nationalisten, die sie in Vergangenheit und Gegenwart aus Sicht von PLO und Hamas zu legitimen Zielen machte.

⁵⁵⁶ Lindholm Schulz: Palestinian nationalism, S. 11.

Paramilitärische Verbände als Vorläufer staatlicher Institutionen

Erstaunlich ist die auffällige historische Parallelität und Ähnlichkeit in der Entstehung der nordirischen und israelischen Sicherheitskräfte. So ist zu konstatieren, dass sowohl IDF als auch RUC/UDR ihre Vorläufer in paramilitärischen Organisationen hatten, die sich der Verteidigung der jeweiligen ethnischen Gemeinschaft sowie dem Schutz der politischen Interessen von Unionismus und Zionismus durch die Demonstration bewaffneter Stärke verschrieben hatten. Unmittelbarer Vorgänger Zahals war die Haganah, die am Beginn ihrer Aufstellung die Bewachung der jüdischen Siedlungen im britischen Mandatsgebiet wahrnahm und die im Laufe der heftiger werdenden Auseinandersetzung mit der arabischen Bevölkerung eine ansteigende und offensiv ausgerichtete Militarisierung erfuhr.⁵⁵⁷ Die Haganah war es auch, die in letzter Konsequenz durch ihr militärisches Geschick die Etablierung des Staates Israel im Unabhängigkeitskrieg ermöglichte und Personal und Kommandostrukturen für die zukünftige israelische Armee bereitstellte. Die nordirische RUC blickt bezüglich ihrer Herkunftsgeschichte auf zwei Entwicklungsstränge zurück: Zum einen auf die „Royal Irish Constabulary“ (RIC), welche die gesamtirische Polizei vor der Teilung Irlands darstellte. Zum anderen auf die paramilitärische UVF, die schließlich in die Reserveeinheiten der „Ulster Special Constabulary“ (USC) der RIC und nach der Abspaltung Nordirlands vom entstehenden irischen Freistaat im Süden in die RUC eingegliedert wurde. Die UVF war von der loyalistischen Führungsriege zur Verteidigung der protestantischen Interessen in Irland gegründet worden, die auf einer Union mit Großbritannien beharrten und die irische Unabhängigkeit strikt ablehnten. Im irischen Unabhängigkeitskrieg trug die RIC und ihre Reserve USC zusammen mit den semiregulären britischen Militäreinheiten die Hauptlast der Gefechte mit der historischen IRA. Aus ihrer geschichtlichen Genese heraus haben sowohl die israelischen wie die nordirischen Sicherheitskräfte ihre Geburtsstunde im Kampf.⁵⁵⁸ Durch die politischen Vorzeichen dieses Kampfes, d.h. konkret der Behauptung der Herrschaftsansprüche der jüdischen Zionisten und der protestantischen Unionisten, standen die Sicherheitskräfte in Israel wie in

⁵⁵⁷ Vgl.: Perlmutter, Amos: Military and Politics in Israel. Nation-Building and Role Expansion, London 1969, S. 32 f.

⁵⁵⁸ Vgl.: Van Crefeld: Conscription Warfare, S. 228.

Nordirland vom Beginn ihrer Existenz in diametralem Gegensatz zu dem Postulat nach nationaler Souveränität der ethnischen Minderheiten der nordirischen Katholiken und der arabischen Palästinenser.

Sicherheitsorgane und Ethnizität

IDF und RUC/UDR interferieren ebenso hinsichtlich des Aspektes der Verankerung in ihrer jeweiligen ethnischen Bezugsgruppe. Die israelische Armee ist eine Wehrpflichtarmee. Sie basiert neben einer kleinen Gruppe von Berufssoldaten in ihrer Masse auf Wehrdienstleistenden in Verbindung mit einem starken Kontingent an Reservisten, welche jährlich bis ins hohe Alter obligatorisch Dienst in den IDF leisten müssen. Wie die Fallstudien gezeigt haben, setzte die nordirische Polizei ebenfalls auf die Unterstützung zahlreicher (freiwilliger) Reservisten in den Einheiten der USC, welche formell integraler Bestandteil der offiziellen Polizei waren.⁵⁵⁹ Mit der Transformierung der „B-Specials“ in das neue „Ulster Defence Regiment“ (UDR) nach Ausbruch der Troubles erhielt Nordirland eine originäre militärische Territorialstreitkraft, die aus „Part-Time-Soldiers“ bestand, welche zwar offiziell dem britischen Verteidigungsministerium unterstanden, aber aufgrund ihrer Freiwilligenverträge nur in Nordirland und somit zum Kampf gegen die IRA eingesetzt wurden. Außerhalb ihrer Dienstzeit gingen die meisten von ihnen hauptberuflich zivilen Tätigkeiten nach.

Die „B-Specials“ sind besonders bezüglich unserer Fragestellung nach dem Beitrag der Sicherheitskräfte zur Konstruktion ethnischer Identität in Konflikten von Interesse. Die Auflösung der nordirischen Reservepolizeieinheiten Mitte 1970 traf in der unionistischen Gemeinde auf absolutes Unverständnis. Für die protestantischen Loyalisten hatten RUC und USC die Rolle einer Schutzmacht vor den separatistischen Bestrebungen der nordirischen Katholiken und waren gleichzeitig der Garant für die protestantische Prädomination auf den Feldern von Politik und Wirtschaft. Die Sicherheitskräfte waren in den Augen der Unionisten „ihre“ Polizeitruppe. Diese Polizeitruppe war der Verteidiger „ihres“ protestantischen Staates. Wie an verschiedenen Stellen bereits ausgeführt worden

⁵⁵⁹ Siehe dazu: Ryder, Chris: The RUC 1922-2000. A Force under Fire, London 2000, S. 38 f. (künftig zitiert: Ryder: RUC).

ist, verstanden sich die nordirischen Protestanten in ihrer Geschichte zunächst weniger als ethnische Gemeinschaft denn als britische Kolonisten bzw. als Nachfahren der Siedler, deren Schutzmacht traditionell die britische Armee war. Die Vermutung liegt nahe, dass mit den Auflösungsbestrebungen der tradierten Polizeistruktur durch London am Beginn der Troubles und der Entsendung regulärer britischer Militäreinheiten zur Wiederherstellung der öffentlichen Ordnung - d.h. faktisch zum Schutz der irisch-katholischen Minorität, welche sich schwersten loyalistischen und polizeilich unterstützten Gewalttaten ausgeliefert sah – sich die Majorität der nordirischen Protestanten zum ersten Mal im Nordirlandkonflikt in Ansätzen, aber dennoch mehrheitlich als eigenständige Ethnie, als „Ulstermen“, bewusst wahrgenommen hatte. Diese These wird untermauert von den Berichten verschiedener Autoren, die konzedieren, dass bei den Straßenkrawallen zwischen radikalen Loyalisten und britischen Soldaten im Oktober 1969 Slogans wie „Englishmen go home, we want the B-Specials“ artikuliert wurden.⁵⁶⁰ Erst mit der Transformierung der USC und ihrer Mitglieder in das neue „Ulster Defence Regiment“ (UDR) sowie der Politik der „Ulsterisation“ beruhigte sich die unionistische Gemütslage. Wie schon bei der RUC liegt auch die Geburtsstunde der UDR im gewaltsamen Konflikt, hier konkret beim Ausbruch der Troubles. Wie die RUC und ihre Reserveeinheiten war auch das neue UDR beinahe zu 100% ethnisch-konfessionell homogen, da in ihm fast ausschließlich Protestantinnen Dienst taten. Der Zugang zu den nordirischen Sicherheitsorganen stand zwar theoretisch auch der irisch-katholischen Minderheit offen, jedoch fand sich bei ihnen kaum ein Interesse an einer beruflichen Zukunft in der RUC. USC und UDR hingegen gingen dazu über im „Screening“ während des Bewerbungsprozess die wenigen interessierten Katholiken a priori auszusortieren. Die explizit repressive Sicherheits- und Gewaltpolitik mittels der Instrumente der RUC und des UDR gegenüber der katholischen Community sorgten ihrerseits für eine mangelnde Akzeptanz der Sicherheitsbehörden bei der nordirischen Bevölkerungsminorität und trugen darüber hinaus zu einem Legitimitätsmangel des nordirischen Staates bei.

⁵⁶⁰ Vgl.: Kandel: Nordirlandkonflikt, S. 122; siehe ferner: Coogan, Tim Pat: Troubles. Ireland's Ordeal 1966-1996 and the Search for Peace, London 1996, S. 109 (künftig zitiert: Coogan: Troubles).

Auch hinsichtlich der Konstruktion einer jüdischen Identität des Staates Israel durch den Beitrag des israelischen Militärs lassen sich Analogien zur Fallstudie Nordirland erkennen. Von Beginn an hatte das israelische Militär nicht nur die Aufgabe der Verteidigung gegen äußere Bedrohungen sowie der Gewährleistung der inneren Sicherheit mit Blick auf die Sicherung jüdischer Siedlungen in den besetzten Palästinensergebieten, sondern auch die Funktion, die jüdischen Immigranten als jüdische Bürger in einen jüdischen Staat zu integrieren. Wie bei den Polizei- und Territorialstreitkräften in Nordirland ist auch für die IDF eine weitestgehende ethnisch-konfessionelle Homogenisierung zu konstatieren, da alle jüdischen Israelis – mit der Ausnahme der orthodoxen Gruppe – wehrpflichtig sind, muslimische Araber mit israelischer Staatsbürgerschaft aber per Gesetz vom Dienst in der israelischen Armee selbst auf freiwilliger Basis ausgeschlossen sind. Das israelische Militär legt besonderen Wert darauf, den Rekruten neben militärischen Fertigkeiten auch die jüdische Geschichte und Tradition nach zionistischer Lesart zu vermitteln, um so die Internalisierung der Identifikation mit dem Ideengut und den Zielen der jüdischen Nationalbewegung und damit in letzter Konsequenz mit dem Staat Israel zu verwirklichen.⁵⁶¹ Erklärbar ist in diesem Kontext das geringe Interesse der arabischen Christen, die theoretisch Zugang zu Zahal haben, aber von dieser Option keinen nennenswerten Gebrauch machen.

Gemeinsam ist IDF und RUC/UDR ihre historische Abstammung von paramilitärischen Organisationen zur Verteidigung der politischen Interessen ihrer „Referenzethnien“. Bei der Etablierung Israels und Nordirlands waren beide Sicherheitskräfte der Garant für das Überleben der Staaten gegen äußere und innere Bedrohungen. Die analysierte Wagenburgmentalität, die sowohl Zionismus und Unionismus verbindet, findet in den Streitkräften ihren besonderen Ausdruck, die glauben sich gegen die Überzahl an Feinden – *die „muslimischen Araber“* und *die „irischen Katholiken“* verteidigen zu müssen. Die politische und soziale Exklusion der innerstaatlichen ethnischen Minderheiten findet sich in der ethnisch-konfessionellen Zusammensetzung sowohl der nordirischen Polizei- und Territorialstreitkräfte wie auch der israelischen Armee wieder, gleichwohl die Exklusion sich auf unterschiedliche Weise in Nordirland (informell) und Israel

⁵⁶¹ Vgl.: Klein: Militär in Israel, S. 206.

(formell) vollzieht. Gleichzeitig stellen RUC/UDR für das protestantisch-unionistische und die IDF für das jüdisch-israelische Kollektiv abseits vom unmittelbaren Faktor Religion eine zentrale Bezugskategorie ihrer (ethnischen) Identitäten dar.⁵⁶² In ihrer Funktion als Instrument der Unterdrückung und/oder politischen und ökonomischen Entrechtung der Minoritäten sowie als Symbol für staatliche Autorität unter unionistischen bzw. zionistischen Vorzeichen schlechthin, die von den ethnischen Protestbewegungen der nordirischen Katholiken sowie der arabischen Palästinenser abgelehnt werden, stehen RUC/UDR und IDF im besonderen Fokus der politischen und paramilitärischen Widerstandsorganisationen.

1.5. Ideologie und Strategie der radikalen ethnischen Protestbewegungen

Als nächstes soll anhand der Ergebnisse der Fallstudien untersucht werden, inwieweit und auf welchen Themengebieten sich Analogien in der Ideologie und der Strategie der radikalen ethnischen Protestbewegungen manifestieren und wie diese sich auf die dazugehörigen Konflikte in Nordirland und in Israel/Palästina auswirken. Der Schwerpunkt wird dabei auf den Organisationen des irisch-katholischen wie des arabisch-palästinensischen Nationalismus liegen, d.h. in der Betrachtung von Sinn Fein/IRA und PLO.

Das ideologische Fundament von IRA und PLO ist im irischen bzw. palästinensischen Nationalismus zu finden. Dies ist das determinierende Merkmal beider Gruppierungen. Beachtet werden muss jedoch die Divergenz in der Formulierung ihrer finalen Absicht: Intention der irisch-republikanischen Bewegung ist die Vereinigung Nordirlands mit der irischen Republik im Süden⁵⁶³ während die palästinensischen Nationalisten in der Gegenwart einen von Israel unabhängigen Staat postulieren. Erinnert werden muss an die historischen Überlegungen der palästinensischen Nationalbewegung, sich als Teil von „Großsyrien“ zu begreifen bzw. einer panarabistischen Lösung den Vorzug zu geben. Die Hamas hingegen fordert nicht nur einen souveränen Staat für die Palästinenser, sondern in gleichem Atemzug die Vernichtung Israels. Als radikal-islamische Organisation ist ihre ideologische Referenzgruppe auf der Makroebene

⁵⁶² Siehe dazu auch: Kimmerling, Baruch: Patterns of Militarism in Israel, in: Archives européennes de sociologie 34/1993, S. 201 ff.

⁵⁶³ Vgl.: Waldmann: Ethnischer Radikalismus, S. 154.

nicht nur das palästinensische Volk, sondern die Gemeinschaft aller gläubigen Muslime weltweit nach der theologischen Konzeption der islamischen Umma.⁵⁶⁴

Innerhalb von IRA und PLO ist die zeitweise Absorption sozialistischen Gedankenguts während der 60er Jahre zu konstatieren, die für beide Organisationen zu unterschiedlichen Konflikten führten. Die Auseinandersetzung um den politisch-ideologischen Kurs entzweite das irisch-nationalistische Lager und seine Protagonisten.⁵⁶⁵ Die traditionell katholisch-konservative Führung in Nordirland bildete ab 1970 die (Provisional) IRA und wurde zum dominanten Konfliktakteur im Nordirlandkonflikt, die stark sozialistisch orientierte (Official) IRA sah sich im weiteren Verlauf der absoluten Marginalisierung ausgesetzt. Die PLO als Dachverband verschiedener palästinensischer Widerstandsgruppen war von Anbeginn kein politisch-ideologisch homogener Block. Die Fatah als größte und einflussreichste Bewegung innerhalb der PLO hatte sich einem strikten palästinensischen Nationalismus verschrieben, die PFLP hingegen verfolgte einen dezidiert sozialistischen Kurs mit einer besonderen Akzentuierung des Anti-Imperialismus und Internationalismus.⁵⁶⁶ Aufgrund der zunehmenden Diskrepanzen innerhalb der PLO um die Frage des politischen Kurses und der „militärischen“ Mittel betrieb die Fatah die Distanzierung von der PFLP und forcierte 1970/71 deren Ausschluss aus dem Zentralkomitee der PLO.⁵⁶⁷

Aus ihrer historischen Genese heraus hatten sich die irische und palästinensische Nationalbewegung als anti-koloniale Widerstandsorganisationen begriffen. Diese Wahrnehmung wurde durch die Absorption sozialistischer Elemente verstärkt. Sowohl in Nordirland als auch in Palästina verstanden sich die ethnischen Protestbewegungen der irischen Katholiken und der arabischen Palästinenser als Akteure in einem anti-kolonialen Freiheitskrieg, der in dem Kontext des anti-imperialistischen Freiheitskampfes dem Beispiel verschiedenster Bewegungen in der dritten Welt folgte.⁵⁶⁸ Die IRA adaptierte theoretische Überlegungen des „internen Kolonialismus“, wonach eine koloniale Expropriation zwischen dem Zentrum und der Peripherie herrsche.⁵⁶⁹ Aus Sicht der republikanischen

⁵⁶⁴ Vgl.: Lindholm Schulz: Palestinian Nationalism, S. 79.

⁵⁶⁵ Vgl.: Valandro: Baskenland und Nordirland, S. 121.

⁵⁶⁶ Vgl.: Beaupin: Hamas und PLO, S. 64.

⁵⁶⁷ Ebd.

⁵⁶⁸ Vgl.: Waldmann: Ethnischer Radikalismus, S. 103.

⁵⁶⁹ Vgl.: Valandro: Baskenland und Nordirland, S. 120.

IV. Komparative Analyse der Konflikte

Aktivisten wurde die Theorie bestätigt, da die nordirische Provinz innerhalb des Vereinigten Königreiches die ärmste Region und ökonomisch von Großbritannien abhängig war. Gleichzeitig litt insbesondere die katholische Bevölkerungsminorität in Nordirland unter wirtschaftlicher Deprivation.⁵⁷⁰ Die Palästinenser, zumal jene aus den besetzten Gebieten, fungieren ihrerseits in Israel als notwendige und schlecht bezahlte Arbeitskräfte, ohne das sich ihre konkrete Situation im Gazastreifen oder dem Westjordanland positiv veränderte.⁵⁷¹

Den Kampf gegen die „Besatzungsmächte“ in Nordirland und in Palästina führten IRA und PLO als „militärische“ Kampagne. In ihrer Sichtweise gab es bis in die neunziger Jahre hinein zum revolutionären bewaffneten Kampf keine Alternative.⁵⁷² Dieser Kampf um Unabhängigkeit und Selbstbestimmung wurde in der historischen Kontinuität der Konfliktgeschehen gesehen und zu einem wesentlichen Identitätsmerkmal der ethnischen Protestbewegungen wie der ethnischen Minoritäten in toto. Die militärische Ausgangssituation war bestimmt von der personellen und materiellen Überlegenheit der israelischen Armee sowie der nordirischen Polizei und Territorialstreitkräfte bzw. dem britischem Militär:

„Neben ihren eigenen historischen Erfahrungen konnte die IRA auch mehrere Konfliktmodelle, die mit der Ausgangskonstellation in Nordirland durchaus vergleichbar waren, in ihre strategisch-taktischen Überlegungen einbeziehen. Dies war erstens die Strategie der jüdischen Untergrundorganisationen in Palästina der 30er- und 40er Jahren, zweitens der Konfliktverlauf im zypriotischen Unabhängigkeitskampf der 50er- und 60er Jahre und drittens die Aktionen der jemenitischen Guerilla im Aden-Konflikt der 60er Jahre. In allen drei Fällen handelte es sich um britische Kolonien, und die Gegner der jeweiligen Untergrundorganisationen waren britische Streitkräfte.“⁵⁷³

Wie die IRA in Nordirland setzte auch die PLO auf Guerilla-Angriffe und Bombenanschläge auf die Sicherheitskräfte. Beide Organisationen benutzen dabei die Grenzregionen und Nachbarstaaten als Rückzugs-, Ruhe- und Aufmarschräume. Die IRA bereitete eine große Zahl an Operationen von den an Nordirland angrenzenden Regionen der Republik Irland vor, legte Waffen- und Vorratslager an und führte Anschläge gegen Militär und Polizeieinrichtungen bewusst nahe der Grenze durch. Von den irischen Behörden wurde dies

⁵⁷⁰ Siehe dazu: Patterson, Henry: Northern Ireland Economy, in: Aughey, Arthur und Duncan Morrow (Hrsg.): Northern Ireland Politics, London 1996, S.121 ff.

⁵⁷¹ Vgl.: Morris, Benny: Riggitous Victims. A History of the Zionist-Arab Conflict 1881-1999, New York 1999, S. 338.

⁵⁷² Vgl.: Lindholm Schulz: Palestinian nationalism, S. 36 f.; ferner. Waldmann: Ethnischer Radikalismus, S. 106.

⁵⁷³ Valandro: Baskenland und Nordirland, S. 113.

insbesondere bei Ausbruch der Troubles und im Angesicht der eskalierenden Lage im Norden der grünen Insel geduldet. Die IRA blieb zwar auch in der Republik eine als Terrorgruppe verbotene Organisation, spürbare Einschränkungen ihres Engagements gab es aber erst mit dem 1985 zwischen Irland und Großbritannien vereinbarten Hillsborough-Abkommen. Die palästinensischen Fedayeen wandten zu Beginn ebenfalls Kleinkriegs- und Partisanentaktiken an. Oftmals wurde dabei ihre Aktivität von den arabischen Nachbarstaaten Israels nicht nur geduldet, nicht selten wurden die palästinensischen Guerillas sogar logistisch unterstützt und mit militärischer Ausrüstung versorgt.

Sowohl IRA als auch PLO weiteten ihren operationellen Aktionsradius Anfang der siebziger Jahre aus. Die IRA begann 1972/73 damit, terroristische Anschläge auch außerhalb Nordirlands im übrigen Teil des Vereinigten Königreiches durchzuführen. Ab 1976 betätigte sie sich auch in ganz Westeuropa, wo sie Anschläge auf britische Einrichtungen verübte.⁵⁷⁴ In den gleichen Zeitraum fallen auch zahlreiche Unternehmungen der PLO-Organisation „Schwarzer September“, darunter der spektakuläre und kaltblütige Anschlag auf die israelische Olympiamannschaft in München 1972.⁵⁷⁵ Beide Organisationen verfolgten mit dieser Politik drei Absichten:⁵⁷⁶ Erstens intendierte man durch Operationen im Ausland die Steigerung des Drucks auf die Regierung in London bzw. in Jerusalem. Zweitens erhoffte man sich ein erhöhtes Medieninteresse an den Konflikten und an der Situation der Palästinenser wie der nordirischen Katholiken. Drittens und letztlich dienten die Aktionen dazu die eigene militärische Schlagkraft gegenüber dem Gegner zu demonstrieren und sich als engagierter Verteidiger der Interessen der eigenen ethnischen Referenzgruppe zu inszenieren.⁵⁷⁷

Der Kampf der IRA gilt aus ihrer eigenen offiziell proklamierten Sicht nicht den nordirischen Protestanten als Konfessionsgruppe bzw. als Ethnie. Grundsätzlich ist in ihrer Ideologie die britische Hegemonialmacht der originäre Gegner, welcher sich des politischen Unionismus in Nordirland lediglich zur

⁵⁷⁴ Vgl.: Coogan: The IRA, S. 588.

⁵⁷⁵ Vgl.: Livingstone: Inside PLO, S. 103 ff.

⁵⁷⁶ Siehe auch: Valandro: Baskenland und Nordirland, S. 115.

⁵⁷⁷ Vgl.: Waldmann: Ethnischer Radikalismus, S. 111.

Aufrechterhaltung seiner imperialistischen Absichten gegenüber dem irischen Volk bedient.⁵⁷⁸ Vorrangiges Ziel paramilitärischer Aktionen sind daher in der Regel Polizei und Militär gewesen, ebenso wie staatliche Einrichtungen Großbritanniens oder gesellschaftliche Institutionen des verhassten Orangisten-Staates oder die loyalistischen Paramilitärs, die als informelles Instrument der Regierung zur Einschüchterung der katholischen Bevölkerung gedient hätten. Letztgenannte Annahme bestätigte sich in der Perzeption des irisch-republikanischen Lagers durch die in der Regel wahllose Ermordung nordirischer Katholiken durch UDA und UVF sowie in der vom irisch-nationalistischen Lager vermuteten und in Einzelfällen nachgewiesenen staatlichen Politik der „Collusion“. Die Unterscheidung von religiösem Protestantismus und politischem Unionismus gelang dabei nicht immer trennscharf, was in letzter Konsequenz auch an der unionistischen Rhetorik gelegen hat, die die starke Verwobenheit von Unionismus und protestantischem Bekenntnis aus sich heraus immer wieder betont hat. Dennoch konnte die IRA und ihr politischer Ableger Sinn Fein in der Aufrechterhaltung der offiziellen Linie, d.h. der Negierung eines etwaigen religiösen Anti-Protestantismus und der Unterstreichung des Anti-Imperialismus, an die historische Kontinuität der irischen Nationalbewegung anknüpfen, die sowohl innerhalb des revolutionär-gewaltbereiten als auch dem politisch-konstitutionellen Traditionssstrang namenhafte Protestanten wie Wolfe Tone oder Charles Stuart Parnell als politische Führungspersönlichkeiten hatte.

Die PLO als Vertreter des palästinensischen Widerstandes differenziert in ihrer Politik ebenfalls zwischen dem israelischen Staat und den zionistischen Kräften sowie den Juden als ethnisch-religiöser Gruppe. So sprach die Fatah als eigentliche Antriebsfeder der PLO in ihrer 1969 entwickelten „Sieben-Punkte-Strategie“ von ihrer Absicht, einen unabhängigen und demokratischen Staat Palästina zu errichten, dessen Bürger unabhängig ihres religiösen Bekenntnisses gleiche Rechte genießen sollten.⁵⁷⁹ Schon während der britischen Mandatszeit versuchte der junge palästinensische Nationalismus zwischen den Juden des alten Jischuw und den zionistischen Siedlern zu unterscheiden, obwohl die Termini „Jude“ und „Zionist“ häufig als Synonyme benutzt wurden. Eine dem modernen

⁵⁷⁸ Waldmann: Ethnischer Radikalismus, S. 104.

⁵⁷⁹ Siehe dazu: Laqueur, Walter und Barry Rubin (Hrsg.): The Israel-Arab Reader. A Documentary History of the Middle East, New York 1984, S. 372.

europäischen Antisemitismus vergleichbare Einstellung war den arabischen Palästinensern fremd. Zwar herrschten auch hier zu Teilen negative religiös motivierte Ressentiments unter den muslimischen wie christlichen Palästinensern vor, zu einer ethnisch begründeten Ablehnung kam es jedoch in den seltensten Fällen.⁵⁸⁰ Die Auflösung der praktischen Differenzierung Zionismus/Judentum wurde vielmehr von der zionistischen Bewegung selbst forciert, die nach einer Integration der in Palästina alteingesessenen jüdischen Bevölkerung strebte. In dieser Konsequenz erweiterten die Zionisten „erfolgreich“ den ursprünglich politischen Konflikt zwischen Siedlern und autochthoner Bevölkerung um eine ethnische Dimension durch den Antagonismus Jude/Araber.⁵⁸¹

1.6. Die Territorialfrage im Palästina- und Nordirlandkonflikt

Wie die Fallstudien gezeigt haben, ist die Frage des Territoriums von zentraler Bedeutung innerhalb der nationalistischen Gedankengebäude. Für Zionismus und Unionismus ist die Aufrechterhaltung ihrer Eigenstaatlichkeit – wobei im Casus der nordirischen Unionisten das Postulat des Verbleibens im Vereinigten Königreich als Garant zur Aufrechterhaltung ihrer politischen Autonomie und wirtschaftlichen Suprematie gesehen werden muss – die *conditio sine qua non*. Die katholisch-nationalistischen Nordiren wünschen eine Vereinigung Nordirlands mit dem Territorium der irischen Republik. Die (säkularen) Palästinenser streiten für einen souveränen Staat bestehend aus den Gebieten des Westjordanlandes, des Gazastreifens und dem Ostteil Jerusalems als künftiger Hauptstaat der palästinensischen Nation. Anthony Smith konstatiert, dass in der Ideologie des Nationalismus die Elemente von Territorium und Nation eng aufeinander bezogen sind.⁵⁸²

Die politischen und paramilitärischen Organisationen der ethnischen Minderheiten verfügen faktisch über kein eigenes Territorium, das ihrem Hoheitsanspruch schon jetzt dauerhaft unterstellt ist. Im Palästina- wie im Nordirlandkonflikt ist es - anders als bei den Guerillas in lateinamerikanischen Konfliktgegenden, *exempli causa* Kolumbien⁵⁸³ - den (ethnischen)

⁵⁸⁰ Vgl.: Flores: Palästinensische Nationalbewegung, S. 102.

⁵⁸¹ Vgl.: Weinstock, Nathan: *Le Mouvement révolutionnaire arabe*, Paris 1970, S. 69.

⁵⁸² Vgl.: Smith: *National Identity*, S. 40.

⁵⁸³ Vgl.: Waldmann: *Ethnischer Radikalismus*, S. 173.

Protestbewegungen nicht gelungen, langfristig Regionen des staatlichen Territoriums in ihre Gewalt zu bringen. Zwar kam es in den siebziger Jahren in Nordirland zu einer „hermetischen“ Abriegelung einzelner katholischer Stadtteile oder Landstriche („Free Derry“ und South Armagh), die zu „no-go areas“ für britische Sicherheitskräfte wurden, dennoch vermochten die nordirischen Polizei- und Militäreinheiten unter Aufbietung massiver Truppenkontingente und bei Inkaufnahme größerer Verluste jederzeit diese Zustände zu beseitigen. Die palästinensischen Gebiete waren bis in die neunziger Jahre hinein von Israel militärisch okkupiert. Auch nach den Zugeständnissen an die palästinensische Seite im Zuge des Friedensverhandlungsprozesses, die zu einer begrenzten Autonomie führten, kontrolliert Israel einen großen Teil des Territoriums eines in der Zukunft liegenden Palästinenserstaates. Zahlreiche jüdische Siedlungen, die der Protektion der IDF unterliegen, der Jurisdiktion der PNA entzogen und über eine separate Infrastruktur mit Israel verbunden sind, belegen die nicht vorhandene staatliche Souveränität der Palästinenser in der Gegenwart.

Wichtiger Aspekt der Territorialproblematik ist die ethnisch-konfessionelle Separation der verfeindeten Gruppen, die sich räumlich betrachtet auf die innerstädtische wie die regionale Segregation erstrecken kann. Sichtbarstes Zeichen dafür sind die so genannten „Peacelines“ in nordirischen Städten,⁵⁸⁴ die katholische und protestantische Wohnviertel durch meterhohe Betonmauern räumlich voneinander trennen oder nicht minder der israelische „Schutzaun“ entlang der Palästinensergebiete.⁵⁸⁵

Im Nordirland- und im Israel/Palästinakonflikt erfüllen bestimmte Gebiete konkrete Funktionen für die ethnischen Gruppen. Peter Waldmann ordnet solchen Gebieten die Attribute der Verteidigung sowie der Regeneration und Zuflucht zu.⁵⁸⁶ Für die irisch-republikanischen Paramilitärs lag der natürliche Zufluchts- und Rückzugsort in der Republik Irland. Die Führung der IRA hatte ihr Hauptquartier während der violenten Ereignisse in der britischen Unruheprovinz immer in der irischen Hauptstadt Dublin unterhalten. Neben der Symbolwirkung,

⁵⁸⁴ Siehe dazu: Murtagh, Brendan: Territoriality, Research and Policymaking in Northern Ireland, in: Hargie, Owen und David Dickson (Hrsg.): Researching The Troubles. Social Science Perspectives on the Northern Ireland Conflict, Edinburgh/London 2004, S. 213 (künftig zitiert: Murtagh: Territoriality).

⁵⁸⁵ Vgl.: Krautkrämer: Konflikt, S. 11.

⁵⁸⁶ Vgl.: Waldmann: Ethnischer Radikalismus, S. 177.

die implizieren sollte, dass Dublin die Hauptstadt der ganzen irischen Insel sei und wieder werden würde nach einer zukünftigen Wiedervereinigung, trug für diese Entscheidung die Tatsache Rechnung, dass die IRA in Nordirland nur klandestin operieren konnte. Aufgrund der geographischen Beschaffenheit war ferner die Republik Irland von nahezu jedem beliebigen Punkt in Nordirland schnell zu erreichen. Die Spalte der PLO hatte ebenfalls während der überwiegenden Zeit ihres Bestehens ihr Hauptquartier in den Nachbarländern Israels, so zu Beginn in Jordanien, später dann im Libanon (wo sie beide Male aufgrund passiver bzw. aktiver israelischer Militärintervention vertrieben wurde) und so bis zu ihrer Rückkehr nach Palästina im Rahmen des Friedensprozesses zuletzt Unterschlupf im libyschen Tunis fand. Die politische Führung der Hamas hat auch nach Übernahme der Regierungsverantwortung nach den Wahlen am 26. Januar 2006 ihren Sitz im syrischen Damaskus.

Ethnisch separierte Siedlungsräume mit dichtem Besiedlungsaufkommen vermitteln sowohl dem Individuum wie auch dem ethnischen Kollektiv ein Sicherheitsgefühl und gewährleisten durch die räumliche Geschlossenheit die Verteidigungsfähigkeit der Gemeinschaft vor äußeren Bedrohungen.⁵⁸⁷ Dies wird praktisch deutlich am Beispiel der jüdischen Wehrsiedlungen, ist aber auch für die katholischen Stadtviertel Belfasts und Derrys zu erkennen. Die ethnische Homogenisierung nordirischer Großstädte mit der Ausbildung segregierter katholischer Ghettos hatte ähnlich wie die palästinensischen Flüchtlingslager für die paramilitärischen Organisationen nicht nur eine defensive Rolle, sondern erlaubten auch die britischen bzw. israelischen Streitkräfte in verlustreiche Hinterhalte zu locken.

Die Segregation und Desegregation ethnischer Siedlungsäume in urbanen Ballungszentren, welche eine geographische Nähe der verfeindeten Bevölkerungsgruppen beinhalteten, verlaufen nach einer Studie von Kliot und Mansfeld⁵⁸⁸ in sechs Stadien: (1) Bereits vor dem Ausbruch offener Feindseligkeiten gibt es eine gewachsene Separierung innerhalb der Stadt, die vor Konflikt- bzw. Kriegsausbruch eine urbane Einheit darstellt. (2) Die Teilung wird durch einen violenten Konflikt, der in seiner Intensität bis zu größeren

⁵⁸⁷ Waldmann: Ethnischer Radikalismus. S. 181.

⁵⁸⁸ Vgl.: Kliot, Nurit und Yoel Mansfeld: Case studies of conflict and territorial organisation in divided cities, in: Progress in Planning 52/1999, S. 167 ff.

Kriegshandlungen reichen kann, unter der möglichen Beteiligung von anderen Staaten hergestellt und aufrechterhalten. (3) Die vorhandene Teilung der Stadt wird flankiert von der mehrheitlichen und gegenseitigen Nicht-Beachtung bzw. Nicht-Anerkennung der beiden Gemeinschaften aufgrund ihrer ideologischen und ethnischen Dispositionen. (4) Kennzeichen der langfristigen Teilung ist abnehmende Feindseligkeit sowie die zunehmende implizite oder explizite Akzeptanz der Koexistenz. (5) Die fortschreitende Annäherung wird begleitet von einem Ausbau der wirtschaftlichen Kooperation, häufig mit Blick auf den Tourismus-Sektor, und der Etablierung begrenzter gemeinsamer Koordinierungsgremien. (6) Eine Wiedervereinigung ist gekennzeichnet vom Abbau der räumlichen Barrieren. Neben der Wiedervereinigung der Stadtteile kann auch eine Wiedervereinigung der ehemals feindlichen Staaten erfolgen.⁵⁸⁹ Durch die gewaltvolle Note der Konflikte in Palästina und Nordirland in der Gegenwart treffen für beide Fälle lediglich die ersten drei Stadien mit Sicherheit zu, obwohl man deutliche Anzeichen in Nordirland für einen Übergang zur vierten Kategorie sehen kann, die als Produkt des offenbar geglückten Friedensprozesses in der einstigen britischen Unruheprovinz zu konstatieren ist.

Die Statusfrage Jerusalems ist bis zum heutigen Tag ein zentrales Charakteristikum im Streit zwischen Israelis und Palästinensern.⁵⁹⁰ Unter osmanischer Herrschaft wie auch später zur Zeit des britischen Mandats war die Stadt ungeteilt. Mit dem arabisch-israelischen Krieg 1948 wurde Jerusalem zerstückelt: der mehrheitlich jüdische Westteil war von nun an im Besitz Israels, der von muslimisch-arabischen Bewohnern dominierte Ostteil, d.h. die Altstadt, wurde Teil des Königreiches Transjordanien. Die Option eines international verwalteten und ungeteilten Stadtgebietes nach der Empfehlung des Teilungsplans der Vereinten Nationen schied damit gleich zu Beginn aus. Im Sechs-Tage-Krieg von 1967 gelang es den Israelis, Ostjerusalem erfolgreich zu erobern. Der Ostteil wurde völkerrechtswidrig annektiert, Jerusalem zur ungeteilten Hauptstadt Israels erklärt und entsprechend administrativ als Einheit verwaltet.⁵⁹¹

⁵⁸⁹ Vgl. auch: Murtagh: Territoriality, S. 210.

⁵⁹⁰ Vgl.: Hundmaier, Daniel: Die Israelisierung Jerusalems nach 1967, in: Ibrahim, Ferhad und Abraham Ashkenasi (Hrsg.): Der Friedensprozess im Nahen Osten - Eine Revision, Münster 1997, S. 312 (künftig zitiert: Hundmaier: Israelisierung Jerusalems).

⁵⁹¹ Vgl.: Hundmaier: Israelisierung Jerusalems, S 316.

Die nordirische Hauptstadt Belfast steht beispielhaft für zahlreiche urbane Siedlungsräume in Nordirland, die eine historische Separation der Ethnien durchlaufen haben, welche durch die gewaltsamen Auseinandersetzungen verursacht wurden und zu einer faktischen Teilung der Städte in katholische und protestantische Wohnviertel geführt haben. Unter verwaltungstechnischen Gesichtspunkten war Belfast keine geteilte Stadt, doch hatten sich schon Mitte des 19. Jahrhunderts während der fortschreitenden Industrialisierung konfessionsspezifische Bezirke gebildet.⁵⁹² Mit Ausbruch der Troubles 1969 erfuhren jene Wohndistrikte, die bis zu einem gewissen Grad noch ethnisch-konfessionell gemischt waren, eine Homogenisierung, da viele Einwohner es vorzogen aus Gründen ihrer persönlichen Sicherheit in Wohngebiete ihrer Religionsgruppe zu ziehen, zumal sie oftmals von den Paramilitärs beider Seiten dazu genötigt wurden. Mit der Intention, die Gewalt in so genannten „Interface-Areas“, d.h. an den Nahtstellen protestantischer und katholischer Stadtviertel einzudämmen, errichtete die britische Armee zahlreiche „Peacelines“.⁵⁹³

Die israelischen Bemühungen um die demographische Homogenisierung Jerusalems zu Gunsten der jüdischen Bevölkerung ist ein wesentlicher Punkt des Territorialkonfliktes.⁵⁹⁴ Als Austragungsort lassen sich die in ihrer Majorität arabisch dominierten Viertel Ostjerusalems lokalisieren, die speziellen Siedlungsmaßnahmen der Regierung Israels ausgesetzt sind. Mit der Okkupation des Ostteils der heiligen Stadt nach dem Sechs-Tage-Krieg 1967 wurde das Marokkanische Viertel, welches in unmittelbarer Nachbarschaft zur Klagemauer liegt, planiert und einige hundert Araber aus ihren Behausungen vertrieben. Nach der Schaffung einer gesetzlichen Grundlage 1968 wurden ca. 6000 Palästinenser enteignet, um die Voraussetzungen für Ausbau und Instandsetzung des traditionellen Jüdischen Viertel in Ostjerusalem zu schaffen.⁵⁹⁵ Durch diesen modus operandi sollten aus zionistischer Sicht politische Fakten geschaffen werden, die dem religiösen Anspruch des jüdischen Volkes auf ganz Jerusalem einen demographischen Aspekt durch die jüdischen Siedlungen im Ostteil der

⁵⁹² Vgl.: Waldmann: Ethnischer Radikalismus, S. 179.

⁵⁹³ Vgl.: Murtagh: Territoriality, S. 213.

⁵⁹⁴ Siehe dazu: Talhami, Ghada: Between Development and Preservation: Jerusalem under Three Regimes, in: American-Arab Affairs 16/1986, S. 100 f.

⁵⁹⁵ Siehe dazu: Dumper, Michael: Israeli Settlement in the old City of Jerusalem, in: Journal of Palestine Studies 21/1992, S. 37 (künftig zitiert: Dumper: Israeli Settlement).

Stadt hinzufügten.⁵⁹⁶ Gleichzeitig ermöglichte diese Vorgehensweise die Sicherstellung der militärischen Kontrolle über die arabische Bevölkerung, wurden doch die neuen Siedlungen an strategisch bedeutsamen Punkten errichtet, die einen „jüdischen Ring“ um Ostjerusalem ziehen und so das Territorium vom Westjordanland abschneiden.⁵⁹⁷ Auch sind zahlreiche Aktivitäten radikaler jüdischer Nationalisten im Bereich der Altstadt seit den achtziger Jahren zu verzeichnen, die auf eine Verdrängung der Palästinenser aus Ostjerusalem hinarbeiten, wobei ihnen u.a. der juristische Rahmen des immer noch gültigen „Abwesenheitsgesetzes“ hilft.⁵⁹⁸ Somit ist eine Abkehr von der in den siebziger und achtziger Jahren des 20. Jahrhunderts entwickelten Leitidee der ethnischen Separierung des damaligen Jerusalemer Bürgermeisters Teddy Kollek und eine Hinwendung zu ethnischer Verdrängung zu konstatieren. Kollek hatte sich nach dem „Mosaik-Prinzip“ für eine räumliche Trennung der religiösen Gruppen zur Erhaltung ihrer kulturellen Eigenständigkeit stark gemacht.

Anders als in Nordirland ist im Palästinakonflikt die Frage des Territoriums mit religiösen Vorstellungen auf das Engste verknüpft. Für gläubige Juden ist das Heilige Land ihnen von Gott selbst verheißen.⁵⁹⁹ Jerusalem kommt zusätzlich als spirituelles Zentrum durch die Überreste des von den Römern zerstörten Tempels eine besondere Verehrung zu, mithin fordern national-religiöse jüdische Gruppen die Wiedererrichtung des ursprünglichen Heiligtums auf dem in der Altstadt gelegenen Tempelberg. Dieses Postulat ruft verständlicher Weise bei den muslimischen Palästinensern große Ängste hervor, da der Aufbau der alten jüdischen Kultstätte nur durch den Abriss der Al-Aqsa Moschee möglich würde.⁶⁰⁰ Daniel Hundmair konstatiert ferner:

„Als Beleg für die Zentralität Jerusalems in der jüdischen Kultur wird bisweilen auch angeführt, dass die beiden heiligsten Zeremonien im jüdischen Kalenderjahr (Jom Kippur, Seder) mit den Worten: la-schanah ha-ba'ah bi jeruschalajim (Nächstes Jahr in Jerusalem) schließen. Die Argumente dieses Ansatzes zielen darauf ab, die religiöse Bedeutung Jerusalems mit der weltlichen Bedeutung der Stadt für die organisierende Ideologie des Staates Israel zu verbinden. Staat und Stadt werden als Einheit dargestellt, die unter keinen Umständen zur Disposition stehen darf.“⁶⁰¹

⁵⁹⁶ Siehe dazu: Efrat, Elisha und Allen G. Noble, in: *The Geographical Review* 78/1988, S. 400 f.

⁵⁹⁷ Vgl.: Asseburg, Muriel: Israelisch-palästinensische Streitfragen, in: Informationen zur politischen Bildung: Israel, 278/2003, S. 65 (künftig zitiert: Asseburg: Israelisch-palästinensische Streitfragen).

⁵⁹⁸ Vgl.: Hundmaier: Israelisierung Jerusalems, S. 324.

⁵⁹⁹ Vgl.: Herz: Palästina, S. 19.

⁶⁰⁰ Vgl.: Hundmaier: Israelisierung Jerusalems, S. 313 f.

⁶⁰¹ Ebd.: S. 315.

Auch die radikal-islamischen Protagonisten der Hamas begründen ihren territorialen Anspruch auf das umkämpfte Land mit religiösen Argumenten. Nach klassischer muslimischer Rechtsauffassung ist es unzulässig, dass ein Gebiet, das bereits einmal unter muslimischer Herrschaft gestanden hat, zu einem späteren Zeitpunkt von Nicht-Muslimen regiert wird. Die Rolle Jerusalems als dritt wichtigster Stadt im Islam verschärft die Situation zusätzlich und wird deutlich mit Blick auf die zweite Intifada, die treffender Weise auch „Al-Aqsa-Intifada“ genannt wird. Der Besuch Ariel Sharons auf dem Tempelberg musste für fromme Muslime umso erniedrigender wirken, als dem Großteil der muslimischen Palästinenser aufgrund der Sicherheitsbestimmungen der israelischen Autoritäten der ungehinderte Zugang zur Religionsausübung beispielsweise beim Freitagsgebet verwehrt wird. Der territoriale Kontext trägt im Palästinakonflikt auf die eben skizzierte Weise zu einer besonderen Sakralisierung bei, welcher noch gesondert im sich anschließenden Kapitel zur Bedeutungs- und Wirkungsmacht der Religion nachgespürt werden muss.

1.7. Staatliche Autorität und Legitimität

Aus Sicht der katholischen Nordiren sowie der palästinensischen Araber fehlte es den staatlichen Autoritäten in Nordirland bzw. der israelischen Regierung an Legitimität. Dieses Legitimitätsdefizit⁶⁰² ist in beiden Konflikten sehr stark mit der Entstehungsgeschichte Nordirlands und Israels verknüpft. Beiden Fällen ist das Moment der Gewalt immanent, da die Abspaltung des irischen Nordens nicht nur Resultat des irischen Unabhängigkeitskrieges 1922 gewesen ist, sondern vor allem durch den Druck und die Androhung von Gewalt durch die protestantischen Unionisten gegen eine gesamtirische Autonomie etabliert wurde, welche London zu Anfang für ganz Irland beabsichtigte und schließlich zu Gunsten einer Teilung revidieren musste. Der israelische Staat ist Produkt des Unabhängigkeitskrieges von 1948. Gegen die militärische Aggression ihrer arabischen Nachbarn gelang es der zionistischen Bewegung, die Souveränität des jungen Staates zu behaupten. Hinzu kommt der israelisch-arabische Krieg von 1967, der das faktische Territorium Israels um das Westjordanland und den Gazastreifen erweiterte und damit zusätzliche Konfliktfelder schaffte. Den Staatsgründungen in Israel und

⁶⁰² Vgl.: Waldmann: Ethnischer Radikalismus, S. 270.

Nordirland erlangte zudem ein eindeutiges und unverkennbares geschichtliches Fundament, das es den protestantischen Unionisten oder der jüdischen Nationalbewegung vereinfacht hätte, ihre Ansprüche auf Territorium und Staatlichkeit zur Geltung zu bringen. Die Zionisten beanspruchten die Gebiete ihres Nationalstaates mit dem Argument, dass dieses Land der Ursprung der jüdischen Nation und Kultur gewesen ist,⁶⁰³ mithin unter dem Blickpunkt religiöser Observanz dem jüdischen Volk von Gott verheißen ist.⁶⁰⁴ Noch schwieriger fiel es den nordirischen Protestant, einen Rückgriff auf historische Traditionen zur Behauptung staatlicher Legitimität zu unternehmen, da sie selbst sich lediglich als Nachfahren britischer Siedler sahen und sich um ihrer Frontstellung gegenüber dem irisch-katholischen Nationalismus und dem Freistaat im Süden willen die Bezugnahme auf prominente protestantische Persönlichkeiten der irischen Geschichte, welche für Home-Rule stritten, nicht gestatteten.⁶⁰⁵

Schwerer als die nicht vorhandene historische Legitimität der beiden Staaten und ihre „Geburtsstunde im Krieg“ wiegt jedoch die politische und ökonomische Exklusion der nordirischen Katholiken und der palästinensischen Araber in Nordirland bzw. Israel, die zu einer Nicht-Akzeptanz der staatlichen Autoritäten bei den ethnischen Minderheiten führt. Die Katholiken in Nordirland fühlten sich bis zur Umsetzung des Good-Friday-Agreement als Bürger zweiter Klasse. Bestätigt wurden sie in ihrer Perzeption durch die eklatanten Diskriminierungen auf den Feldern des Wahlrechtes und der Arbeitsmarktpolitik oder aber durch sicherheitspolitische Maßnahmen. Alle drei genannten Beispiele trugen dazu bei, die Hegemonie der protestantischen Bevölkerungsmehrheit zu gewährleisten. Gleichzeitig verhinderten diese Mechanismen eine soziale wie mentale Integration der katholischen Minorität in den jungen nordirischen Staat und beförderten das erneute Aufkeimen eines gewaltbereiten irisch-nationalistischen Widerstandes in Gestalt der IRA Anfang der siebziger Jahre gegen das Stormont-Regime, das aus irisch-republikanischer Sicht Instrument des britischen Imperialismus war und dem die eigentliche Gegnerschaft galt.

⁶⁰³ Vgl.: Herz: Palästina, S. 19 f.

⁶⁰⁴ Vgl.: Zuckermann: Zionistisches Selbstverständnis, S. 37.

⁶⁰⁵ Vgl.: Waldmann: Ethnischer Radikalismus, S. 276.

In Israel ist die Ausgrenzung aller nicht-jüdischen Bürger aus der israelischen Gesellschaft besonders hervorgetreten am Beispiel des Zugangs zum Militär, welches arabisch-muslimischen Personen mit israelischer Staatsbürgerschaft den Dienst in seinen Reihen verwehrt und auf diese Weise durch seine zentrale Stellung in der israelischen Gesellschaft von einer wirklichen zivilgesellschaftlichen Inkorporation ausschließt. Auch muss daran erinnert werden, dass die palästinensische Bevölkerung zu weiten Teilen bei der politischen Partizipation benachteiligt wird. Mag dies noch für die nach 1967 besetzten Gebiete argumentativ logisch sein, so ist zu konstatieren, dass die arabische Bevölkerung in den annexierten Gebieten, exempli causa Ostjerusalem, nicht den selben Status inne hat wie Staatsbürger in Rest-Israel. So verfügen die arabischen Einwohner Ostjerusalems lediglich über einen speziellen „Jerusalem-Ausweis“, der ihnen theoretisch nur die Teilnahme an den hiesigen Kommunalwahlen erlaubt.⁶⁰⁶

Nicht unterschlagen werden dürfen der Vollständigkeit halber die bisweilen grundsätzlichen Loyalitätsvorbehalte gegenüber der staatlichen Autorität,⁶⁰⁷ die auf Seiten der ethnischen Mehrheiten, d.h. für unsere Studie der nordirischen Protestanten und der jüdischen Israelis, anzutreffen sind, die sich aber in ihrer Motivation unterscheiden. So lehnt nicht zuletzt die religiöse Ultra-Orthodoxie des Judentums die von Menschen geschaffene Existenz des Staates Israel ab.⁶⁰⁸ Nach ihren Glaubensüberzeugungen obliege es Gott und seinem Messias allein, das jüdische Volk in Eretz Israel zu versammeln und die jüdische Staatlichkeit wiederherzustellen. Wie an verschiedenen Stellen aufgezeigt, ist das Verhältnis zwischen den nordirischen Unionisten und der britischen Autorität ebenfalls nicht durchweg harmonisch. Widerstand gegen die Politik Londons wurde immer dann forciert, wenn aus unionistischer Sicht ein „Ausverkauf der Protestant“ oder eine Gefahr für ihre politische und wirtschaftliche Suprematie drohte, sei es durch die Debatten um Home-Rule oder nach der Einführung von Direct-Rule. Peter Waldmann argumentiert, dass das ambivalente Verhalten der nordirischen Loyalisten eine „vormoderne, vertragliche“ Vorstellung von der Beziehung

⁶⁰⁶ Vgl.: Fischer, Astrid: Die Zukunft Jerusalems, in: Ibrahim, Ferhad und Abraham Ashkenasi (Hrsg.): Der Friedensprozess im Nahen Osten - Eine Revision, Münster 1997, S. 330 (künftig zitiert: Fischer: Zukunft Jerusalems).

⁶⁰⁷ Vgl.: Waldmann: Ethnischer Radikalismus, S. 285.

⁶⁰⁸ Vgl.: Zuckermann: Zionistisches Selbstverständnis, S. 43.

zwischen dem staatlichen Souverän und dem ethnischen Kollektiv“⁶⁰⁹ beweist, wonach die Ethnie der staatlichen Autorität nur dann zu Loyalität verpflichtet sei, solange diese für den Schutz und die Aufrechterhaltung gewisser tradierter Rechte der Ethnie sorge.⁶¹⁰ Insofern ist für einen partiellen Teil des unionistischen Lagers eine Ablehnung des modernen (britischen) Nationalstaates zu konstatieren, der nur eingeschränkt bereit ist aus der historischen Tradition abgeleitete Privilegien für die Protestantten in Nordirland gelten zu lassen.

Die Loyalitätsvorbehalte des irisch-republikanischen Lagers sowie der palästinensischen Widerstandsbewegung resultieren hingegen aus der gegen ihren expliziten Willen gewaltsam erfolgten Inkorporation in ein Gemeinwesen, dass sie in ihrer Antizipation nicht nur in ihren politisch-bürgerlichen Freiheiten unterdrückt, sondern sie in ihrem Streben nach nationaler Selbstbestimmung hindert. Als Mittel der Gegenwehr bejahten sowohl IRA als auch Fatah für eine längere Zeitperiode den konsequenten bewaffneten Kampf, welcher erst mit allgemeinen Friedensverhandlungen in Nordirland bzw. Palästina von einem politischen Primat abgelöst wurde. Dabei erhielt der bewaffnete Kampf in Nordirland und im Palästinakonflikt immer wieder eine quasi religiöse Weihe, die durch die enge Verflechtung von Ethnizität und religiösem Bekenntnis bei allen Konfliktparteien unserer Studie bedingt wurde und an verschiedenen Stellen Eingang in die Nationalismen der Akteure gefunden und zu einer „religiösen Aufladung“ geführt hat, welcher nun im folgenden Kapitel nachgespürt werden soll.

⁶⁰⁹ Waldmann: Ethnischer Radikalismus, S. 286.

⁶¹⁰ Ebd.

2. Religion im Kontext und als Komponente der Konfliktgeschehen

In den bisherigen Ausführungen ist die besondere Rolle der Religion für die Konflikte in Nordirland und Israel/Palästina verschiedentlich evident geworden. Sowohl in Nordirland als auch in Palästina sind die Konfliktakteure durch den religiösen Antagonismus zwischen katholischen und protestantischen Nordiren bzw. zwischen jüdischen Israelis und (mehrheitlich) muslimischen Palästinensern geprägt. Religiöse Vorstellungen und Doktrinen scheinen, so ein Ergebnis der Fallstudien und der bis zu diesem Zeitpunkt unternommenen Analysen, das politische Handeln und Denken der Protagonisten zu beeinflussen und geben offenbar bis zu einem zu bestimmenden Grad den Handlungsrahmen der Konflikte sowie im folgenden zu benennende Einstellungsmuster vor. Als sichtbarste Funktion von Religion ist in den Fallstudien die Bestimmung der ethnischen Identität durch die jeweils konkurrierenden Nationalismen und die damit einhergehende In- oder Exklusion in den Gesellschaften Israels und Nordirlands zu Tage getreten. Hugh Seton-Watson formuliert schließlich, dass die Ideologie des Nationalismus in ihrer Glorifizierung und Huldigung der Nation selber zu einer Art von „Ersatz-Religion“ mutiert sei.⁶¹¹ Angesichts der Gefahr der Simplifizierung und Reduktion des Faktors Religion konstatiert die nordirische Religionssoziologin Claire Mitchell zutreffend:

„Indeed by arguing that the primary significance of religion is establishing ethnic belonging, we risk ignoring how religious practices and ideas are used to constitute the meanings of ethnicity itself. Ethnicity and cultural identity would have different meanings without their religious dimensions. Furthermore, experiences of ethnic and cultural relationships can help constitute the local meanings of particular religion. Political experiences may even influence religious beliefs and practices. [...] But we need to push further in relation to the content and causality of religion. Religion, ethnicity and conflict are deeply intertwined and mutually conditioning.“⁶¹²

Das folgende Kapitel dient entsprechend der Analyse des Faktors Religion im Kontext und als Komponente des Palästina- und Nordirlandkonfliktes. Zunächst wird der Beitrag von Religion als Stiftungsmoment sozialer und ethnischer Identität analysiert werden, daran anschließend wird sich der Frage nach dem Verhältnis von Politik und Religion in Nordirland und Israel/Palästina zugewendet werden. Den Auswirkungen theologischer Konzeptionen auf das

⁶¹¹ Vgl.: Seton-Watson: Nations and States, S. 465.

⁶¹² Mitchell: Religion, S. 7.

Konfliktgeschehen sowie den Beziehungen zwischen Religion und den Gewaltorganisationen soll ebenso thematisiert werden wie die Frage, inwieweit Religion auch für die Konfliktbeilegung bedeutsam sein kann.

2.1. Religion und ihre Funktion als Stiftungsmoment sozialer und ethnischer Identität

Andreas Hasenclever und Volker Rittberger konstatieren, dass es in den letzten Jahren weltweit zu einer Wiederbelebung religiöser Traditionen gekommen ist, die aufgrund ihrer politischen Dimension innerhalb gewalttätiger Konflikte zunehmend auch die akademische Öffentlichkeit zu vermehrtem Interesse bewegte.⁶¹³ Die über mehrere Dekaden andauernde Gewalttätigkeit des Palästina- und Nordirlandkonfliktes ist unbestritten.

Vielfach ist deutlich geworden, dass Religion in beiden Konflikten als „ethnic marker“ benutzt worden ist. Die ethnische Identifizierung, welche für die nationalistischen Akteure zur Unterscheidung der Personen in Mitglieder der eigenen Ethnie bzw. der fremden Ethnie wichtig ist, erfolgt in Nordirland bzw. in Israel/Palästina vornehmlich über die Bestimmung der Religionszugehörigkeit. Religion wird in dieser Argumentationslinie reduziert auf ihre Funktion als Unterscheidungskriterium ethnischer Identität, eine eigenständige politische Relevanz hingegen wird negiert.⁶¹⁴ Wie die Fallstudien nachgewiesen haben, bemühten sich die politischen und paramilitärischen Organisationen der ethnischen Protestbewegungen, namentlich IRA und Fatah, der Öffentlichkeit deutlich zu machen, dass sie nicht in Gegnerschaft zu einer Glaubensgruppe stehen, sondern ihr Kampf ein Befreiungskampf gegen ein koloniales Regime sei, bei dem – quasi zufällig und historisch gewachsen – die Angehörigen bzw. die Vertreter der Kolonialmacht eine gemeinsame konfessionelle Herkunft als deutlichstes Differenzierungsmerkmal, d.h. protestantische Nordiren und jüdische Israelis, besitzen. Nach dieser Lesart, die vordringlich der Erweckung

⁶¹³ Siehe dazu: Hasenclever, Andreas und Volker Rittberger: Does Religion Make a Difference? Theoretical Approaches to the Impact of Faith on Political Conflict, in: Millennium: Journal of International Studies 3/2000, S. 641 (zukünftig zitiert: Hasenclever/Rittberger: Does Religion Make a Difference?); siehe ferner: Juergensmeyer, Mark: Terror in the Mind of God. The Global Rise of Religious Violence, Berkley 2000 (künftig zitiert: Juergensmeyer: Terror in the Mind of God).

⁶¹⁴ Vgl.: McGarry, John und Brendan O’Leary: Explaining Northern Ireland. Broken Images, Oxford 1998, S. 212 (künftig zitiert: McGarry/O’Leary: Explaining Northern Ireland).

internationaler Sympathien diente und das Anliegen der Widerstandsgruppen mit dem Schein der „gerechten Sache“ ausstatten sollte, beschränkt sich der religiöse Faktor zur simplifizierten Identifikation der Mitglieder der Siedlergruppen auf der einen Seite und jener der autochthonen Bevölkerung auf der anderen.

Die Zionisten, die sich in ihrer Selbstwahrnehmung als säkulare jüdische Nationalbewegung verstanden, haben dagegen nach der Etablierung des Staates Israel am offensichtlichsten Religion und Ethnizität miteinander verwoben und dem Staat als bewusst jüdischem Kollektiv so ein auf Ethnizität beruhendes Fundament beigemengt, das sich in seiner letzten Konsequenz trotz des säkularen Anspruches der klassisch religiösen Definitionsmacht unterwirft.⁶¹⁵ Die Intention der Kreation einer ethnischen Identität und damit eines ethnischen Kollektiv mittels der Bezugnahme auf die jüdische Religion ist an diversen Stellen der Arbeit hervorgetreten. Der religiöse Bezug auf das Judentum vermochte eine Homogenisierung der jüdischen Bevölkerung der ehemaligen Diaspora-Gemeinschaften zu bewerkstelligen und so ein emotionales Band und Gemeinschaftsgefühl zwischen den zionistischen Siedlern zu schaffen, die ursprünglich aus verschiedensten kulturellen Sphären und sozialen Schichten eingewandert waren.⁶¹⁶ Die Fallstudie zum Nordirlandkonflikt hat untermauert, dass vergleichbar zur eben skizzierten Situation der Zionisten in Israel auch hier die protestantische Konfession die wichtigste Klammer der ansonsten heterogen anmutenden Siedlerbewegung war. Der Protestantismus konnte seine in originär theologischen Fragen oftmals divergierenden Denominationen in Irland durch seinen expliziten Anti-Katholizismus politisch vereinen, was in einem historisch lang anhaltenden Prozess dazu führte, dass die Zugehörigkeit zum protestantischen Bekenntnis und die Abstammung von britischen Kolonisten zum entscheidenden Merkmal der ethnischen Identität der „People of Ulster“ avancierte. Es kann somit konstatiert werden, dass der Faktor Religion den Konfliktakteuren nicht nur eine vereinfachte ethnische Zuordnung ermöglicht, sondern er es speziell den in der Realität heterogenen Siedlergruppen gestattet, ethnische Identität zu konstruieren, in lang anhaltenden gewaltsauslösenden Auseinandersetzung auch strukturell zu konservieren – wovon besonders in

⁶¹⁵ Vgl.: Orr, Akkiva: The unJewish State, London 1983, S. 96.

⁶¹⁶ Vgl.: Zuckermann: Zionistisches Selbstverständnis, S. 37.

Nordirland Geschichte und Bedeutung des Oranier-Ordens Zeugnis geben - und so bestehende Aporien zu überdecken.

Die Instrumentalisierung von Religion im Palästina- wie im Nordirlandkonflikt mittels ihrer Funktion als „ethnic marker“ sowie als Konstruktions- und Homogenisierungsvehikel ethnischer Identität durch die nationalistischen Akteure ist dabei wissenschaftlich betrachtet zunächst völlig unabhängig von der Selbsteinschätzung der Akteure als „säkular“ und schmälert den Faktor Religion nicht in seiner Bedeutung. Nach Demerath kann Religion in ihrer Form als „Cultural Religion“ sehr wohl zu einer Identifikation mit einem konkreten religiösen Erbe führen, ohne dass diese zu einer aktiven religiösen Partizipation in Gestalt eines persönlichen, auf transzendenten Instanzen ausgerichtetes Engagement führen muss.⁶¹⁷ Religion ist entsprechend dazu geeignet, die Symbolik und Formen des rituellen Verhaltens bereit zu stellen, dass die Ausbildung und Aufrechterhaltung von sozialer und ethnischer Identität ermöglicht, mitunter sogar verursacht und so trotz des Mangels an originär religiös-theologischen Inhalten zu einer Sakralisierung der ethnischen Gruppe und nationalistischen Organisationen beiträgt.⁶¹⁸ Dies wird für Nordirland konkret deutlich am Themenkomplex der Paraden des Oranier-Ordens,⁶¹⁹ der eine zentrale und verbindende Institution für das Gros der nordirischen Protestanten darstellt. Bedeutsam ist, dass die bei den Aufmärschen der Orangemen mitgeführten Banner und Standarten zu einem Großteil auf religiöse Themen rekurrieren.⁶²⁰ Neben biblischen Erzählungen und Figuren werden auf den Fahnen die maßgeblichen Persönlichkeiten der Reformation, lokale protestantische Kirchen oder aber „Krone und Bibel“ porträtiert, die übrigen Darstellungen beziehen sich auf die markanten historischen Ereignisse in Irland, die von der protestantischen Bevölkerungsmajorität in Nordirland speziell kommemoriert werden, wie der Schlacht am Boyne oder die Belagerung Derrys.⁶²¹ Die Darstellung von „Krone

⁶¹⁷ Vgl.: Demerath, N.J.: Crossing the Gods. World religions and wordly politics, New Brunswick 2001, S. 59; siehe dazu ferner: Gans, Herbert J.: Symbolic ethnicity and symbolic religiosity. Towards a comparision of ethnic and religious generation, in: Ethnic and Racial Studies 4/1994, S. 577 ff.

⁶¹⁸ Vgl.: Mitchell: Religion, S. 6.

⁶¹⁹ Vgl.: Bruce, Steve: God save Ulster: The religion and politics of Paisleyism, Oxford 1985, S. 138.

⁶²⁰ Siehe dazu auch: Jarman, Neil: Material conflicts. Parades and visual displays in Northern Ireland, Oxford 1997.

⁶²¹ Vgl.: Mitchell: Religion, S. 85.

und Bibel“ impliziert die besondere Verbindung von „Britishness“ und Protestantismus, die Bezugnahme auf örtliche Kirchen oder auch Schlachtfelder postuliert den territorialen Anspruch der Loyalisten auf Nordirland.⁶²² Verschiedene Autoren interpretieren die Themen der Oranier-Märsche als Versuch der Unionisten, Parallelen zwischen biblischen Ereignissen und ihrer empfundenen aktuellen Situation zu ziehen, wie Claire Mitchell ausführt:

„[...] many of the stories deal with the Israelites being led to the Promised Land, prophets who emphasize the relationship between God and the Individual, and characters who have done whatever God has demanded of them. Indeed, parades are an important ritual through which the substantive content of Protestant identity and community is constructed. [...] In a community that lacks overarching collective practices, the emphasis during the marching season on symbolism, rituals and parades reinforces many Protestants’ sense of communal identity.“⁶²³

Religion als „Cultural Religion“ mit ihrer starken Reminiszenz an religiöse Gebräuche und Symbole zur Stiftung von Identität lässt sich auch für Israel konstatieren. Am sinnfälligsten ist dies für das traditionellste und augenscheinlichste Symbol einer Nation überhaupt: der Staatsflagge. Diese ist in den blau-weißen Farben des „Tallit“, des jüdischen Gebetsschal, gehalten und hat somit eindeutig einen religiösen Ursprung.⁶²⁴ Ähnliches gilt für den überwiegenden Teil der offiziellen israelischen Feiertage, die auf die jüdische Religion verweisen, gleichzeitig aber auch ganz im Sinne des Zionismus in einen säkular-nationalistischen Kontext eingebettet werden. Fromme Juden gedenken an Pessach des Auszugs des jüdischen Volkes unter dem Beistand Gottes aus Ägypten sowie an Chanukkah der Reinigung des Tempels und des Endes der griechischen Herrschaft über Jerusalem. Beide Feste werden im Zionismus zur Erinnerung an die geschichtlichen nationalen Befreiungen der Juden aus der Hand ihrer Unterdrücker genutzt.⁶²⁵

Durch die historischen Konfliktstrukturen und Machtverhältnisse auf der irischen Insel war der irische Nationalismus ideologisch stark an den religiösen Katholizismus gebunden und bediente sich dessen Symbolik und Riten sowie religiöser Deutungsmuster zur Erklärung politischer Verhältnisse. So wird verständlich, dass der Beginn der Rebellion irischer Nationalisten 1916 in Dublin

⁶²² Vgl.: Mitchell: Religion, S. 85.

⁶²³ Ebd.: S. 85-86.

⁶²⁴ Vgl.: Neuberger, Benyamin: Staatsaufbau und politisches System, in: Informationen zur politischen Bildung: Israel, 278/2003, S. 17 (zukünftig zitiert: Neuberger: Politisches System Israel).

⁶²⁵ Ebd.

an einem Ostersonntag startete. Der herausragende Festtag des katholischen Kirchenjahres, an dem Jesus Christus nach christlicher Auffassung von den Toten auferstanden ist, sollte der Tag sein, an dem auch die irische Nation glorreich auferstehen und von der britischen Fremdherrschaft endgültig „erlöst“ werden sollte. Noch heute ist es für die betont säkulare Partei Sinn Fein obligatorisch, jährlich am Ostersonntag zahlreiche, auf der ganzen irischen Insel stattfindende Gedenkveranstaltungen durchzuführen. In unserem Forschungszusammenhang ist die Feststellung wichtig, dass das irisch-republikanische Lager nicht das eigentliche Datum des „Easter-Rising“ zum Anlass seiner ritualisierten Gedenkkultur nimmt, sondern stets den kalendarisch-variablen kirchlichen Feiertag auserkoren hat. Hingewiesen werden muss in diesem Kontext auf die spezielle Rolle des „Märtyrertums“ in der Ideologie der ethnischen Protestbewegung, welches sakrale Züge enthält und bei religiösen Bezügen starke Anleihen nimmt. Da dieser Aspekt der „Sakralisierung des Konflikts“⁶²⁶ stark mit den in Palästina und Nordirland beteiligten Gewaltorganisationen zu tun hat, wird er noch gesondert im Abschnitt zum Verhältnis von Religion und Paramilitärs analysiert.

Für die protestantischen Unionisten und die jüdischen Zionisten hatte Religion wie dargelegt die Funktion der Konstruktion ethnischer Identität als verbindendes Element der Siedlergemeinschaften. Der Katholizismus der Iren hingegen hatte die Aufgabe eine ethnische Identität aufrechtzuerhalten, deren ursprünglich markantesten Merkmale die gälische Sprache und Kulturtradition waren, welche aber nach 150 Jahren englischer Okkupation und Anglisierungsbemühungen in der Mitte des 19. Jahrhunderts zum großen Teil nicht mehr existierten und die autochthone Bevölkerung Irlands in eine Identitätskrise stürzte.⁶²⁷ Diese Identitätskrise ließ den Katholizismus als das offensichtlichste Merkmal irischer Identität verbleiben und „provided the Irish with a substitute symbolic language and offered them a new cultural heritage with which they could identify with one another.“⁶²⁸ James McEvoy konstatiert, dass durch diese historische Entwicklung die rituelle Begehung katholischer Feste und die religiöse Praxis zum

⁶²⁶ Vgl.: Waldmann: Ethnischer Radikalismus, S. 294 f.

⁶²⁷ Vgl.: Mitchell: Religion, S. 74.

⁶²⁸ Larkin, Emmet J.: The historical dimensions of Irish Catholicism, Dublin 1976, S. 83.

Kernbestand irischer Kultur und somit auch des irischen Nationalismus avancierten.⁶²⁹

Die Beurteilung der Funktion von Religion im Sinne von „Cultural Religion“ für die palästinensische Nationalbewegung gestaltet sich weitaus schwieriger. Die arabischen Palästinenser sind religiös gesehen keine homogene Gemeinschaft. Auch wenn der ganz überwiegende Teil sich um Islam bekennt, existiert dennoch innerhalb der palästinensischen Ethnie eine christliche Minderheit. Die Fallstudien haben ferner gezeigt, dass am Beginn der palästinensischen Nationalbewegung arabische Christen ebenso engagiert waren wie später in den Gruppen des bewaffneten Widerstandes. Ein Rekurs auf religiöse Rituale oder Symbole fiel den säkular-nationalistischen Gruppen der religiös heterogenen Palästinenser daher weit weniger einfach, sofern man nicht eine konfessionelle Spaltung der Palästinenser provozieren wollte. So war die Teilnahme des muslimischen PLO Chefs Arafat am christlichen Gottesdienst am Heiligen Abend in Bethlehem nach der Einrichtung der palästinensischen Autonomiebehörde sicher nicht allein der Tatsache geschuldet, dass Arafats Frau Christin war. Die Hamas als explizit religiöse Gruppe bejaht *a priori* radikal-islamische Prinzipien und Positionen, welche sie auch in der Verwendung religiös-islamischer Symbole zum Ausdruck bringt, genannt sei hier u.a. der Rückgriff auf die „islamischen“ Farben grün/weiß oder eine Abbildung der Al-Aqsa Moschee in ihren Fahnen und Insignien.

2.2. Das Verhältnis von Religion und Politik in Israel/Palästina und Nordirland

Der vorhergehende Abschnitt hat die Bedeutung von Religion und ihre Funktion für die Konfliktparteien deutlich gemacht. Folglich gilt es nun zu analysieren, inwieweit religiöse Überzeugungen oder aus ihnen abgeleitete Konzepte politische Auswirkungen für das Konfliktgeschehen in Nordirland und Israel/Palästina verursachen. Weiterführend soll untersucht werden, welchen Einfluss originär religiöse Institutionen auf den politischen Prozess der Konflikte haben.

⁶²⁹ Vgl.: McEvoy, James J.: Theology and the Irish future. Viewpoint of a northern Catholic, in: McDonagh, Enda (Hrsg.): Irish challenges to theology, Dublin 1986, S. 31.

Das Konzept der „Cultural Religion“ hat gezeigt, dass religiöse Rituale und Symbole auch von vermeintlich säkular-nationalistischen Akteuren verwendet werden, obwohl diese keinen originär theologischen Anspruch vertreten oder eine transzendenten Ausrichtung haben. Wenn sich folglich die Konfliktakteure religiöser Zeichen etc. zu Instrumentalisierungs- und Interpretationszwecken bedienen, so scheint es nicht abwegig zu sein, dass auch partielle religiöse Vorstellungen Eingang in die politischen Vorstellungen der Konfliktparteien gefunden haben. Claire Mitchell bezeichnet diese Vorstellungen als „religiöse Ideologien“.⁶³⁰ Religiöse Ideologien zeichnen sich dadurch aus, dass sie von religiös-theologischen Doktrinen inspiriert sind, ohne sich mit der Beantwortung klassisch spiritueller Fragen zu befassen. Auf diese Art und Weise behält Religion ihre soziale und politische Relevanz für jene Gruppen, die eine grundsätzliche religiöse Sozialisation erlebt haben, aber in der Gegenwart keinen stark ausgeprägten Glauben besitzen oder ihre Religion praktizieren.⁶³¹ So interpretiert, können religiöse Ideen und Überzeugungen soziale und politische Konzeptionen konstruieren, welche zur Konstitution von Identität sowie zur Ausprägung politischer Handlungsdirektiven beitragen und Eingang in die Alltagskultur und das kollektive Gedächtnis der ethnischen Gruppen finden. Kelley und de Graaf unterstreichen nachdrücklich, dass „the religious environment of a nation has a major impact on the belief of its citizens.“⁶³² Nach den Ergebnissen ihrer Untersuchung ist es nicht selten, dass in einer von religiösen Vorstellungen und Normen durchdrungenen Gesellschaft auch Personen, die in säkularen Familien sozialisiert worden sind, dazu neigen ein auf religiösen Ideologien basierendes Gedankengut zu absorbieren, gleichwohl sie dadurch selbst keine überzeugten und „frommen“ Gläubigen werden.

„Religious environment“ und religiöse Institution in den Konflikten

Auf die ideologische Durchdringung der ihrem eigenen Anspruch nach säkularen jüdischen Nationalbewegung mit religiös-ideologischen Doktrinen ist bereits mehrmals im Verlauf der Arbeit hingewiesen worden. Als

⁶³⁰ Vgl.: Mitchell: Religion, S. 91.

⁶³¹ Ebd.

⁶³² Kelley, Jonathan und Nan Dirk de Graaf: National Context, Parental Socialization and Religious Belief. Results from 15 nations, in: American Sociological Review 4/1997, S. 654.

Hauptsozialisationsagentur der israelischen Gesellschaft ist das Militär identifiziert worden, das aufgrund seiner zentralen Stellung im Staat und der vorhandenen Wehrpflicht der Vermittler jüdischer Historie und Tradition, ergo auch Religion, schlechthin ist.⁶³³ Darüber hinaus betreibt die israelische Politik seit der Entstehung Israels in einem Partei übergreifenden Konsens⁶³⁴ eine gezielte Privilegierung religiöser Gemeinschaften. Dies hat zur Folge, dass ursprünglich religiöse Institutionen zu staatlichen Organen aufsteigen und hoheitliche Funktionen ausüben, denen sich gegebenenfalls kein Staatsbürger entziehen kann, was bisweilen unter demokratischen Gesichtspunkten zu einer Einschränkung der (negativen) Religionsfreiheit führt. Exempli causa muss darauf verwiesen werden, dass es in Israel keine Zivilehe für Juden, Christen und Muslime gibt, da diese allein vor religiösen Autoritäten die Eheschließung vollziehen können. Dies hat gravierende Folgen, besonders für die jüdischen Israelis selbst, da der jüdischen Orthodoxie vom (weltlichen) israelischen Staat in Bezug auf Ehe- und Scheidungsangelegenheiten ein Monopol eingeräumt worden ist, das die Rabbinatsgerichte - deren Mitglieder aus der orthodoxen Strömung des Judentums kommen, vom Staatspräsidenten ernannt und vom Staat finanziert werden und sich bei der religiösen Rechtssprechung allein von der „Halacha“ leiten lassen - privilegiert und zu faktischen religiösen Staatsorganen erhebt.⁶³⁵ Andere religiöse Denkschulen des Judentums werden ebenso wie Atheisten diskriminiert. Hinzu hat das „säkulare“ Israel zahlreiche Bereiche des öffentlichen Lebens entlang religiöser Vorgaben geregelt. So besteht ein Öffnungsverbot für Gastronomen und ein Beförderungsverbot bei den öffentlichen Verkehrsmitteln am Sabbat.⁶³⁶ Mit Geldern des Staates wird auch das religiöse Schulwesen der Orthodoxen subventioniert, welches den verschiedenen fromm-jüdischen Parteien ein spezielles Anliegen ist. Obwohl die politischen Organisationen der Ultra-Orthodoxen eine definitive Einbindung in die Regierungsarbeit des Staates, den sie ideologisch ablehnen, bisher vermieden, ist eine verbreitete Bereitschaft zur

⁶³³ Vgl.: Klein: Militär in Israel, S. 206.

⁶³⁴ Vgl.: Neuberger: Politisches System Israels, S. 19.

⁶³⁵ Ebd.

⁶³⁶ Vgl.: Klein: Militär in Israel, S. 36.

Übernahme parlamentarischer Macht insbesondere bei der religiösen „Schas-Partei“ festzustellen.⁶³⁷

Anders als in Israel herrscht in Nordirland staatsrechtlich eine deutliche Trennung von Staat und Religion vor. Dennoch haben religiöse Institutionen, d.h. insbesondere die Kirchen, einen ungebrochen großen Einfluss auf Politik und Gesellschaft.⁶³⁸ Besonders signifikant ist dies für die protestantische Community, deren kirchliche Würdenträger innerhalb politischer Organisationen und Parteien des unionistischen Spektrums aktive Rollen übernehmen. Einschränkend ist daran zu erinnern, dass die Zahl von ca. 100 verschiedenen protestantischen Denominationen ein gelegentlich äußerst heterogenes Bild abgibt und hinsichtlich theologischer und auch politischer Zielvorstellungen divergieren können, gleichwohl sich das Gros als Anhänger der klassischen unionistischen Politik erweist.⁶³⁹ Politisches Engagement ist bei konservativen evangelikalen Gläubigen und Geistlichen am markantesten.⁶⁴⁰ Prominentestes Beispiel ist Reverend Ian Paisley, der als Führer der DUP und Spiritus Rector der Free Presbyterian Church nach den Wahlen in Nordirland im Jahre 2007 das Regierungsamt des First Minister bekleidet.

Die radikalen loyalistischen Gewaltorganisationen haben einen kaum nennenswerten Anteil an praktizierenden Gläubigen in ihren Reihen, die UDA als größte paramilitärische Organisation auf protestantischer Seite schließt Geistliche von ihrer Mitgliedschaft sogar aus. Während der Friedensverhandlungen ergab sich zudem ein Antagonismus zwischen den loyalistischen Paramilitärs, die das GFA unterstützten, und der DUP, die dieses mit einer aggressiv anti-katholischen Rhetorik ablehnte.⁶⁴¹ Auffällig ist jedoch, dass nicht selten religiös inspirierte Prediger an der Führungsspitze jener paramilitärischen Dissidentengruppen wie der „Loyalist Volunteer Force“ (LVF) standen, die nach dem Waffenstillstand von UDA und UVF den Friedensprozess konsequent ablehnten.⁶⁴²

Ein Hauptbetätigungsgebiet der protestantischen Kirchen, d.h. der drei mitgliederstärksten Denominationen (Presbyterianer, Anglikaner und

⁶³⁷ Vgl.: Zuckermann: Zionistisches Selbstverständnis, S. 44.

⁶³⁸ Vgl.: Mitchell: Religion, S. 39.

⁶³⁹ Ebd.: S. 48.

⁶⁴⁰ Vgl.: Bruce: The Edge of the Union, S. 23.

⁶⁴¹ Siehe dazu: Bowcroft, Owen: Loyalist paramilitaries angered by Paisley claim, abgerufen am 22.07.2008 unter www.guardian.co.uk/Northern_Ireland/Story/0,,1821113,00.html.

⁶⁴² Vgl.: Juergensmeyer: Terror in the Mind of God, S. 41.

Methodisten), liegt in der politischen Mediation sowie der Repräsentation ihrer Anhängerschaft gegenüber staatlichen Autoritäten oder der verfeindeten Ethnie. In diesem Kontext verweist Liz Fawcett auf die Brückenfunktion des protestantischen Klerus während des nordirischen Friedensprozess, da ihnen von London aus die Aufgabe zugeschlagen worden war, für die Akzeptanz des GFA bei der protestantisch-unionistischen Bevölkerungsmehrheit zu werben.⁶⁴³ Zu beachten ist letztlich die enge informelle Verknüpfung von unionistischer Politik und protestantischen Kirchen durch den Oranier Orden, der nicht wenige weltliche und kirchliche Entscheidungsträger der Protestanten Nordirlands in seinen Reihen vereint⁶⁴⁴ und so eine ideologische Homogenisierung und Angleichung von politischen und originär religiösen Positionen schafft.⁶⁴⁵

Die katholische Kirche in Nordirland ist bemüht, sich aus unmittelbaren Parteiaktivitäten herauszuhalten oder gar Wahlempfehlungen abzugeben. Durch das Engagement einer Vielzahl von Priestern in den siebziger Jahren in der Bürgerrechtsbewegung bestehen jedoch enge inoffizielle Kontakte zwischen Amtskirche und der SDLP, die sich in gemeinsamen Konsultationen und gesellschaftspolitischen Schnittmengen äußern.⁶⁴⁶ Dies ist besonders vor dem Hintergrund zu sehen, dass die Sinn Fein als politischer Arm der IRA für die katholische Kirche als Partner nicht in Frage kam, hatten doch die irischen Bischöfe mehrfach betont, dass die Mitgliedschaft in der IRA die de facto Exkommunikation nach sich ziehen würde und auch die katholisch-theologische Position des „gerechten Krieges“ im Falle Nordirlands keine Anwendung fände.⁶⁴⁷ Trotzdem hat die katholische Kirche getöteten Mitgliedern der irisch-republikanischen Untergrundorganisation niemals Requiem und Exequien verweigert oder bekannte Angehörige der Organisation tatsächlich offiziell aus der Kirche ausgeschlossen, was besonders mit Blick auf die demonstrationsgleichen Beerdigungen von Angehörigen der IRA aus unionistischer Sicht zu einem hohen politischen Symbolfaktor für das Verhältnis der katholischen Kirche zu den republikanischen Paramilitärs wurde.

⁶⁴³ Vgl.: Fawcett, Liz: Religion, ethnicity and social change, London 2000, S. 119 f. (künftig zitiert: Religion and Ethnicity).

⁶⁴⁴ Ebd.: S. 105.

⁶⁴⁵ Vgl.: Mitchell: Religion, S. 55.

⁶⁴⁶ Siehe dazu: O'Connor, Fionnula: In search of a state. Catholics in Northern Ireland, Belfast 1993, S. 290.

⁶⁴⁷ Vgl.: Whyte, John H.: Church and State in Modern Ireland 1923-1979, Dublin 1980, S. 320 ff.

Vergleichbar den protestantischen Geistlichen in Nordirland versuchen auch zahlreiche katholische Priester die Anliegen der irisch-katholischen Bevölkerung gegenüber Regierungsstellen und politischen Vertretern der Gegenseite zu artikulieren. Morrow und weitere Autoren einer 1991 erschienenen Studie konstatieren daher:

„Catholicism is clearly political in a different way to Protestantism. There are no leading politicians who stake their position on a defence of Catholicism. Nevertheless the Catholic Church has a much higher profile as a social, political and economic actor than the Protestant institutions who are content to hand over most of this activity to ‘their state’. In this sense it has a political reality to be attacked in a far more concrete sense than Protestantism.“⁶⁴⁸

Gestützt wird diese Aussage auch im Kontext des nordirischen Bildungssystems. Während die protestantische Bevölkerungsmehrheit in Nordirland ihre Kinder in der Regel auf staatliche Schulen schickt, favorisieren die meisten katholischen Eltern private Schulen in kirchlicher Trägerschaft, welche allerdings Geld aus öffentlichen Haushalten beziehen.⁶⁴⁹ In praxi hat diese Entwicklung zu einer frühzeitigen ethnisch-religiösen Separation unter den Kindern und Jugendlichen Nordirlands beigetragen, die das Verständnis ihrer Identität als irisch-katholisch bzw. als britisch-protestantisch in dieser Sozialisationsphase bis in die jüngste Gegenwart hinein entscheidend prägt.⁶⁵⁰ Beide Konfessionen sind in ihren jeweiligen Schulen mit geistlichem Lehrpersonal oder „Aufsichtsratsmitgliedern“ vertreten.

Auch das gesellschaftliche Umfeld der Palästinenser ist wie das ihres israelischen Counterparts sowie der nordirischen Vergleichsgruppen religiös perpetuiert. Die zivilrechtlichen Streitfälle der arabisch-muslimischen Israelis sind ebenfalls religiösen Gerichtsbarkeiten anvertraut, welche als offizielle Staatsbeamte juristische Sachverhalte cum grano salis anhand der Vorgaben der Scharia behandeln. Wie die Fallstudie zum Palästinakonflikt dargelegt hat, spielten darüber hinaus bereits am Anfang des palästinensischen Widerstandes

⁶⁴⁸ Morrow, Duncan, Birell, Derek, Greer, John und Terry O’Keefe: The churches and inter-community relationships, Coleraine 1991, S. 119.

⁶⁴⁹ Vgl.: Mitchell: Religion, S. 47.

⁶⁵⁰ Siehe dazu: Henry, Lesley-Anne: Religious divide still strong: survey, abgerufen am 19.06.2007 unter www.belfasttelegraph.co.uk/news/local-national/article2670470.ece?service=print; ferner: Gallagher, Tony: Education and Equality in Northern Ireland, in: Hargie, Owen und David Dickson (Hrsg.): Researching The Troubles. Social Science Perspectives on the Northern Ireland Conflict, Edinburgh/London 2004, S. 61 (künftig zitiert: Gallagher: Education in Northern Ireland).

muslimische Geistliche wie der Großmufti von Jerusalem tragende politische Rollen. Nach der Konsolidierung des israelischen Staates und der Besetzung des Gazastreifens wie dem Westjordanland war das Engagement islamischer Organisationen, beispielsweise der Muslimbruderschaft, stärker auf eine religiöse Revitalisierung der palästinensischen Gesellschaft denn klassischer politischer Einflussnahme ausgerichtet.⁶⁵¹ Die Revitalisierungsbemühungen sollten durch eine breite Einrichtung karitativer und kultureller Organisationen forciert werden,⁶⁵² die auch heute noch neben dem bewaffneten Kampf und der politischen Agitation ein Hauptbetätigungsfeld der Hamas ist und auf diese Weise eine totale soziale Mobilisierung der Palästinenser im Kampf gegen Israel wie gegen die säkular-nationalistischen Gruppen der palästinensischen Nationalbewegung bewirken will.⁶⁵³

Konstatiert werden kann an dieser Stelle, dass beide zu analysierende Konflikte im Sinne der skizzierten Überlegungen von Kelley und de Graf ein „religious environment“ aufweisen. Sowohl in Nordirland wie in Israel/Palästina ist die Gesellschaft von der zentralen Einflussnahme durch originär religiöse Institutionen geprägt, derer sich nur selten oder mit größeren Schwierigkeiten entzogen werden kann. Kirchen und Glaubengemeinschaften stehen in engem formellem oder informellem Kontakt mit der politischen Sphäre Nordirlands bzw. Israel/Palästinas, welche nicht selten durch das unmittelbare Engagement religiöser Persönlichkeiten und Organisationen im politischen Tagesgeschehen geprägt ist.

Fraglich ist nun, ob und auf welche Weise sich „religiöse Ideologien“ nach der Definition Claire Mitchells in den Konflikten niederschlagen haben und das politische Geschehen und das Selbstverständnis der Akteure formen.

Die Gestalt „religiöser Ideologien“ in den Konflikten

Die (nord)irischen Katholiken haben als Ergebnis der mehrere Jahrhunderte währenden Unterdrückung durch Großbritannien den Aspekt des „unschuldigen

⁶⁵¹ Vgl.: Beaupain: Hamas und PLO, S. 16.

⁶⁵² Vgl.: Ziad, Abu Amr: Islamic fundamentalism in the Westbank and Gaza. Muslim Brotherhood and Islamic Jihad, Bloomington 1994, S. 14 ff. (künftig zitiert: Ziad: Islamic fundamentalism).

⁶⁵³ Vgl.: MacDowell, David: Palestine and Israel. The Uprising and Beyond, Berkley 1989, S. 109.

Opfers“ besonders gepflegt und kultiviert.⁶⁵⁴ In Ermangelung der politischen oder wirtschaftlichen Macht war es ihnen bis in die jüngere Vergangenheit hinein unmöglich, die gesellschaftlichen Verhältnisse auf der irischen Insel zu ihren Gunsten und nach ihrem Gerechtigkeitsempfinden im Diesseits umzugestalten. Mutatis mutandis richteten sie ihre Hoffnung - bestärkt durch die religiöse Unterweisung der katholischen Kirche - auf das Jenseits aus. Dort würde ihr Leiden schließlich von Gott belohnt werden, nach der irdischen Zeit der Entbehrung und Entrechtung würde ihnen im Himmel Gerechtigkeit widerfahren.⁶⁵⁵ Die positive Herausstellung des Opfers, im religiösen Duktus des „unschuldigen Lammes“, ist dabei in der Theologie und der römisch-katholischen Liturgie zentral verwurzelt. Die hl. Messe selbst ist eine Opferfeier, in der nach katholischer Lehre sich das Kreuzesopfer Jesu Christi und damit sein Erlösungswerk immer wieder real erneuert, um auf diese Weise das gläubige Volk zu entsühnen und ihm Unterpfand des (himmlischen) ewigen Lebens zu sein. Die Verehrung der Heiligen, insbesondere der Märtyrer unter ihnen, nimmt im theologischen und liturgischen Raum der „Una Sancta Catholica“ anders als im Protestantismus eine gesonderte Stellung ein. Claire Mitchell folgert daraus, dass eschatologisch argumentierend der irische Katholizismus duldsame Passivität im Angesicht des (Er)Leidens von Ungerechtigkeit befürwortet hat „and in extreme circumstances hope for redemption through sacrifice or martyrdom [...].“⁶⁵⁶

Ein politischer oder religiöser Anti-Protestantismus wird von Sinn Fein und IRA stets vehement bestritten. Als Beweis dafür wurde angeführt, dass anders als die protestantisch-unionistische Seite, die sich politisch öfters einer bildlich-religiösen und dezidiert anti-katholischen Rhetorik bedient, die irisch-republikanische Bewegung ihrerseits auf derartige auf den Protestantismus bezogene abfällige Äußerungen verzichtet. Die katholische Identität in Nordirland definiert sich explizit als Abgrenzung zur protestantischen Bigotterie, derer sich die irische Nationalbewegung in der Geschichte erwehren wollte. Unterstützt wurde diese Haltung durch die offizielle Lehrmeinung der katholischen Kirche gegenüber den Gemeinschaften, die aus der Reformation hervorgegangen waren.

⁶⁵⁴ Vgl.: Mitchell: Religion, S. 105.

⁶⁵⁵ Vgl.: Rafferty, Oliver P.: Catholicism in Ulster 1603-1983. An interpretative history, Dublin 1994, S. 4.

⁶⁵⁶ Mitchell: Religion, S. 105.

Die literalistische Doktrin des Protestantismus (*Sola Scriptura*) schien der katholischen Kirche zu sehr das Einfallstor für eigenwillige Interpretationen der Heiligen Schrift zu sein, mit denen die Unionisten in der Perzeption der nordirischen Katholiken diese über Dekaden politisch und wirtschaftlich diskriminiert hatten:

„This indicates that religion is of crucial importance – not that anti-protestantism is articulated theologically, but rather that the religio-political dimension of Protestantism acts as a key concept against which Catholic identity and ‘normality’ can be defined. [...] Anti-Protestantism is not a clearly worked-out-ideology. This is precisely because it is articulated as a negation of being ‘anti’-anything. It lacks the theological references of anti-Catholicism [...]. In many respects, Catholic identity seems to be constructed as a negation of perceived Protestant arrogance and inflexibility.“⁶⁵⁷

Wie für die nordirischen Katholiken ist auch für die Protestanten festzustellen, dass religiöse Vorstellungen und Werthaltungen dazu benutzt werden, in einer konkreten und realen politischen Situation sinnstiftend zu wirken und die Konfliktakteure mit verschiedenen, aus religiösen Ideologien abgeleiteten Interpretationsmodi zu versorgen, die besonders in Krisenzeiten an Gewicht gewinnen. Die Fallstudien haben aufgezeigt, dass diese Krisenzeiten in der Perzeption der protestantischen Unionisten immer dann auftraten, wenn sie sich der Gefahr einer Marginalisierung durch ein vereinigtes, konfessionell katholisch determiniertes Irland ausgesetzt sahen, welches sie in ihrem gedanklichen Bedrohungsszenario ihrer politischen, wirtschaftlichen und religiösen Freiheit berauben würde. Der Freiheitsgedanke ist im Protestantismus von entscheidender Bedeutung und ein herausgehobenes Merkmal der protestantischen Identität in Nordirland.⁶⁵⁸ Die Freiheit des Gewissens des Individuums und dessen unmittelbarer Zugang zu Gott als Glaubensimperativ der protestantischen Theologie befindet sich im Antagonismus zu der „weltlichen“ Hierarchie der katholischen Kirche, deren Gläubige auf die Mittlerschaft des Priesters zur Erlangung des Heils angewiesen sind. Die im Protestantismus verwurzelte Autonomie des Individuums führt so letztlich durch die Übertragung dieser religiösen Ideologie in einen politisch-sozialen Kontext zu einer Abqualifizierung der katholischen Iren durch die nordirischen Unionisten, die den Katholiken auch im politischen Alltag das Urteilsvermögen und die Fähigkeit zur

⁶⁵⁷ Mitchell: Religion, S. 113.

⁶⁵⁸ Vgl.: Waldmann: Ethnischer Radikalismus, S. 302.

Selbstbestimmung absprechen, da diese ihnen aufgrund ihrer konfessionellen Zugehörigkeit wesensfremd sei.⁶⁵⁹ Dies erklärt auch die starke Sensibilität und offene Abneigung der protestantischen Unionisten und der loyalistischen Paramilitärs bei dem historischen Thema „Home-Rule“, das immer wieder als „Rome-Rule“ verunglimpft und bekämpft worden ist. Bestätigt wurden die unionistischen Akteure in ihrer Auffassung zudem durch die starke Position der katholischen Kirche innerhalb der Verfassung der Republik Irland bis 1973 und ihre Einflussnahme auf die staatliche Zensur von Presse- und Literaturerzeugnissen Anfang der dreißiger Jahre des 20. Jahrhunderts.⁶⁶⁰

In Israel wird der Impetus „religiöser Ideologien“ prägnant auf den Gebieten der Staatsangehörigkeit und der Territorialfrage. Die zionistische Bewegung griff zur formellen Bestimmung der Staatsangehörigkeit auf das Kriterium der konfessionellen Zugehörigkeit zurück und folgte der traditionell-religiösen Gesetzesauslegung, wonach jemand nur Jude ist, wenn die Person von einer jüdischen Mutter abstammt, nicht Angehöriger einer anderen Religionsgemeinschaft ist oder zum Judentum konvertiert.⁶⁶¹ Dies kann auch nicht widerlegt werden durch die Tatsache, dass es auch israelische Staatsangehörige nicht-jüdischer Konfession gibt. Im Gegensatz zu den muslimisch-palästinensischen Einwohnern der besetzten Westbank und des Gazastreifens, die aus israelischer Sicht während der längsten Zeit des Konfliktes offiziell den Status von extraterritorial lebenden Staatsbürgern Jordaniens hatten, oder den autochthonen Einwohnern des annexierten Ostjerusalem, privilegierte der israelische Staat ausdrücklich per Gesetz das „Rückkehrrecht jüdischer Staatsangehöriger anderer Länder“ nach Israel und gewährte diesen automatisch seine Staatsbürgerschaft.

Die religiöse Konnotation des territorialen Anspruchs der zionistischen Bewegung auf „Erez Israel“, dem „Land der Väter“, welches dem jüdischen Volk nach der Thora von Gott verheißen wurde, ist bereits hinreichend gewürdigt worden. Für das wechselseitige Verhältnis von Politik und Religion und seine Auswirkungen auf das Konfliktgeschehen in Israel/Palästina ist der national-religiöse Teil der Siedlerbewegung von Interesse, dessen bekanntester Exponent die in den

⁶⁵⁹ Vgl.: Mitchell: Religion, S. 99.

⁶⁶⁰ Vgl.: Kandel: Nordirlandkonflikt, S. 79.

⁶⁶¹ Vgl.: Neuberger: Politisches System Israel, S. 19.

siebziger Jahren entstandene Organisation „Gush Emunim“ ist.⁶⁶² Moshe Zuckermann konstatiert, dass es das besondere „Verdienst“ dieser Bewegung gewesen sei, welches zu einer religiösen Aufladung des zionistischen Gedankens und der israelischen Politik nach dem israelisch-arabischen krieg von 1967 geführt habe.⁶⁶³ Den national-religiösen Kräften, welche anders als die jüdische Ultra-Orthodoxie die israelische Staatsgründung explizit befürwortete als Symbol der baldigen Ankunft des Messias, gelang es, ihre ursprünglich religiös-theologischen Überzeugungen mit der aus dem Arbeiterzionismus stammenden Vision des „jüdischen Pioniers“ zu verschmelzen.⁶⁶⁴ Die Eroberung und Besiedlung vormals arabischen Territoriums in der Westbank, die sie als die historischen jüdischen Gebiete Judäas und Samarias zu unbedingten Teilen Israels rechnen, war ihnen ein weiterer Beweis ihrer praemillinaristischen Weltanschauung, die insbesondere von den rechts-konservativen Likud-Regierungen aktiv politisch und finanziell unterstützt wurde. Wenn auch Mitchells Theorie der „religiösen Ideologie“ auf Gush Emunim nicht angewendet werden kann, da diese eine originär religiöse Bewegung darstellen und daher einer Transformation religiös-theoretischer Konzeptionen für säkulare Ziele nicht bedürfen, so ist doch aufgrund der engen Verzahnung der national-religiösen Siedlerbewegung mit einem Teil der politischen Kräfte in Israel zu vermuten, dass insbesondere die (säkular) rechts-konservativen Kräfte (religiöse) Motive der „frommen“ Siedlerorganisationen übernommen haben. Ohne Zweifel hat das Wirken Gush Emunims und anderer vergleichbarer Organisationen zu einer Sakralisierung des Konfliktes im zionistischen Lager beigetragen und erhärtet die These der spezifischen Rolle von Religion als eigenständiger Faktor im politischen Konfliktgeschehen.

Es bleibt die Frage im Raum stehen, ob „religiöse Ideologien“ auch den nationalistischen Akteuren des palästinensischen Widerstands inhärent sind. Mehrmals hat sich die Schwierigkeit zu einer theoretisch verbindlichen Einordnung der verschiedenen säkularen Kräfte aufgrund der politischen

⁶⁶² Vgl.: Leckebusch, Karsten: Die jüdischen Siedler in den besetzten Gebieten – Hindernis im Friedensprozess, in: Ibrahim, Ferhad und Abraham Ashkenasi (Hrsg.): Der Friedensprozess im Nahen Osten - Eine Revision, Münster 1997, S. 358 (künftig zitiert: Leckebusch: Die jüdischen Siedler).

⁶⁶³ Vgl.: Zuckermann: Zionistisches Selbstverständnis, S. 43.

⁶⁶⁴ Vgl.: Klein: Militär in Israel, S. 37.

Heterogenität der in der PLO zusammengeschlossenen Organisationen und der konfessionellen Vielfalt der palästinensischen Ethnie gezeigt. Ein Analogieschluss durch den Rekurs auf die gewonnenen Erkenntnisse bezüglich der ethnischen Protestbewegung der nordirischen Katholiken mag aufgrund der auch übrigen festgestellten ideologischen und strukturellen Gemeinsamkeiten möglicherweise weiterführen. Wie die irisch-katholische Bevölkerungsgruppe in Nordirland sah sich auch die palästinensische Bevölkerung über einen kontinuierlichen Zeitraum Unterdrückung und Entrechtung ausgesetzt, die zu einer Adaption der Opferrolle geführt hat. Wenngleich auch unter anderen Prämissen als die katholische Theologie und ihr Blick auf die Bedeutung des Martyriums, so ist gewiss auch der überwiegende Teil der muslimischen Palästinenser seinerseits von den theologischen Deutungen der islamischen Religionsgelehrten zum Thema des „Shahids“, des für die Sache Allahs im Heiligen Krieg gefallenen Märtyrers, beeinflusst. Bezeichnend ist, dass nach dem großen „Erfolg“ der medialen und politischen Rezeption der Selbstmordattentate von Hamas-Terroristen auch die militanten Angehörigen von Arafats säkular-nationalistischer Fatah-Organisation vermehrt zu dieser Taktik schritten.⁶⁶⁵ Der Name „Al-Aqsa Märtyrer Brigaden“ enthält zudem die besondere Referenz an ein dezidiert islamisches Heiligtum. Letztlich kann aber auch hier der von religiös-islamischen Vorstellungen geprägte Opfertod im Sinne des Konzeptes der „religiösen Ideologie“ zu einem Martyrium für die „Erlösung“ der weltlichen palästinensischen Nation vom „Joch der israelischen Besetzungsmacht“ stilisiert werden.

Insgesamt kann das Verhältnis von Politik und Religion als reflexiv bezeichnet werden. Religiöse Vorstellungen sind in beiden Gesellschaften stark verbreitet und entfalten ihre Wirkungsmacht aufgrund der Gegenwärtigkeit religiöser Institutionen und Normen in der Gesellschaft auch in den Reihen der vermeintlich säkular-nationalistischen Akteure entlang der theoretischen Konzeptionen von „Cultural Religion“ und „Religious Ideology“. Politische Organisationen bedienen sich religiöser Überzeugungen zur Instrumentalisierung für ihre Ziele und interferieren bisweilen in ihren politischen Inhalten mit ursprünglich rein

⁶⁶⁵ Vgl.: Herz: Palästina, S. 211.

religiösen Doktrinen. Nicht selten greifen religiöse Akteure formell oder informell in die politischen Prozesse und das Konfliktgeschehen ein.

2.3. Religion und Paramilitärs im Nordirland- und Palästinakonflikt

Die Gewaltorganisationen der ethnisch-konfessionellen Gruppen in Nordirland haben sich gemäß ihrer Eigendefinition nicht als „religiös“ verstanden, sondern als Anhänger nationalistischer Ideen, welche zum Teil von sozial-revolutionären Tendenzen (im Falle der IRA) oder von chauvinistisch-völkischem Ideengut⁶⁶⁶ durchsetzt war (im Falle der UDA und UVF). Feststeht, dass die paramilitärischen Verbände der irisch-katholischen Minderheit sowie der loyalistisch-protestantischen Mehrheit in der britischen Unruheprovinz eine Politik verfolgten, die Geistliche von der aktiven Mitgliedschaft in ihren Organisationen ausgeschlossen hat, gleichwohl man sich ihrer nicht selten als Parlamentäre bediente. Trotzdem verinnerlichten die militanten Organisationen in Nordirland „religiöse Ideologien“ und übernahmen bewusst religiös inspirierte Gedächtnisrituale in den Kanon ihres politischen Agitationswerkzeuges auf.

Die politischen und paramilitärischen Gruppen des irischen Nationalismus knüpften bewusst an den von der katholischen Minorität Nordirlands internalisierten Opferstatus mit seinen religiösen Implikationen an. Die Intention von IRA und Sinn Fein war es, den Kampf ihrer Aktivisten und deren „Martyrium“ zu nutzen, um ihm so eine quasi religiöse Weihe und Legitimität zu verleihen, welche Sympathieeffekte bei der katholischen Bevölkerung Nordirlands auslösen sollten und ihre Wirkung selten verfehlten. Die Märtyrer der IRA, sei es des Osteraufstandes von 1916 oder des großen Hungerstreiks von 1981, gaben gemäß dieser von „religiöser Ideologie“ geprägten Sichtweise ihr Leben für die „Erlösung der irischen Nation“.

Die Mitglieder der loyalistischen Gewaltorganisationen rekrutierten sich zwar größtenteils aus einem säkularen Arbeitermilieu, dennoch untermauern die Aussagen der Fallstudie, dass sich beispielsweise die UDA nicht nur als Verteidiger des nordirischen Staates und der bürgerlichen Freiheit verstanden hat, sondern sich zumindest auf rhetorischer Ebene als Behüter des protestantischen

⁶⁶⁶ Siehe dazu: McDonald, Henry: Loyalists linked to 90 per cent of race crime, abgerufen am 23.10.2006 unter www.guardian.co.uk/Northern_Ireland/Story/0,,1928597,00.html.

Glaubensbekenntnisses auf der irischen Insel definierte.⁶⁶⁷ Hier kommt abermals die besondere Verquickung von Protestantismus als Religion und Protestantismus als Freiheitsideologie in der Perzeption ihrer nordirischen Anhänger zum Ausdruck.⁶⁶⁸ Anders als ihre Gegner im republikanischen Lager, die durch eine vergleichsweise „sorgfältigere“ Auswahl ihrer Mordopfer keinerlei Anschein von „Sectarianism“ erwecken wollten, töteten protestantische Paramilitärs in der Regel einen Katholiken allein um seines konfessionellen Bekenntnisses willen, ohne zu prüfen, ob ihr Ziel tatsächlich Mitglied oder Sympathisant der IRA war.⁶⁶⁹ Wie festgestellt worden ist, hatte dies aber eher praktische Gründe und resultierte aus einer grundsätzlichen Identifikationssubtilität der Angehörigen klandestiner Organisationen.

Der renommierte Terrorismusforscher Bruce Hoffmann konstatiert explizit mit Referenz auf die nordirischen Gewaltgruppen der IRA bzw. der UDA und UVF sowie der palästinensischen PLO, dass das Verhältnis von Religion und Terrorismus bereits durch die bloße Konfessionszugehörigkeit ihrer Mitglieder korreliert und so eine ausgeprägte religiöse Komponente evoziert, obwohl letztlich die genannten Gruppen ausnahmslos politisch und nicht religiös motiviert seien, so dass die primäre Relevanz ethno-nationalistischer und/oder irredentistischer Absichten sich als unbestreitbar herausstellten.⁶⁷⁰ Peter Waldmann argumentiert, dass der allgemeine Säkularisierungsprozess religiöser Überzeugungen - einhergehend mit dem langsamem, aber beständigem Autoritätsverlust religiöser Institutionen im Vergleich zu den Jahrhunderten zuvor - der sechziger und siebziger Jahre des 20. Jahrhunderts zu einer stetigen Sakralisierung der nationalistischen Ideen, des Konfliktgeschehens und seiner radikal-militanten Akteure geführt hat.⁶⁷¹

Mag dies auch für die säkular-nationalistischen Paramilitärs in Nordirland und in Palästina zutreffen, ohne dabei jedoch die besondere Bedeutung der Religion für die Konflikte in ihrer Gesamtheit oder gar ihre herausgearbeiteten Erscheinungsformen und Einflussmöglichkeiten selbst auf die

⁶⁶⁷ Siehe dazu S. 50 der vorliegenden Arbeit.

⁶⁶⁸ Vgl.: Waldmann: Ethnischer Radikalismus, S. 302 f.

⁶⁶⁹ Vgl. Taylor: Loyalists, S 117.

⁶⁷⁰ Vgl.: Hoffmann, Bruce: Terrorismus – der unerklärte Krieg, Bonn 2002, S. 112 (künftig zitiert: Bruce: Terrorismus).

⁶⁷¹ Vgl.: Waldmann: Ethnischer Radikalismus, S. 300.

Gewaltorganisationen zu unterschlagen, so ist aber nicht zuletzt seit den 1980er Jahren vermehrt das Auftreten terroristischer Gruppierungen zu observieren,⁶⁷² die eine originär religiöse Motivationslage für ihre Handlungen proklamieren wie die radikal-islamische Hamas im Palästinakonflikt. Aus Sicht der islamistischen Hamas hat der Konflikt der Palästinenser rein religiöse Ursprünge, eine Differenzierung von Juden, Zionisten und Israelis ist für sie obsolet.⁶⁷³ Zum einen leitet die Hamas dies aus der zutreffenden Feststellung ab, dass der israelische Staat sich als jüdischer Staat definiert und der jüdischen Religion eine besondere Privilegierung zu Teil werden lässt,⁶⁷⁴ zum anderen wird für die Apologetik der Bewegung auf ausgewählte Textstellen von Koran und Hadithen Bezug genommen, welche dem Judentum negative Attribute zuweisen⁶⁷⁵ und die Muslime zum Kampf gegen die Juden aufrufen. Da für den gläubigen Muslim der Koran das geoffenbarte Wort Gottes darstellt, erfahren die Gewaltanwendungen des islamistischen Widerstandes durch ihre Interpretation der göttlichen Offenbarung so eine unmittelbare sakrale Weihe. Gleichzeitig werden ihre Aktionen als gottbefohlen und gottgefällig aufgefasst, eine politische Rückkopplung an die ethnisch-religiöse Gruppe, zu deren Verteidigung säkular-nationalistische Widerstandsbewegungen wie die PLO im Palästinakonflikt, aber auch die militanten Protestbewegungen in Nordirland angetreten sind, entfällt.⁶⁷⁶ Verteidigt wird von der Hamas in erster Linie nicht ein nationales Selbstbestimmungsrecht der Palästinenser, sondern der religiös-theologisch begründete Anspruch des Islams auf das Heilige Land, welches als integraler Bestandteil des Dar al-Islam betrachtet wird und mutatis mutandis allein unter einer dem islamischen Recht verpflichteten muslimischen Herrschaft stehen dürfe.⁶⁷⁷ Dies bringt die Hamas in einen doppelten Antagonismus. Es eröffnet die Frontstellung gegenüber dem säkularen palästinensischen Nationalismus der PLO und stellt einen unversöhnlichen Gegensatz zu der national-religiösen Bewegung im Zionismus her, welche unter anderen religiösen Vorzeichen ein ideologisches

⁶⁷² Vgl.: Hoffmann: Terrorismus, S. 116 f.

⁶⁷³ Vgl.: Esposito: Unholy War, S. 96 f.

⁶⁷⁴ Siehe dazu: Nüsse, Andrea: Muslim Palestine. The Ideology of Hamas, London 1998, S.30 f. (künftig zitiert: Nüsse: Muslim Palestine).

⁶⁷⁵ Vgl.: Beaupin: Hamas und PLO, S. 97.

⁶⁷⁶ Vgl.: Bruce: Terrorismus, S. 122.

⁶⁷⁷ Vgl.: Nüsse: Muslim Palestine, S. 50.

Äquivalent zur Hamas darstellt.⁶⁷⁸ Dem theologisch abgeleiteten Konzept des Dschihad, des heiligen Krieges, gegen die israelischen Besatzer und der Opferbereitschaft fällt in der Ideologie der Hamas spezielles Gewicht zu. Dem erfolgreichen Selbstmordattentäter werden als Märtyrer nicht nur außergewöhnliche Ehren und Freuden im Paradies zu Teil, er wirkt gleichsam auch auf Erden am Ziel einer weltlichen „Erlösung der palästinensischen Nation“ mit. Andreas Tai konzediert in diesem Kontext, dass die Hamas sich trotz ihrer eindeutig religiösen Rhetorik und Symbolik mit der aggressiven Förmierung islamistischer Gesellschaftsvorstellungen wie der Verschleierung der Frau zurückhalte und statt dessen seit der Annäherung zwischen Israel und der PLO einen stärkeren politisch-nationalistischen Kurs eingeschlagen habe, um so enttäuschte Arafat-Anhänger zu gewinnen, ohne diese durch radikal-islamische Positionen zu vergrämen.⁶⁷⁹

Insgesamt kann das Verhältnis von Religion und Paramilitärs anhand der Erkenntnisse der Fallstudien zum Nordirland- bzw. zum Palästinakonflikt als ambivalent bezeichnet werden. Auf der einen Seite stehen ethnisch-nationalistische Organisationen wie die IRA, die loyalistischen Milizen oder die PLO, die zwar alle aufgrund der historisch gewachsenen Situation in einem religiös aufgeladenen Konfliktfeld agieren, sich selbst aber von einer originär religiösen Motivation freisprechen. Religion perpetuiert diese Akteure in unterschiedlicher Intensität in den Formen der „religiösen Ideologie“ und gewinnt gelegentlich nach außen wahrnehmbare Form als „Cultural Religion“. Ganz anders verhält es sich bei der Hamas, die sich explizit in ihrem Kampf auf religiöse Dogmen beruft und den Palästinakonflikt unter Zuhilfenahme theologischer Richtlinien als „heiligen Krieg“ betrachtet. Am signifikantesten und unmittelbarsten formiert sich Religion als Motivationsfaktor und Legitimationsmittel für gewaltbereite Akteure mit einem religiös-fundamentalistischen Hintergrund, es ist jedoch um der Vollständigkeit willen zu prüfen, auf welche Weise theologische Konzeptionen sich auf die Situation in

⁶⁷⁸ Vgl.: Taraki, Lisa: The Islamic Resistance Movement in the Palestine Uprising, in: Lockman, Zachary und Joel Beinin (Hrsg.): Intifada. The Palestinian Uprising Against Israeli Occupation, Boston 1989, S. 174.

⁶⁷⁹ Vgl.: Tai, Andreas: Widerstand im Namen Allahs – Hamas als politischer Faktor im Friedensprozess, in: Ibrahim, Ferhad und Abraham Ashkenasi (Hrsg.): Der Friedensprozess im Nahen Osten - Eine Revision, Münster 1997, S. 154 (künftig zitiert: Widerstand im Namen Allahs).

Israel/Palästina bzw. Nordirland und die Politik der Konfliktparteien auswirken unabhängig von der festgestellten Übernahme religiöser Rituale und Symbole (Cultural Religion) oder der Transformierung weit verbreiteter religiöser Überzeugungen in säkulare Konfliktinterpretationsmodi bzw. politische Handlungsoptionen (Religious Ideology).

2.4. Theologische Konzeptionen und ihre Auswirkungen

Wie bisher exemplifiziert worden ist, haben religiöse Überzeugungen zum Teil unmittelbare Auswirkungen auf die sozialen Handlungen von Personen und deren politische Vorstellungswelt.⁶⁸⁰ Insbesondere bei fundamentalistischen Personenkreisen und ihren politischen oder paramilitärischen Vertretern, namentlich der palästinensischen Hamas, der national-religiösen Strömungen im Zionismus oder dem evangelikalen Milieu in Nordirland repräsentiert durch die DUP, spielen originär religiös-theologisch begründete Vorstellungen eine Rolle. Religion dient ihnen als Handlungsorientierung wie als Legitimationsinstanz und bietet ein reichhaltiges Arsenal an simplifizierenden Erklärungsmodellen für komplexe politische Sachverhalte und Konfliktkonstellationen.

Deutlich geworden sind die verschiedenen theologischen Implikationen der nordirischen Protestanten im Zusammenhang mit ihrem Anti-Katholizismus und seinen unterschiedlichen Ausprägungen.⁶⁸¹ Bedeutsam für die evangelikal-fundamentalistischen Protestanten in Nordirland ist ihre theologische Vorstellung von einem transzendent begründeten Bund (Covenant) mit Gott, welcher vorrangig und klar abzugrenzen sei gegenüber dem staatsrechtlichen Konstrukt des modernen Vertrages (Contract) zwischen Souverän und Volk.⁶⁸² So wie Gott nach dem biblischen Alten Testament mit den Israeliten einen unauflöslichen Bund geschlossen habe und ihnen das „Gelobte Land“ verheißen habe, so bestünde auch ein Bund zwischen den Protestanten Nordirlands als „auserwähltem Volk“ mit Gott, welcher sie nach Ulster geführt und ihnen dieses Land geschenkt habe.⁶⁸³ Diese stark calvinistische Prägung der ersten presbyterianischen Siedler in Nordirland zur Zeit der Plantation rechtfertigte

⁶⁸⁰ Vgl.: Mitchell: Religion, S. 117.

⁶⁸¹ Siehe dazu S. 59.

⁶⁸² Vgl.: Mitchell: Religion, S. 123.

⁶⁸³ Siehe dazu: Akenson, Donald H. : God's peoples. Covenant and land in South Africa, Israel and Ulster, Ithaca 1992.

damals durch theologische Argumente die Kolonialisierung Nordirlands und fungierte zumal in den Augen der Evangelikalen innerhalb der unionistischen Bewegungen als Apologie für die politische und wirtschaftliche Diskriminierung der autochthonen katholischen Bevölkerung bis weit in die Mitte des 20. Jahrhunderts hinein. Nicht nur die von einem großen Teil der nordirischen Protestanten unternommene Parallelisierung ihrer Situation mit den biblischen Israeliten offenbart deutliche Analogien zum Fall Israel/Palästina und den Protagonisten der national-religiösen Zionisten. Für die religiös-nationalistischen Siedlerbewegungen wie Gush Emunim ist es eine religiöse Pflicht, das ganze dem jüdischen Volk ihrer Auffassung nach von Gott verheiße Land Israel in seinen biblisch-historischen Grenzen zu besiedeln, d.h. einschließlich des Gazastreifens und der Westbank. „Eretz Israel“ gehöre demnach allein dem jüdischen Volk, die Araber würden bestenfalls geduldet, gleichwohl die mittlerweile verbotene radikal religiös-nationalistische „Kach“ Partei, welche eine starke ideelle Affinität zur Siedlerbewegung zeigte, sogar die gewaltsame Vertreibung der arabisch-stämmigen Bevölkerung Israels sowie der Palästinenser aus den okkupierten Territorien postulierte.⁶⁸⁴ Gush Emunim ist wie das gesamte national-religiöse Lager innerhalb des Zionismus davon überzeugt, dass mit der Besiedlung aller Teile des biblischen Israels und der Konstituierung des israelischen Staates ein wichtiger Schritt für das Kommen des von Gott verheißenen Messias getan sei.⁶⁸⁵ Daraus lässt sich erkennen, dass eine Verhandlungsbereitschaft über die besetzten Gebiete an die Palästinenser oder gar deren Rückgabe aus Sicht der jüdischen Extremisten keinerlei Option darstellen kann. Die violenten Auseinandersetzungen sind ihnen vielmehr Beweis für ihren Glauben, dass die Endzeit bereits angebrochen sei und sie sich der Kräfte des Bösen, d.h. der muslimischen Araber aber auch der säkularen Zionisten, die ihnen als Verräter gelten, zu erwehren hätten.⁶⁸⁶ Endzeitliche Vorstellungen gehören nach den Ergebnissen der Fallstudie zum Nordirlandkonflikt auch bei den konservativ-evangelikalen Protestanten der britischen Unruheprovinz zum theologischen

⁶⁸⁴ Vgl.: Geiler, Markus: Die rechtsextremistischen Parteien der achtziger und neunziger Jahre in Israel, in: Ibrahim, Ferhad und Abraham Ashkenasi (Hrsg.): Der Friedensprozess im Nahen Osten - Eine Revision, Münster 1997, S. 208.

⁶⁸⁵ Siehe dazu: Spriznak, Ehud: The Ascendence of Israel's Radical Right, New York 1991, S. 109 ff.

⁶⁸⁶ Siehe dazu: Hoffmann: Terrorismus, S. 134 f.

Grundrepertoire. Dabei ist die katholische Kirche in der Sichtweise des konservativen Protestantismus ein Instrument des in der neutestamentlichen Offenbarung des Johannes beschriebenen Anti-Christen, welcher in der Person des Papstes identifiziert wird und intendiert, die Menschen vom wahren und unverfälschten Glauben der (literalistisch-protestantisch interpretierten) Bibel abzubringen.⁶⁸⁷ Nach einem fürchterlichen Krieg, dem Armageddon, wird Christus wiederkehren und den Anti-Christen besiegen. Der blutige Konflikt der letzten 30 Jahre in Nordirland ist den evangelikalen Protestanten ein Indiz für den Anbruch der Endzeit, das Good-Friday-Agreement hingegen als „List des Anti-Christen“ und als erster Schritt zur Versklavung von Gottes „auserwähltem Volk“. Erinnert werden muss daran, dass der jetzige First Minister Nordirlands und Parteichef der DUP, Ian Paisley, Zeit seines Lebens ein Verfechter der skizzierten theologischen Positionen gewesen ist und die evangelikalen Gemeinschaften einen Großteil der protestantischen Denominationen Nordirlands ausmachen, sodass keinesfalls von einer marginalen und politisch unbedeutenden Gruppe von religiösen Wirrköpfen gesprochen werden kann.

Die islamischen Fundamentalisten in Palästina messen in ihrer religiösen Interpretation dem Weltenende und einem kommenden Messias gleichfalls einen hohen Stellenwert zu, welcher ebenfalls an eine geographisch-räumliche Bezugskategorie, konkret der Stadt Jerusalem gebunden ist. Am Ende aller Tage wird ein großer Kriegstreiber, der „Dajjal“ auftreten, dem ähnliche Attribute wie dem Anti-Christen aus der Apokalypse zugeschrieben werden. Diese Figur wird nach muslimischer Auffassung letztlich die ganze Welt okkupieren mit der Ausnahme der drei heiligen Städte des Islams. Schließlich wird der „Mahdi“, eine Art islamischer Messias, Jerusalem gegen die Mächte der Finsternis bei der Schlacht am goldenen Tor verteidigen.⁶⁸⁸ Danach wird „Isa“ (Jesus) aus dem Himmel auf die Erde zurückkehren, den Dajjal töten und den Mahdi, welcher aus der Familie des Propheten Muhammad abstammen wird, als rechtmäßigen Imam aller Gläubigen anerkennen.⁶⁸⁹ Das Weltende wird anschließend durch das große

⁶⁸⁷ Vgl.: Higgins/Brewer: Sectarianism, S. 116 f.

⁶⁸⁸ Vgl.: Ahlberg: Holy City, S. 37.

⁶⁸⁹ Vgl.: Heine: Terror in Allahs Namen, S. 67.

Gericht Gottes, das auf dem Tempelberg stattfinden soll, wo alle Lebenden und Verstorbenen versammelt werden, aus islamischer Sicht abgeschlossen.⁶⁹⁰

Mit Blick auf die fundamentale Stellung eines theologisch verorteten Praemillenarismus bei den protestantischen Unionisten, welche aber nach den vorliegenden Erkenntnissen analog auf die national-religiöse Bewegung im Judentum oder den Hamas-Aktivisten angewendet werden kann, manifestiert Claire Mitchell kategorisch:

„There are two processes at work here. First, believers are using their theological convictions about the endtimes to impose meaning on their political situation. At the same time, their response to what they see as threatening political developments feeds back into their religious ideas, in many cases strengthening their sense of impending apocalypse. Again, this is not simply theological conviction being used to justify opposition to political change. Rather, religious and political beliefs help shape one another.“⁶⁹¹

Ferner interferieren die evangelikalen Unionisten in Nordirland mit der national-religiösen Bewegung in Israel in puncto des ambivalenten Verhältnisses zur Staatsgewalt. Das beschriebene Spannungsverhältnis zwischen primordialen Vorstellungen vom Bund mit Gott (Covenant) und modernem lockeschen Vertrag (Contract) in der Vorstellungswelt dezidiert religiös orientierter Akteure und Gruppen wird immer in Krisenzeiten und wahrgenommenen Bedrohungsszenarien sichtbar. Aus streng protestantischer Sicht ist die britische Regierung moralisch dazu verpflichtet, die religiös fundierten Ansprüche auf Suprematie der protestantischen Siedler und ihrer Nachfahren zu gewährleisten. Versagt London in den Augen der evangelikalen Unionisten, schulden die nordirischen Protestanten Großbritannien keinerlei Gehorsam und sind gezwungen sich selber zu helfen.⁶⁹² Äquivalent verhalten sich die national-religiösen Siedler in Israel. Anders als die Ultra-Orthodoxie bejahren sie aus religiöser Überzeugung den Staat Israel und arbeiteten mit ihm bei der Errichtung neuer Siedlungen in den Palästinensergebieten zusammen, ließen ihre Unternehmungen militärisch schützen und finanziell subventionieren.⁶⁹³ Mit den Friedensgesprächen und der Umsetzung der Oslo-Abkommen, welche einen Stopp der Siedlungsaktivitäten vorsah sowie den jüngsten Bemühungen der israelischen Regierung, die Siedlungen speziell im Gazastreifen zu räumen,

⁶⁹⁰ Siehe dazu: Lazarus-Yafeh, Hava: Some Religious Aspects of Islam, Leiden 1981, S. 66 f.

⁶⁹¹ Mitchell: Religion, S. 127.

⁶⁹² Vgl.: Mitchell: Religion, S. 123.

⁶⁹³ Siehe dazu: Leckebusch: Die jüdischen Siedler, S. 356.

entwickelte sich ein Antagonismus zwischen säkularen und national-religiösen Zionisten, welcher bisweilen zu violenten Eruptionen avancierte und beispielsweise einen Höhepunkt in der Ermordung des israelischen Premierministers Rabin 1995 durch einen jüdischen Fundamentalisten gefunden hatte.

2.5. Religion als Instrumentarium des „Peacebuilding“

Nachdem die verschiedenen Facetten und Erscheinungsformen des Faktors Religion sowie ihre Auswirkung auf die Konflikte in Nordirland bzw. Israel/Palästina analysiert worden sind, wird sich nun abschließend der Frage genähert, auf welche Weise Religion als Instrument der Konfliktbefriedung theoretisch und praktisch zum Einsatz kommt.⁶⁹⁴ Chadwick F. Alger konstatiert, dass religiöse Vorstellungen potenziell zu zwei kontrastierenden Leitbildern führen können, welche sich im Postulat des „heiligen Krieges“ oder aber in der Idee des „friedlichen und himmlischen Königreiches“, welches es schon auf Erden zu verwirklichen gelte, widerspiegeln.⁶⁹⁵ Luc Reyhler attestiert religiösen Faktoren bzw. religiösen Organisationen vier potenzielle Ausdrucksformen innerhalb eines Konfliktes, die sich entweder positiv oder negativ auswirken können: Erstens können religiöse Motive und Institutionen die Parteien unmittelbar in einen gewaltsamen Konflikt treiben, zweitens ist die neutrale Beobachterrolle zu nennen, drittens übernehmen religiöse Gruppierungen die Funktionen von Friedensvermittlern und viertens können unter den entsprechenden Prämissen religiöse Akteure eine unmittelbare Konfliktbeendung verbunden mit einem dauerhaften Frieden herbeiführen.⁶⁹⁶

Die Fähigkeit von Religion und religiösen Akteuren überhaupt als Faktoren zu einem Friedensprozess entscheidend beizutragen, ist an verschiedene Voraussetzungen gekoppelt,⁶⁹⁷ die es unter Einbeziehung des bisherigen

⁶⁹⁴ Siehe dazu u.a.: Appelby, R. Scott: The Ambivalence of the Sacred: Religion, Violence, and Reconciliation, Boston 1999 (künftig zitiert: Appelby: Ambivalence of the Sacred); Sampson, Cynthia: Religion and Peacebuilding, in: Zartmann, I. William und J. Lewis Rasmussen (Hrsg.): Peacemaking in International Conflict: Methods and Techniques, Washington D.C. 1997, S. 273 ff. (künftig zitiert: Sampson: Religion and Peacebuilding).

⁶⁹⁵ Vgl.: Alger, Chadwick F.: Religion as a Peace Tool, in: The Global Review of Ethnopolitics 4/2002, S. 94 (künftig zitiert: Alger: Religion as Peace Tool).

⁶⁹⁶ Vgl.: Reyhler, Luc: Religion and Conflict, in: International Peace Studies 1/1997, S. 20 f. (künftig zitiert: Reyhler: Religion and Conflict).

⁶⁹⁷ Ebd.: S. 35 f.

Erkenntnisstandes für die Konflikte in Nordirland und Israel/Palästina näher zu betrachten gilt. Nach Rychler muss gewährleistet sein, dass Zweidrittel der jeweiligen Bevölkerung einem konfessionellen Bekenntnis zugerechnet werden können und religiöse Organisationen sowohl über die benötigte personelle Infrastruktur innerhalb der Ethnie als auch über ausreichende moralische Autorität und Reputation verfügen, aus welcher sie ihre Legitimation ziehen können. Darüber hinaus ist von Bedeutung, dass die religiösen Akteure die Fertigkeit besitzen müssen, die ihnen zugehörige Bevölkerung zu mobilisieren und Einstellungen zu kultivieren, welche den Zusammenhang zwischen einem theologisch abgeleiteten Postulat zur Vergebung und Versöhnung mit der verfeindeten Partei in einen konkreten tagespolitischen Kontext stellt.⁶⁹⁸ Fallstudien und komparativer Teil haben für die sich in einem Antagonismus befindenden Parteien der Konfliktszenarien in Nordirland bzw. Israel/Palästina den ungebrochenen Einfluss religiöser Vorstellungen und Interpretationsmuster belegt sowie die informelle wie formelle Perpetuierung der Gesellschaft durch religiöse Institutionen offenkundig gemacht. Zudem ist insbesondere im Fall der gewaltbereiten Akteure der national-religiösen Strömungen im Zionismus sowie der radikal-islamischen Hamas in Israel/Palästina, aber auch des nicht minder in Nordirland politisch-relevanten evangelikal-fundamentalistischen Teils der unionistischen Community zu konstatieren, dass theologische Konzepte zur Legitimierung von Gewalt und Diskriminierung herhalten. Mithin bestehen gar originär theologische Postulate zur Anwendung von Gewalt. Kritisch muss in diesem Kontext hinterfragt werden, inwieweit religiös-theologische Überzeugungen einer alttestamentarischen „Auge um Auge“ Philosophie oder die Idee des Dschihad, die sich nicht nur unter praktizierenden „frommen“ Gläubigen im Judentum und Islam verbreitet haben könnten,⁶⁹⁹ sondern mittels „Religious Ideology“ und „Cultural Religion“ auch in vermeintlich säkular orientierte Vorstellungswelten der übrigen Bevölkerungen Einzug gehalten haben könnten, zu einer Diskreditierung von Religion als Instrumentarium des „Peacebuilding“ in Israel/Palästina geführt haben. Das Christentum mit seiner grundsätzlichen - selbst unter den in intellektueller Gegnerschaft stehenden theologischen

⁶⁹⁸ Vgl. auch: Alger: Religion as Peace Tool, S. 103.

⁶⁹⁹ Siehe bspw.: Schlotzter, Christiane: Israels Geisel, in: Süddeutsche Zeitung vom 30. Juni 2006, S.4.

Konzepte der katholischen wie protestantischen Observanz unbestrittenen - Aufforderung zu Vergebung und Feindesliebe als zentralem Kernelement der christlichen Botschaft erfüllt hingegen Reychers explizierte Prämissen hinsichtlich der Kontributionsfähigkeit von Religion und religiösen Akteuren an eine friedliche Konfliktlösung. Dieses Argument unterstützend muss auf Claire Mitchells Feststellungen verwiesen werden, dass sogar die nordirischen Evangelikalen in den letzten Jahren verstärkt theologisch untermauerte Aktionsbündnisse und Ideen zum nordirischen Friedensprozess beigesteuert haben⁷⁰⁰ und selbst das Bollwerk des religiösen Protestantismus wie des politischen Unionismus in Nordirland, Ian Paisley, eine konziliante Haltung eingenommen hat, welche wiederum zu einer gemeinsamen Regierung von DUP und Sinn Féin führte.

Für beide Konflikte bleibt jedoch letztlich zu konstatieren, dass Religionen in ihren dargestellten Erscheinungsformen deutlich häufiger im historischen Verlauf durch inhärente Glaubensdoktrinen, dem Verhalten explizit religiöser Akteure oder aber der Transponierung in nationalistische Ideologien zur Eruption von Gewalt denn zu Friedensbemühungen geführt haben, gleichwohl der Faktor Religion weder in Nordirland noch in Israel/Palästina als einzige Konfliktursache identifiziert werden kann. So formuliert Luc Reyehler auch die größte Schwäche von Religion als Instrument des „Peacebuilding“: „In many of today's conflicts they remain primary or secondary actors or behave as passive bystanders.“⁷⁰¹

⁷⁰⁰ Vgl.: Mitchell: Religion, S. 128.

⁷⁰¹ Reyehler: Religion and Conflict, S. 36.

3. Konfliktregulierungsversuche im Vergleich

Im letzten Kapitel des komparativen Teils wenden wir uns den Friedensbemühungen in Nordirland und Palästina zu. Dazu werden zunächst theoretische Konfliktregulierungsoptionen und Lösungsansätze dargestellt, die eine anschließende Einordnung der konkreten Maßnahmen aufgrund der Ergebnisse der Fallstudien zu beiden Konflikten gestatten. Ferner soll noch einmal die besondere Rolle der Sicherheitskräfte in den Fokus des Interesses rücken, haben doch die bisherigen Erkenntnisse die besondere Bedeutung dieses Faktors für den Nordirland- bzw. Palästinakonflikt sichtbar gemacht und strukturelle Äquivalente zu Tage gefördert. Nicht vergessen werden darf in diesem Kontext, dass eine grundlegende politische Neuordnung der nordirischen Sicherheitsbehörden und die Anerkennung der Polizei durch alle Konfliktakteure der umstrittenen britischen Provinz im Frühjahr 2007 die volle Implementierung und das offensbare Gelingen des nordirischen Friedensprozesses erst möglich gemacht haben und der Analyse zusätzlich ein hohes Maß an tagespolitischer und wissenschaftlicher Aktualität verleihen. Ebenso ist grundsätzlich der Fragestellung an diesem Punkt der Arbeit nachzugehen, inwieweit die in den vorherigen Kapiteln beschriebenen Entwicklungen der Konflikte auf der Grünen Insel und im Heiligen Land trotz weitestgehend analoger historischer Konfliktursachen und politischer Motivationsfaktoren im ersten Fall zu einem erfolgreichen Verhandlungsprozess und einer friedlichen Stabilisierung bzw. im zweiten Fall zu einem Scheitern des Friedensprozesses und daraus resultierend zu fortdauernder Gewalt geführt haben. Mithin muss in diesem Rahmen diskutiert werden, welche Erkenntnisse aus dem Friedensprozess in Nordirland zwecks einer Konfliktlösung zwischen Juden und Palästinensern im Nahen Osten gewinnbringend übertragen werden könnten. Letztlich gilt es zum Schluss begründete Aussagen über potenzielle Zukunftsperspektiven für Nordirland und Israel/Palästina zu treffen.

3.1. Theoretische Perspektiven und Lösungsansätze

Die Konfliktforscher John McGarry und Brendan O’Leary unterscheiden betreffend der theoretischen Perspektiven und Lösungsansätze von ethnischen Konflikten auf der makro-politischen Ebene zwischen den Methoden der

Konfliktregulierung durch Ausschalten der ethnischen Unterschiede (eliminating differences) sowie den Methoden der Konfliktbeilegung durch das Austarieren ethnischer Unterschiede (managing differences).⁷⁰² McGarry und O’Leary zählen zu den erstgenannten Methoden (eliminating differences) Genozid, gewaltsame Vertreibung einer Ethnie durch die gegnerische Bevölkerungsgruppe, die in konsensualer Übereinstimmung erfolgende Teilung des umstrittenen Territoriums und/oder Sezession unter Berufung auf das Recht nationaler Selbstbestimmung sowie Integrations- und/oder Assimilationsstrategien. Die „methods for managing differences“ umfassen in Abgrenzung dazu hegemoniale Kontrolle der dominanten Ethnie, die Konfliktzlösung durch die Intervention einer dritten Partei, die Kantonisierung bzw. Föderalisierung des umkämpften Gebietes und die politische Organisation des von den rivalisierenden Ethnien geteilten Staates nach konkordanzdemokratischen Ordnungsprinzipien.⁷⁰³

Unter Berücksichtigung des Ergebnisstandes der Fallstudien ist auf den ersten Blick erkennbar, dass einige der potenziellen Optionen zur Regulierung der ethnischen Konflikte in Nordirland bzw. Palästina im bisherigen Verhandlungsprozess oder aber auch im geschichtlichen Konfliktverlauf in den politischen wie militärischen Konzepten der partizipierenden Akteure sich höherer Akzeptanz erfreuen durften als andere. Zudem ist eine Kombination verschiedener Konfliktregulierungsmechanismen nicht ungewöhnlich.

Die Verübung eines Völkermordes und das damit einhergehende Ende ethnischer Rivalitäten war und ist für die nordirischen wie israelisch/palästinensischen Konfliktparteien keine ernstzunehmende Lösungsalternative. Die protestantischen Loyalisten strebten zu keinem Zeitpunkt die vollständige Vernichtung der irisch-katholischen Minorität in Nordirland an. Die irischen Nationalisten intendierten zwar historisch die britische Fremdherrschaft über die irische Insel zu beenden und streben auch in der Gegenwart eine finale, vor allem aber friedliche Wiedervereinigung Nordirlands mit der irischen Republik im Süden an. Ein Genozid an der protestantischen Bevölkerung Ulsters stellte jedoch explizit für die irisch-republikanische Bewegung zu keinem Zeitpunkt ein Ziel dar. Ebenso

⁷⁰² Vgl.: McGarry, John und Brendan O’Leary: Introduction. The macro-political regulation of ethnic conflict, in: Dies. (Hrsg.): The Politics of Ethnic Conflict Regulation. Case Studies of Protracted Ethnic Conflicts, London/New York 1995, S. 4 (künftig zitiert: McGarry/O’Leary: Regulation of ethnic conflict).

⁷⁰³ Ebd.

wenig postulierten die verfeindeten Ethnien in der britischen Unruheprovinz den gewaltsamen Bevölkerungstransfer ihrer jeweiligen ethnisch-religiösen Konkurrenzgruppe vom nordirischen Territorium weg unter den Vorzeichen ihrer jeweiligen politischen Observanz nach Irland oder Großbritannien, obwohl konstatiert werden kann, dass es während der „Troubles“ einen Trend zu einer von den Paramilitärs forcierten ethnischen Homogenisierung nordirischer Stadtviertel und Landstriche gegeben hat. Im Israel/Palästinakonflikt sind ebenfalls keine signifikanten Anzeichen für die tatsächliche Durchführung eines Genozids vorhanden, welcher von den säkularen Kräften der Zionisten oder palästinensischen Nationalisten zur Durchsetzung der jeweiligen Interessen in Erwägung gezogen worden wäre. Zwar stellt die radikal-islamische Hamas mit ihrer Intention „alle Juden in Israel ins Meer zu treiben“ diesbezüglich eine Exemption dar,⁷⁰⁴ jedoch fehlt es der Hamas dazu dauerhaft an dem notwendigen militärischen Potenzial.

Wie vereinzelt in Nordirland hat man auch in Israel in der jüngeren Geschichte des Konfliktes auf das Mittel des gewaltsamen Bevölkerungstransfers gesetzt, welches sich speziell in der Folge der Annexion Ostjerusalems exemplifizieren lässt, hat aber auf den Versuch der vollständigen Vertreibung sowohl der arabischstämmigen israelischen Staatsbürger in Israel als auch der Palästinenser aus den besetzten Gebieten im Gazastreifen und dem Westjordanland verzichtet, obwohl nach der totalen Niederlage der arabischen Anrainerstaaten 1967 dazu gewiss ähnlich der Situation nach dem israelischen Unabhängigkeitskrieg von 1948 die militärische Gelegenheit bestanden hätte. So weisen McGarry und O’Leary explizit darauf hin, dass der erzwungene Transfer einer ethnischen Großgruppe nicht im Sinne einer zwangsläufigen Gesetzmäßigkeit zu einem Ende des ethnischen Konflikts führen muss.⁷⁰⁵ Gerade das Beispiel des Palästinakonfliktes und der palästinensischen Flüchtlingsproblematik veranschaulicht, dass gewaltsame Vertreibungen bei den Akteuren der ethnischen Protestbewegungen oftmals irridentistische Postulate befördern, von der ethisch-moralischen Komponente solcher „Friedensimplementierungen“ ganz zu schweigen.

⁷⁰⁴ Siehe dazu: Beaupin: Hamas und PLO, S.106.

⁷⁰⁵ Vgl.: McGarry/O’Leary: Regulation of ethnic conflict, S. 9.

IV. Komparative Analyse der Konflikte

Integrations- und Assimilationskonzepte als Vehikel der Konfliktlösung haben die Absicht, die miteinander in Gegnerschaft stehenden ethnischen Identitäten und die antagonistischen Nationalismen der partizipierenden Konfliktakteure aufzuheben und in einer neuen und zu generierenden, die ehemaligen Parteien umfassenden Identität zu vereinen:

„Usually people who advocate integration policies favor reducing the differences between ethnic communities, ensuring that children of the (potentially rival) ethnic communities go to the same schools, socialising them in the same language and conventions, encouraging public and private housing policies which prevent ethnic segregation, and ensuring that the workplace is ethnically integrated through outlawing discrimination.“⁷⁰⁶

Unter Rekurs auf die Ergebnisse der Fallstudien lag es nicht in der gesellschaftlich-politischen Intention der unionistisch-protestantischen Majorität in Nordirland, ihre Suprematie über die irisch-katholische Minorität aufzugeben. Der Ulster-Staat sollte ein protestantischer Staat für eine protestantische Bevölkerung sein. Wenn Integrationsbemühungen angestrengt wurden, so zielten sie darauf ab eine Homogenisierung innerhalb des protestantischen Lagers zu bewerkstelligen. Die nordirischen Katholiken ihrerseits favorisierten einen Anschluss an die Republik Irland und waren eifrig bemüht, ihre gälysch-katholische Identität zu propagieren. Beide Lager legen Wert auf die Kultivierung ihres jeweils eigenständigen sprachlich-kulturellen Erbes. Das nordirische Schulsystem segregiert bis heute durch die Subventionierung privater (katholischer) und öffentlicher (protestantischer) Schulen die Bevölkerung. Wie dem Unionismus in Nordirland war und ist auch dem Zionismus daran gelegen vordringlich eine Integration und Assimilation der eigenen ethnischen Angehörigen in das israelische Staatsgebilde und jüdische Gesellschaftskollektiv zu vollziehen. Israel begreift sich explizit als jüdischer Staat, mutatis mutandis erfolgt eine bewusste und gewollte Exklusion der christlichen und muslimischen Araber. Ferner vermag auch in der Gegenwart der ethnisch-religiöse Bezug auf das Judentum allein die zahlreichen Probleme und auftretenden Aporien innerhalb des israelisch-jüdischen Kollektivs, beispielsweise die politisch-sozialen Spannungen zwischen Israelis aschkenasischer und sephardischer Herkunft, zu kitten.⁷⁰⁷ Die Ausführungen illustrieren letztlich die mangelnde Praktikabilität

⁷⁰⁶ Vgl.: McGarry/O’Leary: Regulation of ethnic conflict, S. 17.

⁷⁰⁷ Siehe dazu: Zuckermann: Zionistisches Selbstverständnis, S. 45 ff.

von Integrations- und Assimilationskonzepten bezüglich einer erfolgreichen Beilegung der ethnischen Konflikte in Nordirland und Palästina.

In Anlehnung an die Ausführungen von McGarry und O’Leary ist hegemoniale Kontrolle das am häufigsten gebrauchte Mittel, um die aus ethnischen Differenzen resultierenden Schwierigkeiten zu lösen.⁷⁰⁸ Dabei bezieht sich der Faktor Hegemonie auf die Kontrolle militärischer und polizeilicher Kapazitäten, so dass dieser Aspekt von der Frage der ethnischen Mehrheit oder Minderheit im Sinne einer statistischen Größe entkoppelt wird und im Verbund mit dem im Verlauf der Arbeit skizzierten Phänomen der „doppelten regionalen Minderheit“ auf den ersten Blick eine Option zur Beilegung der violenten Auseinandersetzung in Nordirland und in Israel/Palästina aufweisen könnte. Der historische Verlauf hat jedoch gezeigt, dass trotz der militärischen Überlegenheit der IDF gegenüber den militanten Palästinensergruppen eine dauerhafte Befriedung des Konfliktes zu Gunsten Israels und nach seinen Vorstellungen in der Vergangenheit nicht zu erreichen war und auch in Zukunft nicht erreicht werden kann. Die ungebrochene Fähigkeit palästinensischer Selbstmordattentäter oder Entführungskommandos ist auch gegenwärtig in der Lage, der israelischen Gesellschaft schmerzhafte Schläge zu zufügen und das zionistische Gesellschaftskollektiv partiell zu destabilisieren. In Nordirland war der massive Einsatz der Polizei- und Territorialstreitkräfte sowie des britischen Militärs gegen die IRA weitestgehend erfolglos. Die wenigen Erfolge des unionistischen Sicherheitsapparates verkehrten sich durch eine interne Umstrukturierung der irisch-republikanischen Paramilitärs, die so nur an Effizienz gewannen, ins Gegenteil. Zusätzlich evozierte das Verhalten der nordirischen und britischen Sicherheitsbehörden bei der irisch-katholischen Bevölkerung verstärkt Solidaritätseffekte gegenüber den gewaltbereiten Republikanern und bewirkte eine politische Konjunktur der radikal-nationalistischen Partei Sinn Fein. Der Einsatz hegemonialer Kontrolle als Instrument zur Befriedung des Konfliktes – und sei es nur zu Gunsten von einem der beteiligten Akteure – hat sich als ebenso unbrauchbar erwiesen wie die zuvor dargestellten Konfliktregulierungsoptionen und hat exempli causa äquivalent zu den Integrations- und Assimilationskonzepten aufgrund inhärenter Dynamik in diametraler Weise zu einer Verschärfung der ethnischen Konflikte im Norden der Grünen Insel und im

⁷⁰⁸ Vgl.: McGarry/O’Leary: Regulation of ethnic conflict, S. 23 f.

Heiligen Land geführt. Aufgrund der historischen Ausgangslage der Konflikte sowie der Motivationsfaktoren der Konfliktakteure verwundert daher nicht, dass die Fallstudien bezüglich der erfolgten Friedensverhandlungen die besondere Bedeutung der übrig gebliebenen Konfliktregulierungsmodelle offenbart haben, d.h. namentlich der Aufteilung/Sezession des umstrittenen Territoriums zwischen den gegnerischen Ethnien (im Falle Israel/Palästinas) oder dem konkordanzdemokratischen „Powersharing“ der Konfliktparteien (im Falle Nordirlands) sowie dem potenziellen Einfluss eines interventionistischen Verhaltens Dritter oder Föderalisierungsideen. In einem nächsten Schritt müssen entsprechend die Verhandlungsprozesse auf der Grundlage der bisherigen Ergebnisse unter Einbeziehung der theoretischen Einlassungen von McGarry und O’Leary zu den zutreffenden Befriedungsoptionen untersucht werden. Nicht zuletzt ermöglicht dies, der Frage nachzuspüren, ob sich die Konfliktregulierungsmodelle gewinnbringend übertragen lassen oder welche gravierenden Unterschiede dies verhindern und mithin sogar den Erfolg des nordirischen Friedensprozesses und das Scheitern der Verhandlungen zwischen Israelis und Palästinensern erklären können.

3.2. Friedensverhandlungen und Friedensabkommen in Israel/Palästina und Nordirland im Vergleich

Sowohl die gewaltsamen Auseinandersetzungen zwischen der unionistisch-protestantischen Bevölkerungsmajorität und der nationalistisch-katholischen Minorität in Nordirland als auch der Konflikt in Israel/Palästina zwischen den jüdischen Israelis und den arabischen Palästinensern führten im Verlauf der violenten Ereignisse mehrmals zu ernsthaften Versuchen der jeweiligen Konfliktparteien, die andauernden Feindseligkeiten endgültig zu beenden unter der weitestgehenden Aufrechterhaltung und Durchsetzung der politischen Grundüberzeugung der betreffenden ethnischen Gemeinschaften. Sollte ein Friede dauerhaft sein, so war die Grundprämisse in beiden Konfliktregionen, dass den elementaren Postulaten der partizipierenden Parteien im Verhandlungsprozess Rechnung getragen wird und diese die Überzeugung gewinnen können, dass ihre Forderungen durch einen politischen Prozess erreicht und abgesichert werden und die Anwendung von Gewalt nicht länger als notwendig erachtet wird. Mitbedacht

werden muss die notwendige Erkenntnis auf der Seite der Konfliktparteien, dass objektiv eine militärische Lösung für keine Seite langfristig möglich erscheint.

Die Fallstudien sowie die bisherige komparative Analyse der Konfliktkonstellationen in Nordirland und Israel/Palästina haben für die protestantischen Unionisten wie für die jüdischen Zionisten belegt, dass aufgrund der historisch-psychologisch gewachsenen (Belagerungs)Mentalität als ursprüngliche Siedlergemeinschaften die Furcht vor einer physischen Vernichtung und/oder der kulturellen, politischen sowie ökonomischen Marginalisierung durch die als feindlich perzipierten autochthonen Ethnien in beiden Fällen zu einem Primat der Sicherheitspolitik geführt hat. Ihre kulturelle Eigenständigkeit und existentielle Sicherheit sehen die Zionisten allein im israelischen Staat garantiert, die Loyalisten in der politischen Union mit dem Vereinigten Königreich. Die nationalistischen Organisationen der irisch-katholischen Ethnie hingegen streben nach einer Loslösung Nordirlands von Großbritannien und einer Vereinigung mit der Republik Irland im Süden. In diesem Rahmen engagierten sich die nordirischen Katholiken für das Ende ihrer politisch-sozialen Diskriminierung in der britischen Provinz. Die palästinensische Nationalbewegung proklamiert das Recht auf einen eigenen Nationalstaat, welcher nach der Auffassung der säkular-nationalistischen Kräfte der PLO die von Israel besetzten Gebiete im Westjordanland unter Einschluss Ostjerusalems und den Gazastreifen umfassen soll, die radikal-islamische Hamas beansprucht hingegen das gesamte Territorium Israels für eine palästinensische Staatsgründung.

Der Verhandlungsprozess in Nordirland und Israel/Palästina

Vergleicht man den Verlaufsprozess der Verhandlungen, besonders im Vorfeld, so wird erkennbar, dass in Nordirland und Israel/Palästina zunächst die Annäherung der Konfliktparteien und ihre potenzielle Bereitschaft zu einem politischen Diskurs nötig gewesen sind. Dies gestaltete sich für alle Akteure als heikles Unterfangen. Die Regierung Großbritanniens konnte offiziell nicht mit den IRA-Terroristen oder ihrem politischen Sprachrohr Sinn Fein verhandeln ohne innenpolitisch in Turbulenzen zu geraten und auf massiven Widerstand bei den nordirischen Unionisten zu stoßen, die einmal mehr einen „Sell-Out“ an die irische Republik befürchten mussten. In ähnlichem Dilemma befand sich auch die

israelische Regierung, die noch bei der Friedenskonferenz von Madrid im Herbst 1991 darauf bestand, dass die Palästinenser, speziell die PLO, keine eigene Delegation entsendeten. Zudem war allen israelischen Autoritäten de iure der direkte Kontakt mit der palästinensischen Widerstandsorganisation untersagt.⁷⁰⁹

Als einzige Lösung dieses grundsätzlichen Problems erschien in beiden Konflikten das Mittel der Geheimdiplomatie, welches einen medialen Ausschluss der Öffentlichkeit gewährleistete und gleichsam den politischen Spitzen die nötige Zeit und Atmosphäre zu einer Verhandlung über alle strittigen Themen bieten konnte. Für die Verantwortlichen in Nordirland wirkte sich positiv aus, dass trotz der andauernden Gewalt über einen Zeitraum von 30 Jahren eine Kultur des „Secret Dialogue“ zwischen London und der Führung des irisch-republikanischen Lagers entstanden war, welche nun abermals Mitte der achtziger Jahre bemüht werden konnte.⁷¹⁰ Bedeutsam im Gesamtkontext unserer Analyse ist die Feststellung, dass die Vermittlerrolle am unmittelbaren Beginn des Friedensprozesses von einem Priester der katholischen Kirche in Nordirland wahrgenommen wurde,⁷¹¹ was unsere Erkenntnisse bezüglich des Einflusses von Religion und Institutionen zumindest in diesem Fall untermauert und durch den Umstand erhärtet wird, dass die Kirchen und Geistlichen beider Gemeinschaften im Verlauf des nordirischen Friedensprozesses, so beispielsweise bei der Entwaffnung der IRA, eine fortlaufend prominente Rolle gespielt haben. Die israelischen und palästinensischen Konfliktprotagonisten trafen sich auf Vermittlung der norwegischen Regierung⁷¹² zu geheimen Gesprächen in Oslo. Das Fehlen eigener politisch-strategischer Interessen im Nahen Osten sowie die positiven Verbindungen Norwegens zu Israel und der PLO begünstigten die Verhandlungsaufnahme.⁷¹³ Unter Rückgriff auf die von McGarry und O’Leary formulierten Konfliktregulierungsmodelle kann angesichts des Einsatzes von dritten Parteien zur Konfliktlösung – in Nordirland Geistliche, in

⁷⁰⁹ Vgl.: Lochery, Neil: The Difficult Road To Peace. Netanyahu, Israel and the Middle East Peace Process, London 1999, S. 234 (künftig zitiert: Lochery: Difficult Road To Peace).

⁷¹⁰ Vgl.: Kandel: Nordirlandkonflikt, S. 314; ferner: Watt, Nicholas und Owen Bowcroft: Ten years of delicate deals and hard bargaining, abgerufen am 13.03.2007 unter www.guardian.co.uk/Northern_Ireland/Story/0,,2032512,00.html.

⁷¹¹ Siehe dazu: Coogan: Troubles, S. 388 ff.

⁷¹² Vgl.: Thomas: Von Madrid bis Oslo II, S. 10 f.

⁷¹³ Vgl.: Ries, Matthias: Oslo. Das Tor zum Frieden in Nahost? Idstein 2000, S. 65 f. (künftig zitiert: Ries: Oslo).

Israel/Palästina die äquidistante Regierung Norwegens - vermutet werden, dass dieses Instrument zur Aufnahme von Verhandlungen und zum späteren Abschluss der jeweiligen Friedensabkommen beigetragen hätte, worauf nicht zuletzt die recht volkstümlich anmutenden Bezeichnungen als „Karfreitagsabkommen“ bzw. „Osloer Verträge“ zusätzlich verweisen könnten. Allerdings verweisen die Autoren darauf, dass in letzter Konsequenz die Konfliktenschlichtung durch eine interne oder externe Partei voraussetzt, dass diese die relevanten Entscheidungen stellvertretend für die Konfliktparteien trifft und sich nicht allein auf die Funktion der Mediation oder eines „faciliator“ (Hilfesteller) reduziert.⁷¹⁴ Die Rolle der Vereinigten Staaten kann in diesem Kontext für ihr Engagement bei Friedensbemühungen im Heiligen Land und im Norden der irischen Insel ebenso als vermittelnder Hilfesteller bewertet werden.⁷¹⁵

Das offensichtlichste Resultat der Geheimdiplomatie im Nordirland- bzw. Palästinakonflikt manifestierte sich in der gegenseitigen Anerkennung der betreffenden Konfliktparteien als Verhandlungspartner sowie in der Festlegung grundlegender Verhandlungsprinzipien. Letztere gewannen 1993 in Nordirland Gestalt in den so genannten „Three Strands“ sowie mit der zwischen Israelis und Palästinensern im selben Jahr vereinbarten „Declaration of Principles“. Die Regierung in London wollte Sinn Fein trotz ihrer engen Verflechtung mit der IRA, welche dem bewaffneten Kampf zu diesem Zeitpunkt noch nicht entsagt hatte, in den beginnenden nordirischen Friedensprozess einbinden. Jerusalem anerkannte die PLO - faktisch aber allein Arafats Fatah als dominierende Fraktion innerhalb der palästinensischen Befreiungsbewegung - als die zentrale politische Vertretung der Interessen des palästinensischen Volkes.⁷¹⁶ So wird denn auch an dieser Stelle ein signifikanter Unterschied zur allgemeinen Situation in Nordirland sowie im speziellen unter Berücksichtigung der beiden Friedensprozesse deutlich. Während die israelische Regierung faktisch ausschließlich mit der Fatah respektive der PLO verhandelte – was zum Teil auch aufgrund des internationalen Status der PLO bei den UN nicht in toto abwegig war – war Großbritannien darauf angewiesen, alle politischen und paramilitärischen Organisationen der in Nordirland beheimateten Ethnien unabhängig vom Grad ihrer Gewaltbereitschaft

⁷¹⁴ Vgl.: McGarry/O’Leary: Regulation of ethnic conflict, S. 27.

⁷¹⁵ Vgl.: Valandro: Baskenland und Nordirland, S. 171.

⁷¹⁶ Vgl.: Thomas: Von Madrid bis Oslo II, S. 12.

oder Radikalität am Verhandlungstisch zu versammeln, sofern diese bereit waren die „Three Strands“ als Diskussionsgrundlage zu akzeptieren und im Falle der Paramilitärs die Waffen schweigen zu lassen. Was zunächst von verschiedenen Beobachtern aufgrund der hohen Zahl an Verhandlungsparteien im nordirischen Friedensprozess als eine der größten Schwierigkeiten für eine zukunftsfähige und stabile Lösung gesehen wurde,⁷¹⁷ entwickelte sich - unabhängig von temporären Rückschlägen - durch die breite Basis der das 1998 verabschiedete GFA prinzipiell unterstützenden Organisationen zu einem tatsächlichen Erfolg, wohingegen die Erfolg versprechenden Friedensbemühungen und getroffenen Vereinbarungen des Oslo II Abkommens vom Dezember 1995 zwischen der israelischen Regierung und der PLO unter der Führung Arafats letztlich scheiterten. Ein vergleichender Blick auf die Strukturen und Inhalte der Friedensabkommen auf der irischen Insel und im Heiligen Land sowie den ihnen zugrunde liegenden theoretischen und politischen Prämissen vermag möglicherweise eine Erklärung zu leisten.

Friedensabkommen im Vergleich

Konstatiert werden kann, dass die Friedensverhandlungen in Nordirland und Israel/Palästina nicht nur teilweise eine chronologische Parallelität aufweisen, sondern einen ähnlichen strukturellen Verlauf genommen haben. Von anfänglichen klandestinen Treffen gelangte man über die gegenseitige offizielle Anerkennung zu ernsthaften Konsultationen bis zum Abschluss von Dokumenten, die durchaus den Charakter von friedensstiftenden Verträgen besaßen. Inhaltlich divergierten jedoch das für Nordirland ausgehandelte Good-Friday-Agreement und die Osloer Verträge beträchtlich. Allein zwei superfizielle Gemeinsamkeiten lassen sich als Output der angestrengten Fallstudien identifizieren: Zum einen hatten beide Friedensabkommen das Ziel, einen Autonomiestatus für die umstrittenen Territorien einzurichten, den die ethnischen Protestbewegungen auf palästinensischer wie auf irisch-katholischer Seite als ersten Schritt zur Erfüllung ihrer lang gehegten nationalistischen Postulate interpretierten. Ferner war für die PLO die Einsetzung einer, wenn auch zunächst auf Zeit begrenzten, Selbstverwaltung in Konnotation mit der Übertragung von diversen hoheitlichen

⁷¹⁷ Bspw.: Waldmann: Ethnischer Radikalismus, S. 364 ff.

Rechten in Gaza und dem Westjordanland der erste Baustein eines palästinensischen Nationalstaates. Sinn Fein und IRA sahen in der verbindlichen Grundsatzzerklärung Londons hinsichtlich eines Verzichtes auf Nordirland als Teils des Vereinigten Königreiches, sofern die Mehrheit der nordirischen Gesamtbevölkerung dies wünsche und ihren Willen in dem vom GFA vorgegebenen konstitutionellen Rahmen demokratisch artikuliere, den ersten Schritt zu einer Vereinigung mit dem irischen Staat im Süden.⁷¹⁸

Markanter hingegen sind die Unterschiede zwischen dem Karmelitabkommen der nordirischen Konfliktparteien und den Osloer Verträgen der Israelis und Palästinenser. Auf die fundamentalen und historisch begründeten Motivationslagen der Protagonisten im Palästina- und Nordirlandkonflikt ist mehrmals verwiesen worden. Israelische Regierung und PLO-Führung verständigten sich im Grundsatz darauf, dass als Ausgangsbasis für eine friedliche Lösung die UN-Resolutionen 242 und 338 zu Grunde gelegt werden sollten. Der Aufteilung des umstrittenen Territoriums und die weitestgehende Separierung der ethnischen Gruppen, wenn man von der in Israel als Staatsbürger lebenden arabischen Minderheit einmal absieht, wurde unter Bedacht der Interessen der Konfliktparteien die größte Chance zur endgültigen Regulierung und Beilegung der Feindseligkeiten zugestanden. Sammy Smooha benennt als Bedingungen, die zu einer erfolgreichen Teilung und damit zu einem dauerhaften Frieden zwischen den ethnischen Gemeinschaften führen, zwei Prämissen:

„The majorities living in any part of the partitioned territory accept or resign themselves to partition. To succeed, partition should be negotiated and agreed upon, rather than imposed unilaterally. In the post-partition states partition may fail if rejected by both or either one of the ruling majorities. Because these states continue to share regional interests, they can also agree on terms of cooperation, including a common market, military alliance, or even a loose confederation. The minorities living in any part of the partitioned territory are neither able or willing to end partition. If partition is challenged by both or either one of them, it may break down. Since minorities formed by partition pay a heavy price, they tend to fight to terminate it.“⁷¹⁹

Die Fallstudie zum Palästinakonflikt hat gezeigt, dass die israelisch-palästinensischen Verträge zum Zeitpunkt ihrer Vereinbarung diese

⁷¹⁸ Vgl.: Kandel: Nordirlandkonflikt, S. 388.

⁷¹⁹ Smooha: Tenability of Partition, S. 311 f.

Voraussetzungen erfüllten. Die Einschränkungen ergaben sich in der politischen Praxis durch den Umstand, dass eine sofortige Abtrennung Gazas und des Westjordanlandes von der israelischen Autoritätsgewalt nicht vorgesehen war und die unmittelbare Konstituierung eines souveränen Palästinenserstaates, trotz der Ausrufung eines solchen durch Arafat, in eigentlicher Konsequenz durch die Bestimmungen der Abkommen einer zeitlich begrenzten und in ihrem Wirkungsradius beschnittenen Autonomie gewichen war. Evident wurde dies speziell im Bereich der Sicherheitsbestimmungen, die dem israelischen Militär innerhalb der palästinensischen Autonomiegebiete eine Reihe von Rechten und Aufgaben einräumten.⁷²⁰ Die theoretisch-spekulative Fragestellung des Verhaltens der arabisch-palästinensischen Minderheit in Israel bzw. der in einem fiktiv-zukünftigen Staat Palästina potenziell verbleibenden jüdischen Siedler und die zu erwartenden Auswirkungen auf den Erfolg des auf territorialer Teilung beruhenden Konfliktregulierungsmodells, welches nach McGarry und O’Leary die Idee der nationalen Selbstbestimmung eines ethnischen Kollektivs zum zentralen Kern hat,⁷²¹ wird dabei noch unter dem Punkt der nordirischen und palästinensischen Zukunftsperspektiven zu behandeln sein. In Anlehnung an die Ausführungen Sammy Smoohas, dass beide Seiten einer Teilung zur erfolgreichen Konfliktbefriedung zustimmen müssen, kann jedoch schon jetzt konstatiert werden, dass das Erstarken der radikal-islamischen Hamas ganz offensichtlich ein Grund für das gegenwärtige Scheitern des israelisch-palästinensischen Friedensprozesses ist. Mit der politischen Machtübernahme der Hamas nach den ersten freien Wahlen zur palästinensischen Autonomiebehörde 2006 hat sich eine politische Mehrheit im palästinensischen Lager gebildet, die nicht bereit ist, ihren territorialen Anspruch auf ganz Palästina aufzugeben und konsequenter Weise das von der PLO in Vertretung für das palästinensische Volk unterzeichnete Oslo-Abkommen ablehnt.⁷²² Neben diesem auf demokratischem Wege erfolgtem Machtzuwachs der Friedensgegner im palästinensischen Lager kommt erschwerend hinzu, dass die Hamas die militärische Kontrolle seit 2007 im Gaza-Streifen übernommen und die Angehörigen der Fatah vertrieben hat.

⁷²⁰ Vgl.: Thomas: Von Madrid bis Oslo II, S. 15.

⁷²¹ Vgl.: McGarry/O’Leary: Regulation of ethnic conflict, S. 12.

⁷²² Vgl.: Beaupin: Hamas und PLO, S. 91.

In Nordirland schied die Teilungsoption als Instrument der Konfliktregulierung durch verschiedene Faktoren a priori aus. Bei der „Lösung der irischen Frage“ hatten die irisch-nationalistischen Kräfte, die britische Regierung und die protestantischen Unionisten Anfang des 19. Jahrhunderts auf die Aufteilung Irlands gesetzt und damit eine der Grundursachen für den modernen Nordirlandkonflikt geschaffen.⁷²³ Zwar war dem – mit Waffengewalt der historischen IRA – erzwungenen Postulat des irischen Volkes nach Selbstbestimmung und Sezession von Großbritannien entsprochen worden, gleichzeitig fürchtete man neue violente Ereignisse für den Fall, dass die protestantische Bevölkerung im Norden der Insel gegen ihren Willen vom Vereinigten Königreich getrennt würde. Dieser Umstand sowie der Verbleib einer irisch-katholischen Minderheit im 1922 geschaffenen nordirischen Staatsgebilde schafften eine politische Hypothek, denen mit dem Instrument der Aufteilung im modernen Nordirlandkonflikt nicht beizukommen war. Deshalb hatte eine solche Option von vornherein auch theoretisch in keinerlei Weise Einzug in das Good-Friday-Agreement gehalten. Eine geographische Teilung Nordirlands entlang ethnisch-religiöser Merkmale wäre aufgrund des historisch gewachsenen Siedlungsraumes anders als in Palästina schwierig gewesen. Mit der Exemption der Regionen South-Armaghs und des „Bible-Belts“ in Antrim, die erste in der Nähe der Grenze zur Republik Irland liegend und homogen irisch-katholisch sowie die zweite überwiegend einheitlich von Ulster-Protestanten bewohnt, ist Nordirland im ruralen wie urbanen Bereich ein ethnisch-religiöser Flickenteppich, was eine Aufteilung des umstrittenen Territoriums oder eine Föderalisierung faktisch unmöglich macht.

Nicht vergessen werden dürfen auch die demographischen Unterschiede der Bevölkerungen in Nordirland im Gegensatz zu Israel/Palästina. In Israel lebende Palästinenser mit israelischer Staatsbürgerschaft machen gerade 16% der israelischen Gesamtbevölkerung aus, die irisch-katholische Minderheit in der britischen Problemprovinz liegt hingen bei ca. 40%. Jüdische Siedler in den palästinensischen Autonomiegebieten stellen lediglich 5% der Gesamtbevölkerung im Westjordanland dar.⁷²⁴ Aufgrund der exemplifizierten

⁷²³ Vgl.: Smooha: Tenability of Partition, S. 318 f.

⁷²⁴ Ebd.: S. 316.

externen wie internen Faktoren des Nordirlandkonfliktes, welches ein Ausscheiden aller bisher skizzierten Konfliktlösungsansätze zur Folge hatte, bemühten die Parteien in Nordirland einschließlich der Regierungen Londons und Dublins Überlegungen einer Selbstverwaltung der Region. Zum zentralen Credo der nach den Jahren des „Direct-Rule“ wiederherzustellenden Autonomie avancierte ein Powersharing-Konzept, das den nach (konkordanz)demokratischen Prinzipien⁷²⁵ geordneten Interessenausgleich zwischen den Konfliktparteien gewährleisten sollte. Nach McGarry und O’Leary verfügen die auf Powersharing-Konzeptionen aufbauenden Friedensbemühungen über vier Charaktereigenschaften:⁷²⁶ In der Regierungskoalition sind die politischen Parteien der unterschiedlichen ethnischen Gruppen der Gesellschaft vertreten. Die politische Vertretung der differierenden Bevölkerungsgruppen sowie alle Angelegenheiten des öffentlichen Sektors erfolgt nach proportionalen Gesichtspunkten. Ferner ermöglicht die Idee des Powersharing den Bevölkerungsgruppen die Selbstbestimmung auf Gebieten, welche für sie von fundamentalem Interesse sind und sieht ein in der Verfassung verankertes Vetorecht der ethnischen Minoritäten vor. Diese konkordanzdemokratischen Vorgaben sind im 1998 geschlossenen Karfreitagsabkommen vorhanden. Die Posten des First Minister und des Deputy First Minister können nur in cummulo gewählt werden, d.h. protestantische Unionisten und katholische Nationalisten müssen im Konsens Cleavage übergreifende Kandidaten aufstellen. Die weiteren Minister des Executive Committee werden nicht durch den First Minister ernannt, sondern werden nach dem Kräfteverhältnis der im nordirischen Regionalparlament vertretenden Parteien nach der d’Hondtschen Formel bestimmt, was wiederum garantiert, dass auch kleinere Parteien, die innerhalb ihrer ethnischen Referenzgruppe nicht die politische Mehrheit erreichen, an der Regierungsbildung partizipieren.⁷²⁷ Die Einhaltung des Proporz bei der Regierungsbildung sowie innerhalb der parlamentarischen Entscheidungsprozess wird durch den Zwang der nach einer Regionalwahl zu erfolgenden Registrierung als „Unionist“, „Nationalist“ oder „Other“ sichergestellt. Gleichzeitig sorgt die

⁷²⁵ Siehe dazu: Lijphart, Arend: Patterns of Democracy. Goverment Forms and Performances in Thirty-Six Countries, New Haven/London 1999, S. 30-47.

⁷²⁶ Vgl.: McGarry/O’Leary: Regulation of ethnic conflict, S. 35 f.

⁷²⁷ Vgl.: Kandel: Nordirlandkonflikt, S. 381 f.

Registrierung in Verbindung mit den vom GFA bestimmten Abstimmungsquoren⁷²⁸ für zentrale Entscheidungen für die Möglichkeit der Ausübung des Vetorechts. An dieser Stelle muss darauf verwiesen werden, dass Kritiker speziell diesem Aspekt der Anwendung konkordanzdemokratischer Ideen im Falle des Nordirlandkonfliktes eine negative Wirkung unterstellen. Robin Wilson erkennt in der politischen Institutionalisierung des ethnisch-religiösen Antagonismus durch das GFA eine offiziell forcierte Zementierung der auf primordialen Vorstellungen beruhenden Identitäten der einstigen Konfliktparteien und damit eine Konservierung der primordialen Konfliktursachen schlechthin.⁷²⁹ Rupert Taylors Kritik richtet sich nicht nur gegen die Überbetonung ethnisch-konfessioneller Unterschiede, sondern zielt auf die starke Fokussierung der politischen Eliten Nordirlands, welche im Falle einer „Anti-Agreement“-Haltung aufgrund der parlamentarischen Quoren schon mit einer kleinen Anzahl die Selbstverwaltung und den Friedensprozess zu Fall bringen könnten.⁷³⁰ Zudem klammere eine solche Gewichtung die breite Masse der Bevölkerung aus und trage an der Basis wenig zu einer Konfliktlösung zwischen den katholisch-republikanischen und protestantisch-loyalistischen Kräften bei.⁷³¹ Dem muss entgegen gehalten werden, dass das GFA beiden politisch-kulturellen Strömungen in Nordirland und ihrem Wunsch nach Anerkennung Rechnung trägt. Die Fallstudien haben gezeigt, dass sowohl bei den protestantischen Unionisten wie bei den irischen Katholiken die Behauptung ihrer ethnisch-kulturellen Eigenständigkeit ein zentrales Motivationsmoment ist, dessen empfundene Bedrohung bzw. Unterdrückung zu einem Hauptgrund für die Überzeugung avancierte, dass diese ethnisch-kulturelle Identität gewaltsam zu verteidigen (Loyalisten) oder zu befreien (Republikaner) sei. Die Anerkennung der ethnisch-kulturellen Traditionen der beiden nordirischen Bevölkerungsgruppen, die sich beispielsweise in der offiziellen und einzigartigen Anerkennung des Ulster-Scot als „Sprache“ der protestantischen Unionisten manifestiert, trägt dem zuvor genannten Anliegen erfolgreich Rechnung und baut entsprechende Befürchtungen

⁷²⁸ Siehe dazu S. 81 der vorliegenden Arbeit.

⁷²⁹ Vgl.: Wilson, Robin: Northern Ireland: what's going wrong? London 2003, S. 12.

⁷³⁰ Vgl.: Taylor, Rupert: Northern Ireland: Consociation or Social Transformation, in: McGarry, John (Hrsg.): Northern Ireland and the Divided World, Oxford 2004, S. 37 (künftig zitiert: Taylor: Consociation or Social Transformation).

⁷³¹ Ebd.: S. 46 f.

ab. Darüber hinaus zwingt das Good-Friday-Agreement die politischen Akteure beider Bevölkerungsgruppen zur Zusammenarbeit, da nur so die Autonomie Nordirlands erhalten werden kann und die Protagonisten die Chance behalten, ihre angestrebten Fernziele auf demokratischem Wege zu erreichen.⁷³² Die Einbindung aller Konfliktparteien in die politische Verantwortung stellt die Friedensbemühungen auf eine breitere Basis. Retrospektiv betrachtet war es den politisch-sozialen „Anti-Agreement“ Kräften der DUP und des Orange-Order sowie einigen gewaltbereiten republikanischen Splittergruppen nicht möglich, den Friedensprozess und das GFA zu Fall zu bringen, auch wenn es teilweise schleppend voranging und London die nordirische Regionalvertretung zeitweise aufgrund des mangelnden Willens der IRA, abzurüsten und sich aufzulösen, suspendierte. Taylor unterschätzt im Übrigen ganz offensichtlich die starke Rückkoppelung der nordirischen Bevölkerung an ihre politischen Vertreter, wie beispielsweise das Ringen der Führung Sinn Feins im Frühjahr 2007 um die Akzeptanz der nordirischen Polizei speziell bei ihren Anhängern wie der irisch-katholischen Minorität insgesamt zeigt, um so eine der zentralen Forderungen der DUP zur gemeinsamen Regierungsbildung und Wiederherstellung der Selbstverwaltung Nordirlands auf der Grundlage des GFA zu erfüllen. Durch die Beteiligung der politischen Vertreter der paramilitärischen Organisationen beider Seiten wurde der circulus vitiosus der inter-kommunalen Gewalt zwischen den Ethnien deutlich reduziert, desgleichen die Gewalt zwischen Paramilitärs und den Sicherheitsbehörden des Staates. Diese Atmosphäre hat zu einem allgemeinen Klima der Entspannung und der Vertrauensbildung geführt, welche nicht nur die politischen Eliten tangierte, sondern sich auch auf das Verhältnis der Bevölkerungsgruppen insgesamt positiv auswirkte, wofür beispielsweise der Anstieg gemischt-konfessioneller Eheschließungen von 1% auf 10% seit der Implementierung des Good-Friday-Agreement ein Indikator ist.⁷³³

Anders als bei den Bemühungen um einen Frieden zwischen Israelis und Palästinensern war man in Nordirland bemüht, nicht nur territoriale Ansprüche und die Frage des politischen Modus der Selbstverwaltung zu behandeln, sondern

⁷³² Vgl.: Gilligan, Chris: Constant Crisis/Permanent Process: Diminished Agency and Weak Structures in the Northern Ireland Peace Process, in: The Global Review of Ethnopolitics 1/2003, S. 28.

⁷³³ Vgl.: Taylor: Consociation or Social Transformation, S. 43.

neben der Gewährleistung der demokratischen Partizipation der Ethnien auch durch eine Reformierung des Polizei- und Justizwesens einst strittige und umkämpfte Positionen neu zu regeln und zu entschärfen. So setzten sich die Regierungen in London und Dublin mit den nordirischen Konfliktakteuren ins Einvernehmen, dass das GFA die Entlassung aller Inhaftierten der loyalistischen und republikanischen Organisationen vorsehen sollte. Israelis und Palästinenser sind hingegen im Rahmen ihrer Verhandlungen zu keinem eindeutigen Ergebnis bezüglich der Entlassung palästinensischer Widerstandskämpfer gekommen.

Die Neuordnung der Sicherheitsbehörden war im nordirischen Friedensprozess von zentraler Bedeutung für die Akzeptanz des Good-Friday-Agreement bei irischen Katholiken und den Ulster-Protestanten. In der Perzeption des irisch-nationalistischen Lagers war die RUC ein Instrument der Unterdrückung der katholischen Minorität durch die protestantisch-unionistische Mehrheit. Die Unionisten, nicht zuletzt die Hardliner der DUP insistierten darauf, dass die politischen Vertreter der Sinn Fein die Polizei anerkennen müsse und wie alle anderen Parteien in dem vom GFA vorgesehenen „Policing Board“ mitwirken müsse. Mit der Anerkennung der Legitimität der staatlichen Gewalt war aus ihrer Sicht die Anerkennung des aktuellen Status Nordirlands nach den Regelungen des GFA verbunden. Die Anerkennung der Sicherheitsbehörden als legitimes Organ staatlicher Gewalt beinhaltete für die Unionisten gleichzeitig die Auflösung des Waffenarsenals der IRA und wurde so zu einer Grundkondition für die Bereitschaft einer Regierungsbildung mit den Vertretern der Sinn Fein, die aus den letzten Wahlen zum nordirischen Parlament als stärkste Kraft des irisch-nationalistischen Lagers hervorgegangen war. Für die Sinn Fein war ihrerseits wichtig, dass Großbritannien weitere Truppen aus der Region abziehen sollte. Die israelischen Sicherheitskräfte haben demgegenüber ihre Präsenz bis auf wenige Ausnahmen in den besetzten Gebieten aufrechterhalten, ein signifikanter Truppenabzug aus dem Hoheitsgebiet der palästinensischen Autonomiebehörde, wie es die Verhandlungsergebnisse zwischen Israelis und PLO vorgesehen haben, ist bisher de facto ausgeblieben. Die zahlreichen palästinensischen Sicherheitsdienste, die mehrheitlich aus ehemaligen Widerstandskämpfern der Fatah bestehen, waren in der Vergangenheit entsprechend oft nicht nur mit der

Wahrnehmung von Sicherheitsaufgaben befasst, sondern immer wieder auch in Gefechte mit der IDF verwickelt.

Fraglich bleibt, warum im Gegensatz zur Konstellation in Israel/Palästina das Erstarken der radikalen Kräfte, namentlich der DUP, die anfangs die Verhandlungen mit der IRA und Allparteiengespräche unter Einschluss Sinn Feins fundamental ablehnte, nicht ebenfalls zu einem Kollaps geführt hat, sondern im Gegenzug am Ende sogar zu einer Übernahme des Amtes des First Minister durch Ian Paisley mit einem von der Sinn Fein gestelltem Deputy First Minister in der Person des ehemaligen IRA Chefs von Derry, Martin McGuiness geführt hat. Abseits der Kernpostulate der DUP nach Entwaffnung und Auflösung der IRA waren die DUP und die große Mehrheit ihrer Anhängerschaft, anders als Teile ihrer moderateren unionistischen Kollegen von der UUP, stets klare Befürworter einer nordirischen Autonomie.⁷³⁴ Eine nordirische Selbstregierung schien ihnen unter den demographischen Prämissen einer – wenn auch schrumpfenden protestantischen - Mehrheit in Konnotation mit dem Verschwinden der Bedrohung des IRA Terrorismus ein Garant für den Erhalt „protestantischer Freiheiten“ und als Sicherheit gegen einen ohne ihre Akzeptanz des Good-Friday-Agreement befürchteten und nicht mehr beeinflussbaren Ausverkauf an Dublin. Die DUP hoffte zudem, auf originäre gesellschaftspolitische Themen in Nordirland selbst Einfluss zu nehmen und entsprechend ihrer evangelikalen Ideologie zu regeln wie die Frage der Gleichstellung homosexueller Lebensgemeinschaften, was ihnen ansonsten von London durch „Direct-Rule“-Verordnung ohne jedes Mitspracherecht aufoktroyiert werden konnte.⁷³⁵ Positiv für die nordirische Konfliktsituation erwies sich zusätzlich die Tatsache, dass die anfänglich stärkste politische „Anti-Agreement“ Partei anders als die islamistische Hamas über keinerlei „militärisches“ Drohpotenzial verfügte oder die Kapazitäten für eine Torpedierung des Friedensprozess mit terroristischen Mitteln besaß. So haben die Fallstudien gezeigt, dass die loyalistischen Paramilitärs ebenso wie die IRA im irisch-katholischen Lager zu Befürworten einer dauerhaften friedlichen Lösung auf der Basis des GFA zählten, gleichwohl

⁷³⁴ Vgl.: Tonge, Jonathan: Victims of their Own Success? Post-Agreement Dilmmas of Political Moderates in Northern Ireland, in: The Global Review of Ethnopolitics 1/2003, S. 47 (künftig zitiert: Tonge: Victims of Their Own Success).

⁷³⁵ Vgl.: White, Michael: A message for the world, abgerufen am 27.03.2007 unter www.guardian.co.uk/Northern_Ireland/Story/0,,2043698,00.html.

sie aber anders als ihr republikanisches Pendant nicht an parlamentarisch-politischem Einfluss verfügten. Die „Ulster Democratic Party“ (UDP) als politisches Sprachrohr der UDA sowie die „Progressiv Unionist Party“ (PUP) als Vertretung der UVF spielen bei Wahlen kaum eine Rolle, bleiben aber als offizieller Ansprechpartner der loyalistischen Gewaltorganisationen relevant.

Die vergleichende Analyse der Verhandlungsprozesse und der zwischen den Konfliktparteien in Nordirland bzw. in Israel/Palästina geschlossenen Abkommen zur Beilegung der Feindseligkeiten hat sichtbar gemacht, dass aufgrund der Motivationsfaktoren der Akteure unterschiedliche Konfliktregulierungsmodelle zur Anwendung gekommen sind. Während man in Nordirland einen konkordanzdemokratischen Ansatz verfolgte, der das grundsätzliche Verhältnis zwischen den verfeindeten Ethnien zu verbessern suchte sowie die gleichzeitige Wahrung der nationalen und territorialen Interessen der irisch-katholischen Nationalisten und der protestantisch-unionistischen „Ulstermen“ auf friedlichem Wege zu moderieren suchte, bemühten Israelis und Palästinenser die Idee einer Teilung des umstrittenen Territoriums und weit reichende ethnische Separierung. Festgehalten werden muss jedoch, dass die Osloer-Verträge durch ihre Fokussierung auf die Interimszeit der palästinensischen Autonomiebehörde keineswegs auf direktem Wege zu einem souveränen Palästinenserstaat führten, ja diesen im weitesten Sinne lediglich in Aussicht stellten und so einen dauerhaften Frieden zwischen den Ethnien durch die spezielle Ausrichtung entlang israelischer Sicherheitsinteressen verhinderte.

Hypothetische Überlegung zu den israelisch-palästinensischen Friedensanstrengungen

Dies erlaubt die hypothetische Überlegung, dass bei einer tatsächlichen Teilung des strittigen Territoriums, welche einen totalen Rückzug der israelischen Armee sowie der Auflösung aller jüdischen Siedlungen im Gazastreifen und im Westjordanland bedingt hätte, und der Etablierung eines souveränen Palästinenserstaates möglicherweise eine dauerhaftere friedlichere Lösung zwischen Israelis und Palästinensern gelungen wäre. Dafür spricht zunächst der Umstand, dass das Kernpostulat des palästinensischen Volkes nach nationaler Selbstbestimmung endlich erfüllt worden wäre. Dies hätte unweigerlich eine

Stärkung der säkularen Kräfte in Palästina zur Folge gehabt, welche verbunden mit finanziellen Hilfen des westlichen Auslandes an den jungen palästinensischen Staat eine Stabilisierung, jedoch nicht nötiger Weise eine Demokratisierung, zur Konsequenz gehabt hätte. Die angesprochenen finanziellen Transaktionen hätten gewiss das Schicksal der Menschen in den palästinensischen Flüchtlingslagern verbessert und diesen geholfen, über den Verlust „ihrer“ Besitzungen in Israel vor dessen Staatsgründung hinwegzukommen. Das Wohlfahrtsengagement in Konnotation mit dem auf religiösen Überzeugungen basierenden irridentistischen Postulat der Hamas hätte unter einer solchen Konstellation vermutlich nicht zu einer politischen Überflügelung der Fatah im Falle demokratischer und freier Wahlen geführt, abgesehen davon, dass schon die palästinensische Autonomiebehörde in der „Post-Oslo“-Zeit unter Arafats Führung auf Drängen der Israelis islamistische Umtriebe bekämpfte.⁷³⁶ Größter Fallstrick wäre bei einer tatsächlichen Konfliktregulierung durch Teilung der Status Jerusalems gewesen. Für die Israelis ist Ostjerusalem unverzichtbarer Teil ihres Staates, die PLO hat stets die Forderung erhoben, dass Ostjerusalem Hauptstadt eines souveränen Palästinenserstaates werden müsse. Unbezweifelt ist die Tatsache, dass die palästinensische Seite im Vergleich zur Schlagkraft der IDF über keinerlei militärische Mittel verfügt, welche die gewaltsame Durchsetzung dieses Anspruches erlaubt. Hier wäre der Rekurs auf die Form des Irridentismus der Republik Irland gegenüber Nordirland hilfreich. Anders als der auf religiösen Überzeugungen basierende Irridentismus der Hamas, welcher in der gegenwärtigen Realität einen Friedensschluss mit Israel durch den Preis der Anerkennung des jüdischen Staates verhindert, wurden die irridentistischen Bestrebungen der Republik Irland, welche in der irischen Verfassung verankert waren und das Unbehagen der nordirischen Protestanten verursachten, durch den von Dublin im Zuge des GFA proklamierten Verzicht auf die sechs unter britischer Hoheit stehenden Grafschaften abgeschwächt. Gleichzeitig behielt Dublin die Regelung aufrecht, dass jeder Einwohner Nordirlands auf Wunsch die Staatsangehörigkeit der Republik Irland erwerben und damit letztlich über das passive wie aktive Wahlrecht im Süden verfügen konnte. Einen ähnlichen theoretisch-moralischen Anspruch auf Ostjerusalem hätte der palästinensische

⁷³⁶ Vgl.: Baumgarten: Projekt eines palästinensischen Staates, S. 106.

Staat gleichfalls gelten machen können bei einer dezidierten Anerkennung der israelischen Souveränität bzw. unter Gewährung der „palästinensischen Staatsbürgerschaft“ für die Einwohner Ostjerusalems. Dem Anklang des religiösen Irridentismus der Hamas und anderer radikal-islamischer Bewegungen bei der palästinensischen Bevölkerung hätte durch eine Übereinkunft zwischen israelischen und palästinensischen Autoritäten entgegengewirkt werden können, welche großzügige Zugangsrechte von palästinensischen „Staatsbürgern“ zu den heiligen Städten der Muslime in Ostjerusalem durch die Israelis vorausgesetzt hätten.

3.3. Polizei und Militär im Fokus langfristiger Konfliktbefriedigung

Die bisherigen Erkenntnisse der Fallstudien sowie die Ergebnisse der komparativen Analyse zur Funktion und Struktur der Sicherheitsbehörden haben ihre besondere Bedeutung im Nordirland- wie auch im Israel/Palästinakonflikt sichtbar werden lassen. Zunächst liegt es natürlich in der Sache selbst, dass Polizei- und Militäreinheiten in gewaltsamen Auseinandersetzungen, in der Abwehr terroristischer Bedrohungen oder als ein Durchsetzungsinstrument staatlicher Politik schlechthin sich im Zentrum des Geschehens wieder finden.

Für die untersuchten Konfliktfälle kommt aber erschwerend hinzu, dass im Casus Nordirlands RUC und UDR nicht nur das bevorzugte Mittel protestantisch-unionistischer Prädomination und mutatis mutandis Werkzeug zur Diskriminierung der irisch-katholischen Nationalisten waren, sondern auch markantestes Sinnbild einer Politik, die durch ihre Traditionen die Herrschaftsstrukturen in der britischen Unruheprovinz legitimierten und so zu einer ethnischen Konstituierung des „protestant state for protestant people“ und darüber hinaus zu einer spezifischen Identität als „Ulstermen and Ulsterwoman“ beigetragen haben. Auch die IDF nehmen nicht nur klassische militärische Aufgaben im Rahmen der konventionellen Landesverteidigung des Staates Israel wahr, sondern sind nach wie vor militärische Okkupationsarmee im Westjordanland und Schutzmacht der dort verbliebenen zionistischen Siedler. Durch den dargestellten aktiven Beitrag Zahals zur Konstruktion der jüdischen Identität des israelischen Staates auf der Grundlage der zionistischen Ideologie leistet die IDF eine ähnlich spezielle Kontribution zur Exklusion der

palästinensischen Araber mit israelischer Staatsbürgerschaft wie RUC und UDR während der Zeit der Suprematie der protestantischen Unionisten in Nordirland.

Der unmittelbar vorhergehende Punkt hat den besonderen Stellenwert der Problematik der nordirischen Sicherheitsorgane und der mit ihr verbundenen Assoziationen in der Perzeption der Konfliktparteien im unionistischen wie republikanischem Lager aufgezeigt und die Frage einer Reform des Polizei- und Justizwesens sowie der Anerkennung der Legitimität der Polizei als die letztlich entscheidende Kernfrage einer gemeinsamen Regierungsbildung von DUP und Sinn Fein und damit eines Erfolgs des Friedensprozesses in der einstigen britischen Unruheprovinz identifiziert. Johannes Kandel konzediert, dass es kaum einem anderen Thema der Friedensverhandlungen gelungen ist, eine derartige Emotionalität in der tief segregierten Gesellschaft Nordirlands herzustellen.⁷³⁷ Natürlich ist an dieser Stelle zu konstatieren, dass die Thematik von Polizei und Militär im Hinblick auf eine langfristige Konfliktlösung deutlich abhängig ist von den zur Anwendung kommenden Konfliktregulierungsmustern. Der konkordanzdemokratische Powersharing-Ansatz des Good-Friday-Agreement machte eine Transformation der bisherigen Sicherheitsstruktur unumgänglich.

Als Output des GFA fand die Einrichtung der „Patten-Kommission“ im Juni 1998 statt, die sich der Neuorganisierung der Polizei in Nordirland widmete und im September 1999 ihren Bericht veröffentlichte, der aus einer homogenen protestantischen und militaristischen Sicherheitsbehörde zur Durchsetzung unionistischer Interessen eine von beiden nordirischen Bevölkerungsgruppen sowie ihren politischen Vertretern akzeptierte und unterstützte Polizei modernen westeuropäischen Zuschnitts machen sollte.

Empfehlung und Implementierung des Patten-Report

Der konkordanzdemokratische Impetus, der sich wie ein roter Faden durch den gesamten Friedensprozess in Nordirland zieht, kommt besonders in der Etablierung zweier Institutionen zum Ausdruck: dem „Policing Board“ (PB) und den „District Policing Partnership Boards“ (DPPBs). Das PB ist dabei auf Provinzebene das zuständige Kontrollgremium der Sicherheitsbehörden. Es setzte sich aus insgesamt 19 Personen zusammen. Aus den Reihen des nordirischen

⁷³⁷ Vgl.: Kandel: Nordirlandkonflikt, S. 417.

Regionalparlamente werden zehn Mitglieder nach der D'Hondtschen Formel entsendet, neun werden vom Nordirlandminister ernannt, der Persönlichkeiten aus der nordirischen Gesellschaft beruft.⁷³⁸ Die DPPBs sind als Ausschüsse der kommunalen Gremien konzipiert. PB und DPPBs haben somit beide das Ziel, eine Rückkopplung an die politischen Parteien als Vertreter der Ethnien zu gewährleisten, mit der eine Anerkennung und Unterstützung der Polizei intendiert ist. Gleichzeitig setzte in der Folge des Patten-Reports eine paritätische Rekrutierung von Katholiken und Protestanten im Verhältnis 50:50 ein, welche die ethnische Homogenität der alten RUC aufbrechen sollte unter der einhergehenden Senkung der allgemeinen polizeilichen Präsenzstärke in der gesamten Provinz. Um eine Akzeptanz speziell bei der irisch-katholischen Minorität zu befördern, wurde der Name der RUC, der in signifikanter Weise den britischen Anspruch (Royal) und den protestantisch-unionistischen Charakter (Ulster) in der irisch-nationalistischen Antizipation symbolisierte, in die neutralere Namensgebung „Police Service of Northern Ireland“ (PSNI) abgeändert. Abänderung widerfuhr auch der alten Eidesformel von 1836, welche die RUC von ihrem Aszendenten, der Royal Irish Constabulary, übernommen hatte und bis zur Umsetzung des GFA eine Loyalitätsbekundung an die englische Monarchie enthielt.⁷³⁹ Die PSNI hingegen verlangt von ihren Bewerbern den Eid auf einen „Code of Ethics“, die Unparteilichkeit gegenüber allen Bürgern, die Respektierung der Traditionen der Bevölkerungsgruppen und die Einhaltung der Vorgaben der Europäischen Menschenrechtskonvention. Ferner erhielt die PSNI neue, unter Berücksichtigung der ethnischen Traditionen auf der irischen Insel, neutrale Abzeichen. Der Union Jack sollte künftig über den kasernenartigen Polizeiwachen nicht mehr aufgezogen werden. Die Einrichtung der Institutionen eines Ombudsmannes⁷⁴⁰ sollte sicherstellen, dass Beschwerden der Bevölkerung oder Anzeichen von „Sectarianism“ und „Collusion“ innerhalb der Polizeibehörden zukünftig unabhängig und effektiv verfolgt werden könnten.

⁷³⁸ Vgl.: Kandel: Nordirlandkonflikt, S. 419 f.

⁷³⁹ Vgl.: Ryder: RUC, S. 496 .

⁷⁴⁰ Auch wenn der erste Amtsträger tatsächlich eine Frau war.

Das Ringen um Anerkennung der Polizei zur Stabilisierung des Friedens

Sinn Fein lehnte zunächst die Anerkennung der PSNI ab. Aus dem Blickwinkel der radikalen irischen Nationalisten war die RUC lediglich ein weiteres Mal umbenannt worden und nicht, wie von ihnen stets postuliert, *in toto* aufgelöst. Eine Mitwirkung der Politiker von Sinn Fein an den Polizeikontrollgremien auf lokaler oder regionaler Ebene bedeutet in der Logik der republikanischen Bewegung nicht allein die Anerkennung der Polizei, sondern des Hoheitsanspruchs Großbritanniens über Nordirland. Die Weigerung des politischen Arms der IRA, sich an PB und DPPBs zu beteiligen wurde von den Unionisten, allen voran Paisleys DUP, als Unehrllichkeit supponiert. Für das unionistische Lager kam die Transformation der RUC in die PSNI viel stärker einer unehrenvollen Abwicklung und Despektion der im Kampf für die Freiheit Ulsters „gefallenen“ Polizeibeamten gleich, die dazu geeignet schien, den nordirischen Protestanten insgesamt die Schuld an den violenten Ereignissen in der Provinz zu zusprechen, gerade im Kontext der Collusion-Problematik. Außerdem wurden abermals die unionistischen Urängste geweckt, da die IRA zu diesem Zeitpunkt noch im Besitz ihres Waffenarsenals war. Bemängelt wurde ferner, dass eine politisch gesteuerte „Multikulturalisierungsinitiative“ der Polizei zu Lasten von Qualität und individueller Chancengleichheit gehen würde.⁷⁴¹ Anders als Sinn Fein beteiligte sich die DUP jedoch trotz ihrer Vorbehalte am Policing Board und machte neben einer totalen Entwaffnung der IRA die Partizipation Sinn Feins in den politischen Polizeikontrollgremien, was de facto einer Rekognostizierung des PSNI gleichgekommen wäre, zu einer Grundbedingung. Nach den nordirischen Regionalwahlen 2006 und der St. Andrews Konferenz im Oktober desselben Jahres, welche durch die Auflösung des Waffenarsenals der IRA Ende 2005 möglich wurden, verständigten sich die aus den Wahlen als stärkste Kraft ihrer ethnisch-religiösen Gruppen hervorgegangenen Parteien DUP und Sinn Fein in Absprache mit den Regierungen Londons und Dublins darauf, den Autonomiestatus Nordirlands und die vollständige Implementierung des GFA durchzuführen, sobald eine Anerkennung der PSNI durch Sinn Fein stattfände. Flankiert wurden diese

⁷⁴¹ Vgl.: Kandel: Nordirlandkonflikt, S. 421; siehe ferner: Walker, Clive: The Patten Report and Post-Sovereignty Policing in Northern Ireland, in: Wilford, Rick (Hrsg.): Aspects of the Belfast Agreement, Oxford 2001, S. 152 ff.

Entwicklungen u.a. von den katholischen Bischöfen Nordirlands, die junge Katholiken zum Beitritt zur neuen Polizei ermutigten und der irisch-katholischen Bevölkerung eine aktive Unterstützung der reformierten Sicherheitsbehörden empfahlen. Die politische Führung der Sinn Fein um Gerry Adams sah sich aufgrund dieser Umstände in Zugzwang und berief Ende Januar 2007 einen außerordentlichen Parteitag, die „Ard Fheis“, ein. Zur Überzeugung der republikanischen Basis – auf deren Mandatierung Adams und Co. angewiesen waren, sofern man am PB partizipieren und keine Spaltung des radikal-nationalistischen Lagers riskieren wollte, bediente sich die Sinn Fein Führung verschiedener Argumente: Zunächst stellte man die bisherigen Erfolge der Polizeireform, speziell die Arbeit des Ombudsmann positiv heraus, welcher nun auch offiziell die von Sinn Fein immer wieder artikulierte Kooperation von loyalistischen Paramilitärs, RUC und UDR sowie der britischen Nachrichtendienste bewiesen habe.⁷⁴² Zweitens habe Sinn Fein in den nachträglichen Verhandlungen und Gesprächen mit der britischen Regierung erreicht, dass der britische Inlandsgeheimdienst MI 5 nicht strukturell in den PSNI überführt wird, wie es die Absicht Londons und der moderat-nationalistischen SDLP gewesen sei, sondern in Zukunft keinerlei Bedeutung für die Arbeit der Polizeibehörden in Nordirland haben werde. Die Gefahr eines erneuten „britischen Staatsterrorismus“ sei damit durch das Engagement Sinn Feins gebannt, könne aber dauerhaft nur sichergestellt werden, wenn die republikanische Bewegung sich der Kontroll- und Einflussmöglichkeiten, welche das Good-Friday-Agreement vorsieht, ausdrücklich bediene.⁷⁴³ Letztlich sei die offizielle Anerkennung der reformierten Polizeibehörden der Weg zur Wiederherstellung der Regionalautonomie und somit der Implementierung des GFA, welches das Selbstbestimmungsrecht der irischen Nation garantiere und langfristig eine Wiedervereinigung Nordirlands mit der Republik möglich machen und die

⁷⁴² Vgl.: Adams, Gerry: Opening Address to the Sinn Fein Extraordinary Ard Fheis on Policing, RDS, Dublin (28 January 2007), abgerufen am 13.06.2007 unter <http://cain.ulst.ac.uk/issues/politics/docs/sf/ga280107a.htm> (künftig zitiert: Adams: Opnening Address on Policing).

⁷⁴³ Vgl.: Kelly, Gerry: Delivering the Policing Report to the Sinn Fein Extraordinary Ard Fheis on Policing, RDS, Dublin (28 January 2007), abgerufen am 13.06.2007 unter <http://cain.ulst.ac.uk/issues/politics/docs/sf/gk280107.htm> (künftig zitiert: Kelly: Delivering the Policing Report).

britische Herrschaft in Irland endgültig beenden werde.⁷⁴⁴ Die überragende Mehrheit des Parteitages folgte dieser Argumentation und machte so in letzter Konsequenz auch den Weg frei für die im Sommer 2007 gebildete Koalitionsregierung mit ihren aus DUP und Sinn Fein gestellten Spitzen. Die Anerkennung der nordirischen Polizei und die Verwirklichung des Powersharing hatten dabei den weiteren, für Sinn Fein politisch günstigen Effekt, dass im August 2007 die britische Regierung „Operation Banner“, d.h. die militärische Präsenz britischer Truppen zur Unterstützung des Anti-Terrorkampfes der Behörden vor Ort und zur Aufrechterhaltung der öffentlichen Ordnung beendete und das Truppenkontingent von 25700 im Jahr 1972 auf 5000 Soldaten im Jahr 2007 zurückfuhr.⁷⁴⁵ Der Abbau militärischer Überwachungsposten, welche speziell die irisch-katholische Bevölkerung in der Vergangenheit mit einem abjekten Blick gesehen hatte, leitete eine weitere Demilitarisierung ein, der sich die loyalistischen Paramilitärs – abgesehen von den zum Teil blutigen Fehden untereinander – im Prinzip Anfang 2007 anschlossen.

Die IDF als reales und potenzielles Friedenshindernis im Heiligen Land

Die Evaluation der Rolle des israelischen Militärs im Hinblick auf eine Befriedung des Konfliktes zwischen Juden und Palästinensern im Heiligen Land kann im Gegensatz zum nordirischen Fall nicht so präzise gefasst werden. Dieser Umstand resultiert insbesondere aus dem gescheiterten Friedensprozess zwischen den Konfliktparteien, der die IDF ungebrochen in die kontinuierliche Aufgabenbewältigung militärischer Szenarien setzt, wie zuletzt im Sommer 2006 das Engagement gegen die Kämpfer der Hamas im Gazastreifen nach der Entführung eines Zahal-Angehörigen genauso verdeutlicht, wie der Versuch den routinemäßig wiederkehrenden Beschuss israelischer Städte mit leichter Artillerie aus den Palästinensergebieten zu verhindern. Daneben muss daran erinnert werden, dass im Vergleich zu Nordirland ein Konfliktregulierungsmodell angewendet wurde und sowohl auf Seiten der israelischen Regierung wie auch der säkular-nationalistischen Organisationen der Palästinenser seine grundsätzliche Gültigkeit bis in die Gegenwart beibehalten hat, das die Aufteilung des

⁷⁴⁴ Ebd.

⁷⁴⁵ Siehe dazu: Addley, Esther: British troops leave after 38 years, abgerufen am 12.09.2007 unter www.guardian.co.uk/Northern_Ireland/Story/0,,2138980,00.html.

umstrittenen Territoriums zwischen den Ethnien und die Errichtung eines souveränen und unabhängigen palästinensischen Staates als Fernziel zur Grundlage hat. Diese Prämisse reduziert den Beitrag der IDF zur Konfliktlösung offensichtlich auf das simple Postulat, dass sich die israelische Armee aus den palästinensischen Territorien zurückzieht, was in gleichem Augenblick ein Erlöschen ihres Status als Okkupationsmacht bewirken würde. Nicht eine wie auch immer geartete Transformation der Streitkräfte, sondern ihre schlicht physische „Abwesenheit“ würde zwangsläufig zu einer weiteren Befriedung der Situation beitragen. In diesem Kontext ist es selbstverständlich, dass eine Politik der gezielten „Präventiv-Tötung“ von palästinensischen Extremisten sowie Straf- und Vergeltungsaktionen, exempli causa die Zerstörung ziviler Infrastruktur oder des Eigentums von Angehörigen eines Terrorverdächtigen, zu unterlassen wären. Auch an dieser Stelle soll es erlaubt sein hypothetisch die Rolle der IDF für eine zukünftige Konfliktlösung zwischen Juden und Arabern, d.h. für letztere konkret der in Israel verbleibenden palästinensischen Minderheit mit israelischer Staatsangehörigkeit, in den Mittelpunkt des Interesses zu rücken. Die Erkenntnisse der Fallstudien und der komparativen Analyse haben nachdrücklich klargestellt, dass die IDF in ganz besonderer Weise für die Konstituierung eines jüdischen Staates und eines jüdischen Gesellschaftskollektivs verantwortlich zeichnen. De iure ist israelischen Staatsbürgern muslimischen Glaubens der Dienst in den Streitkräften untersagt. Christliche Araber verspüren kein ausgeprägtes Interesse an einem freiwilligen Dienst bei Zahal, da das israelische Militär wie keine andere Institution für die bewusste Exklusion aller Nicht-Juden aus der israelischen Gesellschaft steht. Der Soziologin Uta Klein ist sich anzuschließen, die betont, dass das Konzept der Staatsbürgerschaft nicht nur formaler Rechte als Gradmesser bedarf, sondern auch eines Komplexes „der Inkorporation Einzelner in die Gesellschaft“.⁷⁴⁶ Unter Rückgriff auf die jüngere historische Entwicklung des Nordirlandkonfliktes muss analog für eine Entwicklung in Israel zumindest überlegt werden, inwieweit die ca. 18% starke arabische Minorität in Israel gewillt ist, eine strukturelle politische und ökonomische Diskriminierung im Verbund mit kultureller Marginalisierung auf Dauer hinzunehmen, deren signifikantester Exponent und augenscheinlichstes

⁷⁴⁶ Vgl.: Klein: Militär in Israel, S. 36.

Instrument die IDF sind. Erste Anzeichen einer (gewaltsamen) Auflehnung gegen die zionistische Politik durch die „palästinensischen Bürger“ Israels waren schon während Al-Aqsa Intifada zu erkennen.⁷⁴⁷ Auch vermag nicht zu beruhigen, dass die palästinensische Minderheit in Israel bisher keine groß angelegten Aufstandsversuche gegen die israelische Regierung unternommen hat, um ihre im Vergleich zu den Palästinensern in der West-Bank und dem Gazastreifen gute wirtschaftliche Situation zu gefährden.⁷⁴⁸ Gerade im Falle einer Etablierung eines unabhängigen Palästinenserstaates bestünde unter den skizzierten Prämissen auch durch den Charakter und der Funktion der IDF die Möglichkeit, dass eine wirtschaftlich verhältnismäßig privilegierte Gruppe von in Israel lebenden Arabern sich zum Ausgangspunkt secessionistischer Tendenzen entwickelt,⁷⁴⁹ deren Gegner zwangsläufig die Sicherheitsbehörden als Träger und Instrument der ethnischen - d.h. jüdischen – Suprematie wären.

3.4. Der Friedensprozess in Nordirland als Modell für Israel/Palästina?

Der Vergleich der Friedensprozesse in Nordirland und Israel/Palästina hat aufgezeigt, dass beide Konflikte unterschiedlichen Modellen der Konfliktregulierung ausgesetzt waren. Während in Nordirland eine nach konkordanzdemokratischen Gesichtspunkten durchgeföhrte „Verrechtlichung des Konfliktes unter Ausschaltung der Gewalteinheit“⁷⁵⁰ zu einer erfolgreichen Beilegung des Konfliktes geführt hat, ist es im Heiligen Land letztlich nicht gelungen dem Konfliktlösungsansatz der Teilung des umstrittenen Territoriums und der ethnischen Separation zwischen Juden und Palästinensern, welche damit dem Hauptpostulat beider Ethnien nach nationaler Selbstbestimmung Rechnung getragen hätte, zum Durchbruch zu verhelfen. Als Ursache wurden insbesondere die Machtverschiebungen im Lager der Palästinenser identifiziert, welche sich durch das Erstarken der kompromisslosen radikal-islamischen Kräfte und der Schwächung der verhandlungswilligen säkular-nationalistischen Akteure

⁷⁴⁷ Vgl.: Zuckermann: Zionistisches Selbstverständnis, S. 34 f.

⁷⁴⁸ Vgl.: Smooha: Tenability of Partition, S. 316.

⁷⁴⁹ In diesem Zusammenhang ist auf die Ausführungen Peter Waldmanns bzgl. der Bedeutung der sozialen Mittelschicht in ethnischen Protestbewegungen zu verweisen: Waldmann: Ethnischer Radikalismus, S. 38 ff.

⁷⁵⁰ Valandro: Baskenland und Nordirland, S. 201.

ausdrückt. Diese Entwicklungen wurden durch das Zaudern und Zögern der israelischen Regierung und ihre Fokussierung auf Sicherheitsaspekte begünstigt. Die bisherigen Analysen haben gezeigt, dass eine 1:1 Übertragung der Ergebnisse des nordirischen Verhandlungsprozesses und der Modalitäten des Good-Friday-Agreement auf den Palästinakonflikt nicht möglich ist und der Powersharing-Ansatz des GFA keine Option für die Konfliktparteien in Israel/Palästina darstellt. Erschwerend wirkt sich vor allem für die säkular-nationalistische Seite der Palästinenser das Fehlen einer Symmetrie in den Friedensverhandlungen aus.⁷⁵¹ Während die nordirischen Katholiken mit einer politisch-moralischen Unterstützung ihrer Anliegen im Süden rechnen konnten und auf das Wohlwollen der irischstämmigen Community in den Vereinigten Staaten bauen durfte,⁷⁵² musste die PLO spätestens seit ihrer Parteinahme für den irakischen Diktator Saddam Hussein nach seinem Überfall Kuwaits auf externe politische, speziell aber auch finanzielle Hilfe durch die arabischen Nachbarstaaten verzichten. Die radikal-islamischen Kräfte in Palästina hingegen erfreuen sich der Wertschätzung fundamentalistischer Regime in Saudi-Arabien oder dem Iran. Zentraler Kern der nordirischen Konfliktlösung ist ein für alle Seiten einschließlich der Sinn Fein und der IRA akzeptierter Autonomiestatus. Für die palästinensische Seite ist allerdings nur die nationale und staatliche Souveränität ein annehmbares Verhandlungsergebnis. Die bisherigen Erfahrungen mit der Interims-Autonomie, die de facto aufgrund der israelischen Politik nicht umgesetzt wurde, wird die Palästinenser in dieser Auffassung bestärkt haben.

Dennoch lassen sich partielle Erkenntnisse aus dem erfolgreichen Versuch in der britischen Unruheprovinz Frieden zu schaffen für die Situation im Heiligen Land ableiten. Die britische Regierung scheute sich in der Anfangsphase des Friedensprozesses nicht, mit den gewaltbereiten Gruppen bzw. ihren politischen Vertretern, allen voran der Sinn Fein Gespräche aufzunehmen und diese als offizielle Verhandlungspartner anzuerkennen, obwohl die IRA dem bewaffneten Kampf zu diesem Zeitpunkt noch nicht entsagt hatte und die Waffenstillstandserklärungen aller nordirischen Paramilitärs stets von eher

⁷⁵¹ Siehe zur Rolle von Symmetrie/Asymmetrie bei Friedensbemühungen bspw.: Mitchell, Christopher R.: *Classifying Conflicts. Asymmetry and Resolution*, in: Annals of the American Academy of Political and Social Sciences 1/1991, S. 23 ff.

⁷⁵² Vgl.: Valandro: *Baskenland und Nordirland*, S. 207.

zweifelhaftem Charakter während der Verhandlungen waren. Die israelische Regierung weigert sich indessen überhaupt den bloßen Versuch einer Gesprächsaufnahme mit der Hamas zu wagen. Franz Valandro unterstreicht kategorisch, dass nur eine „Einbeziehung aller relevanten Konfliktakteure und auch der Gewaltorganisationen einen tragfähigen Dialog und ein möglicherweise daraus resultierendes Abkommen“⁷⁵³ sichern könne. Insoweit wirkt sich die getroffene Entscheidung der israelischen Regierung, nur mit der PLO, d.h. faktisch mit Arafats Fatah, zu verhandeln in besonderer Weise verheerend aus. Aktuell kann sie als Indignation der palästinensischen Bevölkerung verstanden werden, die in den ersten freien Wahlen zur Autonomiebehörde der Hamas explizit einen politischen Vertretungsauftrag erteilt und die Fatah abgestraft hat.⁷⁵⁴ Historisch betrachtet ging sie zum Teil an der Perzeption der Realität der palästinensischen Bevölkerung vorbei, die unter der Okkupation der Israelis litt, während die PLO-Führung sich nicht selten bequem im Exil eingerichtet hatte. Die Hamas anderseits war durch eine Vielzahl - auch karitativer - Basisinitiativen in den Palästinensergebieten vor Ort im engen Kontakt mit der Bevölkerung aktiv und gewann durch ihr Engagement in der zweiten Intifada zunehmend an Sympathien.

Wie in Nordirland die Aufrechterhaltung des „Secret Dialogue“ zwischen britischer Regierung und IRA eine spätere Verhandlungsaufnahme zwischen beiden Konfliktakteuren begünstigt hat, so könnte auch Israel an die Tradition der Gespräche mit der Hamas anknüpfen, welche in den achtziger Jahren zur Schwächung der PLO geführt wurden.⁷⁵⁵ Grundsätzlich ist Israel das Mittel der Geheimverhandlungen, wie Oslo bewiesen hat, nicht fremd. Allerdings darf begründet eingewendet werden, dass die Hamas aufgrund ihres religiösen Irridentismus wie ihrer gesamten islamistischen Weltanschauung von sich aus jedwede Verhandlung mit Israel aller Voraussicht nach ablehnen würde. Mag dies zur Zeit für das Gros der Hamas-Aktivisten gelten, so muss bedacht werden, dass dies noch lange nicht für die überwiegende Hamas-Wählerschaft gelten muss, welche der Hamas weniger um ihrer islamischen Gesellschaftsvorstellungen politische Mandate verliehen hat, sondern mehr um der Korruption der Fatah

⁷⁵³ Valandro: Baskenland und Nordirland, S. 203.

⁷⁵⁴ Vgl.: Schmitz: Hamas-Sieg, S. 1.

⁷⁵⁵ Siehe dazu: Beaupin: Hamas und PLO, S. 89.

einen politischen Denkzettel zu verabreichen. Auch ist ein schrittweiser Realismus in der Beurteilung der Gesamtlage durch Hamas-Premier Hanija zu erkennen, der sich von den Entführungen israelischer Soldaten durch Hamas Kämpfer an der Grenze des Gazastreifens im Sommer 2006 distanzierte.⁷⁵⁶ Ermutigend wirkt auch das Vergleichsbeispiel Nordirland. Kaum ein Wissenschaftler oder politischer Kommentator hätte ernsthaft für möglich gehalten, dass der evangelikale Prediger Ian Paisley knapp eine Dekade nach der Unterzeichnung des GFA seine Partei in eine Koalition mit dem politischen Arm der IRA führen würde, nachdem er für mehr als 30 Jahre als „Dr No“ mit einer anti-katholischen Hass-Rhetorik selbst die kleinsten Verständigungs- und Annäherungsversuche als Ausverkauf bürgerlicher Freiheit und des Protestantismus brandmarkte.⁷⁵⁷ Ganz ähnlich hatte die Hamas 1996 die „Oslo-Wahlen“ boykottiert. Gleichzeitig schloss sie eine spätere Partizipation schon zu diesem Zeitpunkt nicht grundsätzlich aus. Dieses Verhalten leitete sie aus islamischen Prinzipien ab, der „Hudna“ (befristeter Waffenstillstand) und der „Schura“ Doktrin (Entscheidungsfindung durch Beratung),⁷⁵⁸ welche den Muslimen erlaubt, zeitliche Kompromisse in Konflikten einzugehen, sofern sie ihre Intention nicht unmittelbar mit Waffengewalt erreichen können, und diesen auch die Teilnahme an weltlich-demokratischen Prozessen gestattet, wie Beverly Milton-Edwards ausführt:

„The solution in Hamas’s thinking was to accept that the participation linked to the promotion of democracy would be an interim measure, a necessary stage and means to achieve the real Islamic goal: the creation of Islamic state in Palestine.“⁷⁵⁹

Auch die Vertreter der irisch-republikanischen Bewegung interpretieren das Good-Friday-Agreement als Provisorium, welches final eine friedliche Wiedervereinigung des Nordens mit der Republik Irland bewerkstelligen werde. In letzter Konsequenz sind dies natürlich Mutmaßungen und wiederum Hypothesen bezüglich einer zukünftigen Entwicklung, doch steht zum jetzigen Zeitpunkt unumstößlich fest, dass diese Interpretation von Sinn Fein und IRA

⁷⁵⁶ Vgl.: Joffe, Josef: Der siebzigjährige Krieg, in: Süddeutsche Zeitung vom 6. Juli 2006, S. 1.

⁷⁵⁷ Siehe dazu: Thornton, Chris: The man who would be First Minister, abgerufen am 27.03.2007 unter www.belfasttelegraph.co.uk/news/politics/article2396444.ece?service=print.

⁷⁵⁸ Vgl.: Beaupin: Hamas und PLO, S. 93.

⁷⁵⁹ Milton-Edwards: Islamic Politics, S. 166.

Nordirland eine stabile und friedliche Gegenwart beschert hat, an der sich absehbar nichts zu ändern scheint.

Wenn auch deutlich geworden ist, dass die Verschiedenheit der angewandten Konfliktregulierungsmuster durch die unterschiedlichen Rahmenbedingungen des Augenblicks der Friedensverhandlungen in Nordirland bzw. in Israel/Palästina eine 1:1 Übertragung nicht erlauben, so werden trotzdem mögliche zukünftige Entwicklungen und Prognosen durchaus von den eben skizzierten partiellen Ähnlichkeiten beeinflusst, welche zum Schluss angesichts der großen Zahl an bereits aufgeworfenen Hypothesen und Szenarien unter Einschluss der gesammelten Erkenntnisse aus Fallstudien und komparativem Teil die abschließende Formulierung von Zukunftsprognosen für die Entwicklung in Nordirland und Israel/Palästina gestatten.

3.5. Nordirische und israelisch/palästinensische Zukunftsperspektiven

Das 1998 zwischen den nordirischen Konfliktparteien abgeschlossene Good-Friday-Agreement hat trotz eines manchmal zäh verlaufenden Implementierungsprozesses, welcher bisweilen in schwierigen Phasen den Eindruck eines bevorstehenden Scheiterns vermittelte, der einstigen britischen Unruheprovinz und den in ihr lebenden ethnischen Gruppen eine länger andauernde Zeit des Friedens gebracht. Die offizielle Erklärung der IRA aus dem Jahr 2005, in der sie verlautbaren ließ, dass der „Krieg“ für sie beendet ist und sie alle Mitglieder und Anhänger aufruft, sich in Zukunft nur noch politischer Mittel zu bedienen, ist absolut glaubhaft. Die Auflösung ihres vollständigen Waffenarsenals unter Aufsicht einer internationalen Beobachterkommission sowie eines protestantischen und katholischen Geistlichen, die als Zeugen des Vorgangs die Skeptiker im unionistischen Lager zur Aufgabe ihrer Obstruktionshaltung gegenüber einer Beteiligung von Sinn Fein in der Autonomieregierung bewegen sollten, hat dem irisch-republikanischen Lager faktisch die Möglichkeit zu einer Wiederaufnahme einer gewaltsauslösenden Kampagne genommen. Gleichzeitig wurde die Position Sinn Feins innerhalb des politischen Lagers der irisch-katholischen Bevölkerung Nordirlands dadurch gegenüber der moderat-nationalistischen SDLP gestärkt. Ebenfalls hat die große Sympathiewelle der nordirischen Katholiken für die Sinn Fein Führung um Gerry Adams und Martin McGuinness sowie die weit

reichende Akzeptanz des GFA bei der irisch-katholischen Ethnie dazu geführt, dass die republikanischen Dissidentengruppen der „Real IRA“ (RIRA), der „Continuity IRA“ (CIRA) sowie der „Irish National Liberation Army“ (INLA), die das Belfaster Friedensabkommen ablehnen, ebenfalls mangels Bevölkerungsrückhalt ihre Gewaltstrategie zu Gunsten politischer Alternativkonzepte aufgeben wollen.⁷⁶⁰ Zwar kann nicht ausgeschlossen werden, dass die genannten Gruppen weiterhin partiell Gewalttaten gegen die Sicherheitsbehörden bis zu einer offiziellen Friedenserklärung verüben, doch verfügen die Dissidenten über keinen politischen Rückhalt, noch über die notwendigen militärischen Ressourcen, welche ihnen eine Torpedierung des Friedens möglich macht.

Problematischer gestaltet sich die Situation der loyalistischen Paramilitärs. Beruhigend ist die Tatsache, dass UDA und UVF von Beginn der Verhandlungen an den Friedensprozess unterstützt haben. Während die UVF in einem Statement die Einstellung aller paramilitärischen Aktivitäten im Mai 2007 bekannt gegeben hat⁷⁶¹ und eine Transformation „from a military to civilian organistaion“ anstrebt, war die UDA Ende Juli 2007 in mehrere Straßenschlachten mit der PSNI verwickelt, bei welcher sogar Schüsse auf einen Polizeibeamten abgegeben wurden und diesen verletzten.⁷⁶² Obwohl der unmittelbare Anlass der Gewalt der UDA mit internen Machtverteilungskämpfen innerhalb der größten paramilitärischen Organisation der nordirischen Loyalisten erklärt werden muss, bei denen es nicht um politische, sondern um wirtschaftlich-kriminelle Interessen geht, offenbart dies doch das unvermindert bestehende Gewaltpotenzial der loyalistischen Paramilitärs, deren Entwaffnung nie eine so prominente Verhandlungsposition darstellte wie die Frage nach Auflösung des IRA Arsenals, das im Gegensatz zu UDA und UVF nicht nur kleinere Handwaffen umfasste, sondern auch Mörser, Panzerabwehrwaffen und Unmengen an Sprengstoff. Eine Gefahr stellen die loyalistischen Paramilitärs daher vor allem aufgrund dieser Entwicklungen für die eigene Community dar, ein Ausbruch inter-ethnischer

⁷⁶⁰ Siehe dazu: McDonald, Henry: Real IRA ready to renounce violence, abgerufen am 12.09.2007 unter www.guardian.co.uk/Northern_Ireland/Story/0,,2084014,00.html.

⁷⁶¹ Vgl.: Full statement by the UVF, abgerufen am 06.05.2007 unter www.guardian.co.uk/Northern_Ireland/Story/0,,2071395,00.html.

⁷⁶² Siehe dazu: Shipp, Tom: UDA told to decommission or lose 1,2m Pound funding, abgerufen am 12.09.2007 unter www.guardian.co.uk/Northern_Ireland/Story/0,,2146169,00.html.

Gewalt oder politischer Anschläge ist kaum zu befürchten. Gesamtpositiv mag sich hingegen auswirken, dass sowohl republikanische wie loyalistische Organisationen mit enger Verbindung zu den jeweiligen Paramilitärs seit dem GFA in sozialen Aktivitäten und in kommunalen Basisinitiativen mitwirken, welche sich beispielsweise um die Wiedereingliederung ehemaliger Häftlinge kümmern. So bekam die „Ulster Political Research Group“ (UPRG), welche der UDA nahe steht, nach der erneuten Eruption loyalistischer Gewalt offizielle Finanzhilfen in der Höhe von 1,2 Millionen Pfund Sterling in Aussicht gestellt zur Betreuung kommunaler Projekte, sofern sie die UDA überzeuge, sich zu entwaffnen und in eine zivile Organisation zu transformieren. Inwieweit solche Ansätze erfolgreich sein werden, kann jedoch nicht abschließend beurteilt werden. Die Führung der UDA selbst hat in einer Verlautbarung im Februar 2007 betont, dass sie in Zukunft allein eine politische Rolle anzunehmen gedenke und der bewaffnete Kampf gegen die irisch-republikanische Bewegung beendet sei. Bemerkenswert ist die Erklärung, da sie das Leid der katholischen Bevölkerung Nordirlands anerkennt, da UDA/UFF Operationen anders als intendiert in der Regel nicht IRA-Mitglieder getroffen hätten, sondern stattdessen einfache katholische Bürger.⁷⁶³ Es besteht durchaus eine große Wahrscheinlichkeit, dass sich in absehbarer Zeit gemeinsame Interessenbündnisse von ehemaligen Angehörigen der IRA wie der UDA und UVF auf kommunaler Ebene bilden, die gemeinsam bei Fragen der Häftlingsresozialisierung oder ähnlichen Themenfeldern erfolgreich politisch kooperieren.

Den Anspruch des Erfolgs machen auf politischer Ebene auch DUP und Sinn Fein für ihre sich seit dem 8. Mai 2007 im Amt befindende Koalition in der Autonomieregierung geltend.⁷⁶⁴ Anders als Kritiker des konkordanzdemokratischen Ansatzes zur Konfliktregulierung in Nordirland im Verlauf des Friedensprozesses betont haben, ist es den radikalen politischen Vertretern gelungen, eine arbeits- und handlungsfähige Regionalregierung zu stellen, die sich aktuellen politischen Debatten unabhängig der Hauptanliegen der

⁷⁶³ Vgl.: Allen, William: UDA document acknowledges: Catholics suffered appallingly, abgerufen am 22.02.2007 unter www.belfasttelegraph.co.uk/news/local-national/article2294168.ece?service=print.

⁷⁶⁴ Siehe dazu: Statement by Ian Paisley, then First Minister of Northern Ireland and leader of the Democratic Unionist Party (DUP), marking 100 days since the restoration of devolved government in Northern Ireland, Belfast (15 August 2007), abgerufen am 12.09.2007 unter <http://cain.ulst.ac.uk/issues/politics/docs/dup/ip150807.html>.

miteinander konkurrierenden nationalistischen Grundströmungen von Unionismus und Republikanismus widmet und zu einer Dekade zuvor nie für möglich gehaltenen Allianzen führt. Bestes Beispiel dafür ist die Zusammenarbeit von katholischer Kirche, evangelikalen Gemeinschaften, DUP und den katholisch-konservativen Teilen innerhalb der irisch-republikanischen und nationalistischen Parteien beim Themenkomplex der Verhinderung der Abtreibung.⁷⁶⁵ Der 1967 für das ganze United Kingdom mit der Ausnahme Nordirlands erlassene „Abortion Act“ sollte nach Plänen einiger Westminster Abgeordneter im Juni 2007 auch auf Nordirland ausgedehnt werden, traf aber auf eine breite und die ethnischen Cleavages übergreifende Abwehrfront, die den Versuch zur Ausdehnung der Legalisierung des Schwangerschaftsabbruches aus moralisch-religiösen Gründen (Kirchen und DUP) gepaart mit nationalistisch-politischen Motiven (Sinn Fein und SDLP) ablehnte. Deutlich sichtbar ist an dieser Stelle die nach wie vor enge Verknüpfung von Religion und Politik in Bezug auf tagespolitische Ereignisse, welche für die auf absehbare Zeit ungebrochene Wirkungsmacht religiöser Ideologien und Institutionen in Nordirland schließen lässt.

Politisch Leidtragende des gelungenen Friedensprozesses sind die moderaten Parteien der ethnisch-religiösen Lager, welche zwar als Hauptinitiatoren des GFA gelten können, nunmehr aber zumindest in den Wahlen keinerlei Friedensdividende verzeichnen. Waren UUP und SDLP zu Beginn der Friedensverhandlungen die gestaltende Kraft ihrer ethnischen Referenzgruppe, so haben beide an politischem Einfluss verloren:

„For the SDLP, the belief of the majority of party members that the party has achieved its objectives highlights its dilemma. Having helped bring Sinn Fein into the political mainstream and secured a political deal recognising the Irishness of its constituency, the question begged is what future role the party can fulfil. The structural advantage of Sinn Fein in being an all-island party and the political gain in appearing the stouter defender of constitutional nationalism are pitted against a ageing rival, confined to a middle class Six County base.“⁷⁶⁶

Die UUP wurde besonders durch die internen Auseinandersetzungen um das GFA aufgerieben sowie durch die Auflösung ihrer ehemals stark institutionalisierten Beziehungen zum Oranier-Orden, welcher in der Vergangenheit für die nötige Wählermobilisierung der nordirischen Protestanten gesorgt hatte. Eine völlige

⁷⁶⁵ Vgl.: McDonald, Henry und Denise Campbell: Clash over new Ulster abortion law change, abgerufen am 12.09.2007 unter www.guardian.co.uk/Northern_Ireland/Story/0,,2099673,00.html.

⁷⁶⁶ Tonge: Victims of Their Own Success, S. 57.

Marginalisierung droht jedoch weder der UUP noch der SDLP, da der konkordanzdemokratische Ansatz des GFA im Verbund mit dem d'Hondtschen Wahlsystem nach wie vor durch die faktische Privilegierung der vier stärksten nordirischen Parteien dafür sorgen wird, dass beide mit Ministerposten in der Exekutive vertreten sein werden. Mithin liegt es an den Parteien selbst, im demokratischen Wettstreit mit politischen Konzepten in Zukunft zu überzeugen. Der auf politischer Ebene eingeleitete Versöhnungsprozess der Konfliktakteure hat sich auch auf die Gesamtgesellschaft Nordirlands übertragen und trägt zarte Früchte. Dafür steht nicht nur der bereits erwähnte Anstieg inter-ethnisch-konfessioneller Eheschließungen, sondern auch der langsame Aufbruch der segregierten Strukturen des Schulwesens. 1991 erfolgte die Einrichtung der ersten gemeinsamen Schule für protestantische und katholische Kinder. Im Jahr 2005, dem Jahr der IRA Friedenserklärung, bestanden bereits 46 integrierte Schulen, welche 4% der nordirischen Schulkinder erfassten. Es ist erklärte Absicht des „Northern Ireland Concil for Integrated Education“ bis 2008 eine Anhebung auf 10% zu schaffen.⁷⁶⁷ Der Transformationsprozess der nordirischen Sicherheitsbehörden weg von einer ethnisch-homogenen paramilitärischen Einheit hin zu einer allen Einwohnern verpflichteten modernen Polizei ist ebenfalls angesichts der deutlich ansteigenden Bereitschaft katholischer Bewerber für den Dienst in der PSNI⁷⁶⁸ auf einem guten Weg. Die formelle Akzeptanz der nordirischen Polizei und die Beteiligung Sinn Feins an PB und DPPBs sowie die immer wieder betonte Unterstützung der katholischen Kirche für die reformierten Sicherheitsorgane lässt die Prognose zu, dass zivilgesellschaftliches „Policing“ und nicht mehr primordiale „Punishment-Beatings“ der Paramilitärs langfristig auf den Straßen Nordirlands für die öffentliche Ordnung sorgen werden, obwohl im Jahr 2007 noch vereinzelte Strafaktionen der loyalistischen Paramilitärs verzeichnet wurden. Die zunehmende Akzeptanz der Polizei speziell bei der irisch-katholischen Bevölkerungsminorität steht dabei in engem Zusammenhang mit der „neuen Politik“ des Oranier-Ordens seit der „Marschsaison“ 2006, welche dazu übergeht auf provokante Gedenkmärsche durch nationalistische Wohnviertel zu verzichten, die in der Vergangenheit regelmäßig zu Straßenkrawallen zwischen

⁷⁶⁷ Vgl.: Kandel: Nordirlandkonflikt, S. 479.

⁷⁶⁸ Ebd. S. 480.

Katholiken, Protestanten und Sicherheitskräften geführt hatten. Stattdessen propagieren die Orangemen eine neue Kultur des „Orange-Carnival“, der nicht die historische Dominanz der Protestantten über die Katholiken in Irland zelebriert, sondern sich als Pflege und Festigung des kulturellen Erbes und der eigenständigen ethnischen Identität eines Teils der Bevölkerung Nordirlands verstanden wissen will.⁷⁶⁹ Trotzdem bleibt der Oranier-Orden aufgrund seiner anti-katholischen Verfasstheit, die Katholiken den Beitritt verbietet und gleichfalls Protestantten mit katholischem Ehepartner ausschließt, ein anachronistisches Relikt der Troubles, das zunehmend an politischem Einfluss verliert. So sind die Mitgliederzahlen von ca. 75.000 auf knapp 40.000 innerhalb einer Dekade seit Unterzeichnung des GFA gefallen.

Die aufgezeigten Entwicklungen seit der Unterzeichnung des Good-Friday-Agreement erlauben es der einstigen nordirischen Unruheprovinz eine friedliche Zukunftspрогнose auszustellen, welche nicht nur das Wiederaufkeimen ethno-radikalischer Gewalt auf absehbare Zeit ausschließt, sondern zudem einen fortschreitenden Prozess der Versöhnung der ehemaligen Konfliktgegner konstatieren kann. Das GFA hat durch seinen konkordanzdemokratischen Ansatz der Konfliktregulierung entscheidend dazu beigetragen. Der politisch-rechtliche Ausgleich zwischen protestantischen Unionisten und irisch-katholischen Republikanern sowie die gegenseitige Akzeptanz der ethnischen Identitäten hat zusammen mit der Verrechtlichung der Postulate nach nationaler Souveränität der ethnischen Bevölkerungsgruppen die Wiedereinsetzung der „Devolution“ erst möglich gemacht. Gleichzeitig ist die Zementierung der ethnischen Identitäten verbunden mit den breiten Interpretationsmöglichkeiten der finalen Richtung des GFA durch die antagonistischen Nationalismen in Nordirland eine nicht mit letzter Sicherheit zu bestimmende Quelle langfristiger, zukünftiger Probleme. Aus Sicht des unionistischen Lagers garantiert das Abkommen den Verbleib Nordirlands als autonomer Teil im Vereinigten Königreich. In der Perzeption der irisch-nationalistischen Kräfte ist es der erste Schritt zu einer Vereinigung mit der irischen Republik. De facto ist die eine wie die andere Perspektive an den

⁷⁶⁹ Siehe dazu: Bowcroft, Owen: Ulster's Orange parades could become carnivals, abgerufen am 23.06.2006 unter www.guardian.co.uk/Northern_Ireland/Story/0,,1803957,00.html; ferner: Bowcroft, Owen: Orange parades turn from confrontation to jamboree, abgerufen am 12.09.2007 unter www.guardian.co.uk/Northern_Ireland/Story/0,,2125281,00.html.

politischen Willen der Mehrheit der Bevölkerung gebunden. Es stellt sich die Frage inwieweit in 30 Jahren angesichts der zu erwartenden demographischen Situation, die dann als Resultat der deutlich höheren Geburtenrate der Katholiken die bisherigen Mehrheitsverhältnisse umgekehrt haben wird, eine potenzielle Loslösung von Großbritannien und die Eingliederung in die Republik Irland friedlich erfolgen könnte. Zwei Szenarien sind in diesem Kontext aufgrund der aktuellen Ausgangslage denkbar. Ad primam: Nordirland wird nach demokratischem Mehrheitsentscheid Teil der irischen Republik. Die irische Einheit wird friedlich vollzogen. Ad secundam: Die protestantischen Unionisten erklären die Regelungen des GFA für obsolet und drohen mit Gewalt für den Fall der Sezession. Im Falle des Ausbruches von Gewalt versucht die irisch-katholische Bevölkerungsgruppe mit Verweis auf die Regelungen des Friedensabkommens ihren legitimen Anspruch auf „Reunification“ ebenfalls mit Gewalt durchzusetzen, die Spirale des Bürgerkrieges entsteht unter umgekehrten ethnisch-religiösen Mehrheitsverhältnissen erneut, London wäre aus humanitären Gründen gezwungen, erneut Direct-Rule zu verhängen und militärisch einzugreifen. Mit Blick auf die aktuelle Entwicklung sowie den Verlauf des zehnjährigen Friedensprozesses soll an dieser Stelle der ersten Option das Wort geredet werden. Der Nordirlandkonflikt hat eine weit reichende Demilitarisierung aller Konfliktparteien erfahren. Die politisch radikalsten Kräfte der beiden Lager arbeiten gemeinsam sachorientiert an tagespolitischen Fragestellungen. Es sind erfolgreiche Maßnahmen eingeleitet worden, welche eine Aufbrechung der alten cleavages möglich gemacht haben, die langfristig eine zunehmende Vermischung der Ethnien sehen wird und den Abbau von ethnisch-religiösen Ressentiments. Auch darf nicht vergessen werden, dass für den Fall eines zukünftigen Erfolgs des europäischen Integrationsprozesses es vielleicht gar nicht mehr darauf ankommt, ob Nordirland nun Teil des britischen oder des irischen Staatsterritoriums ist.

Anders als in Nordirland scheint eine stabile und friedliche Lösung im Konflikt zwischen Israelis und Palästinensern derzeit nicht absehbar. Zwar hat Israel sich zu erneuten Gesprächen mit den säkular-nationalistischen Kräften der Fatah im Sommer 2007 bereit erklärt, doch darf nicht übersehen werden, dass die Fatah nicht mehr die einflussreiche und Politik maßgeblich allein gestaltende Organisation im palästinensischen Lager ist, welche sie einst unter Arafats

Führung innerhalb der PLO war. Der Erfolg bzw. Misserfolg einer langfristigen Konfliktregulierung ist daher aktuell zunächst von den Entwicklungen der ethnischen Auseinandersetzungen zwischen säkularen und religiös-fundamentalisch orientierten Palästinensern abhängig. Die Hamas hat mit der de facto Ausschaltung der Fatah im Gazastreifen eine militärische und politische Stärkung ihrer Position erfahren, die eines der schwersten Hindernisse im Konfliktregulierungsprozess im Heiligen Land darstellt. Aufgrund der räumlichen Separation des Gazastreifens vom Westjordanland ist der Fatah, die mit ihrem Sicherheitsapparat zumindest noch die Oberhand in der Westbank behielt, ein militärisches Niederringen der Hamas in Gaza augenblicklich nicht möglich. Eine militärische Intervention Israels zu Gunsten der Wiederherstellung der Dominanz der Fatah über ihre islamistischen Gegenspieler scheint nur auf den ersten Blick eine verlockende Option zu sein. Zwar gelänge es Israel in diesem Szenario jene Kraft auf der palästinensischen Seite zu unterstützen, die das Existenzrecht Israels anerkennt und mit welcher auf der Grundlage einer Zwei-Staaten-Lösung ernsthafte Friedensverhandlungen geführt werden könnten, doch ist nicht auszuschließen, dass zahlreiche Palästinenser durch eine derartige Operation in Zukunft die Fatah als reine Marionettenregierung von Israels Gnaden auffassen würden. Schon die Entwicklungen im Zuge des Osloer Friedensprozesses, speziell die Einschränkung der Befugnisse der palästinensischen Autonomiebehörde bei der Ausübung originärer Sicherheitsaufgaben sowie die Privilegierung von Arafat und seiner Fatah in der Interims-Selbstverwaltung, trugen zu einer entsprechenden Wahrnehmung bei Teilen der palästinensischen Bevölkerung bei,⁷⁷⁰ welche im skizzierten Falle gewiss weiter verfestigt würden. Die Analogie zur britischen Sicherheitspolitik der „Ulsterisation“ im Nordirlandkonflikt lässt ferner die Schlussfolgerung zu, dass eine überwiegend passive Unterstützung der Fatah durch Israel mit militärischem Equipment oder Geheimdienstinformationen im Kampf gegen die Hamas nicht zu einer Befriedung des Konfliktes führen wird. Vielmehr eröffnet es die Option einer Eskalation des schwelenden palästinensischen Bruderkrieges und einer Ausdehnung gewaltsamer Anschläge auf Israel durch die Hamas, um die israelische Regierung für ihre Unterstützung des säkular-nationalistischen Lagers zu „bestrafen“. Notwendig ist die politische

⁷⁷⁰ Vgl.: Thomas: Von Madrid bis Oslo II, S. 19.

Isolierung der Hamas bei der palästinensischen Bevölkerung, um ihr auf diese Weise den Rückhalt für paramilitärische Aktionen gegen den israelischen Staat und die Fatah zu entziehen. Unterstützend könnten in diesem Zusammenhang groß angelegte finanzielle Hilfen für die Fatah sein, welche allerdings von dieser an die palästinensische Bevölkerung anders als zur Zeit Arafats auch wirklich weitergeleitet werden müssten, um so innerhalb der Palästinenser ein Klima zu schaffen, welches die Aufnahme eines breit angelegten Verhandlungsprozesses möglich macht.

Fallstudie und komparative Analysen haben aufgezeigt, dass allein die Einrichtung eines unabhängigen palästinensischen Nationalstaates eine Befriedung des Konfliktes zu leisten vermag. Die tatsächliche Etablierung eines solchen Staates ist gegenwärtig nicht absehbar. Israel kann es sich angesichts der momentan ungeklärten Machtverhältnisse unter den Palästinensern nicht erlauben, seinen Primat der Sicherheitspolitik aufzuweichen und die Etablierung eines unabhängigen Palästinenserstaates zu zulassen. Zu hoch ist die gegenwärtige Gefahr, dass bei einem Rückzug Israels und der israelischen Armee aus dem Westjordanland jene Kräfte das Machtvakuum füllen oder politischen Auftrieb in einem zukünftigen Palästinenserstaat erhalten, welche motiviert durch einen religiös-irridentistischen Imperativ versuchen, auch ihr Maximalziel, d.h. die Vernichtung Israels, zu vollenden. Israels jüngste Erfahrungen mit der Friedensfähigkeit islamischer Fundamentalisten nach dem Rückzug aus dem Libanon sowie dem Gazastreifen beflügeln nicht völlig unbegründet die Angst auf Seiten der israelischen Autoritäten, dass Ähnliches auch bei einem völligen Rückzug der IDF aus dem Westjordanland passieren könnte. In diesen Kontext ist auch auf die Situation der sich noch in der Westbank befindlichen jüdischen Siedler einzugehen, deren Schutzmacht Zahal bis heute ist. Zum jetzigen Zeitpunkt ist nicht erkennbar, dass Israel sich daran macht auch diese Siedlungen wie zuvor im Gazastreifen zu räumen. Anders als in Gaza befinden sich im Westjordanland bedeutende Stätten, welche sich der speziellen religiösen Verehrung des Judentums erfreuen, allen voran die Stadt Hebron mit dem Grab des Patriarchen Abraham. Aufgrund der mehrfach konstatierten „Symbiose“ des Zionismus als weltlicher Staatsideologie mit der jüdischen Religion kann es sich Israel aus seinem Selbstverständnis heraus kaum leisten, die Verfügungsgewalt

darüber abzugeben und sich dem „Good-Will“ einer potenziell souveränen palästinensischen Regierung auszuliefern. Die Räumung aller jüdischen Siedlungen in den okkupierten Territorien gehört seit Beginn der Auseinandersetzungen auch für die säkularen Palästinenser zu einem Kernpostulat. Eine Abrückung von dieser Forderung ist momentan nicht in Sicht, zumal die Israelis sich weigern, ihrerseits eine Rückkehr palästinensischer Flüchtlinge in Gebiete des Staates Israel zu gewähren, es aus den im Verlauf der Arbeit skizzierten Gründen auch nicht können. Selbst für den hypothetischen Fall, dass die Regierung eines unabhängigen Palästinenserstaates den Verbleib jüdischer Siedler dulden würde, ist es zu bezweifeln, dass damit ein Hauptkonfliktfeld nachhaltig gelöst würde. Selbst bei der Gewährung voller Bürgerrechte würde die entstehende jüdische Minderheit sich dem Argwohn und den Rachegelüsten weiter Teile ihres palästinensischen Umfeldes ausgesetzt sehen. Zudem muss in die Überlegungen miteinbezogen werden, dass die Besiedlung der Palästinensergebiete in der Perzeption der national-religiösen Kräfte im Zionismus nicht nur die Existenz jüdischen Lebens in den biblischen Territorien Judäas und Samariens gewährleisten soll, sondern auch der Wiedererstehung eines staatlichen „Großisraels“ dient und mutatis mutandis die Prämissen für die Ankunft des Messias schaffen soll. Es ist nicht abwegig zu vermuten, dass aus der Mitte einer potenziell in einem souveränen palästinensischen Staat verbleibenden jüdischen Minderheit ein religiöseszessionistischer Terrorismus entsteht, der mittels Destabilisierung des Palästinenserstaates ein erneutes militärisches Eingreifen Israels zu Gunsten der Siedler provozieren will und die Spirale der Gewalt zwischen Arabern und Juden erneut entfacht. So lassen Prognosen und aktuelle Entwicklungen nicht darauf hoffen, dass die Gewalt im Heiligen Land zu einem baldigen Ende gebracht wird und ein Friedensprozess zwischen Israelis und Palästinensern und den derzeitigen Konstellationen Aussicht auf Erfolg hat. Wenn man eine zutreffende Konfliktperspektive geben will, so ist zu konstatieren, dass der Grad an interethnischer Gewalt vermutlich noch längerfristig konstant bleiben wird und um einen weiteren Anstieg intra-ethnischer Gewalt auf Seiten der Palästinenser traurige Ergänzung findet.

V. Reflexion und Fazit

Die in der vorliegenden Arbeit durchgeführte komparative Analyse hat nachgewiesen, dass die Konflikte in Nordirland und in Israel/Palästina sich in ihren historischen Ursachen ähneln und strukturelle Parallelen aufweisen. Sowohl im Norden der Grünen Insel als auch im Heiligen Land handelt es sich originär um Auseinandersetzungen zwischen zwei ethnischen Gemeinschaften, deren Postulate nach nationaler Selbstbestimmung im Verbund mit dem Hoheitsanspruch auf ein von beiden Ethnien bewohntes Territorium zu einem Antagonismus geführt haben, welcher sich auf die dargestellten verschiedenen Problemfelder auswirkt. Zentral ist beiden Konflikten, dass die Streitigkeiten primär zwischen divergierenden ethnischen Identitäten ablaufen, welche sich durch ihre historische Genese als Opposition der jeweils anderen ethnischen Gruppe konstituiert haben.

Besonders auffällig geworden ist der Umstand, dass es sich im Palästina- wie im Nordirlandkonflikt um einen historischen und in die Gegenwart transportierten Gegensatz zwischen Siedlergemeinschaften bzw. deren Nachfahren auf der einen Seite und der autochthonen Bevölkerung auf der anderen Seite handelt. Signifikantestes Merkmal der ethnischen Divergenz war dabei die Religionszugehörigkeit, welche im Falle der „Planter“ in Nordirland der Protestantismus war, der sich vom Katholizismus der gälischen Urbevölkerung Irlands ebenso unterschied wie die jüdische Konfession der zionistischen Siedler gegenüber der überwiegend arabischen Bevölkerung muslimischen Glaubens in Palästina. Die Arbeit hat sichtbar gemacht, dass die ähnliche historische Ausgangslage der analysierten Konflikte zu ähnlichen politischen Entwicklungen geführt hat.

Das geschichtlich manifestierte Bedrohungsszenario der Siedler, welches den Zionisten wie Unionisten in einer ihnen kulturell andersartigen und feindlich gesonnenen Umgebung begegnete, evozierte in beiden Fällen eine Wagenburg- bzw. Belagerungsmentalität. Beiden politischen Bewegungen ist zudem immanent, dass sie in spezieller Weise darauf angewiesen waren, die inhärente Heterogenität ihres Siedlerkollektivs mittels der fiktiven Konstituierung einer eigenen sozialen und kulturellen Identität in Abgrenzung zu den autochthonen Ethnien zu homogenisieren. Als Vehikel der ethnischen Homogenisierung

gebrauchten Zionisten und Unionisten den speziellen Rekurs auf das religiöse Bekenntnis ihrer Mitglieder, erstere des Judentums und zweitere des Protestantismus. Auch für die katholischen Iren ist die zentrale Funktion der Religion, namentlich des Katholizismus, als Charakteristikum ihrer ethnischen Identität zu Tage getreten, welche nach dem Verlust der tradierten Clanstrukturen und der Erosion der gälischen Kultur zum verbindenden Element der irischen Bevölkerung avancierte. Die Entwicklung einer nationalen Identität der Palästinenser verlief hingegen anders und ist von einem direkten religiösen Eigenbezug losgelöst. Man begriff sich zunächst ganz allgemein als Araber, unabhängig der christlichen oder mehrheitlich muslimischen Konfessionsangehörigkeit. Erst das Scheitern des Panarabismus wie der sich daran anschließende eigenständige Kampf gegen die israelische Besatzung produzierten ein originäres und von ehemals traditionellen Clanstrukturen unabhängiges palästinensisches Nationalgefühl.

Das Gefühl der „existuellen Bedrohung“ der politischen und wirtschaftlichen Suprematie bzw. die Diskriminierung in Staat und Gesellschaft, die Angst vor kultureller Marginalisierung und das Postulat nach nationaler Selbstbestimmung zeichneten in (Nord)Irland wie in Palästina für die Aufstellung klandestiner paramilitärischer (Verteidigungs)Organisationen verantwortlich. Bedeutsam ist in diesem Kontext die Feststellung, dass die paramilitärischen Verbände der Siedlergemeinschaften historisch schon vor der Etablierung Nordirlands und des Staates Israel bestanden. Die UVF beteiligte sich aktiv an der unionistischen Abwehr der Home-Rule-Bestrebungen, die Haganah verteidigte die jüdischen Siedlungen und das Existenzrecht des israelischen Staates im Unabhängigkeitskrieg. Dies brachte die militanten Gruppen der Zionisten wie Unionisten von Anbeginn der Auseinandersetzungen mit ihren ethnisch-religiösen Rivalen in einen violenten Antagonismus, welcher sich nach der erfolgreichen Etablierung Nordirlands und Israels zusätzlich dadurch verstärkte, dass die paramilitärischen Gruppen der Zionisten und Loyalisten in reguläre Polizei- und Militäreinheiten transformiert wurden. Die nordirischen Polizei- und Territorialstreitkräfte RUC und UDR sowie die israelischen IDF waren in der Folgezeit der Garant der Prädomination der ethnischen Mehrheit über die Minderheit, welche diese als illegitime Okkupationsmacht begriffen. Die

besondere Rolle von Polizei und Militär als zentrale Elemente zur Konstituierung der protestantischen Identität der nordirischen Gesellschaft wie zur Konstruktion der jüdischen Identität des Staates Israel wurde durch die Fallstudien und die komparative Analyse der vorliegenden Arbeit belegt. Ethnisch-konfessionelle Zusammensetzung, historisch-tradiertes Selbstverständnis und operationelle Politik der staatlichen Sicherheitsbehörden haben auf informellem (Nordirland) und formellem (Israel) Weg zur Exklusion der ethnischen Minderheiten aus dem nordirischen wie israelischen Gesellschaftskollektiv beigetragen und bisweilen massiv zu einer mangelnden Akzeptanz staatlicher Autorität geführt. Hinzu kommt die von den Streitkräften in Nordirland und Israel betriebene „Shoot-to-kill Policy“, welche die Frage nach der grundsätzlichen Rechtstaatlichkeit der Sicherheitsapparate wie der für sie verantwortlichen politischen Regime aufwirft, zumal in der Vergangenheit immer wieder zivile und unbeteiligte Angehörige der ethnischen Minoritäten Opfer dieser offiziell im Falle Israels und inoffiziell im Casus Nordirlands betriebenen Maßnahmen wurden. Speziell muss nochmals verwiesen werden auf die Funktion der RUC und des UDR bei der Bewusstwerdung und gesellschaftlichen Formierung einer ethnischen Identität der „Ulstermen and women“ im protestantisch-unionistischen Lager, welches sich über weite Teile seiner Geschichte nur als „britisch“ verstanden hatte, im Zuge der „Ulsterisation“ der Troubles und der Auflösungs- und Transformationsvorhaben „ihrer“ Polizei sich aber zunehmend als eigenständige Ethnie begriff.

Die Gegenspieler der staatlichen Sicherheitsbehörden in Nordirland und Israel bzw. in den besetzten Palästinensergebieten, namentlich IRA und PLO, weisen sowohl bezüglich ihrer Ideologie als auch Strategie starke Ähnlichkeiten auf. Beide verstanden sich als säkular-nationalistische Akteure, welche in ihrer Perzeption einen Kampf für das nationale Selbstbestimmungsrecht ihrer Referenzethnien gegen ein koloniales Regime und seine Handlager führten. Eine ursprünglich religiöse oder gar rassistische Motivation wiesen beide stets von sich. Der Vergleich der beiden Organisationen hat demonstriert, dass sie den bewaffneten Kampf bedingungslos propagierten und politische Konzeptionen für eine Lösung der Konflikte hintenanstellten. Ihre nationalistischen Ideologien waren zum Teil von sozialistischen Vorstellungen perpetuiert. Militärische

Taktiken und Strategien interferierten nach den Erkenntnissen der vorliegenden Arbeit inhaltlich und wiesen eine erstaunliche chronologische Parallelität auf, die sich auch auf das spätere Verhalten im Prozess der Friedensverhandlungen erstreckte.

Ebenso ist es der Arbeit gelungen die Frage zu beantworten, ob Religion weitere Funktionen abseits der Reduktion auf die Rolle eines „ethnic marker“ in den beiden Konflikten wahrnimmt. Tatsächlich sind religiöse Vorstellungen und Symbole genauso wie religiöse Institutionen elementarer Bestandteil der Konflikte in Nordirland und Israel/Palästina. Konzepte und Erklärungsmuster der „Cultural Religion“ und der „Religious Ideology“ konnten speziell für die sich selbst als säkular-nationalistisch antizipierenden Akteure auf allen Seiten der analysierten Konflikte konstatiert werden. Je nach kulturell-konfessioneller Tradition nahmen beispielsweise Sinn Fein und IRA sowie die Fatah Anleihen bei allgemein verbreiteten religiösen Vorstellungen ihrer Referenzethnien und unterzogen sie einer säkular-nationalistischen Interpretation und Instrumentalisierung. Der Vergleich hat evident werden lassen, dass beispielsweise religiös begründete Deutungen des Martyriums für eine „gerechte Sache“, d.h. dem Widerstands- und Befreiungskampf, während Zeiten der durch externen repressiven Druck verursachten Konfliktintensivierung bei den ethnischen Minderheiten eine Konjunktur erlebten. Die Untersuchungen haben ebenso gezeigt, dass sich Zionisten und Unionisten einer speziellen religiösen Symbolik und Rhetorik bedienten, die darauf abzielten, politische Ansprüche aktueller oder zukünftiger Art zu legitimieren und gleichzeitig den Zusammenhang zwischen den Terminen „Nation“ und „Religion“ künstlich zu produzieren. So rechtfertigte der Zionismus exempli causa die Staatsgründung Israels wie auch die Annexion Ostjerusalems mit einem biblischen Recht des jüdischen Volkes auf das ihm von Gott verheiße Land. Zudem ist die Bedeutung und Wirkungsmacht originär religiöser Institutionen und Organisationen für beide Konflikte belegt. Eine strikte Trennung von Politik und Religion hat weder in Nordirland noch in Israel/Palästina stattgefunden, wovon in der britischen Unruheprovinz das Wirken des Oranier-Ordens und die Gestalt der DUP Zeugnis geben oder in Israel/Palästina das Wirken der radikal-islamischen Hamas und das Engagement der national-religiösen jüdischen Siedler. In diesem

Kontext muss auch an die offizielle Privilegierung des orthodoxen Judentums durch den israelischen Staat erinnert werden. Während in Nordirland die überwiegende Mehrheit der Paramilitärs auf protestantisch-loyalistischer und irisch-republikanischer Seite keine unmittelbare religiöse Legitimation für die Anwendung von Gewalt reklamierten, leitet die palästinensische Hamas ihre Gewalttaten unmittelbar aus theologischen Überzeugungen ab. Im Verlauf der Arbeit ist deutlich geworden, dass ihr religiös-fundamentalistischer Irridentismus in der Verbindung mit dem derzeitigen politischen Rückhalt in der palästinensischen Bevölkerung und der aktuellen Schwäche der säkular-nationalistischen Fatah ein Haupthindernis für eine langfristige und friedliche Stabilisierung des Verhältnisses zwischen Israelis und Palästinensern ist. Letztlich ist aber festzuhalten, dass mit der Ausnahme der Konfliktinterpretation durch die Hamas sowie der fundamentalistischen Kräfte im Judentum und im Protestantismus weder der Konflikt in Nordirland noch in Israel/Palästina auf einem ursprünglich theologischen Streit um Glaubensdogmen beruht. In beiden Fällen trägt Religion in ihrer Gestalt als „Cultural Religion“ und mit ihrem Input durch „Religious Ideology“ maßgeblich zum Konfliktgeschehen und der Konfliktwahrnehmung bei, doch handelt es sich vielmehr um eine zusätzliche religiöse Aufladung der miteinander im Widerstreit befindlichen klassischen Nationalismen, welche einen ethnischen Radikalismus produziert haben und weniger einen „Glaubenskrieg“, so dass sich exemplarisch der Aussage von McGarry und O’Leary anzuschließen ist, welche sich von ihrer Intention her gewiss angesichts der Erkenntnisse der vorliegenden Studie auch auf die Gefühlslage der Mehrheit der Israelis und Palästinenser übertragen ließe: „The overwhelming majority of Northern Irish agree, that they are not engaged in a jihad.“⁷⁷¹

Eine weitere für den Konfliktverlauf in Nordirland und Israel/Palästina relevante Parallelie ist die ausgeprägte Vergangenheitsorientierung der Konfliktakteure. Der Rückgriff auf historische Ereignisse ermöglicht es den Konfliktparteien, aktuelle Ereignisse anhand historischer Erfahrungen einzuordnen und das eigene Handeln in eine historische Kontinuität zu stellen und so ihre nationalistischen Forderungen zu legitimieren. Gleichzeitig ermöglicht der Rekurs auf

⁷⁷¹ McGarry/O’Leary: Explaining Northern Ireland, S. 195.

geschichtliche Mythen bzw. ihre künstliche Konstruktion, speziell der zionistischen und unionistischen Bewegung als Folge ihrer Siedlerabstammung, die Kreation einer eigenen Identität und die Formulierung von politischen Leitsätzen, welche konkrete Handlungsoptionen in der Gegenwart darstellen können. Mithin verzeichnen alle in der Studie behandelten Nationalismen der Ethnien eine konsequente Erinnerungskultur, welche sich in jährlichen Gedenkveranstaltungen und Ritualen manifestieren oder zahlreiche rhetorische Reminiszenz erfahren. Die Betrachtung des Nordirlandkonfliktes hat deutlich gemacht, dass nicht nur eine aktiv betriebene Erinnerungskultur zur Internalisierung von politischen Überzeugungen und zur Ausbildung eines sozialen Kollektivs führen kann, sondern auch das passive und unfreiwillige Ausgeliefertsein einer Gedenkkultur, wie das Beispiel der Paraden des Oranier-Ordens durch irisch-katholische Stadtviertel und die Perzeption der Ereignisse durch die dort lebende Bevölkerung eindrucksvoll beweist. Neben der Mythologisierung und „Wiederentdeckung“ der Vergangenheit ist besonders den radikalen irischen Nationalisten und den jüdischen Zionisten eine Wiederbelebung verloren gegangener kultureller Wurzeln gemein. So wurde evident, dass das republikanische Lager intendierte, gälische Traditionen zu neuem Leben zu erwecken, besonders die gälische Sprache. Die Zionisten haben ihrerseits das Hebräische als Sprache der jüdischen Nation akzentuiert. Gemein ist beiden Anstrengungen, dass sie die Absicht hatten, ein weiteres Exklusionsmerkmal gegenüber der gegnerischen Ethnie zu schaffen, welches unabhängig vom Faktor Religion war, obwohl diese Feststellung für die zionistische Bewegung aufgrund der dargestellten Umstände nur *cum grano salis* zutrifft. Für die besondere Rolle der Sprache innerhalb nationalistischer Konzeptionen und Identitätsfindung sprechen auch die Bemühungen der nordirischen Protestanten, welche angesichts einer Konfliktdauer von mehreren hundert Jahren erst sehr spät ein eigenständiges nationales Bewusstsein entwickelten und sich nicht mehr nur als Aszendenten britische Siedler begriffen, sondern als eigenständige Ethnie mit eigener „Sprache“: dem Ulster Scot. Abzuwarten bleibt, ob die Palästinenser, zumal die säkular-nationalistischen Kräfte, in absehbarer Zeit ebenfalls zu einer Kreation eigener Geschichte und Kultur übergehen werden, die dann nicht nur auf einer Identität beruht, die insbesondere von der Mentalität der Flüchtlingslager und des

Widerstandskampfes geprägt ist, sondern eine klare Abgrenzung gegen den zionistischen Charakter Israels, den arabischen Nachbarstaaten und vor allem eine Alternative gegenüber dem religiösen Konzept der „Umma“ als Gemeinschaft aller Muslime herstellt, welches von ihrem intra-ethnischen Konkurrenten Hamas propagiert wird.

Der signifikanteste Unterschied zwischen Palästina- und Nordirlandkonflikt liegt in dem Faktum begründet, dass es den nordirischen Konfliktakteuren gelungen ist, die Gewalt aus den ethnisch-konfessionellen Streitigkeiten zu verbannen und die Auseinandersetzungen nur politisch zu führen. Der konkordanzdemokratische Ansatz des Good-Friday-Agreement hat in Konnotation mit zahlreichen gesellschaftlichen Reformen und der Anerkennung der ethnischen Identitäten und ihrer nationalistischen Postulate zu einer friedlichen und stabilen Gegenwart geführt. Trotz der starken Parallelen der Konfliktursachen und Strukturen in den beiden analysierten Konflikten musste konstatiert werden, dass eine Übertragung des nordirischen Konfliktregulierungsmodells für die Befriedung der Auseinandersetzung zwischen Israelis und Palästinensern nicht taugt. Wichtigster Grund dafür ist in dem Umstand zu sehen, dass die Konfliktparteien im Heiligen Land die weitestgehende physische Separation einer Zwei-Staaten Lösung favorisieren, die dem Staat Israel seine jüdische Identität lässt und den Palästinensern den Wunsch nach einem eigenen Staat und nationaler Souveränität erfüllt. Anders als in Nordirland ist eine Zwei-Staaten Lösung aufgrund der unterschiedlichen Besiedlungsstruktur des umstrittenen Territoriums durch die beiden Ethnien auch „technisch“ einfach zu bewerkstelligen. Problematisch gestaltet sich der religiöse Territorialanspruch, welcher sowohl von Teilen des national-religiösen Lagers des Zionismus als auch von den politisch und militärisch florierenden islamistischen Kräften unter den Palästinensern geltend gemacht wird und keinerlei Kompromissbereitschaft aufgrund theologischer Dogmen dulden kann. Die radikal-islamische Position der Hamas sowie die anhaltende Gewalt im Heiligen Land bestärken den Staat Israel gemäß der zionistischen Auffassung in seiner Wagenburgmentalität und der Notwendigkeit eines sicherheitspolitischen Primates.

Abschließend kann festgehalten werden, dass die vorliegende Arbeit die Notwendigkeit und den Gewinn der komparativen Analyse des Palästina- und

Nordirlandkonfliktes sichtbar gemacht hat, welche über die Befassung mit den paramilitärischen Organisationen der ethnischen Protestbewegung hinausgeht. Zum Verständnis der Konfliktursachen ist es unerlässlich, sich in gleichem Maße der politischen Ideologie der ethnischen Mehrheiten zu zuwenden. Dies darf sich aber nicht nur darauf beschränken, die bloßen Auswirkungen auf die ethnischen Minoritäten festzuhalten, sondern muss das Ziel haben, ihre Motivationsgrundlagen zu identifizieren und einzuordnen. Speziell die vergleichende Analyse der Sicherheitskräfte in beiden Konflikten hat gezeigt, dass diese nicht nur ein bloßes Repressionsinstrument darstellen, sondern neben der Wahrnehmung klassischer Militär- und Polizeiaufgaben eine besondere Funktion bei der Konstituierung ethnischer Identitäten, der Anerkennung staatlicher Autorität und der Partizipation an Gesellschaft haben. Insoweit eröffnet sich die Frage, ob die Erkenntnisse der vorliegenden Arbeit beispielsweise zum tieferen Verständnis anderer ethnischer Konflikte beitragen können und sich übertragen lassen. Zu denken ist hier vor allem an die Situation im spanischen Baskenland. Angesichts der durch verschiedene wissenschaftliche Untersuchungen belegten Parallelität der ethnischen Minderheiten und ihrer Organisationen in Nordirland und der spanischen Provinz stellen sich Fragen, deren Beantwortung einer zukünftigen komparativen Analyse wert wären: Wie wird die Polizei im Baskenland von der Bevölkerung wahrgenommen? Wie steht es um die ethnische Zusammensetzung der Sicherheitskräfte vor Ort, d.h. sind sie überwiegend mit Spaniern besetzt oder leisten auch Basken in ihnen Dienst? Auf welches Traditionsverständnis blicken die Polizei- und Militärkräfte? Führt dieses potenziell zu einer ethnischen Exklusion der Basken? Welche Rolle spielte die Polizei in der Vergangenheit im baskischen Konflikt? Allein die Tatsache, dass die spanische „Sondereinheit“ GAL nachweislich ähnlich den britischen und nordirischen Sicherheitskräften eine inoffizielle „Shoot-to-kill Policy“ im Umgang mit Mitgliedern der ETA angewendet hat, macht weitere Analysen entlang der skizzierten Themenstellung lohnenswert.

Auch konnte die Arbeit einen Beitrag dazu leisten, die Bedeutung von Religion in Nordirland wie in Israel/Palästina in ihren unterschiedlichen Erscheinungsformen als „Cultural Religion“ und „Religious Ideology“ nachzuweisen, indem die entsprechenden theoretischen Erkenntnisse auf beide Konfliktsituationen

gleichermaßen erfolgreich übertragen wurden und die ungebrochene Wirkungsmacht religiöser Symbole und Vorstellungen zur Konstruktion ethnischer Identität und damit speziell in violenten Konflikten zur Entstehung eines Antagonismus nachgewiesen wurde. Beide Konzepte ermöglichen ein tieferes Verständnis für die Identitätskonstruktion rivalisierender Ethnien und ihrer politischen und sozialen Handlungen. Religion ist in dieser Konsequenz eben mehr als nur ein simples Merkmal zur Bestimmung ethnischer Zugehörigkeit oder Instrument zur politischen Mobilisierung. Dies macht eine Beschäftigung mit Religion und ihrem Einfluss auf politische Kontexte umso nötiger und fordert dazu auf, der Wirkungsmacht von Religion eine eigenständige Bedeutung zu zusprechen, welche über die Erklärung als Grund für irrationale Taten mit interventionistischem Charakter⁷⁷² in Form von Selbstmordattentaten zur Erlangung eines transzendenten Heil oder aber der Marxschen Klausel vom „Opium für das Volk“ hinausreicht. So scheint es interessant für zukünftige Forschungsvorhaben zu sein die gewonnenen Erkenntnisse beispielsweise auf den Konflikt in Sri Lanka zu übertragen. Auch hier stehen sich eine ethnische Mehrheit – die buddhistischen Singalesen – und eine Minderheit – die hinduistischen Tamilen – in einer violenten Auseinandersetzung gegenüber, deren Kern sich um das nationale Selbstbestimmungsrecht der beiden Ethnien auf einem gemeinsam bevölkerten Territorium dreht. Auch hier ist die Frage gestattet, ob Religion nur die Funktion eines „ethnic marker“ besitzt oder aber Überlegungen in Form von „Cultural Religion“ und „Religious Ideology“ zum vertiefenden Verständnis des Konfliktes einen Beitrag leisten können, um so beispielsweise die Selbstmordattentate der säkular-nationalistischen tamilischen „Befreiungstiger“ (LTTE) erklären zu können oder um aufzuzeigen, warum es in der ehemaligen britischen Kolonie Ceylon nach deren Unabhängigkeit von Großbritannien einen Streit um die offizielle Amtssprache und Schrift sowie der Bezeichnung des Staates - welche alle samt einen buddhistischen Hintergrund haben – zum Streit zwischen den ethnischen Identitäten der Tamilen und der Singhalesen gekommen ist. Wie in der vorliegenden Arbeit bietet sich auch hier dem Forscher die Chance gemäß Peter Waldmanns in der Einleitung beschriebenen „Postulats“ zum

⁷⁷² Siehe dazu: Riesebrodt, Martin: Die Rückkehr der Religionen. Fundamentalismus und der „Kampf der Kulturen“, München 2001, S. 41.

verstärkten wissenschaftlichen Vergleich von Minderheitenkonflikten weitere Untersuchungen anzustrengen, die Hintergrundvariablen evident werden lassen und funktionale Äquivalente identifizieren können.

Daneben bleibt zuletzt noch die Erkenntnis der vorliegenden Arbeit, bei welcher es sich allerdings weniger um ein wissenschaftliches Verdienst denn um eine hoffnungsstiftende Feststellung handelt, dass die friedliche und absehbar dauerhafte Beilegung von ethnischen und religiös aufgeladenen Konflikten grundsätzlich möglich ist, wie am Beispiel der aktuellen Entwicklungen Nordirlands exemplifiziert werden konnte. Noch vor wenigen Jahren hätten Politiker und Wissenschaftler es nicht für möglich gehalten, dass das Good-Friday-Agreement zu einer (nordirischen) Erfolgsgeschichte allen temporären Rückschlägen und mancher auch noch gegenwärtiger Spannungen zum Trotz heranreifen würde. Die aktuelle Situation des intra-ethnischen Konfliktes in den Reihen der Palästinenser, die zu einer Stagnation des Konfliktgeschehens geführt hat, hätte möglicherweise verhindert werden können, hätte die israelische Seite den Palästinensern während der Friedensverhandlungen in den 90er Jahren konsequenter Weise gegeben, wonach sie seit mehr als einem halben Jahrhundert berechtigter Weise verlangen: einen eigenen Staat. Dass der circulus vitiosus der Angst, Rache und Gewalt auch in scheinbar aussichtslosen Fällen einmal durchbrochen werden kann, haben die Akteure und Menschen in Nordirland bewiesen. Der Anführer des IRA Hungerstreiks im Maze-Gefängnis des Jahres 1981, Bobby Sands, schrieb in einem seiner Gedichte den hoffnungsvollen Satz: „Our Revenge will be the laughter of our children“. Dies ist auch den Kindern und allen Menschen in Israel und Palästina für einen jetzt noch viel zu fernen Tag in der Zukunft zu wünschen.

VI. Anhang

1. Verzeichnis der Abkürzungen

ANM: *Arab National Movement*

CIRA: *Continuity IRA*

CLMC: *Combined Loyalist Military Command*

DOP: *Declaration of Principles*

DUP: *Democratic Unionist Party*

EPA: *Emergency Provision Act*

ETA: *Euskadi ta Askatasuna*

Fatah: *Harakat al-Tahrir al-Watani al-Filastin*
(*Bewegung zur Befreiung Palästinas*)

FFI: *Freedom Fighters for Israel*

GAL: *Grupos Antiterroristas de Liberacion*
(*Antiterroristische Befreungsgruppen*)

GFA: *Good Friday Agreement*

GPO: *General Post Office*

Hamas: *Harakat al-Muqawama al-Islamiyya*
(*Islamische Widerstandsbewegung*)

IDF: *Israel Defence Forces*

INLA: *Irish National Liberation Army*

IPP: *Irish Parliamentary Party*

IRA: *Irish Republican Army*

IRB: *Irish Republican Brotherhood*

LTTE: *Liberation Tigers of Tamil Ealam*

LVF: *Loyalist Volunteer Force*

MCA: *Muslim Christian Association*

NICRA: *Northern Ireland Civil Rights Association*

OIRA: *Official IRA*

PIRA: *Provisional IRA*

PFLP: *People's Front for the Liberation of Palestine*

PLA: *Palestinian Liberation Army*

PLO: *Palestinian Liberation Organisation*

PNA: *Palestinian National Authority*

PSNI: *Police Service of Northern Ireland*

RIC: *Royal Irish Constabulary*

RIR: *Royal Irish Regiment*

RIRA: *Real IRA*

RUC: *Royal Ulster Constabulary*

SAS: *Special Air Service*

SDLP: *Social Democratic and Labour Party*

UCDC: *Ulster Constitution Defence Comitee*

UDR: *Ulster Defence Regiment*

UFF: *Ulster Freedom Fighters*

UPA: *Ulster Protestant Action*

UPV: *Ulster Protestant Volunteers*

USC: *Ulster Special Constabulary*

USLS: *Ulster Scot Language Society*

UUC: *Ulster Unionist Council*

UUP: *Ulster Unionist Party*

UVF: *Ulster Volunteer Force*

UWC: *Ulster Workers Council*

Zahal: *Zava Haganah le Israel (Armee zur Verteidigung Israels)*

2. Literatur- und Quellenverzeichnis

Aaarebrot, Frank H. und Pal H. Bakka: Die vergleichende Methode in der Politikwissenschaft, in: Berg-Schlosser, Dirk und Ferdinand Müller Rommel (Hrsg.): Vergleichende Politikwissenschaft, 2. Aufl., Opladen 1992.

Abu Ijad: Heimat oder Tod. Der Freiheitskampf der Palästinenser, Düsseldorf 1979.

Adams, Gerry: Free Ireland. Towards a Lasting Peace, Dingle 1995.

Aggestam, Karin: Reframing and Resolving Conflict. Israeli-Palestinian Negotiations 1988-1998, Lund 1999.

Ahlberg, Sture: Jerusalem/Al-Quds. The Holy City of War and Peace. A Comparative Study of Jewish, Christian and Muslim Ties to the Holy Mount and a Contribution to the Problem of Fundamentalism, Uppsala 1998.

Ahmed, Hisham H.: Die Al-Aqsa-Intifada und das Genfer Abkommen, in: Aus Politik und Zeitgeschichte B20/2004.

Akenson, Donald H. : God's peoples. Convenant and land in South Africa, Israel and Ulster, Ithaca 1992.

Alger, Chadwick F.: Religion as a Peace Tool, in: The Global Review of Ethnopolitics 4/2002.

Altermatt, Urs: Das Fanal von Sarajewo. Ethnonationalismus in Europa, Paderborn 1996.

Anderson, Benedict: Imagined Communities, London 1991.

Anderson, Brendan: Joe Cahill. A Life in the IRA, Dublin 2002.

Anderson, Don: Fourteen May Days. The Inside Story of the Loyalist Strike of 1974, Dublin 1994.

Appelby, R. Scott: The Ambivalence of the Sacred: Religion, Violence, and Reconciliation, Boston 1999.

Arthur, Paul: The Brooke Initiative, in: Irish Political Studies, 6/1992.

Asseburg, Muriel: Israelisch-palästinensische Streitfragen, in: Informationen zur politischen Bildung; Israel, 278/2003.

Assmann, Jan: Kollektives Gedächtnis und kulturelle Identität, in: Ders. und Tonio Hölscher: Kultur und Gedächtnis, Frankfurt a.M. 1988.

Aughey, Arthur: Unionism, in: Ders. und Duncan Morrow (Hrsg.): Northern Ireland Politics, London/New York 1996.

Avenarius, Thomas: Kurzer Weg ins Verderben, in: Süddeutsche Zeitung vom 30. Juni 2006.

Azarya, Victor: Civil Education in the Israeli Armed Forces, in: Krausz, Ernest: Education in a comparative Context, New Brunswick 1989.

Balke, Fritz, Kulow, Karin und Heinz-Dieter Winter: Nahost – zwischen Oslo und heutiger Realität. Ein Beitrag zur Diskussion über das Für und Wider zwischen Israelis und Palästinensern, Berlin 1999.

Barghouti, Iyad: Islamist Movements in Historical Palestine, in: Sidahmed, Abdel Salam und Anoushiravan Ehteshami (Hrsg.): Islamic Fundamentalism, Boulder 1996.

Bar-Tal, Daniel.: The Massada Syndrome: A Case of Central Belief, in: Milgram, N.A. (Hrsg.): Stress and Coping in Time after War. Generalizations from the Israeli Experience, New York 1986.

Bar-Tal, Daniel und Dikla Antebi: Siege Mentality in Israel, in: International Journal of Intercultural Relations 16/1992.

Bartlett, Thomas: Theobald Wolfe Tone, Dundalk 1997.

Baumgarten, Helga: Das „Gaza-Jericho-Abkommen“. Eine Zwischenbilanz des Friedensprozesses im Nahen Osten, in: Aus Politik und Zeitgeschichte, B 11/1995.

Baumgarten, Helga: Das Projekt eines palästinensischen Staates zwischen Demokratie und autoritärer Herrschaft, in: Klein, Uta und Dietrich Thränhardt (Hrsg.): Gewaltspirale ohne Ende? Konfliktstrukturen und Friedenschancen im Nahen Osten, Schwalbach/Ts. 2002.

Beaupin, Andre: Befreiung oder Islamisierung? Hamas und PLO – Die zwei Gesichter des palästinensischen Widerstandes, Marburg 2005.

Ben-Eliezer, Uri: In Uniform – Without a Uniform: Militarism a san Ideology in the Decade Preceeding Statehood, in: Studies in Zionism 2/1988.

Ben Gurion, David: Wir und die Nachbarn. Gespräche mit arabischen Führern, Tübingen 1968.

Ben Gurion, David: Israel. Geschichte eines Staates, Frankfurt a.M. 1973.

Bew, Paul und Gordon Gillespie: The Northern Ireland Peace Process 1993-1996, London 1996.

Birell, Derek und Alan Murie: Policy and Goverment in Northern Ireland. Lessons of Devolution, Dublin 1980.

Blacker, William: The Formation of the “Orange Order” 1795-1798, Belfast 1994.

Boden, Martina: Nationalitäten, Minderheiten und ethnische Konflikte in Europa. Ursprünge, Entwicklungen, Krisenherde – Ein Handbuch, München 1993.

Bowden, Tom: The Breakdown of Public Security: The Case of Ireland 1916-1921, and Palestine, 1936-1939, London 1977.

Botschaft des Staates Israel: Die Hamas. Profil einer Terrororganisation mit Regierungsauftrag, Berlin 2006.

Boulton, David: The UVF 1966-1973. An Anatomy of Loyalist Rebellion, Dublin 1974.

Boyce, D. George: Nationalism in Ireland, London/New York 1995.

Breen, Richard und Bernadette C. Hayes: Religious Mobility and Party Support in Northern Ireland, in: European Sociological Review, 3/1997.

Brenner, Michael: Geschichte des Zionismus, 2. Auflage München 2005.

Bruce, Steve: God save Ulster: The religion and politics of Paisleyism, Oxford 1985.

Bruce, Steve: The Red Hand. Protestant Paramilitaries in Northern Ireland, Oxford 1992.

Bruce, Steve: The Edge of the Union. The Ulster Loyalist Political Vision, Oxford 1994.

Brewer, John D.: Inside the RUC: routine policing in a divided society, Oxford 1991.

Brewer, John D.: The Public and the Police, in: Stringer, Peter und Gillian Robinson (Hrsg.): Social Attitudes in Northern Ireland: The second Report, Belfast 1992.

Brewer, John D. und Gareth I. Higgins: Anti-Catholicism in Northern Ireland, 1600-1998. The Mote and the Beam, Basingstoke 1998.

Buber, Martin: Israel und Palästina. Zur Geschichte einer Idee, Zürich 1950.

Buckland, Patrick: Ulster Unionism and the Origins of Northern Ireland 1885-1922, Dublin 1973.

Caufield, Max: The Easter Rebellion, Dublin 1995.

Chomsky, Noam: The standard colonial pattern, in: Race and Class, 2/1995.

Collins, Neil und Frank McCann: Irish Politics Today, 2. Aufl. Manchester/New York 1991.

Comerford, R.V.: The Fenians in Context: Irish politics and society 1848-82, Dublin 1985.

Coogan, Tim Pat.: De Valera. Long Fellow, Long Shadow, London 1993.

Coogan, Tim Pat: The IRA, London 1995.

Coogan, Tim Pat: Troubles. Ireland's Ordeal 1966-1996 and the Search for Peace, London 1996.

Corbin, Jane: Riskante Annäherung. Die Geheimverhandlungen zwischen den Israelis und der PLO in Norwegen, München 1994.

Crenshaw, Martha: The Persistence of IRA Terrorism, in: Alexander, Yonah und Alan O'Day (Hrsg.): Terrorism in Ireland, London 1984.

Cristal, Moty: Das Unvorhersehbare vorhersagen: Der künftige Weg des israelisch-palästinensischen Systems, in: Aus Politik und Zeitgeschichte B 20/2004.

Cruise O'Brien und Maire Conor: Ireland. A Concise History, London 1995.

Cunningham, Michael: British Goverment Policy in Northern Ireland 1969-2000, Manchester 2001.

Curtin, Nancy: The United Irishmen: Popular Politics in Ulster and Dublin, Oxford 1994.

Cusack, Jim und Henry McDonald: UVF, Dublin 1997.

Dagan, Mattei und Dominique Pellasy: The Choice of Countries in Comparative Research: Five Strategies, Manuskript, Bad Homburg 1981.

Daly, Cathal B.: The Price of Peace, Belfast 1991.

Darby, John: Conflict in Northern Ireland. The Development of a Polarized Community, Dublin 1976.

Demerath, N.J.: Crossing the Gods. World religions and wordly politics, New Brunswick 2001.

Devlin, Paddy: Straight Left. An Autobiography, Belfast 1993.

Dewar, Michael: The British Army in Northern Ireland, London 1996.

Dillon, Martin und Denis Lehane: Political Murder in Northern Ireland, London 1973.

Dillon, Martin: God and the Gun. The Church and Irish Terrorism, London 1998.

Doherty, Richard: The Sons of Ulster. Ulstermen at War from the Somme to Korea, Belfast 1992.

Döhn, Lothar: Nationalismus – Volk und Nation als Konstrukt, in: Neumann, Franz (Hrsg.): Handbuch Politische Theorien und Ideologien Band 2, 2. Auflage Opladen 2000.

Dumper, Michael: Israeli Settlement in the old City of Jerusalem, in: Journal of Palestine Studies 21/1992.

Eames, Robin: The religious factor, in: Murray, Dominic (Hrsg.): Protestant Perceptions of the Peace Process in Northern Ireland, Belfast 2000.

Eckert, Nicholas: Fatal Encounter. The Story of the Gibraltar Killings. Dublin 1999.

Efrat, Elisha und Allen G. Noble, in: The Geographical Review 78/1988.

Egan, Bowes und Vincent McCormack: Burntollet, Belfast 1969.

Eisenstadt, Shmuel N.: Die Transformation der israelischen Gesellschaft, Frankfurt a.M. 1992.

Elger, Ralf: Umma, in: Ders. (Hrsg.): Kleines Islam Lexikon. Geschichte – Alltag – Kultur, Bonn 2003.

Elliott, Marianne: Catholics of Ulster, London 2000.

Elvert, Jürgen: Der Bruch. Irlands Weg in die Zweistaatlichkeit (1916-1921), in: Ders. (Hrsg.): Nordirland in Geschichte und Gegenwart – Northern Ireland in Past and Present, Stuttgart 1994.

Elvert, Jürgen: Geschichte Irlands, München 1999.

Esposito, John L.: Unholy War. Terror in the Name of Islam, Oxford 2002.

Ettinger, S.: Ideological and Political Zionism, in: Historical Society of Jerusalem (Hrsg.): Collected Historical Studies, Jerusalem 1978.

Etzioni-Halevy, Eva: Civil-Military Relations and Democracy. The Case of the Military Political Elites' Connection in Israel, in: Armed Forces and Society 3/1996.

Farsoun, Samih K. und Christina E. Zacharia: Palestine and the Palestinians, Boulder 1997.

Fawcett, Liz: Religion, ethnicity and social change, London 2000.

Feeney, Brian: Sinn Fein. A Hundred Turbulent Years, Dublin 2002.

Finkelstein, Norman: Palästina. Bericht über die erste Intifada, München 2003.

Fischer, Astrid: Die Zukunft Jerusalems, in: Ibrahim, Ferhad und Abraham Ashkenasi (Hrsg.): Der Friedensprozess im Nahen Osten - Eine Revision, Münster 1997.

Flores, Alexander: Die Entwicklung der palästinensischen Nationalbewegung bis 1948, in: Mejcher, Helmut (Hrsg.): Die Palästina-Frage 1917-1948, Paderborn 1993.

Flores, Alexander: Islam, Islamismus und Nationalismus im Palästinakonflikt, in: Klein, Uta und Dietrich Thränhardt (Hrsg.): Gewaltspierale ohne Ende? Konfliktstrukturen und Friedenschancen im Nahen Osten, Schwalbach/Ts 2002.

Frangi, Abdallah: PLO und Palästina. Vergangenheit und Gegenwart, Frankfurt a.M. 1982.

Freimark: Peter: Zum Selbstverständnis jüdischer Nationalität und Staatlichkeit in Palästina, in: Mejcher, Helmut (Hrsg.): Die Palästina-Frage 1917-1948. Historische Ursprünge und internationale Dimensionen eines Nationenkonflikts, Paderborn 1993.

Frisch, Hillel: The Druze Minority in the Israeli Military. Traditionalizing an Ethnic Policing Role, in: Armed Forces and Society 20/1993.

Gallagher, Eric und Stanley Worrall: Christians in Ulster 1968-1980, Oxford/New York 1982.

Gallagher, Tony: Education and Equality in Northern Ireland, in: Hargie, Owen und David Dickson (Hrsg.): Researching The Troubles. Social Science Perspectives on the Northern Ireland Conflict, Edinburgh/London 2004.

Gallenmüller, Dagmar: Die „irische Frage“. Eine historische Studie zu einem gegenwärtigem Konflikt, Frankfurt a.M. 1997.

Gans, Herbert J.: Symbolic ethnicity and symbolic religiosity. Towards a comparision of ethnic and religious generation, in: Ethnic and Racial Studies 4/1994.

Geiler, Markus: Die rechtsextremistischen Parteien der achtziger und neunziger Jahre in Israel, in: Ibrahim, Ferhad und Abraham Ashkenasi (Hrsg.): Der Friedensprozess im Nahen Osten - Eine Revision, Münster 1997.

Gelber, Yoav: Ist Frieden zwischen Israelis und Palästinensern möglich? In: Aus Politik und Zeitgeschichte, B20/2004.

Geries, Sabri: Die Araber in Israel, Beirut 1973.

Geries, Sabri: The Legal Structur of the Expropriation and Absorbtion of Arab Lands in Israel, o.O. 1973.

Gibon, Peter: The Origins of Ulster Unionism: The Formation of Popular Protestant Politics and Ideology in Nineteenth-Century Ireland, Manchester 1975.

Gilhoff, Nikola und Christina Koch: Die *Palestinian Authority* (PA) im Spannungsfeld zwischen Autonomie und Staatswerdung, in: Ibrahim, Ferhad und Abraham Ashkenasi (Hrsg.): Der Friedensprozess im Nahen Osten - Eine Revision, Münster 1997.

Gilligan, Chris: Constant Crisis/Permanent Process: Diminished Agency and Weak Structures in the Northern Ireland Peace Process, in: The Global Review of Ethnopolitics 1/2003.

Gillon, D.Z.: The Antecedents of the Balfour Declaration, in: Middle Eastern Studies, o.O. 1969.

Greaves, R.W.: The Jerusalem Bishopric 1841, in: English Historical Review, o.O. 1949.

Gothe, Karin: Leben mit der göttlichen Verfassung, in: SZ vom 09.10.2001.

Goverment of Palestine: A Survey of Palestine – Supplement Jerusalem (1947), zitiert in: Hartung, Arnold: Ursprung und Entwicklung des arabisch-israelischen Konflikts und der Teilungsplan der Vereinten Nationen, Berlin 1993.

Guelke, Adrian: Political Violence and the Paramilitaries, in: Mitchell, Paul und Rick Wilford (Hrsg.): Politics in Northern Ireland, Boulder/Oxford 1999.

Gunderlach, Thomas: Die irische Unabhängigkeitsbewegung 1916-1922, Frankfurt a.M./Las Vegas 1977.

Guth, Stefan: Schriftbesitzer, in: Elger, Ralf (Hrsg.): Kleines Islam-Lexikon. Geschichte-Alltag-Kultur, Bonn 2003.

Hadas-Lebel, M.: Massada. Der Untergang des jüdischen Königreiches oder die andere Geschichte von Herodes, Berlin 1997.

Haddick-Flynn, Kevin: Orangism. The Making of a Tradition, London 1999.

Hamilton, Andrew, Moore, Linda und Tim Trimble: Policing a Divided Society. Issues and Perceptions in Northern Ireland, Colraine 1995.

Halbwachs, Maurice: On Collective Memory, Chicago 1992.

Halpern, Ben: The Role of the Military in Israel, in: Johnson, John J.: The Role of the Military in underdeveloped Countries, Princeton/New Jersey 1962.

Halter, Marck und Eric Lauren: Unterhändler ohne Auftrag. Die geheime Vorgeschichte des Friedensabkommens zwischen Israel und der PLO, Frankfurt a.M. 1994.

Harrock, David und Mark Devenport: Man of War – Man of Peace? The Unauthorised Biography of Gerry Adams, Basingstoke 1997.

Harshav, Benjamin: Language in Time of Revolution, Berkley 1993.

Hasenclever, Andreas und Volker Rittberger: Does Religion Make a Difference? Theoretical Approaches to the Impact of Faith on Political Conflict, in: Millennium: Journal of International Studies 3/2000.

Hashimi, Sahail H.: Interpreting the Islamic Ethics of War and Peace, in: Nardin, Terry (Hrsg.): The Ethics of War and Peace. Religious and Secular Perspectives, Princeton 1996.

Hass, Amira: Gaza. Tage und Nächte in einem besetzten Land, München 2003.

Heacock, Roger: Intifada. Das Erwachen der Palästinenser in Palästina, in: Edlinger, Fritz (Hrsg.): Befreiungskampf in Palästina. Von der Madrid-Konferenz zur Al-Aqsa-Intifada, Wien 2001.

Heine, Peter: Terror in Allahs Namen. Extremistische Kräfte im Islam, Bonn 2004.

Hegazi, Awad: Zionismus und palästinensische Araber, Bremen 1983.

Helassa, Abdelhakeem: Internationale Beziehungen der PLO und die Perspektive einer Lösung des Palästinaproblems, Münster 2004.

Helle, Andreas: Ulster: Die blockierte Nation. Nordirlands Protestanten zwischen britischer Identität und irischem Regionalismus (1868-1922), Frankfurt a.M. 1999.

Helman, Sara: Militarism and the Construction of Community, in: Journal of Political and Military Sociology 25/1997.

Hepburn, A.C.: The Conflict of Nationality in Modern Ireland, London 1980.

Herz, Dietmar: Palästina. Gaza und Westbank. Geschichte, Politik, Kultur, München 2003.

Higgins, Gareth I. und John D. Brewer: The roots of Sectarianism in Northern Ireland, in: Hargie, Owen und David Dickson (Hrsg.): Researching The Troubles. Social Science Perspectives on the Northern Ireland Conflict, Edinburgh/London 2004.

HMSO: Report of the Advisory Committee on Police in Northern Ireland (Hunt-Report), Cmd 535, Belfast 1969.

HMSO: The Future of Northern Ireland. A Paper for Discussion, London 1972.

Hobsbawm, Eric: Nations and Nationalism Since 1780: Programme, Myth, Reality, Cambridge 1990.

Hoffmann, Bruce: Terrorismus – der unerklärte Krieg, Bonn 2002.

Holland, Jack und Susan Phoenix: Policing the Shadows. The Secret War against Terrorism in Northern Ireland, London 1996.

Holstein, Walter: Kein Frieden um Israel, Wien 1984.

Hume, John: Personal Views: Politics, Peace and Reconciliation in Ireland, Dublin 1996.

Hundmaier, Daniel: Die Israelisierung Jerusalems nach 1967, in: Ibrahim, Ferhad und Abraham Ashkenasi (Hrsg.): Der Friedensprozess im Nahen Osten - Eine Revision, Münster 1997.

Hylland-Eriksen, Thomas: Ethnicity and Nationalism. Anthropological Perspectives, London 1993.

Jabotinsky, Wladimir: Die Idee des Betar. Ein Umriß betarischer Weltanschauung, Lyck 1935.

Jakob, Mohammed: Neuer Blick über die Geschichte des Palästinaproblems 1918-1949, Beirut 1973.

Jarman, Neil: Material conflicts. Parades and visual displays in Northern Ireland, Oxford 1997.

Joffe, Josef: Terroristen im Parlament. Stell dir vor, es ist Demokratie, und in Palästina kommen die Falschen an die Macht, in: Die Zeit vom 2. Februar 2006.

Joffe, Josef: Der siebzigjährige Krieg, in: Süddeutsche Zeitung vom 6. Juli 2006.

Jones, David R.: The Orange Citadel. A History of Orangism in Portadown district, Portadown 1996.

Juergensmeyer, Mark: Terror in the Mind of God. The Global Rise of Religious Violence, Berkley 2000.

Kandel, Johannes: Der Nordirland-Konflikt. Von seinen historischen Wurzeln bis zur Gegenwart, Bonn 2005.

Khalaf, Issa: Politics in Palestine. Arab Factionalism and Social Desintegration 1939-1948, Abany 1991.

Khalidi, Rashid Ismail: British Policy towards Syria and Palestine 1906-1914. A Study to the Antecedents of the Hussein-McMahon Correspondence, the Sykes-Picot Agreement, and the Balfour Declaration, London 1980.

Katz, J.: The Jewish National Movement: A Sociological Analysis, in: Emancipation and Assimilation. Studies in Modern Jewish History, Westmead 1972.

Kedourie, Elie: In the Anglo-Arab Labyrinth: The McMahon-Husayn Correspondence and its Interpretations 1914-1939, Cambridge 1976.

Kedourie, Elie: England and the Middle East: The Destruction of the Ottoman Empire 1914-1921, Hassocks 1978.

Kee, Robert: The Green Flag. A History of Irish Nationalism, London 1972.

Kee, Robert: The Laurel and the Ivy. The Story of Charles Stuart Parnell and Irish Nationalism, London 1993.

Kelley, Jonathan und Nan Dirk de Graaf: National Context, Parental Socialization and Religious Belief. Results from 15 nations, in: American Sociological Review 4/1997.

Kelly, William (Hrsg.): The Siege of Derry, Dublin 2001.

Kemp, Anthony: The SAS. Savage Wars of Peace 1947 to the Present, London 2001.

Kimmerling, Baruch und Joel S. Migdal: Palestinians: The Making of a People, New York 1993.

Kimmerling, Baruch: Patterns of Militarism in Israel, in: Archives européennes de sociologie 34/1993.

Klatzkin, Jakob: Krisis und Entscheidung des Judentums, 2. Auflage, Berlin 1921.

Klein, Uta: Militär und Geschlecht in Israel, Frankfurt a.M. 2001.

Klein, Uta: Militär und Gesellschaft in Israel, in: Dies. und Dietrich Thränhardt (Hrsg.): Gewaltspirale ohne Ende? Konfliktstrukturen und Friedenschancen im Nahen Osten, Schwalbach/Ts. 2002.

Kliot, Nurit und Yoel Mansfeld: Case studies of conflict and territorial organisation in divided cities, in: Progress in Planning 52/1999.

Krautkrämer, Elmar: Der israelisch-palästinensische Konflikt, in: Aus Politik und Zeitgeschichte B 20/2004.

Laffan, Michael: Gewalt und Terror im Irland des 20. Jahrhunderts: Die Irish Republican Brotherhood und die IRA, in: Mommsen, Wolfgang und Gerhard Hirschfeld (Hrsg.): Sozialprotest, Gewalt und Terror, Stuttgart 1982.

Laqueur, Walter und Barry Rubin (Hrsg.): The Israel-Arab Reader. A Documentary History of the Middle East, New York 1984.

Larkin, Emmet J. : The historical dimensions of Irish Catholicism, Dublin 1976.

Lazarus, M.: Treu und Frei. Gesammelte Reden und Vorträge über Juden und Judentum, Leipzig 1887.

Leckebusch, Karsten: Die jüdischen Siedler in den besetzten Gebieten – Hindernis im Friedensprozess, in: Ibrahim, Ferhad und Abraham Ashkenasi (Hrsg.): Der Friedensprozess im Nahen Osten - Eine Revision, Münster 1997.

Legrain, Jean-Francois: Hamas. Legitimate Heir of Palestinian Nationalism? In: Esposito, John L. (Hrsg.): Political Islam: Revolution, Radicalism or Reform? London 1997.

Lemberg, Eugen: Nationalismus, Band 2: Soziologie und politische Pädagogik, Reinbek 1964.

Lesch, Ann Mosley: The Palestine Arab Nationalist Movement Under the Mandate, in: Quandt, W.B. (Hrsg.): The Politics of Palestinian Nationalism, Berkley 1973.

Lichty, Joseph und Cecilia Clegg: Moving Beyond Sectarianism. Religion, Conflict and Reconciliation in Northern Ireland, Dublin 2001.

Lijphart, Arend: Comparative Politics and the Comparative Method, in: American Political Science Review, Bd. 65, o.O. 1971.

Lijphart, Arend: Patterns of Democracy. Goverment Forms and Performances in Thirty-Six Countries, New Haven/London 1999.

Lindholm Schulz, Helena: The reconstruction of Palestinian nationalism. Between revolution and statehood, Manchester 1999.

Livingstone, Neil C. und David Harley: Inside the PLO. Covert Units, Secret Funds and the War against Israel and the United States, New York 1990.

Lochery, Neil: The Difficult Road To Peace. Netanyahu, Israel and the Middle East Peace Process, London 1999.

Loughlin, James: Ulster Unionism and British National Identity since 1885, London 1995.

Macroy, Patrick: The Siege of Derry, London 1980.

MacDowell, David: Palestine and Israel. The Uprising and Beyond, Berkley 1989.

MacGinty, Roger und John Darby: Guns and Goverment. The Management of the Northern Ireland Peace Process, Basingstoke 2002.

McGovern, M.D.: The Siege Myth. Rebellion and Loyalty: A Contradiction in Terms? Protestant Culture and the Siege of Derry, Liverpool 1994.

MacStiofain, Sean: Memoirs of a Revolutionary, London 1975.

McAllister, Ian: The Northern Ireland Social Democratic and Labour Party. Political Opposition in a Divided Society, London/Basingstoke 1977.

McCann, Eamonn: Bloody Sunday in Derry. What really happened, London 1992.

McElroy, Gerald: The Catholic Church and the Northern Irish crisis 1968-86, Dublin 1991.

McEvoy, James J.: Theology and the Irish future. Viewpoint of a northern Catholic, in: McDonagh, Enda (Hrsg.): Irish challenges to theology, Dublin 1986.

McGarry, John und Brendan O'Leary: Introduction. The macro-political regulation of ethnic conflict, in: Dies. (Hrsg.): The Politics of Ethnic Conflict Regulation. Case Studies of Protracted Ethnic Conflicts, London/New York 1995.

McGarry, John und Brendan O'Leary: Explaining Northern Ireland. Broken Images, Oxford 1998.

McGarry, John: Introduction: The Comparable Northern Ireland, in: Ders. (Hrsg.): Northern Ireland and the Divided World, Oxford 2004.

McVeigh, Robbie: "It's Part of Life Here...". The security Forces and Harassment in Northern Ireland, Belfast 1994.

Mead, George Herbert: Nationale und internationalistische Gesinnung, in: Ders.: Gesammelte Aufsätze Bd. 2, Frankfurt a.M. 1987.

Mejcher, Helmut: Palästina in der Nahostpolitik europäischer Mächte und der USA 1918-1948, in: Ders. (Hrsg.): Die Palästina-Frage 1917-1948. Historische Ursprünge und internationale Dimensionen eines Nationenkonflikts, Paderborn 1993.

Miller, David Aaron: The PLO and the Politics of Survival, in: The Washington Papers Bd. 99, Washington D.C. 1983.

Milton-Edwards, Beverly: Islamic Politics in Palestine, London 1996.

Mishal, Shaul und Avraham Sela: The Palestinian Hamas. Visison, Violence and Coexistence, New York 2000.

Mitchell, Christopher R.: Classifying Conflicts. Asymmetry and Resolution, in: Annals of the American Academy of Political and Social Sciences 1/1991.

Mitchell, Claire: Religion, Identity and Politics in Northern Ireland. Boundaries of Belonging and Belief, Belfast 2006.

Mitchell, Richard P.: The Society of the Muslim Brothers, London 1969.

Murray, Raymond: State Violence. Northern Ireland 1969-1997, Cork 1998.

Murphy, John A.: Ireland in the Twentieth Century, Dublin 1975.

Murphy, John A.: Ireland. Identity and Relationships, in: Crick, Bernard (Hrsg.): National Identities. The Constitution of the United Kingdom, Oxford 1991.

Murtagh, Brendan: Territoriality, Research and Policymaking in Northern Ireland, in: Hargie, Owen und David Dickson (Hrsg.): Researching The Troubles. Social Science Perspectives on the Northern Ireland Conflict, Edinburgh/London 2004.

Molony, Ed und Andy Pollak: Paisley, Dublin 1994.

Montgomery, M.B.: The position of Ulster Scots, in: Ulster Folklife 45/1999.

Moran, Sean F.: Patrick Pearse and the Politics of Redemption: The Mind of the Easter Rising, Washington 1994.

Morris, Benny: The Birth of the Palestinian Refugee Problem 1947-1949, New York 1987.

Morrison, Danny: Troubles. Eine Einführung in die Geschichte Nordirlands, Münster 1997.

Morrow, Duncan, Birell, Derek, Greer, John und Terry O'Keefe: The churches and inter-community relationships, Coleraine 1991.

Neifeind, Harald: Der Nahostkonflikt. Historisch, politisch, literarisch, Schwalbach 2002.

Neuberger, Benyamin: Staatsaufbau und politisches System, in: Informationen zur politischen Bildung: Israel, 278/2003.

Nevakivi, Jukka: Britain, France and the Arab Middle East 1914-1920, London 1969.

Nieswandt, Reiner: Abrahams umkämpftes Erbe: Eine kontextuelle Studie zum modernen Konflikt von Juden, Christen und Muslimen um Israel/Palästina, Stuttgart 1998.

Nohlen, Dieter: Vergleichende Methode, in: Ders. (Hrsg.): Pipers Wörterbuch zur Politik, Bd. 1, München 1985.

Nüsse, Andrea: Muslim Palestine. The Ideology of Hamas, London 1998.

O'Brien, Brendan: A Pocket history of the IRA, 2. Aufl. Dublin 2000.

O'Connor, Fionnula: In search of a state. Catholics in Northern Ireland, Belfast 1993.

O'Day, Allan und John Stevenson (Hrsg.): Irish Historical Documents Since 1800, Dublin 1992.

O'Dochartaigh, Niall: From Civil Rights to Armalites. Derry and the Birth of the Irish Troubles, Corck 1997.

Orr, Akkiva: The unJewish State, London 1983.

Orr, Philip: The Road to the Somme. Men of the Ulster Division Tell Their Story, Belfast 1987.

Otto, Frank: Der Nordirlandkonflikt. Ursprung, Verlauf, Perspektiven, München 2005.

Patterson, Henry: Northern Ireland Economy, in: Aughey, Arthur und Duncan Morrow (Hrsg.): Northern Ireland Politics, London 1996.

Peretz, Don und Doron Gideon: The Goverment and Politics of Israel, Colorado 1997.

Peri, Yoram: The First and Second Career of Israel Army Officers, in: Public Administration in Israel and Abroad 14/1973.

Perlmutter, Amos: Military and Politics in Israel. Nation-Building and Role Expansion, London 1969.

Pinsker, Leon: Autoemazipation, Brünn 1903.

Poirteir, Cathal: The Great Irish Famine, Dublin 1995.

Police Ombudsman for Northern Ireland: Statement by the Police Ombudsman for Northern Ireland on her investigations into the circumstances surrounding the death of Raymond McCord Junior and related matters, Belfast 2007.

Pritchard, Roselind M.O.: Protestants and the Irish Language: Historical Heritage and Current Attitudes in Northern Ireland, in: Journal of Multilingual and Multicultural Development 25/2004.

Rafferty, Oliver P.: Catholicism in Ulster 1603-1983. An interpretative history, Dublin 1994.

Ramati, Shaul: The Israel Defence Forces, Jerusalem 1958.

Reychler, Luc: Religion and Conflict, in: International Peace Studies 1/1997.

Ries, Matthias: Oslo. Das Tor zum Frieden in Nahost? Idstein 2000.

Riesebrodt, Martin: Die Rückkehr der Religionen. Fundamentalismus und der „Kampf der Kulturen“, München 2001.

Robbins, Keith: The Eclipse of a Great Power. Modern Britain 1870-1992, London/New York 1994.

Rose, Richard: Northern Ireland. A Time of Choice, London 1976.

Ruane, Joseph und Jennifer Todd: The Belfast Agreement: Context, content, consequences, in: Dies. (Hrsg.): After the Good Friday Agreement. Analysing Political Change in Northern Ireland, Dublin 1999.

Ryder, Chris: The Ulster Defence Regiment. An Instrument of Peace? London 1992.

Ryder, Chris: The RUC 1922-2000. A Force under Fire, London 2000.

Ryder, Chris und Vincent Kearney, Drumcree. The Orange Order's Last Stand, London 2002.

Sampson, Cynthia: Religion and Peacebuilding, in: Zartmann, I. William und J. Lewis Rasmussen (Hrsg.): Peacemaking in International Conflict: Methods and Techniques, Washington D.C. 1997.

Sayigh, Yezid: Armed Struggle and the Search for State: The Palestinian Movement 1949-1993, Oxford 1993.

Schiff, Ze'ev: The Pros and Cons of Military Goverment, o.O. 1962.

Schiff, Ze'ev und Ehud Ya'ari: Intifada: The Palestinian Uprising – Israel's Third Front, New York 1989.

Schlötzer, Christiane: Israels Geisel, in: Süddeutsche Zeitung vom 30. Juni 2006.

Schmitz, Thorsten: Hamas-Sieg schürt Ängste im Nahen Osten, in: Süddeutsche Zeitung vom 27. Januar 2006.

Schölch, Alexander: Europa und Palästina 1838-1917, in: Mejcher, Helmut (Hrsg.): Die Palästina-Frage 1917-1948. Historische Ursprünge und internationale Dimensionen eines Nationenkonflikts, Paderborn 1993.

Schreiber, Friedrich und Michael Wolffsohn: Nahost. Geschichte und Struktur des Konflikts, 2. Auflage, Opladen 1989.

Schreiber, Friedrich: Aufstand der Palästinenser. Intifada, Opladen 1990.

Schulze, Kirsten E.: Nordirland. Haupthindernisse einer Friedenslösung, in: Krumwiede, Heinrich-W. und Peter Waldmann (Hrsg.): Bürgerkriege. Folgen und Regulierungsmöglichkeiten, Baden-Baden 1998.

Schulze-Marmeling, Dietrich: Republikanismus und Sozialismus in Nordirland, Frankfurt a.M. 1986.

Seton-Watson, Hugh: Nations and States. An Enquiry into the Origins of Nations and the Politics of Nationalism, Boulder 1977.

Shehadeh, Raja: Questions of Jurisdiction. A legal Analysis of the Gaza-Jericho Agreement, in: Journal of Palestine Studies 92/1994.

Smelser, Neil J.: The Methodology of Comparative Analysis of Economic Activity, in: Ders.: Essays in Sociological Explanation, Englewood Cliffs 1968.

Smith, Anthony: National Identity, London 1991.

Smith, M.L.R.: Fighting for Ireland? The Strategy of the Irish Republican Movement, London 1997.

Smooha, Sammy: The Tenability of Partition as a Mode of Conflict Regulation: Comparing Ireland with Palestine – Land of Israel, in: McGarry, John (Hrsg.): Northern Ireland and the Divided World, Oxford 2004.

Smyth, Clifford: Ian Paisley. Voice of Protestant Ulster, Edinburgh 1994.

Smyth, Marie und Jennifer Hamilton: The Human Costs of the Troubles, in: Hargie, Owen und David Dickson (Hrsg.): Researching the Troubles. Social Science Perspectives on the Northern Ireland Conflict, Edinburgh/London 2004.

Spriznak, Ehud: The Ascendence of Israel's Radical Right, New York 1991.

Starke, Wafa: Zur Strategie der PLO 1964-1994. Zwischen bewaffnetem Kampf und Diplomatie, zwischen Gesamtstaat und Teilstaat, Erlangen-Nürnberg 2000.

- Stevens, John:** Stevens Inquiry. Overviews and Recommendations, Belfast 2003.
- Stewart, Anthony T.Q.:** The Ulster Crisis. Resistance to Home-Rule 1912-1914, Belfast 1992.
- Steiniger, Rolf:** Der Nahostkonflikt, Frankfurt a.M. 2006.
- Sykes, Christopher:** Kreuzwege nach Israel, München 1967.
- Tai, Andreas:** Widerstand im Namen Allahs – Hamas als politischer Faktor im Friedensprozess, in: Ibrahim, Ferhad und Abraham Ashkenasi (Hrsg.): Der Friedensprozess im Nahen Osten - Eine Revision, Münster 1997.
- Talhami, Ghada:** Between Development and Preservation: Jerusalem under Three Regimes, in: American-Arab Affairs 16/1986.
- Taraki, Lisa:** The Islamic Resistance Movement in the Palestine Uprising, in: Lockman, Zachary und Joel Beinin (Hrsg.): Intifada. The Palestinian Uprising Against Israeli Occupation, Boston 1989.
- Taylor, Peter:** Provos. IRA and Sinn Fein, London 1998.
- Taylor, Peter:** Loyalists. War and Peace in Northern Ireland, London 2000.
- Taylor, Peter:** Brits. The War against the IRA, London 2002.
- Taylor, Rupert:** Northern Ireland: Consociation or Social Transformation, in: McGarry, John (Hrsg.): Northern Ireland and the Divided World, Oxford 2004.
- Tibawi, A. L.:** British Interests in Palestine 1800-1901, London 1961.
- Tibi, Bassam:** Konfliktregion Naher Osten. Regionale Eigendynamik und Großmachtinteressen, München 1991.
- Tibi, Bassam:** Der wahre Imam. Der Islam von Mohammed bis zur Gegenwart, München 1997.
- Tibi, Bassam:** Krieg der Zivilisationen. Politik und Religion zwischen Vernunft und Fundamentalismus, 2. Aufl. München 1998.
- Timm, Angelika:** Gesellschaftsstrukturen und Entwicklungstrends, in: Informationen zur politischen Bildung: Israel, 278/2003.
- Thomas, Frank:** Von Madrid bis Oslo II: Abkommen, Hemmnisse und Perspektiven des israelisch-palästinensischen Verhandlungsprozesses, in: Ibrahim, Ferhad und Abraham Ashkenasi (Hrsg.): Der Friedensprozess im Nahen Osten - Eine Revision, Münster 1997.

Tonge, Jonathan: Victims of their Own Success? Post-Agreement Dilmmas of Political Moderates in Northern Ireland, in: The Global Review of Ethnopolitics 1/2003.

Townshend, Charles: The British Campaign in Ireland 1919-1921. The development of Political and Military Policies, Oxford 1978.

Valandro, Franz: Das Baskenland und Nordirland. Eine vergleichende Konfliktanalyse, Innsbruck 2001.

Van Crefeld, Martin: Conscription Warfare: The Israeli Experience, in: Foerster, Roland G. (Hrsg.): Die Wehrpflicht. Enstehung, Erscheinungsformen und politisch-militärische Wirkung, München 1994.

Van Crefeld, Martin: The Sword and the Olive. A Critical History of the Israeli Defence Forces, New York 1998.

Verete, Mayir: The Balfour Declaration and It's Makers, in: Middle Eastern Studies, o.O. 1970.

Vertzberger, Y.Y.I.: The World in Their Minds. Information Processing, Cognition and Perception in Foreign Policy Decisionmaking. Stanford 1990.

Waldmann, Peter: Ethnischer Radikalismus. Ursachen und Folgen gewaltsamer Minderheitenkonflikte am Beispiel des Baskenlandes, Nordirlands und Quebecs, Opladen 1989.

Waldmann, Peter: Terrorismus. Provokation der Macht, München 1998.

Walker, Brian: Parliamentary Election Results in Ireland, 1801-1922, Belfast/Dublin 1978.

Walker, Clive: The Patten Report and Post-Sovereignty Policing in Northern Ireland, in: Wilford, Rick (Hrsg.): Aspects of the Belfast Agreement, Oxford 2001.

Wall, Maureen: The age of the Penal Laws, in: Moody, Theo W. und Frank X. Martin (Hrsg.): The Course of Irish History, Dublin 2001, S. 176-189.

Watzal, Ludwig: Feinde des Friedens, Berlin 2001.

Weale, Adrian: Secret Warfare: Special Operations Forces. From the Great Game to the SAS, London 1997.

Weede, Erik: Konfliktforschung. Einführung und Überblick, Opladen 1986.

Weber, Max: Soziologische Grundbegriffe, Tübingen 1984.

Weinstock, Nathan: Le Mouvement révolutionnaire arabe, Paris 1970.

Weinstock, Nathan: Das Ende Israels? Berlin 1975.

Weitzer, Ronald: Policing and Security, in: Mitchell, Paul und Rick Willford (Hrsg.): Politics in Northern Ireland, Oxford 1999.

Wild, Stefan: Zum Selbstverständnis palästinensisch-arabischer Nationalität, in: Mejcher, Helmut (Hrsg.): Die Palästina-Frage 1917-1948. Historische Ursprünge und internationale Dimensionen eines Nationenkonflikts, Paderborn 1993.

Wilson, Robin: Northern Ireland: what's going wrong? London 2003.

Wilford, Rick und Wilson A. Robin: A Democratic Design? The political style of the Northern Ireland Assembly, in: Democratic Dialogue, Belfast 2001.

Whyte, John H.: Church and State in Modern Ireland 1923-1979, Dublin 1980.

Whyte, John: How much discrimination was there under the unionist regime 1921-68? In: Gallagher, Tom und James O'Connel: Contemporary Irish Studies, Manchester 1983.

Wolffsohn, Michael: Wem gehört das Heilige Land? Die Wurzeln des Streites zwischen Juden und Arabern, 2. Aufl. München 1992.

Wolffsohn, Michael: Frieden jetzt? Nahost im Umbruch, München 1994.

Wright, Frank: Northern Ireland. A comparative Analysis, o.O. 1992.

Wright, Joanne und Keith Bryett: Policing in Northern Ireland, o.O. 2000.

Wührer, Pit: Die Trommeln von Drumcree. Nordirland am Rande des Friedens, Zürich 2000.

Ziad, Abu Amr: Islamic fundamentalism in the Westbank and Gaza. Muslim Brotherhood and Islamic Jihad, Bloomington 1994.

Zimmermann, Moshe: Militär, Militarismus und Zivilgesellschaft in Israel – eine europäische Erbschaft? In: Frevert, Ute (Hrsg.): Militär und Gesellschaft im 19. und 20. Jahrhundert, Stuttgart 1997.

Zollschan, Ignaz: Revision des jüdischen Nationalismus, Wien-Berlin 1919.

Zuckermann, Moshe: Eine Mauer wird errichtet, in: Aus Politik und Zeitgeschichte, B 35/2002.

Zuckermann, Mosche: Volk, Staat und Religion im zionistischen Selbstverständnis. Historische Hintergründe und aktuelle Aporien, in: Klein, Uta und Dietrich Thränhardt (Hrsg.): Gewaltspirale ohne Ende? Konfliktstrukturen und Friedenschancen im Nahen Osten, Schwalbach/Ts 2002.

3. Quellenverzeichnis Internet

Adams, Gerry: Opening Adress to the Sinn Fein Extraordinary Ard Fheis on Policing, RDS, Dublin (28 January 2007), abgerufen am 13.06.2007 unter <http://cain.ulst.ac.uk/issues/politics/docs/sf/ga280107a.htm>.

Addley, Esther: British troops leave after 38 years, abgerufen am 12.09.2007 unter www.guardian.co.uk/Northern_Ireland/Story/0,,2138980,00.html.

Allen, William: UDA document acknowledges: Catholics suffered appallingly, abgerufen am 22.02.2007 unter www.belfasttelegraph.co.uk/news/localnational/article2294168.ece?service=print.

Bowcroft, Owen: Ministers aware of UDR links with loyalists, archives show, abgerufen am 6.5.2006 unter www.guardian.co.uk/Northern_Ireland/Story/0,,1768744,00.html.

Bowcroft, Owen: Loyalist paramilitaries angered by Paisley claim, abgerufen am 22.07.2008 unter www.guardian.co.uk/Northern_Ireland/Story/0,,1821113,00.html.

Bowcroft, Owen: Ulster's Orange parades could become carnivals, abgerufen am 23.06.2006 unter www.guardian.co.uk/Northern_Ireland/Story/0,,1803957,00.html.

Bowcroft, Owen: Orange parades turn from confrontation to jamboree, abgerufen am 12.09.2007 unter www.guardian.co.uk/Northern_Ireland/Story/0,,2125281,00.html.

Focus-online: Gezielte Tötungen für rechtens erklärt, abgerufen am 17.06.2007 unter www.focus.de/politik/ausland/nahost/israel_nid_41065.html?drucken=1.

Henry, Lesley-Anne: Religious divide still strong: survey, abgerufen am 19.06.2007 unter www.belfasttelegraph.co.uk/news/local-national/article2670470.ece?service=print.

Kelly, Gerry: Delivering the Policing Report to the Sinn Fein Extraordinary Ard Fheis on Policing, RDS, Dublin (28 January 2007), abgerufen am 13.06.2007 unter <http://cain.ulst.ac.uk/issues/politics/docs/sf/gk280107.htm>.

McDonald, Henry: Loyalists linked to 90 per cent of race crime, abgerufen am 23.10.2006 unter www.guardian.co.uk/Northern_Ireland/Story/0,,1928597,00.html.

McDonald, Henry: Real IRA ready to renounce violence, abgerufen am 12.09.2007 unter www.guardian.co.uk/Northern_Ireland/Story/0,,2084014,00.html.

McDonald, Henry: Marching to a different drum abgerufen am 14.07.2006 unter http://guardian.co.uk/Northern_Ireland/Story/0,,1818571,00.html .

McDonald, Henry und Denise Campbell: Clash over new Ulster abortion law change, abgerufen am 12.09.2007 unter www.guardian.co.uk/Northern_Ireland/Story/0,,2099673,00.html .

Shipp, Tom: UDA told to decommission or lose 1,2m Pound funding, abgerufen am 12.09.2007 unter www.guardian.co.uk/Northern_Ireland/Story/0,,2146169,00.html .

Thornton, Chris: The man who would be Deputy First Minister, abgerufen am 27.03.2007 unter www.belfasttelegraph.co.uk/news/politics/article2396446.ece?service=print .

UVF: Full statement by the UVF, abgerufen am 06.05.2007 unter www.guardian.co.uk/Northern_Ireland/Story/0,,2071395,00.html .

Watt, Nicholas und Owen Bowcroft: Ten years of delicate deals and hard bargaining, abgerufen am 13.03.2007 unter www.guardian.co.uk/Northern_Ireland/Story/0,,2032512,00.html .

Wheatcroft, Geoffrey: The evil legacy of the Easter Rising. For Ireland to celebrate the 80th anniversary of the 1916 rebellion is to betray democracy, abgerufen am 10.04.2006 unter www.guardian.co.uk/Northern_Ireland/Story/0,,1750162,00.html .

White, Michael: A message for the world, abgerufen am 27.03.2007 unter www.guardian.co.uk/Northern_Ireland/Story/0,,2043698,00.html .

Lebenslauf

Mein Name ist Christian Schmidt. Ich wurde am 16.01.1981 in Gladbeck (Kreis Recklinghausen) geboren. Mein Vater ist Rolf Harald Schmidt, technischer Angestellter, meine Mutter ist Helga Schmidt geb. Ozina, Hausfrau.

Von 1985 bis 1987 besuchte ich den Lukaskindergarten in Gladbeck. Im Anschluß daran besuchte ich von 1987 bis 1991 die Uhland-Grundschule in Gladbeck. Von dort wechselte ich 1991 auf das Heisenberg-Gymnasium der Stadt Gladbeck und machte schließlich im Jahr 2000 das Abitur. Nach dem Schulabschluß folgten zwölf Monate Wehrdienst bei 7./InstBtl 110 in 48 653 Coesfeld.

Im Wintersemester 2001/2002 nahm ich das Studium der Fächer Politikwissenschaft, Soziologie und Öffentliches Recht an der Westfälischen-Wilhelms Universität Münster auf. Im Mai 2002 nahm ich an einem Forschungsaufenthalt des Instituts für Soziologie der WWU Münster in Nordirland unter der Leitung von Dr. Nils Zurawski teil. Im Wintersemester 2005/2006 beendete ich mein Studium erfolgreich mit dem Magister Artium. Meine Magisterarbeit verfasste ich bei Prof. Dr. Röper zum Thema „Der Islam als Herausforderung für die Deutsche Rechts- und Gesellschaftsordnung – Vom Kopftuchstreit zum Kampf der Kulturen?“. Im März 2006 begann ich mit der Arbeit zur vorliegenden Dissertation bei Prof. Dr. Rüdiger Robert.

Von August 2006 bis August 2007 war ich als Organisationsreferent beim Cartellverband (CV) tätig. Seit dem 1.10. 2007 bin ich als Wiss. Hilfskraft am Institut für Politikwissenschaft der WWU Münster beschäftigt und nehme dort im Wintersemester 2007/2008 einen Lehrauftrag wahr.

Münster, 22. Oktober 2007

Christian Schmidt